

Ergebnisse des Forum Bildung

II

Empfehlungen
und Einzelergebnisse
des Forum Bildung



Inhaltsverzeichnis

A.	Präambel	3
B.	Empfehlungen	5
I.	Frühe Förderung	5
II.	Individuelle Förderung	7
III.	Lernen, ein Leben lang	9
IV.	Lernen, Verantwortung zu übernehmen	11
V.	Die Lehrenden: Schlüssel für die Bildungsreform	12
VI.	Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip	14
VII.	Kompetenzen für die Zukunft: Solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen	15
VIII.	Chancen der neuen Medien nutzen	18
IX.	Ausgrenzung vermeiden und abbauen	19
X.	Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten	21
XI.	Lernorte öffnen und verknüpfen	23
XII.	Mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen, Lernen aus Evaluationen	25

A. Präambel

Unser Bildungssystem genießt traditionell einen guten Ruf. Trotzdem brauchen wir tiefgreifende Reformen, um uns auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Internationale Vergleichsstudien zeigen zusätzlich dringenden Handlungsbedarf.

Gesellschaft und Wirtschaft befinden sich in einem anhaltenden Strukturwandel, der alle Lebens- und Arbeitsbereiche umfasst. Das immer schnellere Wachstum von Wissen und die weltweite Verfügbarkeit von Wissen in Folge neuer Informations- und Kommunikationstechnologien bringen gewaltige Chancen für persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Dem steht das Risiko gegenüber, dass Wissen wegen seiner Fülle, seiner Differenziertheit und seiner dynamischen Entwicklung immer schwerer zu erschließen ist. Die Fähigkeit, Wissen aufzufinden, auszuwählen, zu bewerten und anzuwenden für die jeweils beste Lösung einer aktuellen Aufgabe, entscheidet immer mehr über persönliche Chancen, über gesellschaftliche Teilhabe sowie über Erfolg im wirtschaftlichen Wettbewerb.

Die Konsequenz aus dieser anhaltenden Entwicklung ist, dass Bildung - national wie international - zunehmend eine Schlüsselrolle erhält. Die durch Bildung erworbenen Kenntnisse, Perspektiven, Haltungen und Kompetenzen gehören bereits heute zu dem Wichtigsten, was ein Mensch und was eine Gesellschaft besitzen können. Unabhängig von ihrer Funktion für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft weitet Bildung den Blick über kurzfristige Interessen hinaus, verbindet Herkunft und Zukunft und erschließt den kulturellen Reichtum. Der Begriff der Wissensgesellschaft macht u.a. deutlich, dass auch für die wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft Kenntnisse und Kompetenzen wichtiger werden als Kapital.

Dabei hat Bildung eine dreifache Zieldimension: Bildung bietet persönliche Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt, Bildung ermöglicht Teilhabe und die Gestaltung des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens und Bildung ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung.

Bildungspolitik steht vor der doppelten Herausforderung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen,

- Wissen und Kompetenzen zu vermitteln, die über die Zukunft des Einzelnen, aber auch der Gesellschaft und der Wirtschaft entscheiden, sowie
- angesichts immer höherer und neuer Qualifikationsanforderungen Ausgrenzung zu vermeiden und schon bestehende Ausgrenzung abzubauen.

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, ist es erforderlich,

- den Zugang zu Bildung und den Erwerb von Bildung unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Nationalität sowie sozialer und wirtschaftlicher Situation sicherzustellen,
- die Kompetenzen zu erwerben, die erforderlich sind, um sich in der immer größeren Fülle des Wissens zurecht finden, das relevante Wissen auswählen und anwenden zu können,

- den Grundsatz des lebenslangen Lernens in allen Bildungsbereichen und für alle zu verwirklichen,
- die Qualität unserer Bildungsangebote ständig weiterzuentwickeln und
- eine Lern- und Lehrkultur zu verwirklichen, die Motivation und Fähigkeit zum selbstständigen Lernen sowie Freude am Lernen und Freude an Leistung vermittelt.

Die Notwendigkeit von Reformen wird auch durch internationale Entwicklungen bedingt. Wissen und Leistungsfähigkeit der Absolventen und die Attraktivität des Bildungswesens sind wichtige Faktoren im internationalen Wettbewerb und im Dialog der Kulturen. Die Vielfalt des deutschen Föderalismus befruchtet die Bildungsreform. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass das deutsche Bildungswesen international als Gesamtheit wahrgenommen wird.

Die Qualität und Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems erfordern ein hohes Engagement aller Beteiligten, der Individuen, der Bildungsinstitutionen und ihrer Träger, der Wirtschaft sowie des Staates. Sie erfordern neue Ideen und Konzepte, eine bessere Nutzung vorhandener Ressourcen, aber auch die gezielte Bereitstellung zusätzlicher Mittel, beispielsweise dort, wo sich im internationalen Vergleich Defizite zeigen, etwa bei der frühen Förderung. Ein Finanzierungskonzept für lebenslanges Lernen sollte eine Balance zwischen individueller Eigenverantwortung, Engagement des Arbeitgebers und staatlicher Förderung unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessenlage herstellen, insbesondere durch Verbindung von öffentlicher und tarifvertraglicher Finanzierung mit Eigenleistung. Lernzeitkonten können helfen, Lernzeiten nach biografischen Notwendigkeiten über das Leben zu verteilen.

Eine Bildungsreform kann viele Erkenntnisse und gute Erfahrungen nutzen, die bereits vorliegen. Dafür ist es wichtig, Barrieren zu erkennen, die bisher eine breite Umsetzung dieser Erkenntnisse und guten Erfahrungen verhindert haben. Barrieren haben ihren Ursprung im Verhalten von Menschen, in Situationen in Bildungseinrichtungen und in Rahmenbedingungen. Es müssen Wege zum Überwinden dieser Barrieren gefunden werden. Das beginnt damit, dass der Transfer der Ergebnisse erfolgreicher Modellvorhaben und Praxisbeispiele in strukturelle Veränderungen sicherzustellen ist.

Das Gelingen einer Bildungsreform setzt gleichermaßen rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen "von oben" wie das Gestalten und mit Leben Erfüllen der Inhalte "von unten" voraus. Die Empfehlungen des Forum Bildung wenden sich daher nicht nur an die politisch Zuständigen und Verantwortlichen, sondern gleichermaßen an diejenigen, die Bildungsprozesse vor Ort gestalten. Deren Motivation und Engagement sind unverzichtbar.

Das Forum Bildung empfiehlt Bund und Ländern, im Rahmen ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten die Umsetzung der Empfehlungen des Forum wissenschaftlich begleiten zu lassen.

Bildungsreform ist eine permanente Aufgabe: Sie muss durch handlungsorientierte Forschung begleitet und unterstützt werden. Sie muss sich auf eine gute Datenlage stützen

können, die Tendenzen und Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennen lässt, Auswirkungen von Reformen dokumentiert und den Vergleich mit anderen Staaten in Europa und darüber hinaus ermöglicht. Das Forum Bildung hält daher über die Begleitung der Empfehlungen hinaus eine regelmäßige Berichterstattung über Bildung in Deutschland für dringend erforderlich. Eine solche Berichterstattung sollte von den Ländern und dem Bund abgestimmt und gemeinsam für den jeweiligen Verantwortungsbereich gegebenenfalls durch die BLK in Auftrag gegeben werden.

B. Empfehlungen

Das Forum Bildung fasst seine Empfehlungen in den folgenden zwölf Bereichen zusammen. Das Forum sieht dabei frühe Förderung, individuelle Förderung, die Verwirklichung lebenslangen Lernens für alle, die Erziehung zu Verantwortung und die Reform der Aus- und Weiterbildung der Lehrenden als vordringlich an.

Die Empfehlungen werden durch die Einzelergebnisse des Forum Bildung (vgl. C.¹) ergänzt.

I. Frühe Förderung

Weichen für Bildungschancen und damit für Lebenschancen werden bereits früh gestellt. Insbesondere die Motivation und die Fähigkeit zu kontinuierlichem und selbstgesteuertem Lernen sind früh zu wecken. Neben dem wichtigen Lernen in der Familie sind die Möglichkeiten der Kindertageseinrichtungen zur Unterstützung früher Bildungsprozesse deutlich besser zu nutzen. Die Bedingungen für individuelle Förderung in der Grundschule müssen erheblich verbessert werden, damit alle Kinder ihre Fähigkeiten, ihre Interessen und ihre personale und soziale Identität entwickeln können.

Im europäischen Vergleich wird in Deutschland von den Möglichkeiten zur Förderung von Bildung in den Kindertageseinrichtungen noch kein ausreichender Gebrauch gemacht. Für die Neubestimmung und Verwirklichung des Bildungsauftrags des Kindergartens sowie die Steigerung der Qualität sind externe Unterstützungsstrukturen für die fachliche Anleitung, Beratung und Fortbildung des pädagogischen Personals erforderlich. Die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss verbessert und aufgewertet werden, damit das Fachpersonal besser darauf vorbereitet wird, die frühen Bildungsprozesse von Kindern zu erkennen und zu fördern. Die Forschungskapazitäten der Frühpädagogik sind auszubauen. Angesichts der Bedeutung der Förderung früher Bildungsprozesse ist zu prüfen, ob der Besuch einer Kindertageseinrichtung gebührenfrei sein sollte.

Eine gezielte individuelle Förderung in den ersten Grundschuljahren, insbesondere bei der Vermittlung der Grundlagen in Lesen, Schreiben, Rechnen und beim Erwerb der deutschen Sprache ist eine wirksame und präventive Bildungsarbeit. Sie beugt späterem Schulversagen vor, ist Grundlage für die Ausbildung von Leistungsbereitschaft und

¹ vgl. Ergebnisse des Forum Bildung II, Teil C.

Leistungsfähigkeit und zugleich Voraussetzung für das rechtzeitige Erkennen und Fördern von Begabungen. Unzureichende Förderung in der Grundschule kann später nur noch beschränkt durch schulische oder außerschulische Maßnahmen nachgeholt werden, da sie von den Einzelnen sehr viel schwerer zu bewältigen sind und sie der Gesellschaft ungleich höhere Kosten auferlegen.

Interesse und Lernbereitschaft von Kindern müssen in Kindertageseinrichtungen und in der Grundschule noch besser gefördert werden. Das setzt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern voraus. Die Bedeutung eines solchen Umdenkens zeigt sich beispielhaft bei der Vermittlung fachübergreifender Kompetenzen (vgl. VII.):

- Das große Interesse von Kindern an naturwissenschaftlichen und technischen Fragen muss in Kindertageseinrichtungen und in der Grundschule besser genutzt und gefördert werden. Mädchen und Jungen sind dabei gleichermaßen zu unterstützen.
- Kinder lernen Fremdsprachen besonders leicht. Sie sollten bereits im Kindergarten Fremdsprachen kennen lernen und möglichst früh in der Grundschule einen altersgemäßen Fremdsprachenunterricht erhalten.
- Musisch-ästhetische Erziehung fördert den Erwerb von personalen und sozialen Kompetenzen und hat positive Auswirkungen auf das Lernen. Voraussetzung ist allerdings auch hier eine Fachdidaktik, die die Kreativität des Individuums entdecken und entwickeln hilft.

Zur frühen Förderung von Bildungsprozessen gehört auch der intensive Dialog zwischen Kindergarten oder Schule und Eltern. So können beispielsweise Eltern und Erzieherinnen gemeinsam am besten die Themen und Fragen entdecken, die das Kind gerade beschäftigen.

Die Bedeutung der frühen individuellen Förderung erfordert auch eine Überprüfung der Prioritäten bei den Investitionen. Im internationalen Vergleich investiert Deutschland erheblich weniger in die entscheidenden ersten Bildungsjahre als vergleichbare Staaten wie z.B. Österreich, die skandinavischen Staaten, Schweiz und USA.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtung zu definieren und zu verwirklichen, u.a. durch
 - Definition von Bildungszielen und ihre curriculare Umsetzung,
 - Transfer- und Beratungsstrukturen für die Praxis,
 - Reform und Aufwertung der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher bezogen auf die neuen Aufgaben,
 - Ausbau von Forschungskapazitäten für Frühpädagogik und wissenschaftliche Begleitung von Praxismodellen,
- Prüfung, ob der Besuch von Kindertageseinrichtungen gebührenfrei sein sollte,

- Verbesserung der Bedingungen für die individuelle Förderung in der Grundschule, u.a. durch
 - stärkeres Eingehen auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und das soziale Umfeld der Kinder,
 - rechtzeitigen Ausgleich von Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben, Rechnen und beim Erwerb der deutschen Sprache,
 - rechtzeitiges Finden und Fördern von Begabungen,
 - Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus,
- Intensivere Förderung der Interessen von Kindern v.a. an Naturwissenschaften, Technik, Fremdsprachen und musisch-kreativen Fächern, bereits im Kindergarten und in der Grundschule.

Hauptadressaten:

Kommunen, freie Träger, Länder und Bund

II. Individuelle Förderung

Individuelle Förderung entscheidet darüber, ob Menschen sich nach ihren Fähigkeiten und Interessen entwickeln können. Individuelle Förderung ist gleichermaßen Voraussetzung für das Vermeiden und den rechtzeitigen Abbau von Benachteiligungen wie für das Finden und Fördern von Begabungen. Ganztagschulen helfen, bessere zeitliche Bedingungen für eine individuelle Förderung aller Begabungen zu schaffen.

Zu einer neuen Lern- und Lehrkultur gehören die individuelle Förderung und auch die soziale Einbindung des Lernens. Ziel ist die konsequente Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen, wie z.B. Begabungen, Lernhaltung, Lernumgebungen im Elternhaus, Vorwissen aus der Lebenswelt. Das erfordert differenzierte Lernangebote, neue Formen des Lehrens und eine zunehmende Selbststeuerung von Lernprozessen durch die Lernenden. Individuelles Lernen muss durch gemeinsames und gegenseitig unterstützendes Lernen in Gruppen ergänzt werden. Eine optimale individuelle Förderung trägt dazu bei, die Schulzeit bis zum Erlangen der Hochschulreife differenzierter zu gestalten.

Das Finden und Fördern von Begabungen muss noch stärker zur Normalität werden. Die gezielte Förderung von intellektuellen, künstlerischen, kreativen, sozialen und psychomotorischen Begabungen ist notwendig für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung, aber auch für die Gestaltung und Entfaltung unserer Gesellschaft. Sie ist auch als soziale Verpflichtung für die geförderte Person zu verstehen. Bildungseinrichtungen und die in der Bildung tätigen Personen sind stärker in die Lage zu versetzen, individuelle Begabungen in ihrer Differenziertheit zu erkennen und zu fördern.

Der Zugang zu Bildung und der Erwerb von Bildung werden immer noch in starkem Maße von der sozialen, ethnischen und finanziellen Situation von Familien beeinflusst. Benachteiligungen - etwa beim Spracherwerb, beim Lesen, Schreiben und Rechnen -, die in

der Kindertageseinrichtung und der Grundschule noch leicht behoben werden könnten, setzen sich oft fort und führen später zu Schulversagen und Ausbildungslosigkeit. Begabungen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und von Kindern mit Migrationshintergrund werden oft nicht erkannt und nicht genügend gefördert.

Ganztagsschulen spielen in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland nur eine nachgeordnete Rolle, obwohl sie – zumindest für jüngere Kinder – bessere Bedingungen für eine individuelle Förderung bieten. Ganztagsangebote an allen Schulformen und in zumutbarer Entfernung für alle Kinder können unter methodischen, – erzieherischen sowie zeitlich-organisatorischen Aspekten erheblich zur notwendigen Qualitätsverbesserung der schulischen Bildung beitragen, sowohl zur Vermeidung von Benachteiligungen wie für die Förderung von Begabungen. Voraussetzungen sind ein klares pädagogisches Konzept sowie eine entsprechende Qualifizierung der Lehrkräfte und der Schulleitung. Ganztagsschulen benötigen zusätzlich zu den Lehrenden kompetentes Personal u.a. zur Förderung von Kreativität, praktischer und sozialer Arbeit außerhalb von Unterricht. Ganztagsschulen sind darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer.

Behinderte sind stärker in Regeleinrichtungen zu integrieren. Dafür müssen die Bedingungen für eine individuelle Förderung von Behinderten in Regeleinrichtungen verbessert werden. Die Förderung in Sondereinrichtungen für Bildung und Qualifizierung von Behinderten sind dann gerechtfertigt, wenn eine spezifische individuelle Förderung von Behinderten anders nicht möglich ist. Das Spannungsfeld zwischen Integration und spezifischer Förderung in Sondereinrichtungen muss im Dialog zwischen Praxis und Forschung weiter vertieft werden.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots an Ganztagsschulen mit Schwerpunkten der individuellen Förderung und des sozialen Lernens.
- Verbesserung der Bedingungen für das Finden und Fördern von Begabungen, u.a. durch
 - qualifizierte Diagnose und Beratung,
 - Verstärkung von Zusatzangeboten,
 - bessere Vorbereitung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte und permanente Weiterbildungsangebote,
- Verbesserung der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Förderbedingungen für Kindertageseinrichtungen und Schulen mit hohem Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und von Kindern mit Migrationshintergrund, verstärkte Einbeziehung und Beratung von Eltern insbesondere in diesen Bildungseinrichtungen,
- verstärkte Integration von Behinderten in Regeleinrichtungen, Verbesserung der Bedingungen für die individuelle Förderung von Behinderten in Regeleinrichtungen, Vertiefung von Fragen der Integration und spezifischen Förderung von Behinderten,
- Entwicklung einer Pädagogik der individuellen Förderung sowie ihre Einbeziehung in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden,

- Ausbau von Diagnostik und qualifizierter Beratung, beispielsweise des schulpsychologischen Dienstes.

Hauptadressaten:

Länder und Kommunen

III. Lernen, ein Leben lang

Die Lernenden übernehmen immer mehr Verantwortung für die Steuerung und Organisation des kontinuierlichen Lernens. Grundlagen hierfür werden bereits in den ersten Lebensjahren erworben. In allen Bildungsabschnitten bedarf es neuer Formen der individuellen Beratung und Begleitung.

Lebenslanges Lernen erfordert eine bessere Verzahnung von Bildungsbereichen und Bildungswegen und setzt Ausbau und neue Konzepte der Weiterbildung voraus. Dabei ist das informelle Lernen in der Lebens- und Arbeitswelt stärker einzubeziehen. Modularisierung von Studium und Weiterbildung und neue Formen der Zertifizierung erleichtern das Fortsetzen von Bildung und Qualifizierung, bauen auf individuellen Voraussetzungen auf und ermöglichen die Verbindung von formellem und informellem Lernen.

Die Verwirklichung des lebenslangen Lernens betrifft alle Menschen und alle Bildungsbereiche. Sie erfordert eine konsequente Einbeziehung der vielfältigen Lernprozesse außerhalb von Bildungsinstitutionen und neue Konzepte der Weiterbildung, die sich insbesondere auf eine Modularisierung und auf neue Formen der Anerkennung (Zertifizierung) stützen. Arbeitsprozesse müssen lernintensiver gestaltet werden, um die Chancen des Lernens beim Arbeiten besser zu nutzen. Eine qualifizierte Erstausbildung ist die beste Voraussetzung für lebenslanges Lernen.

Lernen des Lernens (Lernkompetenz) ist Voraussetzung für lebenslanges Lernen. Es muss von der Kindertageseinrichtung an in allen Phasen von Bildung und Qualifizierung in Verbindung mit dem Lernen von Inhalten erfolgen. Um Lernkompetenz zu erwerben, müssen Lernende und Lehrende immer wieder zurückblicken und darüber nachdenken, wie Lernen stattgefunden hat und wie es noch besser hätte stattfinden können. Dazu gehört auch das Zulassen von Fehlern und das Lernen aus Fehlern.

Es müssen Verfahren für eine Anerkennung von Kenntnissen und Kompetenzen, die auf unterschiedlichen Lernwegen erworben worden sind, entwickelt und eingeführt werden. Ziel solcher Verfahren ist es, die Ergebnisse informellen Lernens z.B. im Arbeitsalltag oder bei der Ausübung eines Ehrenamtes festzustellen, anzuerkennen und bei der Fortsetzung des Lernens zu berücksichtigen. Dies ermöglicht beispielsweise, Personen wieder an Bildung und Qualifizierung heranzuführen, die bisher nicht oder zu wenig an Weiterbildung teilnehmen (vgl. IX.). Erfahrungen anderer Länder, z.B. mit dem bilan de compétence in Frankreich, der Accreditation of Prior Learning im britischen System sowie den Hochschulen und Community Colleges in den USA, sollten als Anregungen berücksichtigt werden.

Die Einbeziehung älterer Erwachsener in kontinuierliches Lernen gewinnt nicht nur unter demografischen Gesichtspunkten für den Arbeitsmarkt an Bedeutung, sondern ist angesichts des Wandels in allen Bereichen auch Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft und für ein sinnerfülltes Leben im Alter. Berufliche Erfahrungen und Kompetenzen älterer Arbeitnehmer sollten in den Betrieben stärker genutzt werden.

Weiterbildungsmodule beschreiben Kompetenzbereiche eines Berufsbildes oder Qualifikationsprofils mit dem Ziel, Handlungskompetenz für diesen Bereich zu erwerben. Module werden durch Zertifikate abgeschlossen. Sie ermöglichen das schrittweise Nachholen von Abschlüssen der Erstausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen, das Aufbauen auf einer Erstausbildung sowie den schrittweisen Erwerb von Weiterbildungsabschlüssen. Eine einheitliche Regelung von Modulen und einheitliche Modulprüfungen machen es möglich, eine unterbrochene Weiterbildung auch bei einem anderen Bildungsanbieter fortzusetzen.

Zu prüfen ist die Einführung eines Qualifizierungspasses als persönliches Dokument, das das kontinuierliche Lernen begleitet. Ein solches Dokument erleichtert das Wiederaufnehmen von Bildung und Qualifizierung, strukturiert einen möglichen Weg zum Nachholen eines Berufsabschlusses und ermöglicht den Nachweis der Voraussetzungen für eine externe Prüfung.

Die Hochschulen werden ihrer herausragenden Rolle in der Wissensgesellschaft nur gerecht, wenn sie Weiterbildung als dritte Aufgabe neben Erstausbildung und Forschung konsequent wahrnehmen und zur Profilbildung nutzen.

Individuelle Eigenverantwortung für kontinuierliche Bildungsprozesse setzt voraus, dass die einzelne Person mit dem offenen Prozess des lebenslangen Lernens umzugehen lernt. Dies erfordert insbesondere,

- eine Bildungs- und Qualifizierungsberatung, die von den individuellen Kenntnissen und Kompetenzen ausgeht,
- neue Formen der Begleitung für Bildungsprozesse, die individuell von den Lernenden gesteuert werden, sowie
- eine Stärkung der Transparenz über Inhalte und Qualität der Bildungsangebote sowie Qualität der Anbieter vor allem für individuelle Nachfrager und für kleinere Unternehmen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Entwicklung und Einführung von Verfahren der Anerkennung von Ergebnissen informellen Lernens im Lebens- und Arbeitsalltag,
- Unterstützung und Anerkennung des Lernens bei der Arbeit,
- die Einführung einer Modularisierung in der Weiterbildung, verbunden mit einer sinnvollen Vereinheitlichung von Modulen und Modulprüfungen,
- konsequenter Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung als dritte Aufgabe der Hochschulen neben Erstausbildung und Studium, u.a. durch
 - Modularisierung von Studium und wissenschaftlicher Weiterbildung,

- gemeinsame Weiterbildungsangebote von Hochschule und Wirtschaft,
- verstärkter Einsatz virtueller Weiterbildungsangebote,
- Anreize für das Engagement der Hochschulen in der Weiterbildung,
- Ausbau der individuellen Bildungs- und Qualifizierungsberatung zur Unterstützung lebenslangen Lernens,
- Stärkung der Transparenz über Angebote und Anbieter, u.a. durch
 - Ausbau und Vernetzung regionaler Weiterbildungsdatenbanken,
 - Unterstützung des Ausbaus von Zertifizierungssystemen in der Weiterbildung,
 - Vergleichende Beurteilung von Angeboten und Anbietern zur Verstärkung der Transparenz insbesondere für individuelle Nachfrager und kleinere Betriebe.

Hauptadressaten:

Bund, Länder, Träger von Bildungseinrichtungen und Kommunen

IV. Lernen, Verantwortung zu übernehmen

Orientierung im Wandel setzt Erfahren und Reflektieren von Werten voraus. Kinder und Jugendliche müssen früh Gelegenheit erhalten, Verantwortung für andere zu übernehmen und Demokratie zu erleben; sie sollten dabei auch lernen, die Konsequenzen für ihr eigenes Handeln zu tragen. In allen Bildungseinrichtungen sind Aufgaben zur Übernahme von Verantwortung und altersentsprechende Formen der Mitwirkung und der Selbstorganisation zu entwickeln, die auch den Lernprozess selbst mit umfassen. Die Einrichtungen benötigen hierfür Unterstützung, insbesondere durch Aus- und Weiterbildung der Lehrenden, durch Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Lernorten und durch Bereitstellen von Erfahrungen aus guten Beispielen.

In einer Gesellschaft, die immer stärker von Wandel bestimmt ist, sind das frühzeitige Erfahren und Reflektieren von Werten und die Herausbildung eigener Werthaltungen entscheidend für die Fähigkeit, sich zu orientieren, Perspektiven zu entwickeln, das eigene Lebensumfeld mitzugestalten und solidarisch zu handeln. Für eine langfristige, nachhaltige Sicherung des Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsraums Deutschland ist der Erwerb einer vorausschauenden Gestaltungskompetenz notwendig, die ökologische, ökonomische und soziale Verantwortung miteinander verbindet.

Werte lassen sich jedoch nicht abstrakt vermitteln. Bildungseinrichtungen müssen verstärkt Gelegenheiten schaffen zum Erleben, Erfahren und Reflektieren von Werten. Sowohl im Rahmen der konkreten Lernsituation (Unterricht) als auch bei der Gestaltung des gesamten Lernumfeldes (Schulkultur, Formen der Mit- und Selbstverwaltung) bedarf es einer Kultur des Miteinanders, die Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden Vertrauen entgegenbringt und ihnen die Chance gibt, Verantwortung zu übernehmen. Der Erwerb von Werten hängt von Alltagserfahrungen und von Vorbildern ab, die Werte vorleben.

Mit dem Schwerpunkt des Lehrens und Lernens auf Kenntnisvermittlung kommt das demokratische Handeln in Schule, Berufsausbildung und an der Hochschule oft zu kurz. Kindertageseinrichtungen, Schule und Ausbildungseinrichtungen müssen Aufgaben übertragen, durch die Verantwortung für die Gemeinschaft übernommen werden kann. So lernen Kinder und Jugendliche, dass die Übernahme von Verantwortung und das Tragen der Konsequenzen für das eigene Handeln die Grundlage für die Mitgestaltung der eigenen Lebenswirklichkeit ist. Dazu gehören auch Fähigkeiten für selbständiges und eigenverantwortliches Handeln in der Gesellschaft und im wirtschaftlichen Bereich.

Lernen an anderen Lernorten, z. B. in sozialen Einrichtungen und in Betrieben, ermöglicht Erfahrungen und Begegnungen mit Menschen, die sonst nicht möglich wären. Dabei kommt es gleichermaßen auf das Handeln und auf das Nachdenken darüber an, wie und nach welchen Werten man handelt.

Pädagoginnen und Pädagogen müssen in Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet werden, Gelegenheiten für die Übernahme von Verantwortung und das Erfahren von Demokratie zu schaffen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Ausschöpfen und Weiterentwicklung aller Möglichkeiten für die Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstorganisation der Lernenden,
- Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei der Verwirklichung von Demokratiekultur, dem Erwerb sozialer Kompetenzen sowie bei der Verbindung von ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung zu nachhaltiger Gestaltungskompetenz durch Transfer- und Beratungsstrukturen, Bereitstellung von Erfahrungen aus guten Beispielen,
- breite Umsetzung von Projekten zur Förderung von Teamfähigkeit und von sozialem Handeln als Teil von Unterricht und Schulleben, von Berufsausbildung und Studium; Weiterentwicklung von Konzepten kooperativer Gruppenarbeit,
- Projekte zur Förderung von selbständigem und eigenverantwortlichem Handeln in Gesellschaft und Wirtschaft.

Hauptadressaten:

Länder, Kommunen und Bund

V. Die Lehrenden: Schlüssel für die Bildungsreform

Lehrende haben eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Bildungsreform vor Ort. Die neuen Aufgaben, Inhalte und Methoden, die für die Verwirklichung der Bildungsreform erforderlich sind, sind umgehend in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden aufzunehmen. Motivation und Gestaltungsmöglichkeiten der Lehrenden müssen gestärkt werden. Die Verbesserung pädagogischen Handelns sollte durch bessere materielle und personelle Rahmenbedingungen in den Bildungseinrichtungen unterstützt werden.

Die Verwirklichung einer Bildungsreform setzt eine zielgerichtete Reform von Aus- und Weiterbildung der Lehrenden voraus. Erzieherinnen und Erzieher müssen besser dafür aus- und weitergebildet werden, die frühen Bildungsprozesse von Kindern zu erkennen und zu fördern (vgl. I.). Die Vorschläge zur Reform der Lehreraus- und Weiterbildung sind konsequent umzusetzen. In der Aus- und Weiterbildung der Lehrenden ist das fachwissenschaftliche Studium stärker mit pädagogischer und didaktischer Ausbildung zu verzahnen. Studium und schulpraktische Erfahrungen müssen in allen Ausbildungsphasen zusammenwirken. Weiterbildung ist stärker als Instrument der Personalentwicklung einzusetzen und muss deutlich stärker dazu beitragen, die konkreten Herausforderungen der einzelnen Bildungseinrichtung zu erfüllen. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer müssen in der Lage sein, Lehrveranstaltungen in hoher Qualität vorzubereiten und durchzuführen. Weiterbildnerinnen und Weiterbildner müssen kompetenter werden für die Unterstützung und Begleitung des kontinuierlichen Lernens von Erwachsenen.

Die Entwicklung von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Berufsbildungseinrichtungen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen zu "Häusern des Lernens" und ihre Öffnung für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld (vgl. XI.) setzt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung der in diesen Einrichtungen tätigen Personen voraus. Erfahrungen zeigen, dass ein Engagement in diesen Bereichen auch die Berufszufriedenheit der Lehrenden steigert.

Die notwendige grundlegende Veränderung der Lehr- und Lernkultur erfordert ein verändertes Berufsbild der Lehrenden, das insbesondere folgende Elemente umfasst:

- stärkere individuelle Förderung und Beratung der Lernenden,
- Unterstützung der Schulentwicklung und Verwirklichung der Eigenverantwortung von Bildungseinrichtungen,
- verstärkte Zusammenarbeit mit Eltern und außerschulischen Einrichtungen,
- Weiterbildung zum Ausbau der pädagogischen und fachlichen Professionalität.

Die materielle und personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen muss mit den steigenden Anforderungen Schritt halten. Die gesellschaftliche Wertschätzung der Lehrenden hat großen Einfluss auf die Motivation der Beschäftigten und auf die Gewinnung von Nachwuchs für den Beruf der Lehrenden.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Konsequente Umsetzung der Reform der Lehreraus- und Weiterbildung u.a. durch
 - Aufnahme der neuen und veränderten Aufgaben, Inhalte und Methoden in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden,
 - Verzahnung von Theorie und Praxis sowie
 - Verzahnung von Ausbildung und kontinuierlicher Weiterbildung,
- kontinuierliche Verbesserung der Lehre und der Begleitung der Studierenden an den Hochschulen,
- Ausbau von Qualifizierungsangeboten für die in der Weiterbildung Tätigen,

- stärkere Orientierung der Weiterbildung der Lehrenden an dem konkreten individuellen Bedarf und dem Bedarf der einzelnen Bildungseinrichtung, Bereitstellung eines Weiterbildungsbudgets der Bildungseinrichtung, Nutzung der Weiterbildung als Instrument der Personalentwicklung,
- Verstärkung der Aktivitäten der Lehrenden für individuelle Förderung, Beratung und für Schulentwicklung und Zurverfügungstellung der dafür erforderlichen Zeit,
- Arbeitszeitmodelle, in denen auch die Entwicklungsarbeit für die Bildungseinrichtung berücksichtigt wird,
- Anpassung der materiellen und personellen Ausstattung der Bildungseinrichtungen an die veränderten inhaltlichen und qualitativen Anforderungen.

Hauptadressat:

Länder

VI. Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip

Die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern muss durchgängiges Leitprinzip des Bildungswesens werden. Das Bewusstsein über die ungleiche Teilhabe von Frauen und Männern - als Lernende, aber auch als Lehrende - in den Bildungsbereichen und Bildungsstufen ist zu stärken. Überholte Rollenorientierungen müssen in Kindertageseinrichtungen, Schulen, beruflicher Bildung, Hochschule und Weiterbildung überwunden werden.

Obwohl Frauen erfolgreicher als Männer an Bildung und schulischer Qualifikation teilnehmen, setzt sich das nicht in entsprechende zukunftsorientierte Berufsausbildung und Karrieren um. Trotz der schulischen Förderung von Mädchen ist das inhaltliche Spektrum von Kurs-, Berufs- und Studienwahl immer noch eingengt. Vor allem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Im Erwerbsleben und vor allem in beruflichen Karrieren sind Frauen noch immer strukturell benachteiligt. Auf eine gezielte Förderung des Interesses von Mädchen und jungen Frauen an naturwissenschaftlichen und technischen Themen ist bei Koedukation besonders zu achten.

Traditionelle Rollenorientierungen von Männern und Frauen werden in Kindergarten und Schule, aber auch in der Berufsausbildung und an Hochschulen noch oft unbewusst weitergegeben. Koedukation sollte verstärkt dafür genutzt werden, dass Schülerinnen und Schüler miteinander und voneinander lernen.

Bei den Lehrenden und Erziehenden findet sich ein klares Gefälle: In Kindertageseinrichtungen ist der männliche Erzieher die Ausnahme. Im Grundschulbereich ist das Lehrpersonal überwiegend weiblich. Dies ist auch eine Folge geringerer gesellschaftlicher Anerkennung. Mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer werden eher von Männern unterrichtet. Weiterführende Schulen werden überwiegend von Männern geleitet.

Alle Maßnahmen der Bildungsreform sind auf ihre potentielle Wirkung für beide Geschlechter zu überprüfen und so zu realisieren, dass sie zur gleichen Teilhabe der Geschlechter beitragen. Dieser Grundsatz (Gender Mainstreaming) ist als durchgängiges Leitprinzip in allen Maßnahmen und Programmen, in allen Bildungsbereichen und auf allen Bildungsstufen zu berücksichtigen. Dies muss zu einer deutlichen Erweiterung der Sichtweisen, insbesondere beim Leitungs- und Führungspersonal, aber auch bei den Lernenden selbst, führen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Maßnahmen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums und des Studienwahlverhaltens für junge Frauen und junge Männer, insbesondere durch frühe Berufsorientierung ab der Sekundarstufe I in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, beispielsweise durch Erkundungen und Praktika, auch in "untypischen" Berufsfeldern,
- Stärkung des Interesses junger Frauen an mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern und junger Männer für die Berufe des Erziehers und Grundschullehrers,
- Gezielte Förderung von Jungen, insbesondere in den Bereichen soziale Kompetenz und Empathie, beispielsweise durch Konfliktlösungsübungen, die Mädchen und Jungen paritätisch einbeziehen,
- familienfreundliche Gestaltung der Bildungsangebote, z.B. durch Sicherstellung der Kinderbetreuung und Halbtagsangebote,
- Einbeziehung von Themen der gleichen Teilhabe von Frauen und Männern in die Aus- und Weiterbildung der in der Bildung tätigen Personen,
- Verstärkte Förderung der Übernahme von Führungspositionen durch Frauen, besondere Förderung von Frauen in wissenschaftlichen Laufbahnen nach der Promotion.

Hauptadressaten:

Länder, Bund und Sozialpartner

VII. Kompetenzen für die Zukunft: Solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen

Wir brauchen noch mehr gut qualifizierte Fachkräfte, die in der Lage sind, sich in der Fülle des zunehmenden Wissens zu orientieren, ständig weiter zu lernen und Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Das erfordert insbesondere die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen sowie eine Steigerung der Zahl der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen.

Handlungskompetenz setzt in gleichem Maße solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen zur Anwendung dieses Wissens voraus. Fachübergreifende Kompetenzen umfassen insbesondere Methodenkompetenzen, Motivation und Befähigung zu kontinuierlichem Lernen, Sprach- und

Medienbeherrschung, mathematisch-naturwissenschaftliche Grundkompetenzen sowie soziale Kompetenzen.

Mit ständiger Zunahme von anspruchsvollen Dienstleistungen, breiter Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie steigenden Anforderungen an individuelle Verantwortung und Innovationsfähigkeit gewinnen mittlere und höhere Qualifikationen ständig an Gewicht, während Beschäftigungsmöglichkeiten für Un- und Angelernte weiter drastisch abnehmen.

Um diesen Anforderungen besser gerecht zu werden, ist es notwendig, die Bildungsbeteiligung zu verbessern. Frühen Weichenstellungen durch das gegliederte Schulsystem ist durch integrative Systeme und in viel stärkerem Maße als bisher durch flexible Übergänge zwischen den Schulformen zu begegnen. Eine stärkere Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen stärkt die Attraktivität des dualen Systems. Durch die Verbesserung des Zugangs zu Fachhochschulen und Universitäten für junge Menschen mit dualer Ausbildung werden gleichzeitig auch wichtige praktische Erfahrungen an die Hochschulen herangetragen.

Berufsqualifizierende Abschlüsse werden in Deutschland in hohem Umfang in der dualen Berufsausbildung erworben, auch solche, die im Ausland häufig von Hochschuleinrichtungen vergeben werden. Das ist mit ein Grund dafür, dass die Zugangsquote zu den Hochschulen mit 28 % in Deutschland weit unter dem OECD-Durchschnitt von 40 % liegt. Angesichts dieser traditionellen Arbeitsteilung ist es erforderlich, Hochschulausbildung stärker mit betrieblicher und schulischer Berufsausbildung zu verzahnen, z. B. durch duale Studiengänge und berufsintegrierende Studiengänge. Übergänge in den Hochschulbereich sind durch Anrechnung von Leistungen, die außerhalb der Hochschulen erbracht worden sind, zu erleichtern.

Die seit längerem stagnierende Quote der Hochschulabsolventen liegt mit 16 % eines Altersjahrgangs erheblich unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder mit 23 %. 10 % Universitätsabsolventen und 6 % Fachhochschulabsolventen reichen angesichts zurückgehender Jahrgangsstärken nicht mehr aus, um die aus dem Berufsleben ausscheidenden Arbeitnehmer mit Hochschulausbildung zu ersetzen. Die Deckung des zusätzlichen Bedarfs an Hochschulabsolventen, insbesondere in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen, wird zunehmend zu einer Zukunftsfrage für Gesellschaft und Wirtschaft. Der Stellenwert von Mathematik und Naturwissenschaften an den Schulen muss erhöht werden. Das bedeutet auch, dass naturwissenschaftliche Fächer wesentlich problem- und praxisorientierter als bisher unterrichtet werden.

Auch angesichts dieser Situation ist es dringend erforderlich, dass insbesondere die Universitäten ihre Erfolgsquoten steigern. Abbruchquoten liegen beispielsweise für Germanisten bei 80 %, für Mathematiker bei 70 %, für Wirtschaftswissenschaftler und für Informatiker bei 60 %, für Elektroniker und für Physiker bei 50 % und für Maschinenbauer bei 40 %. Selbst wenn bei diesen Zahlen auch Fachwechsel zu Beginn des Studiums mitgezählt wird, sind gezielte Verbesserungen in der Betreuung der Studierenden und eine stärkere Verantwortung der Lehrenden notwendig, damit in Zukunft mehr Studentinnen und Studenten ihr Studium mit Erfolg abschließen und gleichzeitig die Dauer des Studiums

erheblich reduziert wird. Dringend erforderlich sind insbesondere eine bessere Beratung in der Eingangsphase, besser strukturierte Studienangebote und eine intensivere Begleitung während des Studiums.

Um Handlungskompetenz zu erwerben, müssen fachliche und fachübergreifende Kompetenzen den gleichen Stellenwert erhalten. Sie dürfen nicht isoliert voneinander vermittelt werden. Fachübergreifende Kompetenzen müssen genauso bewertet werden wie Fachwissen. Nur wenn das gelingt, werden Bildungseinrichtungen und Individuen den Wert auf die Vermittlung und den Erwerb von fachübergreifenden Kompetenzen legen, der heute erforderlich ist. Dafür müssen in allen Bildungsbereichen neue Verfahren der Leistungsbewertung und entsprechende Prüfungsverfahren entwickelt und eingeführt werden.

Auch an Hochschulen müssen neue innovative Prüfungsverfahren eingeführt werden. Angesichts der Bedeutung von Teamfähigkeit, Kooperation und intelligenter Nutzung weltweiter Informationsmöglichkeiten sind beispielsweise Prüfungen nach dem Multiple-Choice oft kontraproduktiv. Gerade Universitäten müssen Prüfungen entwickeln, die Verständnis erfassen und kooperative Problemlösungskompetenzen berücksichtigen.

Lehrende in Schulen, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung müssen nicht nur fachlich, sondern auch methodisch und didaktisch gut ausgebildet sein, besser über das Lernen Bescheid wissen und auf praktische Anforderungen vorbereitet werden. Das setzt an den Hochschulen ein Umdenken in der Lehre voraus. Fortbildung muss nicht nur kontinuierlich neue Fachinhalte vermitteln, sondern Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, sich den aktuellen Stand der Didaktik und Methodik anzueignen und das so Gelernte auch anzuwenden (vgl. V.).

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- flexiblere Übergänge zwischen den unterschiedlichen Schulformen,
- stärkere Durchlässigkeit zwischen der dualen und schulischen Berufsausbildung und den Hochschulen,
- stärkere Einbeziehung von Praxisphasen in die Hochschulausbildung und Ausbau dualer Studiengänge,
- Steigerung des Anteils der Hochschulabsolventen und Reduzierung der hohen Abbruchquoten insbesondere an Universitäten, u.a. durch
 - frühzeitige Berufsorientierung und Beratung in der Schule,
 - bessere Strukturierung der Studienangebote,
 - intensivere Beratung und Begleitung während des Studiums,
 - ausreichende soziale Absicherung,
- Steigerung der Attraktivität von Mathematik und Naturwissenschaften an den Schulen, stärkere Problem- und Praxisorientierung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts,
- Förderung des Erwerbs fachübergreifender Kompetenzen, u.a. durch

- Entwicklung neuer didaktischer Konzepte für die gemeinsame Vermittlung von fachlichen Kenntnissen und fachübergreifenden Kompetenzen,
- Entwicklung von Mess- und Bewertungsverfahren für den Erwerb fachübergreifender Kompetenzen,
- Entwicklung neuer Verfahren zur Leistungsbewertung und entsprechender Prüfungsverfahren, die in stärkerem Maße Verständnis und Problemlösungskompetenzen erfassen und bewerten.

Hauptadressaten:

Länder, Bund, und Sozialpartner

VIII. Chancen der neuen Medien nutzen

Die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie zur Unterstützung von Lernen und Lehren sind in allen Bildungsbereichen noch besser zu nutzen. Dazu sind neben der technischen Ausstattung von Bildungseinrichtungen vor allem neue pädagogische und didaktische Konzepte und eine anwendungsbezogene Personalfortbildung erforderlich. Der Einsatz von Medien für das Finden, Auswählen und die Verteilung von Wissen ist besonders erfolgreich, wenn neue Medien mit anderen Medien und Lernmethoden kombiniert und in einen sozialen Kontext eingebettet sind.

Zugangsmöglichkeiten zu neuen Medien unterstützen individuelles Lernen. So wird beispielsweise Lernen an unterschiedlichen Orten ermöglicht oder kann unterschiedlichen Zugangsweisen, z.B. von Jungen und Mädchen, entsprochen werden. Daher sollten kurzfristig Computer-Zugänge mit Internet-Anbindung in jedem Klassenraum für das individuelle Lernen und den offenen Unterricht zur Verfügung stehen. Der Umgang mit Medien sollte früh begonnen und reflektiert werden, bereits stufenweise in altersgemäßer Form in Kindertageseinrichtung und Grundschule.

Medienkompetenz umfasst neben der technischen Handhabung des Einsatzes neuer Medien (technische Medienkompetenz) insbesondere die Fähigkeit zur Nutzung neuer Medien als soziales Kommunikationsinstrument und das kritische Umgehen mit dem Einsatz neuer Medien (inhaltliche Medienkompetenz). Inhaltliche Medienkompetenz setzt sich im wesentlichen aus "traditionellen" Kompetenzen des Identifizierens, Bewertens, Strukturierens und Anwendens, aber auch aus Innovationsfähigkeit und Verantwortung zusammen.

Die neuen Medien entfalten ihre Leistungsfähigkeit am besten, wenn die Lernprozesse eingebettet sind in einen sozialen Kontext, in die Kooperation mit anderen Lernenden oder mit Tutoren. Zugleich wird eine optimale Unterstützung des Lernenden erreicht, wenn sämtliche Lernmethoden und Instrumente zusammenwirken.

Lernen in multimedialen Lernumgebungen muss erlernt werden: hohe Komplexität und große Informationsmengen, die oft nur wenig strukturiert sind, sind für die meisten Lernenden ohne professionelle Unterstützung kaum zu bewältigen. Multimediales Lernen kann Lehrerinnen

und Lehrer nicht ersetzen, setzt aber ein anderes Selbstverständnis der Lehrenden voraus. Neben technischem Rüstzeug und innovativen Lernkonzepten sind in allen Bildungsbereichen anwendungsbezogene Weiterbildung sowie direkter und elektronischer Informations- und Erfahrungsaustausch erforderlich.

Trotz hohen technischen Know-hows und vielfältiger Ansätze von E-learning hat sich der Einsatz neuer Medien noch nicht in der Bildung durchgesetzt und sind die Potenziale neuer Medien für lebenslanges Lernen bisher nicht ausgeschöpft. Es fehlen insbesondere methodisch-didaktisch ausgefeilte Konzepte für die Vermittlung von Medienkompetenz für die in der Bildung tätigen Personen, die auch die Verbindung mit den klassischen Lernmethoden und -instrumenten umfassen und reflektieren.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Vermittlung des Umgangs mit neuen Medien als neue Kulturtechnik in allen Bildungsbereichen; Beginn des stufenweisen Erwerbs einer umfassenden Medienkompetenz in Kindertageseinrichtung und Grundschule; Zugang aller Schülerinnen und Schüler zu neuen Medien und zum Internet,
- Entwicklung und Umsetzung von pädagogischen und didaktischen Konzepten des multimedialen Lernens und zum Erwerb von Medienkompetenz, unter enger Kooperation der didaktischen Forschung mit Praxis und Weiterbildung,
- Aus- und Weiterbildungsoffensive "Neue Medien" für das in der Bildung tätige Personal,
- Weiterentwicklung von Lernsoftware unter inhaltlichen und methodisch-didaktischen Gesichtspunkten, Steigerung der Benutzerfreundlichkeit, Unterstützung individueller Lernprozesse,
- Sicherstellung der technischen Wartung der Ausstattung mit neuen Medien in Bildungseinrichtungen.

Hauptadressaten:

Länder, Bund und Sozialpartner

IX. Ausgrenzung vermeiden und abbauen

In dem Maße, in dem Wissen und Kompetenzen Schlüssel für die Zukunft bedeuten, führen Nichtwissen und Nichtbeherrschen von Kompetenzen immer häufiger zu sozialer und beruflicher Ausgrenzung. Die Zahl der Jugendlichen, die ohne Schulabschluss und ohne anerkannte Berufsausbildung bleiben, muss dringend gesenkt werden. Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung müssen eine zweite Qualifizierungschance erhalten. Lebenslanges Lernen muss auch für Personen möglich werden, die bisher zu wenig an Weiterbildung teilnehmen.

9 % der Schulabgänger erreichten 1998 keinen Schulabschluss.² 15 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen blieben ohne abgeschlossene Berufsausbildung.³ 135.000

² Ein Teil holt den Schulabschluss zu einem späteren Zeitpunkt nach.

Ausbildungsverhältnisse wurden vorzeitig gelöst. Das entspricht fast einem Viertel der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Wenngleich die meisten dieser Abbrecher anschließend eine andere Ausbildung aufnehmen, ist diese Zahl zu hoch.

Während 1997 48 % der Personen mit Hochschulabschluss an beruflicher Weiterbildung teilgenommen haben, waren dies unter den Personen ohne beruflichen Abschluss nur 9 % (Berichtssystem Weiterbildung VII). Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Un- und Angelernte gehen weiter drastisch zurück - nach einer Schätzung von Prognos und dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung um fast zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze zwischen 1995 und 2010. Daher sind insbesondere Personen mit geringen Qualifikationen, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose immer stärker von beruflicher und sozialer Ausgrenzung betroffen, wenn es nicht gelingt, ihnen eine anerkannte Berufsausbildung zu vermitteln und sie stärker in den Prozess des lebenslangen Lernens einzubeziehen. 1998 war die Arbeitslosenquote von Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss zehnmal höher als die der Absolventen von Fachhochschulen (25,8 % gegenüber 2,6 %). Die Ermöglichung lebenslangen Lernens auch für diese Personengruppen hat daher die Dimension einer nationalen Aufgabe im Interesse der betroffenen Individuen, des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft und im Interesse der Wirtschaft.

Weiterbildungsbarrieren beruhen insbesondere auf Angst vor Misserfolg in Folge negativer Erfahrungen sowie auf mangelnder Information über Weiterbildungsmöglichkeiten und über die mit Weiterbildung verbundenen Chancen. Bemühungen, diese Personen wieder an Bildung und Qualifizierung heranzuführen, sind vor allem dann erfolgreich, wenn sie Ergebnisse informellen Lernens einbeziehen, etwa Lernen im Prozess der Arbeit (vgl. III.).

Eine Werbung für Weiterbildung sollte in noch viel stärkerem Maße auf Personen mit geringen Qualifikationen zielen und neue Anspracheformen finden. Sie sollte sich auf Beispiele erfolgreicher Weiterbildungsteilnahme aus diesen Personengruppen stützen. Die 1998 in Deutschland eingeführten Lernfeste sind weiter auszubauen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Entwicklung von Konzepten und Methoden zur Vermeidung von Schulverweigerung; Ausbau der Schulsozialarbeit; intensive Kooperation von Schule, Jugendhilfe und außerschulischen Lernorten,
- Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung von Jugendlichen, die besonderer Förderung bedürfen, und Unterstützung beim Übergang in Beschäftigung,
- ein Förderinstrument mit einheitlicher Finanzierung für eine zweite Qualifizierungschance für junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung,
- breite Umsetzung eines Qualifizierungskonzepts für Personengruppen mit geringen Qualifikationen mit folgenden Elementen:
 - individuelle aufsuchende Beratung am Arbeitsplatz,
 - Zertifizierung von Ergebnissen informellen Lernens, insbesondere von im Prozess der Arbeit erworbenen Kompetenzen,
 - Schaffung lernförderlicher Situationen am Arbeitsplatz,

³ Vgl. Fußnote 1 auf S. 21.

- Qualifizierung in der gewohnten Umgebung des Arbeitsplatzes durch modularisierte Weiterbildungsangebote, die an vorhandene Kompetenzen anknüpfen,
- vorbereitende und begleitende Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten,
- spezielle Weiterbildungsangebote für ältere Erwachsene, die den Interessen und Lernmöglichkeiten dieser Zielgruppe gerecht werden sowie intensive Werbung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern für die Nutzung dieser Angebote,
- verstärkte Werbung und neue Ansprechformen für die Teilnahme von Personen mit geringen Qualifikationen an Weiterbildung.

Hauptadressaten:

Länder, Bund und Sozialpartner

X. Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten

Die Förderung und Integration von Migrantinnen und Migranten muss zentrales Element von Bildung in allen Bildungsbereichen werden. Bildung muss Offenheit und Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen fördern. Andere Kulturen und Sprachen sind als Bereicherung und Chance für ausländische und deutsche Kinder zu verstehen. Das deutsche Bildungssystem hat aber auch sicherzustellen, dass alle Migrantinnen und Migranten ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben können.

Das Bildungswesen erfüllt den Auftrag der Förderung und Integration von Migrantinnen und Migranten noch immer nicht hinreichend. Dabei wirken sich auch die frühen Entscheidungen über die Schullaufbahn aufgrund des gegliederten Schulsystems negativ aus. Der unzureichende Zugang zu Bildung birgt große Risiken für die Personen mit Migrationshintergrund wie für die gesamte Gesellschaft.

Personen mit Migrationshintergrund haben einen wesentlich schlechteren Zugang zu Bildung und größere Schwierigkeiten beim Erwerb von Bildung. Insgesamt stammen etwa 15 % der in Deutschland lebenden Personen im Alter unter 30 Jahren aus Migrantenfamilien. Verlässliche Daten liegen nur für Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit vor: 19,5 % verließen 1998 die allgemeinbildenden Schulen, ohne zumindest den Hauptschulabschluss zu erreichen (Deutsche: 8,1 %). Nur 8,7 % der jungen Ausländerinnen und Ausländer erreichen das Abitur. Die Sonderschulquoten von jungen Jugoslawen, Italienern, Portugiesen und Türken liegen zwei bis dreimal über der von gleichaltrigen Deutschen. 39,6 % der ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren haben keinen Berufsabschluss (Deutsche: 10,5 %; Sonderauswertung des Mikrozensus 1998).⁴ Die Bildungssituation der Aussiedlerinnen und

⁴ Nach einer im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Mitte 1998 durchgeführten repräsentativen Befragung waren 11,6 % der Befragten im Alter zwischen 20 und 29 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung und nicht in einer Ausbildung, 8,1 % der deutschen und 32,7% der ausländischen jungen Erwachsenen (vgl. Berufsbildungsbericht 2000, Kapitel 2.2.1).

Aussiedler, für die als deutsche Staatsbürger keine eigenen Daten vorliegen, dürfte ähnlich schlecht sein. Migrantinnen und Migranten sind in der Weiterbildung sehr stark unterrepräsentiert.

In Kindertageseinrichtungen und Grundschule werden Weichen für die Bildungsbiographie der Kinder aus Migrantenfamilien gestellt. Erforderlich ist in allen Fächern eine stärkere Konzentration auf das Erlernen der gesprochenen und geschriebenen deutschen Sprache, deren Beherrschung entscheidend für den späteren Bildungserfolg ist.

Die Bildungssituation von Migrantenkindern, beispielsweise ihr Zugang zu den unterschiedlichen weiterführenden Schulen sowie zu Ausbildungsstellen, sollte vor Ort analysiert werden. Auf der Grundlage dieser Analyse sollten Bildungseinrichtungen und die für Bildung und Berufsausbildung in der Region Verantwortlichen Zielvereinbarungen für die Förderung von Migrantenkindern treffen. Für die Schulprogrammentwicklung sollte die Förderung von Migrantenkindern als Kriterium für die Qualität von Schulen aufgenommen werden.

Die hohen fachübergreifenden Kompetenzen von Personen mit Migrationshintergrund sollten in Erziehungs- und Lehrberufen, sozialpädagogischen Berufen, aber auch für Verwaltung, Rechtsprechung und in Gesundheitsberufen besser genutzt werden.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Aufnahme der Förderung von Migrantenkindern in die Schulprogrammentwicklung als Kriterium für die Qualität von Schulen,
- Berücksichtigung der Kinder aus Aussiedlerfamilien bei der Entscheidung über Sonderzuweisungen an Bildungseinrichtungen,
- Verstärkung des interkulturellen Lernens in allen Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkt auf Elementar- und Primarbereich unter Bezugnahme auf die dort vertretenen Sprachen und Kulturen,
- verstärkte Förderung der Mehrsprachigkeit unter Berücksichtigung der jeweiligen Muttersprache vom Kindergarten an, Ausbau des Deutschunterrichts in allen Fächern der Schule,
- Aufnahme von Lehrenden mit Migrationshintergrund in die Kollegien aller Bildungseinrichtungen,
- Verstärkung der Elternarbeit, Maßnahmen zur Heranführung von zugewanderten Eltern an schulische Arbeit und an deutsche Kultur,
- lokale Zielvereinbarungen für die Förderung von Migrantenkindern in Schule und Berufsausbildung, Unterstützung lokaler Netzwerke zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen von Migrantinnen und Migranten,
- Verbesserung der Bildungsberatung für erwachsene Migrantinnen und Migranten, Ausbau des zielgruppen- und situationsgerechten Deutschunterrichts für Erwachsene unter Nutzung des deutschsprachigen Umfeldes,

- stärkere Thematisierung der Förderung von Migrantinnen und Migranten in der Aus- und Weiterbildung der in der Bildung tätigen Personen, Verstärkung der Bedeutung von Deutsch als Fremdsprache.

Hauptadressaten:

Länder, Bund und Kommunen

XI. Lernorte öffnen und verknüpfen

Bildungseinrichtungen müssen zu "Häusern des Lernens" werden, in denen nicht nur die Lernenden, sondern auch die Lehrenden lernen. Das Programm einer Bildungseinrichtung macht das Profil der Einrichtung deutlich und ist Grundlage für das Lernen und Lehren. Eltern sollen sich ihrer Verantwortung im Erziehungs- und Lernprozess bewusst sein und sind stärker bei der Verwirklichung einer neuen Lern- und Lehrkultur in Kindertageseinrichtungen und Schulen zu beteiligen.

Lernprozesse in der Lebens- und Arbeitswelt sind stärker einzubeziehen. Das erfordert ähnlich wie in der dualen Berufsausbildung eine stärkere Einbeziehung der Lebenswirklichkeit in Unterricht, Studium und Weiterbildung. Die Öffnung der Bildungseinrichtungen für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld ermöglicht das Lernen in Zusammenhängen und unterstützt den gemeinsamen Erwerb von fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen.

Das Wahrnehmen von Verantwortung über das eigene Fach, die Klasse, die Vorlesung oder den Kurs hinaus ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Bildungseinrichtung zur lernenden Organisation. Dafür ist es erforderlich, dass das Team der Lehrenden gemeinsam lernt und gemeinsam Inhalte und Lernverfahren definiert. Bildungseinrichtungen müssen daher Voraussetzungen für regelmäßige und verbindliche Zeiten gemeinsamen Lernens der Lehrenden einrichten. Ein Fortbildungsplan hat Fortbildung im Team zu ermöglichen.

Bei der Entwicklung des Programms einer Bildungseinrichtung sind alle an der Einrichtung Beteiligten einzubeziehen, im Fall der Schule Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Partner einer Schule. Das Programm einer Bildungseinrichtung bestimmt Lernstrukturen. Beispielsweise können auf der Grundlage eines Schulprogramms Fachbereiche ihre Arbeit planen und fächerübergreifende Anknüpfungspunkte finden und kann das Zusammenleben in der Schule im Unterricht wie im außerunterrichtlichen Raum gestaltet werden. Programme machen die Bildungsarbeit für alle Beteiligten transparent, sie unterstützen die Identifikation aller Beteiligten mit den Zielen der Einrichtung und bieten eine Grundlage für Rechenschaft und Evaluation. Programme der Bildungseinrichtungen bedürfen einer ständigen Weiterentwicklung.

Hilfsangebote für Schulverweigerer sind bisher vorrangig außerhalb von Schule entstanden. Schulen mit dem Anspruch von "Häusern des Lernens" müssen das Problem der Schulverweigerung in der Schule selbst aufgreifen und die Vermeidung von Schulverweigerung zum Qualitätskriterium machen. Sie sind dann in stärkerem Maße in der

Lage, die individuellen Gründe für Schulverweigerung zu erkennen, auf die Bedürfnisse der gefährdeten Jugendlichen einzugehen und erforderlichenfalls kompetente Unterstützung von außen in Anspruch zu nehmen (vgl. auch IX.).

Familie ist nach wie vor der wichtigste Lernort außerhalb von Bildungseinrichtungen. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Veränderungen führen jedoch dazu, dass der Erziehungsauftrag der Familie immer schwerer zu erfüllen ist und die Erwartungen an Erziehung in Kindertageseinrichtungen und Schule gestiegen sind. Dies macht die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Bildungseinrichtung noch notwendiger, als sie es in der Vergangenheit schon war. Die Gewinnung und Einbeziehung von Eltern erfordern gezieltes Handeln von Seiten der Kindertageseinrichtungen und Schulen. Dazu gehören unter anderem die aktive Beteiligung von Eltern an Entwicklung und Umsetzung des Programms der Einrichtung sowie die Unterstützung der Eltern bei der Mitwirkung in Bildungseinrichtungen und bei der Erziehung in der Familie.

Durch die Öffnung von Bildungseinrichtungen werden andere Lernorte und Sachverstand von außen einbezogen. Das fördert das Lernen in Zusammenhängen, hilft die Aufsplitterung der Unterrichtsinhalte durch übergreifendes und projektorientiertes Lernen zu überwinden und unterstützt den gemeinsamen Erwerb von fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen. Die Öffnung von Bildungseinrichtungen fördert so auch das Lernen des Lernens und bereitet auf lebensbegleitendes Lernen vor.

Eine Zusammenarbeit vor Ort sollte auf Gegenseitigkeit beruhen. Die Kompetenzen und die Ausstattung der Schule, Berufsbildungseinrichtung, Hochschule oder Weiterbildungseinrichtung sollten auch für ihre Partner nutzbar gemacht werden. Eine Öffnung von Schulen setzt eine Reduzierung von Erlassen auf das unbedingt Notwendige voraus.

Netzwerke sind ein wesentliches Element der Entwicklung von lernenden Regionen. Sie führen die Anbieter und Nachfrager von Bildung und Qualifizierung sowie die für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in der Region Verantwortlichen zusammen. Regionale Netzwerke können insbesondere dazu beitragen, jeder Frau und jedem Mann ein Bildungs- und Qualifizierungsangebot zu machen, das ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Regionale Initiative, trägerunabhängige Koordinierung und Zusammenführen von Bildungs-, Jugend-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg von regionalen Netzwerken.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Förderung der Entwicklung von Bildungseinrichtungen zu "Häusern des Lernens", u.a. durch
 - Ressourcen für die einzelne Bildungseinrichtung, um Zeit, professionelle Beratung und Fortbildung für die Entwicklung der Einrichtung einsetzen zu können,
 - Unterstützung von Kindertageseinrichtungen und Schulen bei der Entwicklung, Verwirklichung und Fortschreibung von Programm und Profil der Einrichtung,
 - Beteiligung der Lehrenden, der Lernenden, der Eltern und der Partner der Einrichtung an der Entwicklung des Programms der Bildungseinrichtung,

- Weiterbildung von Lehrenden im Team, bezogen auf die Lösung konkreter Aufgaben der Bildungseinrichtung,
- Beratung und Unterstützung von Eltern bei Erziehungsaufgaben und bei der verantwortlichen Mitwirkung in Kindertageseinrichtungen und Schule,
- stärkere Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei der Öffnung für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld, Reduzierung von Erlassen auf das unbedingt Notwendige,
- stärkere Öffnung der Hochschule für ihr soziales und kulturelles Umfeld und für eine Kooperation mit der Wirtschaft,
- Stärkung der Bereitschaft von sozialen und kulturellen Organisationen sowie von Betrieben in der Region zu aktiver Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, Schule, Hochschule und Weiterbildungseinrichtungen,
- Ausbau regionaler Netzwerke, die Anbieter und Nachfrager sowie die für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik Verantwortlichen in der Region zusammenführen.

Hauptadressaten:

Länder, Kommunen, Sozialpartner, Träger von Bildungseinrichtungen

XII. Mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen, Lernen aus Evaluationen

Zunehmende Komplexität der Anforderungen an Bildung und Qualifizierung erfordert mehr Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen. Insbesondere Kindertageseinrichtungen und Schulen, aber auch Ausbildungseinrichtungen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen müssen bei der schrittweisen Verwirklichung von Eigenverantwortung unterstützt werden. Die staatliche Aufsicht muss hierfür neue Handlungskonzepte entwickeln und verwirklichen.

Mehr Eigenverantwortung setzt die Bereitschaft zur Rechenschaftslegung voraus. Interne und externe Evaluationen sind zugleich wichtige Instrumente der Selbststeuerung von Bildungseinrichtungen. Das Lernen aus Evaluationen muss zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Eigenverantwortung von Bildungseinrichtungen muss neben finanziellen Belangen insbesondere die Verantwortung für inhaltliche und personelle Gestaltung und Weiterentwicklung von Bildungsangeboten umfassen. Schrittweises Einräumen von Eigenverantwortung führt nur dann in vollem Maße zu der angestrebten Qualitätssteigerung, wenn die Bildungseinrichtungen bei der Verwirklichung der Eigenverantwortung unterstützt werden. Der Gefahr, dass sich Bildungseinrichtungen qualitativ auseinanderentwickeln, ist durch eine Neuorientierung der staatlichen Aufsicht entgegenzuwirken. Staatliche Aufsicht muss hierbei weniger auf punktuell Krisenmanagement abstellen, sondern auf Verantwortung für Systemsteuerung und Ergebnisverantwortung sowie auf Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei der Verwirklichung von Eigenverantwortung.

Barrieren, die einer breiten Umsetzung guter Erfahrungen entgegenstehen, liegen häufig im Leitungsbereich. Mitglieder der Leitung einer Bildungseinrichtung benötigen zusätzlich zu den fachlichen Kompetenzen erweiterte Kompetenzen. Sie müssen die innovative Entwicklung der Bildungseinrichtung einleiten, unterstützen und steuern. Dabei müssen sie die methodischen und didaktischen Voraussetzungen einer neuen Lern- und Lehrkultur, Grundlagen eines modernen Qualitätsmanagement sowie Voraussetzungen für Personalführung und Entwicklung einer lernenden Organisation beherrschen. Sie müssen demokratische Prinzipien fördern und Mitbestimmung ernst nehmen. Hinzu kommen Managementkompetenzen. Mitglieder der Leitung einer Bildungseinrichtung sollten in viel stärkerem Maße unter Berücksichtigung solcher Kompetenzen ausgewählt werden. Zusätzlich sollte eine spezielle und kontinuierliche Weiterbildung zur Pflicht gemacht werden. Bildungseinrichtungen können hier von Erfahrungen der Unternehmen lernen.

Rechenschaftslegung dient der Sicherstellung von Standards, der Transparenz und der Weiterentwicklung der Qualität. Interne und externe Evaluation sind zugleich Instrumente der Selbststeuerung von Bildungseinrichtungen.

Die Verfahren der Evaluation und des Lernens aus Evaluationen für die Verbesserung der Qualität von Bildung entwickeln sich erst allmählich. Die hierfür auf der Ebene der einzelnen Bildungseinrichtung wie auf der Ebene der Bildungsadministration erforderliche professionelle Kompetenz ist vielfach noch nicht vorhanden. Groß angelegte Vergleichsstudien bedürfen einer entsprechend entwickelten Wissenschaft und der Hilfe kompetenter Wissenschaftler.

Die Bedingungen, unter denen eine Bildungseinrichtung aus interner und externer Evaluation optimal lernen kann, um die Qualität der Bildungsangebote und der Bildungsprozesse zu verbessern, sind noch zu wenig bekannt. Hier besteht ein dringender Bedarf für Transferforschung. Erfahrungen aus anderen Staaten, z.B. aus den Niederlanden, müssen dabei berücksichtigt werden.

Die Qualität der Ergebnisse von Evaluationen und des Lernens aus Evaluationen hängt auch davon ab, dass Vertrauen in die faire Verwendung der gewonnenen Informationen aufgebaut werden kann. Die Informationen aus Evaluationen sind für die Verbesserung der Transparenz über die Qualität von Bildungsanbietern und Bildungsangeboten und für die individuelle Beratung zu nutzen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- verstärkte Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen, insbesondere bei der Weiterentwicklung ihres pädagogischen Profils und der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung (vgl. XI.),
- **schulbezogene Einstellungen als Regel bei gleichzeitiger Sicherstellung einer gleichmäßigen Lehrerversorgung von Regionen,**
- Verstärkung der Führungs- und Managementkompetenz der Leiterinnen und Leiter von Bildungseinrichtungen u.a. durch verpflichtende kontinuierliche Weiterbildung,
- Ausbau der Beratungskompetenzen der staatlichen Aufsicht,

- Förderung des Lernens aus Evaluationen, u.a. durch
 - Förderung der internen Verständigung über Qualität in Bildungseinrichtungen und der Bereitschaft zur Rechenschaft nach außen sowie zum Vergleich mit anderen, vor dem Hintergrund geeigneter Referenzrahmen,
 - Transferforschung zur Entwicklung der Bedingungen für das Lernen aus Evaluationen,
 - Aufbereitung der Informationen aus Evaluationen für Transparenz und Beratung über die Qualität der Bildungseinrichtung für alle Beteiligte,
- Fortsetzung und Vertiefung der vom Forum Bildung begonnenen bildungsbereichsübergreifenden Behandlung von Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung.

Hauptadressaten:

Länder, Bildungseinrichtungen und Bund

Arbeitsstab Forum Bildung

in der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission
für Bildungsplanung und Forschungsförderung

C. Einzelergebnisse des Forum Bildung

Im Mittelpunkt der Arbeit des Forum Bildung standen fünf bildungsbereichsübergreifende Themenschwerpunkte, die Bund und Länder gemeinsam berühren:

- Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen
- Förderung von Chancengleichheit
- Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb
- Lernen, ein Leben lang
- Neue Lern- und Lehrkultur.

Nach eingehenden Einstiegsdiskussionen im Forum Bildung, in denen u.a. Fragestellungen an Expertinnen und Experten formuliert wurden, hat das Forum zu jedem der fünf Themenschwerpunkte eine Expertengruppe eingesetzt. Auf der Grundlage der Berichte dieser Expertengruppen¹ hat das Forum Bildung zunächst Vorläufige Leitsätze und Vorläufige Empfehlungen erarbeitet und in einen breiten öffentlichen Dialog eingebracht.

Am Ende des Diskussionsprozesses wurden diese Einzelergebnisse des Forum Bildung überarbeitet. Die nachfolgend wiedergegebenen Leitsätze und Empfehlungen zu den fünf Themenschwerpunkten waren zugleich die Grundlage für die Erarbeitung der in Teil B vorangestellten Empfehlungen des Forum Bildung.

¹ Die Berichte der fünf Expertengruppen werden in "Ergebnisse des Forum Bildung Band III" veröffentlicht.

1. **Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen**

Leitsätze des Forum Bildung

Die nachfolgenden Leitsätze hat das Forum Bildung zu Beginn seiner Arbeit formuliert. Sie wurden bei der Bearbeitung der vier weiteren Themenschwerpunkte zugrunde gelegt und in den Empfehlungen zu diesen Themenschwerpunkten weiter konkretisiert. Die Leitsätze enthalten daher selbst noch keine Empfehlungen, sondern lediglich Verweise auf Empfehlungen zu anderen Themenschwerpunkten.

I. **Drei Zieldimensionen**

Bildung und Qualifikation zielen immer auf Entwicklung der Persönlichkeit, Teilhabe an der Gesellschaft und Beschäftigungsfähigkeit. Diese drei Zieldimensionen lassen sich nicht voneinander trennen.

Die Begriffe Bildung und Qualifikation stehen traditionell in einem Spannungsverhältnis zueinander. In der bildungspolitischen Diskussion werden beide Begriffe nicht selten gegeneinander gestellt. Die Auffassung, wonach Bildung auf die Entwicklung der Persönlichkeit ziele, Qualifikation hingegen nur auf ökonomische Verwertung, wird jedoch der Realität von Bildungsprozessen nicht gerecht. Bildung zielt vielmehr im umfassenden Sinne auf ein Leben in einer menschenwürdigen Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung zur aktiven Teilhabe am kulturellen Reichtum und begründet zugleich die Identität des Einzelnen wie der Gesellschaft.

Die Herausforderungen des technischen und sozialen Wandels führen zunehmend dazu, dass sich die Anforderungen an die Beschäftigungsfähigkeit (Qualifizierung für den Arbeitsmarkt) immer mehr in Bereiche ausdehnen, die traditionell eher dem Bereich der Persönlichkeitsentwicklung zugerechnet wurden (z.B. personale und soziale Kompetenzen). Persönlichkeitsentwicklung wiederum umfasst nicht nur die individuelle Selbstentfaltung, sondern auch die Fähigkeit, Verantwortung für andere und die Gemeinschaft zu übernehmen. Ohne eine vielseitig entwickelte Gesamtpersönlichkeit mit ausgeprägten Kompetenzen für persönliches und soziales Handeln ist Beschäftigungsfähigkeit heute nicht mehr denkbar; umgekehrt ist die Fähigkeit, den eigenen Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit zu sichern, eine Voraussetzung für die Entfaltung der eigenen Person und für die Teilhabe an der Gesellschaft.

II. **Kompetenzansatz**

In einer auf Pluralität und ständigem Wandel gegründeten Gesellschaft führt der Weg zur Realisierung dieses umfassenden Bildungsbegriffs über den Erwerb von Kompetenzen, die den Einzelnen zur Orientierung und zum produktiven Umgang mit Pluralität und Wandel befähigen. Zu diesen Kompetenzen zählen vor allem:

- **Lernkompetenz (Lernen des Lernens),**
- **die Verknüpfung von "intelligentem" inhaltlichen Wissen mit der Fähigkeit zu dessen Anwendung,**
- **methodisch-instrumentelle (Schlüssel-)Kompetenzen, insbesondere im Bereich Sprachen, Medien und Naturwissenschaften,**
- **soziale Kompetenzen sowie**
- **Wertorientierungen.**

Dieser Kompetenzansatz ermöglicht die Verwirklichung eines dynamischen Konzepts der ständigen Erneuerung und Ergänzung von Kenntnissen und Fertigkeiten. Er rückt zugleich die Lernerperspektive und die wachsende Eigenverantwortung des Einzelnen für seinen jeweiligen Bildungs- und Qualifikationsprozess stärker in den Vordergrund. Der Kompetenzerwerb muss möglichst früh einsetzen und als lebensbegleitender Prozess verstanden werden. Dabei ist in stärkerem Maße auch der Kompetenzerwerb in der Lebens- und Arbeitswelt einzubeziehen.

Der Kompetenzansatz dient als Schlüssel zu einem Bildungskonzept, das sich durch große Offenheit und Anpassungsfähigkeit auszeichnet. Demgegenüber wäre der Versuch der Formulierung eines Wissenskanons weder der Situation des immer schnelleren Wachstums des Wissens angemessen noch im wissenschaftlichen und politischen Konsens begründbar.

III. Lernen des Lernens

Lernprozesse selbst müssen wesentlich stärker zum Gegenstand von Bildung werden. Lernkompetenz (Lernen des Lernens) kann nicht durch ein neues Schulfach vermittelt werden, sondern muss in das Lernen von Inhalten fachlicher Lehr- und Lerneinheiten in allen Bildungsabschnitten ab dem Kindergarten integriert werden.

Lernkompetenz ist Voraussetzung für lebenslanges Lernen. Sie umfasst den Aufbau von Kenntnissen über den Umgang mit neuen Informationen und mit Problemen sowie die damit verbundenen Kompetenzen zur Kontrolle und Steuerung des eigenen Lernens.

Der Erwerb von Lernkompetenz erfordert eine grundlegende Veränderung des Lehrens und Lernens: Lernen des Lernens muss in Verbindung mit dem Lernen von Inhalten erfolgen. In allen Phasen von Bildung und Qualifizierung muss immer wieder zurückgeblickt und überlegt werden, wie das konkrete Lernen tatsächlich stattgefunden hat und wie es hätte – noch besser – stattfinden können. Dies muss bereits im Kindergarten beginnen und stellt neue Herausforderungen an Schule, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung. Daher ist die Vermittlung von Lernkompetenz immanenten Auftrag der Aus- und Weiterbildung der in der Bildung tätigen Personen, einschließlich der Hochschullehrerinnen und -lehrer.

Vgl. Empfehlungen "Förderung von Chancengleichheit", "Lernen, ein Leben lang" und "Neue Lern- und Lehrkultur".

IV. Fach- und Methodenkompetenz

Fachkompetenz setzt solides inhaltliches Wissen voraus. Zur Fachkompetenz gehört aber gleichermaßen die Fähigkeit zur Anwendung dieses Wissens; dieser Aspekt muss stärkeres Gewicht in Lehre und Unterricht erhalten. Hinzu kommen fachübergreifende (Schlüssel-)Kompetenzen insbesondere im Bereich Sprach- und Medienbeherrschung sowie in den Naturwissenschaften. Fachliches Wissen und fachübergreifende Kompetenzen werden am besten gemeinsam erworben.

Das immer schnellere Wachstum von Wissen und seine – theoretisch – weltweite Verfügbarkeit infolge neuer Technologien bringen gewaltige Chancen für persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Dem steht die Gefahr gegenüber, dass Wissen wegen seiner Fülle, seiner Differenziertheit und seiner dynamischen Entwicklung immer schwerer zu erschließen ist. Die Fähigkeit, Wissen aufzufinden, auszuwählen, zu bewerten und anzuwenden für die jeweils beste Lösung einer aktuellen Aufgabe, entscheidet immer mehr über persönliche Chancen sowie über Erfolg im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb. Solides Fachwissen und die erforderlichen Methodenkompetenzen zum Anwenden von Wissen ergeben zusammen Handlungskompetenz. Beides muss zusammen vermittelt werden.

Welches Fachwissen erworben werden soll, muss von Fach zu Fach und in bestimmten Zeitabständen neu ermittelt werden. Die Antwort auf diese Frage unterliegt einer ständigen Entwicklung.

Unter fachübergreifenden (Schlüssel-)Kompetenzen werden hier jene Kompetenzen verstanden, die in unterschiedlichen Situationen und in verschiedenen Inhaltsbereichen dazu beitragen, notwendige Spezialkenntnisse schnell zu erwerben, neue Probleme effektiv zu lösen und wichtige Aufgaben zu bewältigen. Dieser Begriff schränkt Schlüsselkompetenzen im Wesentlichen auf wichtige und vielfach nutzbare methodische und instrumentelle Kompetenzen ein. Von herausragender Bedeutung sind z.B. die (mündlichen und schriftlichen) sprachlichen Kompetenzen, Fremdsprachenkenntnisse, allgemeine mathematisch-statistische Kompetenzen und Medienkompetenzen.

Fachübergreifende Kompetenzen können Fachwissen nicht ersetzen. Ihre Bedeutung kann nur in engem Zusammenhang mit Allgemein- und Fachwissen verstanden werden: Fachwissen wird erst durch methodisch-instrumentelle Kompetenzen voll nutzbar. Diese fachübergreifenden Kompetenzen werden am besten in Verbindung mit dem inhaltlichen Wissen erworben. Fachübergreifende Kompetenzen sollten in der Bildung daher das gleiche Gewicht erhalten wie der Erwerb von inhaltlichem Wissen. Dadurch werden insbesondere Schule und Hochschule in die Lage versetzt, noch besser auf die Anforderungen der Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten. Dies bringt

neue Herausforderungen für die Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrenden, Auszubildenden und Hochschullehrenden.

Vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur".

V. Soziale Kompetenzen

Der Erwerb sozialer Kompetenzen erfordert reflektierte soziale Erfahrungen. Diese werden begünstigt durch Gruppenunterricht, Teamarbeit und Konfliktlösungsaufgaben.

Soziale Kompetenzen umfassen soziales Verstehen, soziale Geschicklichkeit, soziale Verantwortung, Konfliktlösungskompetenz. Soziale Kompetenzen gehören heute zu den wichtigsten beruflichen Voraussetzungen. Sie sind zugleich wichtige Grundlagen für Persönlichkeitsentwicklung und Teilhabe an der Entwicklung und Gestaltung der Gesellschaft.

Voraussetzung für den Erwerb der als soziale Kompetenzen bezeichneten Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einstellungen sind angeleitete und reflektierte soziale Erfahrungen, beispielsweise bei verschiedenen Varianten des Gruppenunterrichts. Diese Lernform muss ein möglichst selbstständiges Arbeiten und Zusammenarbeiten der Lernenden ermöglichen und ermutigen. Den Lehrenden oder Auszubildenden obliegt es jedoch, den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Regeln sozialer Interaktion, die Möglichkeiten des gemeinsamen Problemlösens sowie die Notwendigkeiten und Grenzen des arbeitsteiligen Lernens und vor allem die Strategien der Vermeidung und der Lösung von sozialen Konflikten nahe zu bringen. Zugleich müssen die Lehrenden dafür sorgen, dass nicht einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Gruppe oder unter der Gruppe leiden. Ziel muss die Stärkung des Selbstwertgefühls aller Lernenden sein.

Vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur".

VI. Werte erfahren

Orientierung im Wandel setzt – auch und gerade in Bildungseinrichtungen – Gelegenheiten zum Erfahren und Reflektieren von Werten und zur Entwicklung von Perspektiven voraus.

In einer sich verändernden Gesellschaft ist die Fähigkeit, mit Wandel umzugehen, die im Wandel liegenden Chancen zu nutzen und Wandel mitzugestalten, eine der wichtigsten Kompetenzen. Dies umfasst die Fähigkeit, die in der Gesellschaft wirksamen Werthaltungen zu erkennen und zu verstehen und eigene Werthaltungen zu entwickeln. Die Herausbildung eigener Werthaltungen ist die Voraussetzung für persönliche Orientierung, die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und die Basis für Handeln in der Gesellschaft.

Dazu gehört in einer pluralen Gesellschaft insbesondere auch der kompetente Umgang mit kulturell und religiös begründeten Differenzen als Grundlage für die Verwirklichung des Toleranzgebotes. Gemeinsames Fundament und Maßstab sind dabei die im Grundgesetz und in den Länderverfassungen vor dem Hintergrund geschichtlicher Erfahrungen formulierten Grundwerte.

Werte lassen sich jedoch nicht abstrakt vermitteln. Bildungseinrichtungen müssen verstärkt Gelegenheiten schaffen zum Erleben, Erfahren und Reflektieren von Werten. Sowohl im Rahmen der konkreten Lernsituation (Unterricht) als auch bei der Gestaltung des gesamten Lernumfeldes (Schulkultur, Formen der Mit- und Selbstverwaltung) bedarf es einer Kultur des Miteinanders, die Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden Vertrauen entgegenbringt und ihnen die Chance gibt, Verantwortung zu übernehmen. Der Erwerb von Werten hängt von Alltagserfahrungen und von Vorbildern ab, die Werte vorleben.

Vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur".

VII. Kompetenzerwerb in der Lebens- und Arbeitswelt

Kompetenzen werden nicht nur in den klassischen Bildungsinstitutionen erworben, sondern in starkem Maße auch in der Lebens- und Arbeitswelt. Bildungseinrichtungen müssen sich daher noch stärker öffnen für ihr soziales, kulturelles und wirtschaftliches Umfeld. Kompetenzen, die außerhalb von formaler Bildung erworben worden sind, müssen anerkannt und in formale Bildungsprozesse einbezogen werden.

Die Vorstellung einer Arbeitsteilung, die Bildung allein Bildungsinstitutionen überlassen will, entspricht vielfach nicht der Realität. Informelles Lernen findet in starkem Maße auch in der Familie, beim Fernsehen, im Freundeskreis, im Verein, in der Freizeit und im Betrieb statt. Der Bildungsauftrag der öffentlichen Bildungseinrichtungen wird dadurch nicht in Frage gestellt; die bewusste Entwicklung der informellen Lernorte stellt vielmehr neue Herausforderungen an diese Einrichtungen.

Eine Konsequenz aus dem Bewusstsein über die Bedeutung der Lernprozesse in der Lebenswelt ist, dass Bildungseinrichtungen sich noch stärker öffnen müssen für ihr soziales, kulturelles und wirtschaftliches Umfeld. Kindergärten, Schulen, Einrichtungen der Berufsausbildung, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen müssen intensivere Formen der Zusammenarbeit vor Ort entwickeln. Eine andere Konsequenz aus der Bedeutung des Lernens in der Lebens- und Arbeitswelt ist, dass Kompetenzen, die außerhalb von Bildungseinrichtungen erworben worden sind, beispielsweise im Betrieb oder in der Freizeit, auch förmlich anerkannt und in formale Bildungsprozesse einbezogen werden.

Vgl. Empfehlungen "Lernen, ein Leben lang" und "Neue Lern- und Lehrkultur".

2. Förderung von Chancengleichheit

Empfehlungen des Forum Bildung

Präambel

Lebenschancen werden zunehmend durch den Grad von Bildung und Qualifizierung bestimmt. Die Folgen von Chancenungleichheit in Bildung und Ausbildung sind daher heute erheblich einschneidender als vor 30 Jahren.

Das Bildungssystem hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund und ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft, Bildungsangebote wahrnehmen können, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen. Förderung von Chancengleichheit bedeutet insbesondere die Überwindung von Barrieren, die einer gleichberechtigten Teilnahme an Bildung und einer optimalen Förderung entgegenstehen. Hierzu liegen zahlreiche Konzepte und Erfahrungen vor, die breit umgesetzt werden müssen. Die Verwirklichung von Chancengleichheit bezieht sich gleichermaßen auf Persönlichkeitsbildung und individuelle Lebensgestaltung, auf Teilhabe und Gestaltung der Gesellschaft sowie auf den Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie erschließt Potenziale für die Gesellschaft und ist ein konstitutives Element der Demokratie.

Das Forum Bildung hat sich bei seinen Empfehlungen auf besondere Schwerpunkte und auf Schnittflächen zwischen Bildungsbereichen konzentriert. Dieses Vorgehen führt dazu, dass nicht alle Bildungsbereiche in gleichem Maße angesprochen werden. Auch weiterführende Schulen und Hochschulen, die in diesen Empfehlungen in geringem Maße unmittelbar angesprochen werden, müssen noch stärker zur Verwirklichung von Chancengleichheit beitragen.

Das Forum sieht über diese Empfehlungen hinaus Vertiefungsbedarf zu Faktoren für eine erfolgreiche Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe sowie zum Spannungsfeld zwischen spezifischer Förderung und Integration von Behinderten. Fragen der zielgruppengerechten Ausgestaltung der Weiterbildung sind Gegenstand der Empfehlungen "Lernen, ein Leben lang".

Die Verwirklichung von Chancengleichheit setzt nach Auffassung des Forum Bildung eine intensive Verbindung von Bildungspolitik mit Jugend-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie mit Gleichstellungspolitik voraus. Fördermaßnahmen sind mit der zu fördernden Person, mit Eltern und gegebenenfalls mit Institutionen außerhalb der Bildungseinrichtung abzustimmen.

I. Zugang zu Bildung

Bildungspolitik muss verstärkte Anstrengungen unternehmen, um Barrieren auf allen Ebenen beim Zugang zu Bildung und beim Erwerb von Bildung zu überwinden.

Dem Anspruch des demokratischen Rechtsstaats, jedem Menschen unabhängig von seiner Herkunft gleiche Lebenschancen zu bieten, steht auch heute noch ein nach sozialen Schichten unterschiedlicher Zugang zu Bildung und damit zu Lebenschancen entgegen. Umfassende bundesweite Daten stehen nicht zur Verfügung. Aber insbesondere lokale Beispiele machen deutlich, dass vor allem Kinder aus Familien in schwieriger wirtschaftlicher und sozialer Lage besonders unterstützt werden müssen, um Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung und beim Erwerb von Bildung abzubauen. Beispielsweise besuchen in einem Stadtteil von Essen, in dem 48 % der unter 18-Jährigen aus Familien stammen, die Sozialhilfe erhalten, nur knapp 8 % eines Jahrgangs ein Gymnasium. Demgegenüber gehen in Stadtteilen, in denen nur 5 % der unter 18-Jährigen aus Familien kommen, die Sozialhilfe empfangen, zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler zum Gymnasium. Diese Diskrepanzen beim Zugang zu Bildung setzen sich beim Schulabschluss, bei der Einmündung in Berufsbildung, beim Berufsabschluss sowie beim Zugang zur Hochschule und zur Weiterbildung fort.

Die Bedingungen für die individuelle Förderung an Hauptschulen werden zunehmend schwerer. Hier kommt es zu einer Konzentration von Kindern und Jugendlichen (vor allem Jungen), deren Eltern in einfachen Tätigkeiten beschäftigt sind, die in sozial und wirtschaftlich schwacher Lage aufwachsen und die proportional sehr stark aus Migrantenfamilien kommen.

Der Gewinnung, Einbeziehung und Beratung von Eltern kommt große Bedeutung zu für die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und des Erwerbs von Bildung in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Den in diesen Einrichtungen tätigen Personen muss hierfür genügend Zeit zur Verfügung stehen.

Handlungsfelder:

- Verbesserung der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Förderbedingungen für Kindertageseinrichtungen und Schulen mit hohem Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und von Kindern mit Migrationshintergrund; dies gilt insbesondere für Grund-, Haupt- und Sonderschulen;
- verstärkte Gewinnung, Einbeziehung und Beratung von Eltern durch Kindertageseinrichtungen, Schulen und außerschulischen Einrichtungen, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen und Regionen;
- Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen der Berufsausbildung mit außerschulischen Einrichtungen, insbesondere der Jugendhilfe;
- Verstärkung der Werbung für Bildung und Qualifizierung sowie der Information über Fördermöglichkeiten, Entwicklung neuer Anspracheformen.

II. Individuelle Förderung

Individuelle Förderung ist gleichermaßen Voraussetzung für das Vermeiden und den frühzeitigen Abbau von Benachteiligungen wie für das Finden und Fördern von Begabungen. Sie muss möglichst früh einsetzen, damit alle Kinder ihre Interessen und Fähigkeiten entwickeln können.

Das Bildungssystem hat einen entscheidenden Beitrag dazu zu leisten, dass sich alle Menschen nach ihren Fähigkeiten entwickeln können. Dies liegt im Interesse des Einzelnen wie der Gesellschaft. Bildung hat dabei in gleichem Maße den Auftrag, Benachteiligungen zu vermeiden und Begabungen rechtzeitig zu erkennen und zu fördern. Individuelle Förderung ist hierfür eine entscheidende Voraussetzung.

Individuelle Förderung muss bereits dort ansetzen, wo Grundlagen und Weichen für die Bildungschancen der Kinder gesetzt werden, beispielsweise in Kindertageseinrichtungen und in der Grundschule, aber auch im sozialen und kulturellen Umfeld.

Um der Vielfalt der individuellen Begabungen entsprechen zu können, müssen Zeit und Rahmenbedingungen für das Lernen stärker den individuellen Voraussetzungen, Interessen und Entwicklungen gerecht werden (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur").

Behinderte sind stärker in Regeleinrichtungen zu integrieren. Dafür müssen die Bedingungen für eine individuelle Förderung von Behinderten in Regeleinrichtungen verbessert werden. Die Förderung in Sondereinrichtungen ist dann gerechtfertigt, wenn eine spezifische individuelle Förderung der Bildung und Qualifizierung von Behinderten anders nicht möglich ist. Das Spannungsfeld zwischen Integration und spezifischer Förderung in Sondereinrichtungen muss im Dialog zwischen Praxis und Forschung weiter vertieft werden.

Dem Grundsatz der frühen individuellen Förderung widerspricht es, dass Deutschland bei den Ausgaben für die Grundschulen erheblich unter dem OECD-Schnitt liegt, während für die Sekundarstufe II mehr aufgewendet wird. Länder wie Österreich, Dänemark, Norwegen, Schweden, Schweiz und USA wenden erheblich mehr pro Schülerin und Schüler in den ersten Schuljahren auf.

Handlungsfelder:

- Schaffung von inhaltlichen, organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen für eine bessere individuelle Förderung, insbesondere im Elementar- und Primarbereich;
- Unterstützung der Weiterentwicklung von Bildungseinrichtungen zu "lernenden Organisationen" (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur");
- Ausweitung des Angebots an Ganztagschulen;
- verstärkte Integration von Behinderten in Regeleinrichtungen, Verbesserung der Bedingungen für die individuelle Förderung von Behinderten in Regeleinrichtungen;

- Ausbau von Diagnostik und qualifizierter Beratung, beispielsweise des Schulpsychologischen Dienstes, die möglichst früh ansetzen müssen;
- Entwicklung einer Pädagogik der individuellen Förderung, die zugleich Freude am Lernen und an Leistung vermittelt (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur");
- bessere Vorbereitung des in der Bildung tätigen Personals auf eine optimale individuelle Förderung und permanente Weiterbildungsangebote zu diesem Themenkomplex.

III. Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern

Die gleiche Teilhabe von Männern und Frauen muss durchgängiges Leitprinzip des Bildungswesens werden. Dazu gehört die Stärkung des Bewusstseins, insbesondere auch auf Leitungsebene über die Problematik ungleicher Teilhabe von Frauen und Männern – sowohl Lernender wie auch Lehrender – an den Bildungsbereichen und Bildungsstufen. Traditionelle Rollenorientierungen der Geschlechter müssen in Kindertageseinrichtungen, Schule, beruflicher Bildung, Hochschule und Weiterbildung durch gezielte Maßnahmen überwunden werden.

Obwohl Frauen erfolgreicher als Männer an Bildung und schulischer Qualifikation teilnehmen, setzt sich das nicht in entsprechende zukunftsorientierte berufliche Qualifizierungen und Karrieren um. Die schulische Förderung von Mädchen wirkt nicht der Einengung des inhaltlichen Spektrums von Kurs-, Berufs- und Studienwahlen entgegen. Vor allem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sind Frauen deutlich unterrepräsentiert.

Traditionelle Rollenorientierungen von Männern und Frauen werden in Kindergarten und Schule, aber auch in der Berufsausbildung und an Hochschulen noch oft unbewusst weitergegeben. Diese Orientierungen werden in den Lebensplänen der Jugendlichen meist erst nach der Beendigung der Bildungsphase manifest. Im Erwerbsleben und vor allem in beruflichen Karrieren sind Frauen noch immer strukturell benachteiligt.

Koedukative Bildungssituationen sollten verstärkt genutzt werden, um mit- und voneinander zu lernen. Partizipative Ansätze sind dabei besonders geeignet, soziale Prozesse und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu stützen. In allen Bildungseinrichtungen lässt sich fragen, "wie kann eine Situation gestaltet werden, um Mädchen und Jungen gerecht zu werden?" Wenn die Antwort nicht von Pädagoginnen und Pädagogen vorgegeben, sondern mit den Kindern und Jugendlichen erarbeitet wird, entsteht eine sehr produktive reflexive Koedukation.

Bei den Lehrenden und Erziehenden findet sich ein klares Gefälle: In Kindertageseinrichtungen ist der männliche Erzieher die Ausnahme. Im Grundschulbereich ist das Lehrpersonal überwiegend weiblich. Weiterführende Schulen werden überwiegend von Männern geleitet. Mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer werden eher von Männern unterrichtet.

Alle Maßnahmen sind auf ihre potenzielle Wirkung für beide Geschlechter zu überprüfen und nur dann zu realisieren, wenn sie zur gleichen Teilhabe der Geschlechter beitragen. Dieser Grundsatz (Gender Mainstreaming) ist als durchgängiges Leitprinzip in allen Maßnahmen und Programmen, in allen Bildungsbereichen und auf allen Bildungsstufen zu berücksichtigen. Gender Mainstreaming muss zu einer deutlichen Erweiterung der Sichtweisen, insbesondere beim Leitungs- und Führungspersonal, aber auch bei den Lernenden selbst, führen. Es muss durchgängig geprüft werden, inwieweit Maßnahmen und politische Strategien die Situation von Frauen und Männern verändern. Für die Verwirklichung dieses Ansatzes ist es erforderlich, das Wissen über die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Bildungsbereich breit verfügbar zu machen. Dazu gehört vor allem die Sensibilität für inhaltliche und sozialisationsbedingte Stereotype und Rollenzuweisungen, die in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Betrieben und Hochschulen zu finden sind.

Bei allen Aktivitäten und Maßnahmen ist es wichtig, sich immer wieder klar zu machen, dass es zwar Differenzen zwischen den Geschlechtern gibt, zugleich aber die Differenzen innerhalb der Geschlechter (also die zwischen Männern und die zwischen Frauen) häufig größer sind als die zwischen den Geschlechtern. Für alle Handlungsfelder gilt deshalb, Geschlecht als Orientierung zu sehen, dabei aber nicht aus dem Auge zu verlieren, dass sie keineswegs für alle Mädchen und Frauen und alle Jungen und Männer gelten. Andernfalls besteht die Gefahr, Stereotype zu verstärken statt sie abzubauen.

Handlungsfelder:

- Abbau von geschlechtsspezifischen Rollenzuweisungen in Kindertageseinrichtungen, Schule, beruflicher Bildung, Hochschule und Weiterbildung, beispielsweise durch
 - Stärkung des Selbstbewusstseins von Mädchen in Kindertageseinrichtungen und Grundschule, des Zutrauens in eigene Stärke, Durchsetzungskraft und Kompetenz (beispielsweise durch gezielte Selbstbehauptungskurse);
 - Gezielte Förderung von Jungen, etwa in den Bereichen soziale Kompetenz und Empathie (beispielsweise durch Meditationsübungen, die paritätisch Mädchen und Jungen einbeziehen);
 - Maßnahmen zur Erweiterung des Berufsspektrums für junge Frauen und junge Männer und des Studienwahlverhaltens, insbesondere durch frühzeitige Berufsorientierung unter Einbeziehung der Bundesanstalt für Arbeit (beispielsweise Erkundungen und Praktika, auch in "untypischen" Berufsfeldern);
 - Stärkung des Interesses junger Frauen für Lehrämter in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern und junger Männer für den Beruf des Erziehers und Grundschullehrers;
 - Vermittlung von Orientierungskonzepten, die die berufliche sowie die private und familiäre Lebensplanung beider Geschlechter berücksichtigen;

- familienfreundliche Gestaltung der Bildungsangebote, z. B. durch Sicherstellung der Kinderbetreuung und durch Halbtagsangebote;
- Veränderung der Aus- und Weiterbildung der in der Bildung tätigen Personen unter der Sicht der gleichen Teilhabe von Frauen und Männern;
- Sensibilisierungsmaßnahmen für Lehrkräfte, insbesondere im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich (auch in der Grundschule), die ihnen bewusst machen, dass sie wesentlichen Anteil an der Entwicklung des Zutrauens und des Interesses von Mädchen an diesen Bereichen haben;
- Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei der Entwicklung von Ansätzen zur Verwirklichung des Grundsatzes der gleichen Teilhabe;
- verstärkte Förderung der Übernahme von Führungspositionen durch Frauen; Erprobung von Laufbahnmustern, die eine Vereinbarkeit von familiären Pflichten und wissenschaftlicher Tätigkeit sicherstellen.

IV. Förderung von Migrantinnen und Migranten

Die Förderung und Integration von Migrantinnen und Migranten muss zentrales Element von Bildung in allen Bildungsbereichen werden. Bildung muss Offenheit und Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen fördern. Andere Kulturen und Sprachen sind als Bereicherung und Chance für ausländische und deutsche Kinder zu verstehen. Das deutsche Bildungssystem muss aber auch sicherstellen, dass alle Migrantinnen und Migranten ausreichende Kenntnisse der gesprochenen und geschriebenen deutschen Sprache erwerben können.

Kinder von Migrantinnen und Migranten, insbesondere aus ehemaligen Anwerbeländern sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler haben wesentlich schlechteren Zugang zu Bildung. 19,5 % der jungen Ausländerinnen und Ausländer verließen 1998 die allgemeinbildenden Schulen, ohne einen Hauptschulabschluss zu erreichen (Bildung und Soziales in Zahlen 2001, S. 295). 39,6 % der ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren haben keinen Berufsabschluss (Sonderauswertung des Mikrozensus 1998), Migranten und Migrantinnen sind in der Weiterbildung sehr stark unterrepräsentiert. Angesichts drastisch zurückgehender Beschäftigungsmöglichkeiten für Un- und Angelernte ist dies eine alarmierende Situation.

Seit Anfang der 90er Jahre werden vor allem bei türkischen Kindern bei der Einschulung wieder in stärkerem Maße mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache festgestellt. Die Chance, Zwei- und Mehrsprachigkeit auch als Möglichkeit interkultureller Kompetenzausbildung für alle Kinder und Jugendlichen zu begreifen, wird im Bildungssystem noch nicht hinreichend genutzt.

Deutsche Sprachkenntnisse in Wort und Schrift sind für alle, die in Deutschland leben, lernen und arbeiten wollen, unabdingbare Voraussetzung. Sie sind beispielsweise Grundlage für eine stärkere Teilnahme von Migrantinnen und Migranten an

Weiterbildung. Die frühe Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache darf nicht zu einer Ablehnung der Muttersprache führen, die für das Kind entscheidend bei seinen ersten Erfahrungen, Erlebnissen und Lernprozessen ist. Kinder, die ihre Erstsprache beherrschen, haben erfahrungsgemäß weniger Probleme beim Erlernen einer Zweitsprache.

Die Bildungssituation von Migrantenkindern, beispielsweise ihre Verteilung auf die unterschiedlichen weiterführenden Schulen sowie ihr Zugang zu Ausbildungsstellen, sollte vor Ort analysiert werden. Auf der Grundlage dieser Analyse sollten Bildungseinrichtungen und die für Bildung und Berufsausbildung in der Region Verantwortlichen Zielvereinbarungen für die Förderung von Migrantenkindern treffen. Für die Schulprogrammentwicklung sollte die Förderung von Migrantenkindern als Kriterium für die Qualität von Schulen aufgenommen werden.

Die hohen fachübergreifenden Kompetenzen von Personen mit Migrationshintergrund sollten in Erziehungs- und Lehrberufen, sozialpädagogischen Berufen, aber auch für Verwaltung, Rechtsprechung und in Gesundheitsberufen besser genutzt werden.

Die nachfolgenden Handlungsfelder stützen sich auch auf die Ergebnisse einer Anhörung des Forum Bildung (vgl. Materialien des Forum Bildung 11).

Handlungsfelder:

- Aufnahme der Förderung von Migrantenkindern in die Schulprogrammentwicklung als Kriterium für die Qualität von Schulen,
- Berücksichtigung der Kinder aus Aussiedlerfamilien bei der Entscheidung über Sonderzuweisungen an Bildungseinrichtungen,
- Verstärkung der interkulturellen Kompetenz des in der Bildung tätigen Personals als Voraussetzung für interkulturelles Lernen in allen Bildungseinrichtungen, Nutzung der vertretenen Sprachen und Kulturen als Bildungschance, insbesondere im Elementar- und Primarbereich;
- verstärkte Förderung der Mehrsprachigkeit unter Berücksichtigung der jeweiligen Muttersprache; Ausbau des Deutschunterrichts in allen Fächern der Schule;
- Aufnahme von Lehrenden mit Migrationshintergrund in die Kollegien aller Bildungseinrichtungen;
- Verstärkung der Elternarbeit, Maßnahmen zur Heranführung von zugewanderten Eltern an schulische Arbeit, beispielsweise Deutschunterricht für nicht deutsch sprechende Mütter;
- Verstärkung der Kooperation mit außerschulischen Initiativen und Selbsthilfegruppen; Lokale Zielvereinbarungen über die Förderung von Migrantenkindern in Schule und Berufsausbildung;
- Verbesserung der Bildungsberatung für erwachsene Migrantinnen und Migranten, Ausbau des zielgruppen- und situationsgerechten Deutschunterrichts unter Nutzung des deutschsprachigen Umfeldes;

- stärkere Thematisierung der Förderung von Migrantinnen und Migranten in der Aus- und Weiterbildung der in der Bildung tätigen Personen, Verstärkung der Bedeutung von Deutsch als Fremdsprache.

V. Finden und Fördern von Begabungen

Die Förderung von Begabungen ist Teil einer pädagogischen Innovation, die durch stärkere individuelle Förderung die Chancengleichheit für alle fördert. Bildungseinrichtungen sind stärker in die Lage zu versetzen, individuelle Begabungen zu erkennen und zu fördern.

Zur Verwirklichung der Zielsetzung, dass alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene sich nach ihren Fähigkeiten und Interessen entwickeln, gehört auch das Fördern von Begabungen. Die gezielte Förderung von intellektuellen, künstlerischen, kreativen, sozialen und psychomotorischen Stärken muss daher stärker als Chance für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung, aber auch für die Gestaltung der Gesellschaft gesehen werden, gleichzeitig auch als soziale Verpflichtung für die geförderte Person. Nach wie vor sind Bildungseinrichtungen und die in der Bildung tätigen Personen nicht hinreichend darauf vorbereitet, individuelle Begabungen von Kindern und Jugendlichen in ihrer Differenziertheit rechtzeitig zu erkennen und optimal zu fördern. Aus- und Weiterbildung des in der Bildung tätigen Personals muss den Bereich der Diagnostik berücksichtigen.

Die nachfolgenden Handlungsfelder berücksichtigen auch die Ergebnisse der Fachtagung "Finden und Fördern von Begabungen" des Forum Bildung (vgl. Materialien des Forum Bildung 7).

Handlungsfelder:

- bessere Vorbereitung der Erzieherinnen und Erzieher auf das Erkennen und Fördern von Begabungen und der Lehrkräfte auf ein stärkeres Eingehen auf die Vielfalt von individuellen Voraussetzungen durch Aus- und Weiterbildung;
- Ausbau von qualifizierter Diagnostik und Beratung, um Bildungseinrichtungen, Schüler und Eltern wirkungsvoller beim Erkennen von Begabungen zu unterstützen;
- Stärkung von Zusatzangeboten für die Förderung von Begabungen; Unterstützung der Förderung in der Schule durch Netzwerke im lokalen und regionalen Umfeld der Schule;
- Schaffung von inhaltlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen dafür, dass individuelle Lernfortschritte flexibler berücksichtigt werden, insbesondere durch flexible Einschulungsmöglichkeiten, Überspringen, Gruppenspringen und verkürzte Schulzeit;
- Intensivierung didaktischer, methodischer und schulpädagogischer Forschung zur Begabtenförderung und deren Verzahnung mit vorhandener Praxis.

VI. Frühe Förderung in den Kindertageseinrichtungen

Die Möglichkeiten der Kindertageseinrichtungen zur Förderung von Chancengleichheit müssen deutlich besser genutzt werden.

Wesentliche Grundlegungen für das Sozialverhalten und für die kognitive Entwicklung des Kindes erfolgen lange vor Eintritt in die Grundschule. Deshalb müssen Anstrengungen zur Verwirklichung von Chancengleichheit bereits im frühen Alter der Kinder einsetzen. Der positive Einfluss der Kindertageseinrichtung auf Entwicklung, Bildung und Schulfähigkeit der Kinder hängt entscheidend von der Qualität der Einrichtung ab.

Im europäischen Vergleich wird in Deutschland von den Möglichkeiten zur Förderung von Chancengleichheit in den Kindertageseinrichtungen noch kein angemessener Gebrauch gemacht. Neben einem Mangel an Forschungskapazitäten für Frühpädagogik fehlen ausreichende Transferstrukturen, um vorbildliche Erfahrungen und das zumindest im Ausland in breiterem Umfang vorhandene Forschungswissen für die Praxis der Kindertageseinrichtungen zu erschließen. Für die Neubestimmung des Bildungsauftrags und die Steigerung der Qualität der Einrichtungen sind externe Unterstützungsstrukturen für die fachliche Anleitung, Beratung und Fortbildung des pädagogischen Personals erforderlich.

Das Fachpersonal muss besser darauf vorbereitet werden, die frühen Bildungsprozesse von Kindern zu erkennen und zu fördern. Das Ausbildungsniveau für das pädagogische Fachpersonal ist in Deutschland im europäischen Vergleich niedrig. Mit Ausnahme von Österreich wird das Fachpersonal in allen anderen europäischen Ländern auf Hochschulniveau ausgebildet.

Für die Möglichkeiten der Förderung von Chancengleichheit sind kleine Gruppen von Bedeutung. Forschungsergebnisse unterstreichen dies. Insbesondere für Kinder aus stark benachteiligten Familien besteht ein Bedarf an qualitativ hochwertigen Angeboten deutlich vor dem Kindergartenalter, der zur Zeit nicht gedeckt werden kann.

Angesichts der Bedeutung der Förderung früher Bildungsprozesse ist zu prüfen, ob der Besuch von Kindertageseinrichtungen gebührenfrei sein sollte.

Handlungsfelder:

- Besondere Berücksichtigung der Förderung von Chancengleichheit bei der Definition des Bildungsauftrages der Kindertageseinrichtungen, um Barrieren für den Zugang zu Bildung und den Erwerb von Bildung bereits früh abbauen zu können;
- Schaffung von Transfer- und Beratungsstrukturen, um Forschungswissen und vorbildliche Erfahrungen – auch aus dem Ausland – für die Praxis zu erschließen;
- intensive Einbeziehung und Unterstützung der Eltern, Beratung in Erziehungsfragen;

- Aufwertung und Reform der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen; Gewinnung von Männern für den Beruf des Erziehers;
- Ausbau von Forschungskapazitäten für Frühpädagogik, wissenschaftliche Begleitung von Praxismodellen;
- Einführung von Verfahren der Früherkennung von Entwicklungsauffälligkeiten, die auf Rückstände oder besondere Begabungen schließen lassen;
- Schaffung der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen für die Verwirklichung des Bildungsauftrags von Kindertageseinrichtungen, Prüfung der Gebührenfreiheit des Besuchs von Kindertageseinrichtungen.

VII. Förderung in der Grundschule

In der Grundschule als der für alle Kinder verbindlichen Bildungsstufe ist individuelle Förderung die Voraussetzung dafür, dass alle Kinder ihre Fähigkeiten, ihre Interessen und ihre personale und soziale Identität entwickeln können.

Die Heterogenität einer Grundschulklasse stellt einen Reichtum an unterschiedlichen Möglichkeiten dar, der nur in einer integrativen, kulturoffenen Grundschule voll genutzt werden kann. Die Bildungsarbeit der Grundschule muss sich daher in viel stärkerem Maße auf Vielfalt einstellen.

Eine gezielte individuelle Förderung in den ersten Grundschuljahren, insbesondere bei der Vermittlung der Grundlagen in Lesen, Schreiben, Rechnen und beim Erwerb der deutschen Sprache ist eine wirksame und präventive Bildungsarbeit. Sie beugt späterem Schulversagen vor und ist Grundlage für die Ausbildung von Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit. Unzureichende Förderung in der Grundschule kann später nur noch beschränkt durch schulische oder außerschulische Maßnahmen ausgeglichen werden, da sie von den Einzelnen sehr viel schwerer zu bewältigen sind und sie der Gesellschaft ungleich höhere Kosten auferlegen. Dies gilt für Kinder mit ungünstiger Lernausgangslage ebenso wie für Kinder mit besonderen Begabungen, deren spezielle Fähigkeiten durch die Schule nicht erkannt werden.

Handlungsfelder:

- Enge Kooperation zwischen Grundschule, Kindertageseinrichtungen und außerschulischen Einrichtungen, um die Entwicklung von Schulfähigkeit als gemeinsame Aufgabe zu erkennen und zu gestalten, auch als Grundlage für eine flexible Einschulung;
- stärkeres Eingehen auf die Unterschiede der Kinder, insbesondere hinsichtlich nationaler Herkunft, sozialer Umgebung, Fähigkeiten, Interessen und Alter durch Abstimmung von Lernpenssen, Lernzeit und Lernschritten an die Eingangsvoraussetzungen der Kinder;

- rechtzeitiger Ausgleich von Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben, Rechnen und Spracherwerb durch verbesserte individuelle Förderung, Förderung der Muttersprache, frühzeitiger Fremdsprachenunterricht in altersgemäßer Form sowie Angebote für besondere Neigungen, Interessen und Begabungen (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur");
- stärkere Unterstützung des Erwerbs personaler und sozialer Kompetenzen, auch durch musische und sportliche Erziehung;
- Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus;
- bessere Vorbereitung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer auf eine Pädagogik und Didaktik der Vielfalt, in der Fördern als professionelle pädagogische Aufgabenstellung das Berufsprofil mitbestimmt;
- Steigerung der Attraktivität des Grundschullehrerberufs auch für Männer, um eine Ausgewogenheit der Geschlechter in der schulischen Bildungsarbeit zu erreichen;
- Erprobung und Anwendung von veränderten Formen der Leistungsbeachtung, Lernprozessbeobachtung, Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur");
- Einrichtung von Bündnissen für Kinder, u.a. durch Fördervereine und Patenschaften unter Einbeziehung des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Umfeldes;
- Schaffung der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen, die der Schule das Ausprägen eines Förderprofils erlauben (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur").

VIII. Berufsausbildung von Jugendlichen, die besonderer Förderung bedürfen

Die Zahl der Jugendlichen, die ohne Schulabschluss und ohne anerkannte Berufsausbildung bleiben, muss dringend gesenkt werden. Die erfolgreiche Förderung der Berufsausbildung von Jugendlichen, die besonderer Förderung bedürfen, ist weiter zu verbessern und zu ergänzen.

Fast 15 % der in Deutschland lebenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 29 Jahren sind ohne anerkannten Berufsabschluss, 10,5 % der deutschen Jugendlichen und fast 40 % der jungen Ausländerinnen und Ausländer (Sonderauswertung des Mikrozensus 1998). Die anhaltende Tendenz einer steigenden Nachfrage nach mittleren und höheren Qualifikationen führt zu einem weiteren drastischen Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen mit geringen Qualifikationen (vgl. IAB-Prognos-Prognose: Rückgang um 2,4 Mio. Arbeitsplätze für Geringqualifizierte im Zeitraum 1995 bis 2010). Damit entsteht die Gefahr, dass eine größer werdende Gruppe der Bevölkerung wegen geringer Qualifikationen beruflich und sozial ausgegrenzt wird.

Schulverweigerung gefährdet das Erreichen eines Schulabschlusses und den Übergang in die Berufsausbildung. Die Gründe für Schulverweigerung sind aufzuarbeiten als Grundlage für die Entwicklung von handlungsorientierten Konzepten

zur Vermeidung von Schulverweigerung (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur").

Die nachfolgenden Handlungsfelder stützen sich auch auf die Ergebnisse der Fachtagung "Qualifizierte Berufsausbildung für alle" des Forum Bildung (vgl. Materialien des Forum Bildung 4). Die Verbesserung des Instrumentariums kommt nur dann voll zur Geltung, wenn genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

Handlungsfelder:

- Entwicklung von Konzepten und Methoden zur Vermeidung von Schulverweigerung auf der Grundlage einer handlungsorientierten Aufarbeitung der Gründe für Schulverweigerung; Ausbau der Schulsozialarbeit; intensive Kooperation von Schule und Jugendhilfe (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur");
- Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung von Jugendlichen, die besonderer Förderung bedürfen, und Unterstützung beim Übergang in Beschäftigung beispielsweise durch
 - Vermittlung von Informations- und Kommunikationstechnologien in jeder Ausbildung,
 - Ausbildung in neuen Berufen und Erweiterung des Berufswahlspektrums,
 - stärkere Förderung des Erwerbs von personalen und sozialen Kompetenzen,
 - Schaffung von Gelegenheiten zum Erleben demokratischen Verhaltens,
 - systematische Vermittlung von Berufspraxis durch Betriebspraktika und Hilfen beim Übergang in eine Beschäftigung;
- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebots insbesondere in den neuen Bundesländern, damit Förderprogramme nicht von Jugendlichen in Anspruch genommen werden, die auch ohne besondere Förderung eine erfolgreiche Ausbildung durchlaufen können.
- Verbesserung der Verzahnung unterschiedlicher Förderinstrumente wie Berufsvorbereitung, Ausbildung in Betrieben, ausbildungsbegleitende Hilfen, Übergangshilfen, Fort- und Weiterbildung, um Jugendlichen, die zunächst keine Ausbildung erreichen, - notfalls auch schrittweise – doch noch eine anerkannte Berufsausbildung zu ermöglichen (Förderung aus einem Guss);
- Verbesserung der Kooperation der Beteiligten auf lokaler und regionaler Ebene, um jeder jungen Frau und jedem jungen Mann ein Ausbildungsangebot zu machen, das ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht (vgl. Empfehlungen "Lernen, ein Leben lang").

IX. Qualifizierung von jungen Erwachsenen ohne Beruf

Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung müssen eine zweite Chance für eine berufliche Qualifizierung erhalten. Die positiven Erfahrungen

aus Modellvorhaben der Qualifizierung von jungen Erwachsenen ohne Beruf sind breit umzusetzen.

Während es für Jugendliche im Alter der Erstausbildung, die besonderer Förderung bedürfen, ein erfolgreiches Instrumentarium – insbesondere durch die Förderung nach dem Sozialgesetzbuch III (SGB III) – gibt, fehlt ein entsprechendes Förderinstrument für die Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen. Aus den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Wirtschaftsmodellversuchen und aus Modellvorhaben der Länder liegen genügend gute Erfahrungen vor, die ein breites Handeln zur Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen ohne Beruf ermöglichen.

Zielgruppen sind erwerbstätige und arbeitslose junge Erwachsene ohne anerkannten Berufsabschluss, die von den Förderinstrumenten der beruflichen Erstausbildung (etwa der Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen nach SGB III nicht mehr erreicht werden. Dazu zählen insbesondere junge Erwachsene, die

- eine Ausbildung abgebrochen haben;
- nach einer berufsvorbereitenden Maßnahme keine Ausbildung begonnen haben, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben oder weil sie im Hinblick auf schlechte Voraussetzungen sich gar nicht beworben haben, sowie
- junge erwachsene Migrantinnen und Migranten.

Modellvorhaben haben gezeigt, dass die Verbindung einer Beschäftigung in einem Betrieb mit schrittweiser modularer Qualifizierung besonders geeignet ist, jungen Erwachsenen ohne Beruf doch noch den Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung zu ermöglichen. Die Verbindung des Lernens mit dem Arbeitsprozess sowie die Einbeziehung schon vorhandener Erfahrungen erleichtern das Lernen der für den Berufsabschluss erforderlichen theoretischen Inhalte. Die Gliederung der Qualifizierung in Module fördert die Überschaubarkeit und damit die Motivation für die Wiederaufnahme des Bildungsprozesses. Unabdingbare Voraussetzung ist, dass die Summe der – geregelten – Module einen anerkannten Berufsabschluss ergeben (vgl. Empfehlungen "Lernen, ein Leben lang").

Durch die Einführung eines Qualifizierungspasses ist sicherzustellen, dass Qualifikationen in Form von Modulen, Arbeits- und Ausbildungserfahrungen und andere für den beruflichen Werdegang verwertbare Kompetenzen systematisch dokumentiert werden können.

Handlungsfelder:

- Schaffung eines Förderinstruments zur Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen ohne Beruf und Verzahnung mit den Förderinstrumenten des Sozialgesetzbuches III;
- Entwicklung einheitlicher Module zur Nachqualifizierung (vgl. Empfehlungen "Lernen, ein Leben lang");

- Einführung eines Qualifizierungspasses für die Nachqualifizierung.

3. Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb

Empfehlungen des Forum Bildung

Präambel

Die Qualität von Bildung beeinflusst entscheidend die Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung, der gesellschaftlichen Teilhabe und der Gestaltung der Gesellschaft sowie der beruflichen Integration und des beruflichen Fortkommens. Die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität von Bildung gehört daher zu den Kernaufgaben der Bildungspolitik.

Qualitätsentwicklung und -sicherung hat es schon immer in allen Bereichen des Bildungssystems gegeben. Mit den erheblichen Veränderungen, die sich infolge von Bildungsexpansion und immer rascherem Wandel im gesamten Bildungswesen vollzogen haben, wird die Frage der Qualitätssicherung zunehmend unter veränderten Bedingungen diskutiert. Dazu trägt auch die internationale Debatte bei, z.B. TIMSS und PISA für die Qualitätsentwicklung und -sicherung im schulischen Bereich sowie der Bologna-Prozess für die Hochschulen.

Qualitätsentwicklung und -sicherung kosten Geld. Sie zahlen sich aus durch Stärkung der Innovationen im Bildungswesen, bessere Ergebnisse und höhere Zufriedenheit von Lernenden und Lehrenden.

So wie sich die Bildungsziele im Wandel der Anforderungen an Bildung verändern, stellt auch Qualität keine statische Größe dar. Die Definition von Qualität muss fortlaufend überprüft und an die sich verändernden Bedingungen angepasst werden. Angesichts der unterschiedlichen Ziele, Funktionen und Steuerungsmodelle der einzelnen Bildungsbereiche kann es kein allgemeines Modell der Qualitätsentwicklung und -sicherung für das gesamte Bildungssystem geben. Allerdings gibt es zentrale Elemente, die für alle Bildungsbereiche relevant sind (vgl. I. Leitsätze). Die vom Forum Bildung angestoßene bildungsbereichsübergreifende Behandlung von Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung bedarf dringend einer Fortsetzung und Vertiefung.

I. Leitsätze

1. Zieldefinition

Die Definition der jeweiligen Bildungsziele ist entscheidende Voraussetzung für die Messung, Entwicklung und Sicherung von Qualität. Die Ziele betreffen Handeln auf unterschiedlichen Ebenen.

Qualität ist ein relativer Begriff, der nur in Bezug auf Funktionen und Ziele definiert und beurteilt werden kann. Dies wird in der bisherigen Diskussion über Qualitätssicherung nicht

immer hinreichend beachtet. Ziele sind daher auf der Ebene des Bildungssystems wie auf der Ebene der Bildungseinrichtung so konkret zu definieren, dass sie sich als Orientierungspunkte für Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung eignen. So ist es für die Lösung von Fragen der Messbarkeit des Erwerbs fachübergreifender Kompetenzen von entscheidender Bedeutung, dass fachübergreifende Bildungsziele genauso konkret definiert werden, wie das traditionell für die Vermittlung von fachlichem Wissen erfolgt.

2. Gegenstand von Qualitätsentwicklung und -sicherung

Qualität von Bildung ist mehrdimensional. Als Ansatzpunkte für Qualitätsentwicklung und -sicherung sind insbesondere die Aspekte von Strukturqualität, Prozessqualität und Ergebnisqualität zu unterscheiden, die miteinander verknüpft sind.

Strukturqualität (Input-Faktoren) umfasst die Rahmenbedingungen, unter denen Bildungseinrichtungen arbeiten, z. B. rechtlicher, organisatorischer und sozialer Rahmen, finanzielle, materielle und personelle Ausstattung, aber auch Faktoren der "Orientierungsqualität" wie z. B. Aus- und Weiterbildung der Lehrenden, Lehr- und Rahmenpläne und andere Handlungsorientierungen für das Lehrpersonal.

Prozessqualität beschreibt die Art und Weise, wie Bildungseinrichtungen ihren Auftrag und ihre Ziele umsetzen, z. B. Auswahl und Gestaltung von Inhalten und Methoden, Beratung, Berücksichtigung der Lernvoraussetzungen der Teilnehmer, individuelle Förderung, Verhältnis von Lehrenden und Lernenden.

Ergebnisqualität bezieht sich auf die fachlichen und fachübergreifenden Wirkungen des Bildungsprozesses, z. B. fachliches Wissen, fachübergreifende und soziale Kompetenzen, Motivation, Werthaltungen, Voraussetzungen für lebenslanges Lernen. Dabei ist die Anschlussfähigkeit der erworbenen Kompetenzen für künftiges Lernen und Arbeiten zu berücksichtigen.

Die neue Qualitätsdiskussion ist Ausdruck eines Wechsels zu mehr "output"-Steuerung. Künftig wird für keinen Bereich eine rein "input-orientierte" Steuerung ausreichen. Dabei sind Fragen der Rahmenbedingungen für jeden Bildungsbereich unterschiedlich zu beantworten, beispielsweise, wer die zugrunde liegende inhaltliche Zielsetzung definiert, auf welcher Ebene Verfahren der Qualitätsentwicklung und -sicherung durchzuführen sind und welche Verfahren hierfür in Betracht kommen.

3. Mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen

Zunehmende Komplexität der Anforderungen an Bildung und Qualifizierung erfordert mehr Eigenverantwortung von Bildungseinrichtungen. Die Verwirklichung der hierdurch angestrebten Qualitätssteigerung bedarf gezielter Unterstützung.

Eigenverantwortung von Bildungseinrichtungen muss neben finanziellen Belangen insbesondere die Verantwortung für inhaltliche und personelle Gestaltung und Weiterentwicklung von Bildungsangeboten umfassen. Schrittweises Einräumen von Eigenverantwortung führt nur dann zu Qualitätssteigerung, wenn die Entwicklung der durch sie freigesetzten Möglichkeiten unterstützt wird. Wie dies am wirkungsvollsten geschieht, hängt von der spezifischen Situation des jeweiligen Bildungsbereichs ab. Im Schulbereich ist eine systematische Unterstützung von Profil-, Personal- und Organisationsentwicklung der einzelnen Schule erforderlich, beispielsweise durch fachdidaktische Handreichungen, Beratung und Erfahrungsaustausch, Aus- und Weiterbildung für Lehrende, für das Schulmanagement und für Mitarbeiter der staatlichen Aufsicht. In anderen Bereichen, etwa im Hochschulbereich, ist eine stärkere Koppelung an Inzents geboten, z. B. über die Mittelvergabe (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur").

4. Evaluation

Die Einräumung von mehr Eigenverantwortung setzt die Bereitschaft zur Rechenschaftslegung voraus. Diese dient der Sicherstellung von Standards, der Transparenz und der Weiterentwicklung der Qualität. Interne und externe Evaluation sind zugleich Instrumente der Selbststeuerung von Bildungseinrichtungen. Dem Lernen aus Evaluationen kommt daher besondere Bedeutung zu.

Interne und externe Evaluation leisten einander ergänzende Beiträge zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung. Interne Evaluationen werden von der Einrichtung selbst veranlasst und durchgeführt. Ihr Verfahren kann dabei auf spezifische Fragestellungen und Bedingungen der jeweiligen Bildungseinrichtung abgestimmt werden. Externe Evaluationen dienen zum Teil dem Systemmonitoring; sie helfen auch der einzelnen Bildungseinrichtung dabei, ihren Standort in der nationalen und internationalen Bildungslandschaft zu erkennen. Interne und externe Evaluationen können sich auf Struktur- und Prozessmerkmale sowie auf Ergebnisse beziehen. Die Qualität der Ergebnisse von Evaluationen und des Lernens aus diesen Ergebnissen hängt auch davon ab, dass Vertrauen in die faire Verwendung der durch interne und externe Evaluation gewonnenen Informationen aufgebaut werden kann.

Die Bedingungen für das Lernen der Bildungseinrichtung aus interner und externer Evaluation für Entwicklung und Sicherung der Qualität sind noch zu wenig bekannt. Hier besteht ein dringender Bedarf für Transferforschung.

Die Informationen aus Evaluationen sind für die Verbesserung der Transparenz über die Qualität von Bildungsanbietern und Bildungsangeboten und für die individuelle Beratung zu nutzen.

II. Elementarbereich

Für Kindertageseinrichtungen müssen fachlich ausreichende Strukturbedingungen auf Landesebene gesichert werden. Externe Qualitätsfeststellung (Evaluation) ist auf der Ebene der einzelnen Einrichtungen erforderlich.

Seit Mitte der 90er Jahre nimmt die Qualitätsdiskussion im Elementarbereich einen zunehmenden Raum ein. Bis dahin standen vorwiegend quantitative Fragen im Vordergrund. Angesichts des geringen Konsenses über die zentralen Merkmale elementarpädagogischer Qualität hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mehrere Projekte vergeben, um Kriterienkataloge für pädagogische Qualität zu entwickeln. Diese Kriterien werden schwerpunktmäßig auf die Prozessqualität gerichtet sein. Daneben haben die Projekte die Aufgabe, Feststellungsverfahren zur Erfassung pädagogischer Qualität, für interne und externe Evaluationen zu entwickeln. Diese nationale Qualitätsinitiative bezieht sich nicht nur auf die Ebene der pädagogischen Einrichtungen selbst, sondern auch auf die Trägerebene.

Kernstück der Qualitätssicherung sollten auch im Elementarbereich neben internen Evaluationen externe Qualitätsfeststellungen auf der Ebene der einzelnen Einrichtung sein, also auf der Ebene, auf der die pädagogische Dienstleistung unmittelbar erzeugt wird. Die damit gewonnenen Informationen können in entsprechend angepasster Aufbereitung auf der Ebene des Gesamtsystems, der Trägerebene, der Ebene der einzelnen Einrichtungen und der Ebene der Nutzer eingesetzt werden. Die Glaubwürdigkeit und Brauchbarkeit der über externe Evaluation gewonnenen Informationen hängt entscheidend von der Unabhängigkeit der Instanz ab, die die externe Evaluation vornimmt.

Handlungsfelder:

- Gesamtsystem (Länder):
 - Entwicklung von fachlichen Standards für die Qualifikation des pädagogischen Personals, die räumliche Ausstattung, Gruppengrößen, Erzieher-Kind-Schlüssel und Vorbereitungszeiten für das pädagogische Personal, die sich an Standards im EU-Bereich orientieren;
 - Erarbeitung eines Rahmencurriculums für die Kernaufgaben des Bildungsauftrags und seiner Umsetzung unter Berücksichtigung der Anschlussfähigkeit an die Grundschule (vgl. Empfehlungen "Förderung von Chancengleichheit" und "Neue Lern- und Lehrkultur");
- Trägerebene:
Abhängigkeit öffentlicher Bezuschussung vom Nachweis eines Qualitätssicherungssystems;
- Einrichtungsebene:
Interne und zusätzlich externe Evaluation unter Berücksichtigung der Kriterien der nationalen Qualitätsinitiative;

- Nutzerebene:
 - Zusammenfassung der Information aus interner und externer Evaluation für Eltern als Grundlage für Wahlentscheidungen;
 - Prüfung der Einführung eines Gütesiegels.

III. Allgemeinbildende Schulen

Die professionelle Kompetenz für Verfahren der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung muss auf den Ebenen Schule, Schuladministration und Wissenschaft gestärkt werden. Die einzelne Schule ist bei der schrittweisen Verwirklichung von Eigenverantwortung und beim Lernen aus interner und externer Evaluation konsequent zu unterstützen.

Die Verfahren der Evaluation und der Qualitätsentwicklung und -sicherung entwickeln sich erst allmählich. Sie erfordern die Stärkung der professionellen Kompetenz der Akteure auf der Ebene der einzelnen Schule wie auf der Ebene der Bildungsadministration. Groß angelegte Schulleistungsstudien bedürfen einer entsprechend entwickelten Wissenschaft und der Hilfe kompetenter Wissenschaftler, die in Deutschland bisher nur in begrenzter Zahl vorhanden sind.

Die Bildungsverwaltung trägt Verantwortung für die Ergebnisse des Gesamtsystems der Schulen. Im Wege des Paradigmenwechsels der Steuerung ist Schuladministration verantwortlich für eine systematisch und breit angelegte Feststellung von Ergebnissen (Systemmonitoring), die Klärung von Ursachen für exzellente wie für unbefriedigende Ergebnisse und für die breite Umsetzung guter Beispiele. Hierfür haben breit angelegte Schulleistungsuntersuchungen besondere Bedeutung. Die einzelne Schule trägt Verantwortung für die Ergebnisse des Lernens ihrer Schülerinnen und Schüler. Qualität entsteht im Handeln der einzelnen Schule, beispielsweise bei der unmittelbaren Interaktion zwischen Lehrer und Schüler im Unterricht (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur"). Hier bedarf es besonderer Instrumente der internen und externen Evaluation und der Unterstützung durch Beratung sowie Weiterbildung. Flächendeckende Evaluationen erbringen Wissen über die einzelne Schule und ihre Position im Gesamtsystem. Sie sind durch interne Evaluation zu ergänzen. Wichtig ist das Lernen der einzelnen Schule aus externer und interner Evaluation für die Entwicklung und Sicherung von Qualität.

Mit dem BLK-Modellversuchsprogramm „Qualitätsverbesserung in Schulen und Schulsystemen“ werden unterschiedliche bildungspolitische, bildungsplanerische sowie fachliche Ausgangslagen berücksichtigt. Professionalität der Lehrer/innen sowie Evaluations- und Unterstützungssysteme als Voraussetzung für innovative Weiterentwicklungen und für die Sicherung der Bildungsleistung des Schulsystems stehen im Mittelpunkt der Programmarbeit.

Handlungsfelder:

- konsequente Fortsetzung der Einräumung von mehr Eigenverantwortung für die einzelne Schule; Unterstützung bei der Programm- und Profilentwicklung sowie der Rechenschaftslegung;
- Stärkung der professionellen Kompetenz für Verfahren der Evaluation und der Qualitätssicherung auf den Ebenen Bildungsadministration, Schule und Wissenschaft;
- Stärkung der professionellen Kompetenz der Lehrer in fachlicher, didaktischer und diagnostischer Hinsicht (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur");
- Transferforschung zur Klärung der Bedingungen für das Lernen der einzelnen Schule aus externer und interner Evaluation;
- Unterstützung der einzelnen Schule beim Lernen aus interner und externer Evaluation für die Qualitätsentwicklung und -sicherung; Entwicklung einer Rückmeldekultur unter Einbeziehung von Absolventen und "Abnehmern" bei gleichzeitiger Sicherung des allgemeinen Bildungsauftrags der Schulen.

IV. Außerschulische Jugendarbeit

Qualitätssicherungsmaßnahmen in der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendkulturarbeit müssen die Vieldimensionalität der Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigen. Sie müssen die Traditionen der Partizipation, Trägerautonomie und Selbststeuerung respektieren.

Kinder- und Jugendarbeit unterliegt sehr viel weniger einer staatlichen Steuerung als das allgemeinbildende Schulwesen. Qualitätssicherungsverfahren müssen der großen Heterogenität der Arbeitsfelder gerecht werden. Im jugendpolitischen Kontext findet fachliche Qualitätssicherung z. B. durch Supervision statt. Unter Berücksichtigung der Prinzipien von Trägerautonomie und Freiwilligkeit sind dialogische Modelle der Wirksamkeitsuntersuchung und der Evaluation entwickelt worden. In einigen Teilbereichen gibt es von Trägern selbst entwickelte Qualitätsstandards, z. B. für die Ausbildung von Supervisoren oder für die bundesweite Fortbildung.

Handlungsfelder:

- Ausbau dialogischer Verfahren zwischen Zuwendungsgeber und Träger;
- Unterstützung von Trägerinitiativen zur Entwicklung und Verbesserung von Standards und Qualitätskriterien;
- Begleit- und Wirkungsuntersuchungen der individuellen Folgen von Kinder- und Jugendarbeit; Entwicklung von Methoden zur Feststellung der Auswirkungen auf psychosoziale Dispositionen der Kinder und Jugendlichen.

V. Berufsausbildung

Das gegenwärtige, vorwiegend inputorientierte Instrumentarium zur Qualitätssicherung in der Berufsausbildung ist insbesondere unter den Aspekten Qualitätsentwicklung für das Gesamtsystem, Qualitätsmanagement in Betrieben sowie Qualitätsentwicklung in den beruflichen Schulen und Stärkung der Nachfrageorientierung weiter zu entwickeln.

Das Instrumentarium des Berufsbildungsgesetzes und des Berufsbildungsförderungsgesetzes zur Qualitätssicherung des betrieblichen Teils der dualen Berufsausbildung bezieht sich im Wesentlichen auf die Faktoren Curriculum, Lernorte, Personal und Evaluation. Daraus ergibt sich ein facettenreiches, vorwiegend inputorientiertes Verständnis von Ausbildungsqualität, ihrer Steuerung und Sicherung. Die individuellen Abschlussprüfungen sind ein betriebsexternes, systematisches und objektives Evaluationsinstrument, dessen Ergebnisse als Qualitätsausweis von der Praxis akzeptiert werden. Sie sind jedoch kein eindeutiger Maßstab für die betrieblichen Ausbildungsleistungen.

Auf der Systemebene werden Verbesserungsmöglichkeiten vor allem in einer Weiterentwicklung der Verfahren und Instrumente gesehen, durch die die Ordnungsarbeit permanent an der Qualifikationsentwicklung ausgerichtet wird. Die vom Bündnis für Arbeit vorgeschlagenen Berufsfachgruppen sollen die sich aus der Qualifizierungsentwicklung ergebenden Ordnungsarbeiten im Sinne größerer Kontinuität unterstützen: Entwicklung und Modernisierung von Berufen, Ergänzung oder Aufhebung von Aus- und Fortbildungsordnungen sowie die Evaluation neuer Berufe. Dieser innovative Ansatz kann über das duale System hinaus für ein Berufsbildungssystem genutzt werden, das Hochschule, Ausbildung und Weiterbildung umfasst.

Ansätze für eine Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Betrieben sind in der Vergangenheit von Fragen einer quantitativen Versorgung mit Ausbildungsplätzen überlagert worden. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der betrieblichen Ausbildungsqualität besteht in der Einführung von Qualitätsmanagementsystemen und der Einbeziehung der Qualifizierung in prozessbezogene Ansätze der betrieblichen Qualitätssicherung. Dadurch können auch Gestaltungsmöglichkeiten der Betriebe in der betrieblichen Ausbildung erheblich besser genutzt werden.

Eine Verstärkung der Einflussmöglichkeiten der "Nutzer" wird vor allem durch eine Erweiterung der Wahlmöglichkeiten erreicht. Durch Wahlpflichtbausteine und Zusatzqualifikationen werden die Übergänge in Beschäftigung erleichtert und die Entwicklungsperspektiven der Auszubildenden verbessert.

Handlungsfelder:

- Einsetzung von permanent arbeitenden Berufsfachgruppen für die Ordnungsarbeit nach Absprache der Sozialpartner;
- Einbeziehung der Qualifizierung in prozessbezogene Ansätze der betrieblichen Qualitätssicherung;

- Unterstützung von Qualitätsentwicklungsprozessen in beruflichen Schulen entsprechend der Unterstützung für allgemeinbildende Schulen (vgl. III.);
- Erweiterung der Wahlmöglichkeiten der Auszubildenden und der Ausbildungsbetriebe durch Wahlpflichtbausteine und Zusatzqualifikationen;
- Verbesserung der regionalen Kooperation der Partner der Berufsausbildung.

VI. Hochschulen

Alle Hochschulen sollten verpflichtet werden, ihre Ziele und ihre Praxis regelmäßig zu reflektieren und weiter zu entwickeln. Konsequenzen aus Qualitätsüberprüfungen müssen insbesondere von den Hochschulen selbst getroffen werden. Hierfür ist die konsequente Einführung neuer Steuerungsformen zwischen Staat und Hochschule von großer Bedeutung.

Alle neueren Ansätze zur Qualitätsentwicklung im Hochschulbereich haben sich eine Prozessoptimierung zum Ziel gesetzt. Bis heute aber fehlt ein Konsens über Gegenstände und Verfahren der Qualitätssicherung.

Neuere Ansätze für einzelne Aufgabenfelder (vor allem Lehre und Studium) konnten sich nur dort entwickeln, wo Ministerien und Hochschulen bereit waren, neue Steuerungsformen zwischen Staat und Hochschule zu entwickeln (Ziel- und Leistungsvereinbarungen, Experimentierklauseln) und in die Verfahren zur Qualitätsentwicklung Geld zu investieren.

Alle Hochschulen sollten verpflichtet werden, ihre Ziele und ihre Praxis regelmäßig zu reflektieren und weiter zu entwickeln. Innerhalb prozessorientierter Evaluationsverfahren sollten Ziele, Konsistenz und Kohärenz der Praxis im Verhältnis zu den Zielen sowie der verantwortungsbewusste Umgang mit Zeit und Geld in regelmäßigen Zeitabständen mit dem Ziel überprüft werden, die eigene Praxis zu verbessern. In der Regel umfasst dieses Verfahren eine Selbstanalyse, eine peer-review (ggf. unter Einbeziehung ausländischer Gutachter) sowie Vereinbarungen über die Konsequenzen.

Angesichts hoher Abbruchquoten insbesondere an Universitäten muss neben einer besseren Strukturierung von Studienangeboten insbesondere die Beratung und die fachliche Betreuung von Studierenden verbessert werden.

Die ersten Erfahrungen mit Evaluationen als Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung zeigen, dass ein von den Hochschulen selbst verantwortetes Qualitätsentwicklungsinstrument die besten Wirkungen zeigt.

Handlungsfelder:

- Weiterentwicklung und breite Einführung neuer Steuerungsformen wie Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie Experimentierklauseln;
- prozessorientierte zweistufige Evaluationen der Hochschulen in größeren Intervallen (z.B. alle 8-10 Jahre), flankiert durch kontinuierliche Befragungen der Studierenden,

Absolventen und "Abnehmern" sowie durch Formen des Erfahrungsaustauschs zwischen Einrichtungen (Benchmarking);

- Akkreditierungsverfahren zur Qualitätssicherung der Studienangebote unter Berücksichtigung vorangegangener Evaluationsverfahren;
- Verbesserung und Ausweitung der Informations- und Beratungsangebote für Studierwillige sowie der Beratung und Hilfestellung für Studierende;
- engere Zusammenarbeit der Hochschulen insbesondere mit Schule und Arbeitswelt.

VII. Weiterbildung

Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Weiterbildung sollten sich an der Nutzerorientierung und der Entwicklung von Weiterbildungseinrichtungen zu lernenden Organisationen ausrichten. Voraussetzungen für die Eigenverantwortung der Weiterbildungsteilnehmer und für eine Nachfragestärkung sind neben einem auswahlfähigen Weiterbildungsangebot insbesondere Informationen über die Qualität der Bildungsangebote und über die Verwertbarkeit der Qualifikationen.

In allen Teilbereichen der Weiterbildung sind Fragen der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung sowie des Qualitätsmanagements zu Kernaufgaben der Bildungsarbeit geworden. Ausgehend von den eher inputorientierten Kriterienansätzen der 70er Jahre gewinnen nach und nach, zum Teil auch aufgrund internationaler Impulse, prozessorientierte Qualitätsmanagementsysteme und ergebnisorientierte Ansätze an Gewicht.

Die Vielzahl der Qualitätssicherungsansätze und -verfahren macht deutlich, dass es bisher keinen ausreichenden gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, was gute Qualität einer Weiterbildung bedeutet. Insbesondere die Qualitätsmanagementansätze stellen darauf ab, dass jeder Anbieter seine eigenen Qualitätsvorstellungen verfolgt. Nutzer und Teilnehmer von Weiterbildung stehen damit vor der Frage, dass sie Qualität von Weiterbildungsangeboten im Zusammenhang mit den Qualitätsvorstellungen und Qualitätsstandards der Anbieter und ihrer Bildungsangebote nachvollziehen und bewerten müssen.

Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung hängen in der Weiterbildung in besonderem Maße mit Organisationsentwicklung zusammen. Die Entwicklung von Weiterbildungseinrichtungen zu lernenden Organisationen setzt die Einbeziehung der Lehrenden in Qualitätsentwicklungsprozesse und die Kommunikation mit Teilnehmern, Interessenten und "Abnehmern" voraus.

Allgemeine Weiterbildung

Wegen der unterschiedlichen Struktur und Größe der Einrichtungen sollte sich die Nutzerorientierung in der allgemeinen Weiterbildung auf wenige Standards beschränken, z. B. Teilnehmerschutz, Zugangsoffenheit, Information, Transparenz des Angebotes, Qualifikation des Personals, Evaluation.

Die Entwicklung eines Qualitätstestates, das für alle Weiterbildungseinrichtungen offen ist, kann eine transparente Aussage zur Qualität für Interessenten an Weiterbildung und für die Öffentlichkeit geben. Ein solches Testat hat den Nutzer von Weiterbildung zum zentralen Bezugspunkt für Qualitätsentwicklung und richtet sich auf die lernende Organisation des Weiterbildungsanbieters aus. Es hat folgende Elemente:

- Entwicklung und Sicherstellung von Standards zu Qualitätselementen und -möglichkeiten der einrichtungsspezifischen Weiterentwicklung,
- Einführung eines Qualitätskreislaufs für kontinuierliche Qualitätsentwicklungsprozesse,
- kontinuierliche Evaluation als selbstreflexiver Prozess mit dem Ziel der lernenden Organisation.

Als Testatinstanz ist eine Organisation ohne kommerzielle Eigeninteressen erforderlich.

Berufliche Weiterbildung

Handlungsbedarf besteht in der beruflichen Weiterbildung vor allem aus Sicht der potenziellen Teilnehmer und Nutzer. Die Stärkung des Prinzips der individuellen Eigenverantwortung und damit auch der Nachfrageorientierung ist darauf ausgerichtet, dass der Einzelne mit dem offenen Prozess umzugehen lernt und die Unsicherheiten bewältigen kann. Während in der betrieblichen Weiterbildung und in der von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Weiterbildung die Nachfrager über ausreichende "Nachfragemacht" verfügen, um die von ihnen geforderte Qualität durchzusetzen, fehlt es nach wie vor für individuelle Nachfrager und für kleinere Unternehmen an Transparenz über die Qualität der Anbieter und der Angebote.

Durch vergleichende Tests von Bildungsangeboten und Bildungsanbietern sowie durch Zertifizierung und Akkreditierung von Bildungsanbietern sollen im Rahmen eines längeren Prozesses vor allem zwei Ziele erreicht werden:

- ein Bewusstseins- und Verhaltenswandel aller Beteiligten und Verantwortlichen im Sinne einer Stärkung des Prinzips der Eigenverantwortung und Selbststeuerung im Bildungssystem;
- eine Entwicklung der Anbieter von Weiterbildung zu lernenden Organisationen.

Diese Aufgaben und Ziele können nur von einer unabhängigen Einrichtung angemessen wahrgenommen und erreicht werden. Es bietet sich eine Orientierung an der Stiftung Warentest an, die auch international ein gelungenes Modell für Verbraucherschutz und Markttransparenz darstellt.

Handlungsfelder:

- regionale und überregionale Datenbanken aller Bildungsanbieter im Internet und bundesweite Vernetzung dieser Datenbanken;

- systematische, kontinuierliche und vergleichende Untersuchungen von Bildungsangeboten und Bildungsanbietern insbesondere auf regionalen Weiterbildungsmärkten;
- trägerunabhängige Zertifizierung und Akkreditierung von Bildungsanbietern;
- Sicherstellung einer trägerübergreifenden individuellen Beratung.

4. Lernen, ein Leben lang

Empfehlungen des Forum Bildung

Präambel

Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einem anhaltenden Strukturwandel, der alle Lebens- und Arbeitsbereiche erfasst. Immer raschere technische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse führen zu immer höheren und neuen Qualifikationsanforderungen und stellen hohe Anforderungen an Orientierung und Perspektiven, um den Wandel zu bewältigen, zu nutzen und zu gestalten. Kontinuierliches Lernen ist der Schlüssel zur Vermeidung von Problemen wie zur Nutzung der Chancen, die sich aus dem Wandel ergeben. Die Bedeutung lebenslangen Lernens ist daher national und international unbestritten.

Im Mittelpunkt der Bildungspolitik steht heute das Ziel, lebenslanges Lernen zu einer Wirklichkeit für alle zu machen. Dieser Frage wird auch international eine hohe Bedeutung zugemessen (vgl. UNESCO-Bericht 1997, EU-Gipfel in Lissabon; Memorandum der EU-Kommission, OECD-Ministerkonferenz April 2001).

Die Verwirklichung des Grundsatzes lebenslangen Lernens betrifft alle Menschen, alle Bildungsbereiche von Kindertageseinrichtungen bis zur Weiterbildung, erfordert eine stärkere Verzahnung von Bildungsbereichen und von Bildungswegen unter Einbeziehung der Lernprozesse außerhalb von Bildungseinrichtungen und setzt insbesondere Ausbau und neue Konzepte der Weiterbildung voraus. Eine gute Erstausbildung ist eine gute Voraussetzung für die Fortsetzung des Lernens. Lebenslanges Lernen hat sich gleichermaßen auf die Entwicklung der Persönlichkeit, Teilhabe und Gestaltung der Gesellschaft und Beschäftigungsfähigkeit zu beziehen. Die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern muss durchgängiges Leitprinzip auf dem Weg zur lernenden Gesellschaft sein (vgl. Empfehlungen "Förderung von Chancengleichheit").

Bei der Entwicklung von Strategien zur Verwirklichung des Grundsatzes lebenslangen Lernens sind folgende Entwicklungen zu berücksichtigen:

- zunehmende Verantwortung der Lernenden für die Steuerung des kontinuierlichen Lernens. Dies stellt hohe Anforderungen an Lern- und Lernorganisationskompetenz und erfordert neue Formen der individuellen Begleitung;
- steigende Nutzerorientierung der Weiterbildung. Dies setzt voraus, dass sich Weiterbildungsanbieter stärker auf individuelle wie auch institutionelle Nachfrager von Weiterbildung einstellen;
- gleichzeitig aber Verantwortung des Staates, die Rahmenbedingungen für ungehinderten Zugang für alle, für Qualitätssicherung und für Transparenz zu garantieren;
- konsequente Orientierung an der Verzahnung von Leben/Arbeiten und Lernen. Die Berücksichtigung und Einbeziehung von informellen Lernprozessen der Lebens- und Arbeitswelt wird immer wichtiger;

- demografische Entwicklung: der wachsende Anteil älterer Menschen bei gleichzeitig zunehmendem Fachkräftemangel erfordert spezifische Weiterbildungsangebote für die persönliche, berufliche und soziale Entwicklung;
- zunehmendes Risiko der Ausgrenzung: In dem Maße, in dem kontinuierliches Lernen Schlüssel für die Zukunft ist, führt das Nichtteilhaben an kontinuierlichem Lernen immer häufiger zu sozialer und beruflicher Ausgrenzung.

I. Voraussetzungen: Motivation, Lernkompetenz und Lernorganisationskompetenz

Motivation zum Lernen, Lernen des Lernens (Lernkompetenz) und die Kompetenz, Lernen selbst zu steuern sind entscheidende Voraussetzungen für lebenslanges Lernen. Sie müssen möglichst früh vermittelt werden. Schule, Kindergarten, Berufsausbildung und Hochschule müssen noch stärker für kontinuierliches Lernen motivieren und befähigen.

Die beste Motivation für lebenslanges Lernen ist die Erfahrung, dass Lernen Sinn macht. Dies erfordert eine Lern- und Lehrkultur, die Freude am Lernen und Freude an Leistung vermittelt (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur"). Grundlagen für Lernmotivation und Lernkompetenz werden lange vor dem Eintritt in die Schule gelegt. Deshalb entscheidet die Qualität der Förderung im Kindergarten bereits mit über Motivation und Befähigung zu kontinuierlichem Lernen. Auch intensivere individuelle Förderung in den ersten Grundschuljahren kann die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen erheblich verbessern. Dazu bedarf es einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Eltern (vgl. Empfehlungen "Förderung von Chancengleichheit").

Lernumgebungen können den Erwerb von fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen positiv beeinflussen. Die Umgebungen des Menschen sind in Lernprozesse einzubeziehen und für das Lernen nutzbar zu machen. Dazu gehört beispielsweise die lernförderliche Organisation und Gestaltung von Arbeitsprozessen.

Qualität und Transparenz von Weiterbildungsangeboten und Weiterbildungsanbietern ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass die einzelne Person Verantwortung für die Gestaltung kontinuierlichen Lernens übernehmen kann (vgl. Empfehlungen "Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb"). Informationen und Transparenz müssen durch eine individuelle Bildungs- und Qualifizierungsberatung ergänzt werden, die für alle erreichbar ist.

Eine verstärkte Werbung für Weiterbildung kann durch Beispiele erfolgreicher Weiterbildung von Personen aus Gruppen mit geringer Weiterbildungsbeteiligung zur Wiederaufnahme von Bildung motivieren. Dies gelingt in vorbildlicher Weise durch die Adult Learner's Week in Großbritannien. Die 1998 in Deutschland eingeführten Lernfeste sind weiter auszubauen.

Handlungsfelder:

- Förderung von Lernmotivation und Lernkompetenz, die bereits in Kindertageseinrichtungen und in der Grundschule einsetzen muss (vgl. Empfehlungen zur Förderung von Chancengleichheit);
- Sensibilisierung für die Notwendigkeit lernförderlicher Umgebungen in Bildungseinrichtungen, Verbesserung von Lerngelegenheiten in der Lebens- und Arbeitswelt, beispielsweise durch lernförderliche Arbeitsprozesse zur Unterstützung des Lernens im Prozess der Arbeit;
- stärkere Verknüpfung von allgemeinem und beruflichem Lernen; Verwirklichung von Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit;
- Sicherstellung des Zugangs zu Information und individueller Beratung sowie Steigerung der Zielgenauigkeit, Intensivierung der Weiterbildungswerbung.

II. Lebenslanges Lernen für alle

Lebenslanges Lernen ist für alle zu verwirklichen, auch für diejenigen, die bisher in zu geringem Maße an Weiterbildung teilnehmen. Dies ist entscheidend für die Vermeidung und den Abbau von Ausgrenzung, die Erweiterung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe und liegt auch im Interesse der Wirtschaft, die mit der aktuellen demografischen Entwicklung auf die Erschließung des Fachkräftepotenzials angewiesen ist. Ansätze zum Abbau von Weiterbildungsbarrieren müssen gezielt an informelles Lernen anknüpfen.

In dem Maße, in dem kontinuierliches Lernen zukunftsentscheidend ist, führt das Nichtteilhaben an kontinuierlichem Lernen immer häufiger zu beruflicher und sozialer Ausgrenzung. Dies betrifft insbesondere Personen mit geringen Qualifikationen, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose, die häufig nicht über die für lebenslanges Lernen erforderliche Motivation, Lernkompetenz und Lernorganisationskompetenz verfügen (vgl. auch Empfehlungen "Förderung von Chancengleichheit"). Während 1997 48 % der Personen mit Hochschulabschluss an beruflicher Weiterbildung teilgenommen haben, waren dies unter den Personen ohne beruflichen Abschluss nur 9 % (Berichtssystem Weiterbildung VII). Die Arbeitslosenquote von Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss war 1998 zehn Mal höher als die der Absolventen von Fachhochschulen (25,8 % gegenüber 2,6 %). Die Ermöglichung lebenslangen Lernens auch für diese Personengruppen erhält daher die Dimension einer nationalen Aufgabe, im Interesse der betroffenen Individuen, des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft wie im Interesse der Wirtschaft.

Weiterbildungsbarrieren dieser Gruppen beruhen insbesondere auf Angst vor Misserfolg infolge negativer Bildungserfahrungen sowie auf mangelnder Information über Weiterbildungsmöglichkeiten und der mit Weiterbildung verbundenen Chancen. Maßnahmen zur Stärkung der Teilnahme von Erwachsenen mit geringen Qualifikationen an lebenslangem Lernen müssen an diesen Ursachen ansetzen.

Besonders erfolgreich ist das gezielte Anknüpfen an informelle Lernprozesse. Bei relativ vielen Personen aus diesen Zielgruppen, die nicht an Weiterbildung teilnehmen, sind Aktivitäten im Bereich des informellen Lernens festzustellen. Sie profitieren vom praktischen Zugang zum Erwerb von Wissen und Kompetenzen im Prozess der Arbeit sowie im sozialen Umfeld.

Älteren Arbeitnehmern muss durch spezifische Weiterbildungsangebote eine Qualifizierungsperspektive gegeben werden. Die Einbeziehung älterer Erwachsener in lebenslanges Lernen gewinnt nicht nur unter demografischen Gesichtspunkten für die Beschäftigungsfähigkeit an Bedeutung, sondern ist angesichts des Wandels in allen Bereichen gleichermaßen Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft und für ein sinnerfülltes Leben im Alter. Berufliche Erfahrungen und Kompetenzen älterer Arbeitnehmer sollten bei der Tradierung betrieblichen Wissens und der Vermittlung von fachlichen Fertigkeiten genutzt werden.

Weiterbildungsangebote für ältere Erwachsene müssen altersspezifische Anforderungen berücksichtigen, z. B.

- direktere Lernmöglichkeiten, die anwendungsrelevant sind,
- Spielraum für nach eigenen Möglichkeiten selbst gesteuertes Lernen,
- Lernmöglichkeiten zu Hause mit abrufbaren Lernhilfen,
- sinnvolle gesellschaftliche Tätigkeiten, die zum Lernen herausfordern, z. B. Aktivitäten in der Nachbarschaft und im Wohnumfeld.

Handlungsfelder:

- Breite Umsetzung eines Qualifizierungskonzepts für Personengruppen mit geringen Qualifikationen mit folgenden Elementen:
 - individuelle aufsuchende Beratung am Arbeitsplatz,
 - Zertifizierung von Ergebnissen informellen Lernens, insbesondere von im Prozess der Arbeit erworbenen Kompetenzen,
 - Schaffung lernförderlicher Situationen im Arbeitsprozess und im sozialen Umfeld,
 - Qualifizierung unter Einbeziehung der gewohnten Umgebung des Arbeitsplatzes durch modularisierte Weiterbildungsangebote, die an vorhandene Kompetenzen anknüpfen,
 - vorbereitende und begleitende Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten;
- spezielle Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmer und ältere nicht erwerbstätige Erwachsene, die den Interessen und Lernmöglichkeiten dieser Zielgruppe gerecht werden.

III. Finanzielle und zeitliche Ressourcen für lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen bedarf eines langfristigen Finanzierungs- und Lernzeitenkonzepts, das Planungssicherheit, Motivation und Übernahme von Verantwortung für den eigenen Bildungsweg ermöglicht. In ein solches Konzept sind

die arbeitsmarktpolitischen Instrumente des Bundes, der Länder und der Kommunen sowie die Regelungsmöglichkeiten der Tarifparteien einzubeziehen.

Im Unterschied zu der bisherigen Finanzierung von Weiterbildung, die von punktuellen Anlässen ausgeht, bedarf es für Lebenslanges Lernen eines langfristigen Finanzierungskonzepts für den gesamten individuellen Bildungsweg. In engem Zusammenhang damit steht die Notwendigkeit von Lernzeitregelungen, die es ermöglichen, Lernzeiten je nach biografischen Notwendigkeiten über das gesamte Leben zu verteilen.

Ein Finanzierungskonzept für Lebenslanges Lernen sollte u.a. folgende Elemente enthalten:

- Stärkung der Nutzerorientierung: Mittel sollten vorrangig dem Individuum zur Verfügung gestellt werden. Finanzierungsinstrumente wie insbesondere das Sozialgesetzbuch III (SGB III) sollten den schrittweisen Erwerb von Qualifikationen ermöglichen;
- Herstellung einer Balance zwischen individueller Eigenverantwortung und Förderung durch Verbindung von öffentlicher und tarifvertraglicher Finanzierung mit Eigenleistung: Öffentliche Mittel sollten so eingesetzt werden, dass sie die individuelle Investitionsbereitschaft in Bildung fördern;
- Neuregelung des Verhältnisses von Lern- und Arbeitszeiten über Tarifverträge und Vereinbarungen. Betriebsunabhängige Lernzeitkonten können die individuelle Auswahl von Lernangeboten und die situationsbedingte Inanspruchnahme fördern;
- spezielle Förderstrukturen für kleine und mittlere Unternehmen: öffentliche Förderung ist hier beispielsweise möglich durch Zuschüsse für individuelle berufsbegleitende Qualifizierung oder durch Förderung von Qualifizierung im Unternehmen. Unkomplizierte Antragsverfahren und längerfristige Planbarkeit sind hier besonders wichtig. Jobrotation kann gerade kleinen und mittleren Unternehmen helfen, Arbeitnehmer für Qualifizierung freizustellen;
- Anreize – auch steuerliche –, dafür nicht nur berufsbezogene Lernangebote im engeren Sinne wahrzunehmen, sondern auch Angebote mit allgemeinen Lerninhalten, die für die Orientierung in der Wissensgesellschaft besonders wichtig sind.

Handlungsfelder:

- Stärkung der Nachfrageorientierung in der Weiterbildung durch Förderung der Individuen und durch stärkere Berücksichtigung konkreter Lebens- und Arbeitssituationen;
- Herstellung einer Balance zwischen individueller Eigenverantwortung und Förderung; dabei sind auch Vorschläge für Bildungsgutscheine und Bildungssparen zu prüfen;
- Ermöglichung eines schrittweisen Erwerbs von Qualifikationen im Rahmen der Förderung des SGB III;
- Neuregelung von Lern- und Arbeitszeiten sowie Weiterbildungsfinanzierung über Tarifverträge (vgl. Vorschläge des Bündnisses für Arbeit);
- spezielle Förderung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben;
- Prüfung einer stärkeren steuerlichen Berücksichtigung von Aufwendungen für Bildungszwecke.

IV. Netzwerke

Netzwerke und Kooperationsverbände leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz, zur Optimierung der regionalen Bildungsstruktur, zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität und zur Verwertbarkeit von Bildungsangeboten. Sie sind zu stärken und kontinuierlich auszuweiten.

Netzwerke führen Anbieter und Nachfrager von Bildung sowie die für Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Verantwortlichen in der Region zusammen, um die Qualität der Lernangebote, die Entscheidungsfindung von Anbietern und Abnehmern und die Lernbeteiligung zu fördern. Sie sind ein wesentliches Element der Entwicklung von lernenden Regionen (vgl. das zwischen Bund und Ländern abgestimmte BMBF-Programm "Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken"). Netzwerke stützen sich auf Kontextbedingungen wie Vertrauen, Anerkennung und gemeinsame Interessen. Die Prinzipien der Freiwilligkeit und der Weiterbildungsmärkte sind zu beachten. Interessenkonflikte und Konkurrenzängste können das Funktionieren von Netzwerken hemmen.

Lernnetzwerke können sich von weichen Kooperationen z.B. zur gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit zu vertraglich abgesicherten und längerfristigen Absprachen z.B. zur Bedarfsfeststellung, zur Beratung, zur Qualifizierung des Personals und zur Qualitätssicherung entwickeln. Regionale Initiative, trägerunabhängige Koordinierung und Verknüpfung von Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind wichtige Voraussetzungen für Zustandekommen und Funktionieren. Eine überörtliche inhaltliche Unterstützung sowie eine Förderung des Erfahrungsaustauschs können die Qualität der regionalen Netzwerke erheblich fördern. Die Grundfinanzierung sollte nach einer überregionalen Anschubfinanzierung zunehmend regional verantwortet werden.

Handlungsfelder:

- Weiterentwicklung und kontinuierliche Ausweitung des Konzepts von Netzwerken zur besseren Strukturierung und Unterstützung von Lernmöglichkeiten in der Region;
- überregionale inhaltliche und finanzielle Unterstützung von regionalen Netzwerken;
- Unterstützung des überregionalen Erfahrungsaustauschs von regionalen Netzwerken.

V. Modularisierung in der Weiterbildung

Geregelte und zertifizierbare Module der Weiterbildung unterstützen die Verzahnung von Bildungsbereichen und die Berücksichtigung informellen Lernens, erleichtern die Fortsetzung von Bildungs- und Qualifizierungsprozessen und fördern die individuelle Entscheidung für Bildung und Qualifizierung durch bessere Übersichtlichkeit. Sie sollen in ihrer Gesamtheit zu anerkannten Abschlüssen führen.

Modularisierung der Weiterbildung trägt zur Flexibilisierung der Bildung und Qualifizierung von Erwachsenen bei, baut auf individuellen Voraussetzungen auf und ermöglicht die Verbindung von formellen und informellen Lernprozessen.

Weiterbildungsmodule beschreiben wesentliche Kompetenzbereiche eines Berufsbildes oder Qualifikationsprofils mit dem Ziel, Handlungskompetenz für diesen Bereich zu erwerben. Sie ermöglichen das schrittweise Nachholen von Abschlüssen in anerkannten Berufen, den Erwerb von Weiterbildungsabschlüssen und von arbeitsmarktgängigen Nachweisen. Entscheidende Bedingungen sind einheitliche Regelungen von Weiterbildungsmodulen und die Einführung von Modulprüfungen, die es beispielsweise ermöglichen, eine unterbrochene berufliche Weiterbildung auch bei einem anderen Bildungsanbieter fortzusetzen.

Modulare Qualifizierung richtet sich an Menschen mit unterschiedlichen Lernbiographien unabhängig von ihrer Vorbildung, von vorhandenen Bildungsabschlüssen und ihrer aktuellen Situation. Sie ermöglicht die Anerkennung von Kenntnissen und Kompetenzen, die in formellen oder informellen Lernprozessen erreicht worden sind und erleichtert damit die Wiederaufnahme von Bildung und Qualifizierung.

Wegen ihrer individuellen Gestaltbarkeit erfordert modularisierte Weiterbildung allerdings einen hohen Koordinations- und Beratungsaufwand auf Seiten der Bildungsanbieter. Dazu gehören eine individuelle Qualifizierungsberatung, die sich auf die Feststellung individueller Kenntnisse und Kompetenzen stützt, und eine Lernberatung zur Begleitung und Unterstützung des individuellen Lernprozesses. Regionale Netzwerke sind gut geeignet, die Träger bei der Erfüllung dieser neuen Aufgaben zu unterstützen.

Handlungsfelder:

- Einheitliche Regelungen von Modulen der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung;
- Einführung von Modulprüfungen in der Weiterbildung;
- individuelle Qualifizierungsberatung auf der Grundlage der Feststellung von vorhandenen Kenntnissen und Kompetenzen;
- Lernberatung zur Begleitung und Unterstützung des Lernprozesses.

VI. Zertifizierung

Lebenslanges Lernen bedarf neuer Formen der Zertifizierung, die auch Ergebnisse informeller Lernprozesse systematisch einbeziehen und fachübergreifende Kompetenzen angemessen erfassen. Prüfungsverfahren sollten mit Beratung für die Fortsetzung des Lernens verbunden werden.

Die Verwirklichung des Grundsatzes Lebenslanges Lernens macht eine offenere Anerkennung und Zertifizierung der auf verschiedenen Lernwegen erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen erforderlich. Insbesondere müssen die bisher nicht ausreichend berücksichtigten Ergebnisse informellen Erfahrungslernens im Lebens- und Arbeitsalltag festgestellt und anerkannt werden. Für die Entwicklung entsprechender Verfahren sollten

Erfahrungen anderer Länder herangezogen werden, z. B. mit dem bilan de compétence in Frankreich und der Accreditation of Prior Learning im britischen System.

Zertifizierungen beziehen sich bisher vorwiegend auf Ergebnisse theoretischen Lernens und auf im Gedächtnis gespeichertes Wissen. Zu wenig berücksichtigt werden Fähigkeiten zum selbstgestalteten Lernen und zur kreativen Selektion, Kombination, Bewertung und Anwendung von Wissen, das für die Lösung einer konkreten Aufgabenstellung erforderlich ist. Neue Prüfungsverfahren und -methoden sollten daher u.a. folgende Elemente berücksichtigen:

- Lernen und Prüfungen sollten stärker auf die Erfüllung konkreter Arbeitsaufträge, die Lösung praktischer Probleme und auf offene Fragestellungen bezogen werden, um Widersprüche zwischen theoretischer Lernausrichtung und praktischen Lebens- und Berufsanforderungen zu überwinden;
- die Feststellung von Lernergebnissen sollte sich in Zukunft mehr auf die selbstständige Lösung von Problemen und das recherchierende Erarbeiten z.B. am PC beziehen, um die Selbstorganisation und Eigenverantwortung des Lernenden festzustellen;
- gemeinsam zu bearbeitende Aufgaben, die wechselseitige Abstimmung, praktische Kooperation und gemeinsames Management erfordern, ermöglichen das Erfassen von sozialen und kommunikativen Kompetenzen;
- Prüfungen sollten mit der Beratung für weiteres Lernen verbunden werden.

Die Einführung eines Qualifizierungspasses – als persönliches Dokument, das das kontinuierliche Lernen des Lernenden begleitet – sollte erwogen werden. Das erleichtert das Wiederaufnehmen von Bildung und Qualifizierung, strukturiert einen möglichen Weg zum Nachholen eines Berufsabschlusses und erleichtert den Nachweis der Voraussetzungen für die Zulassung zur Externenprüfung und dokumentiert Weiterbildungswege in Teilschritten.

Handlungsfelder:

- Entwicklung von Verfahren zur Anerkennung der durch informelle Lernprozesse erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen (bildungswegunabhängige Kompetenzprüfungen);
- Entwicklung von Prüfungsverfahren und -methoden, um insbesondere fachübergreifende und soziale Kompetenzen sowie die Ergebnisse informellen Lernens angemessener zu erfassen (vgl. Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur");
- entsprechende Qualifizierung von Prüferinnen und Prüfern;
- Entwicklung von Nachweisen von Lernprozessen und von zertifizierten Modulen.

VII. Neue Medien

Neue Formen des Einsatzes von Medien für den Umgang mit Wissen sowie die Aneignung und Verteilung von Wissen entfalten dann ihr Potenzial besonders gut,

wenn sie mit anderen Lernmethoden kombiniert und in einen sozialen Kontext eingebettet sind.

Das sog. E-Learning ist mit einer breiten Akzeptanz und Bereitschaft zum kontinuierlichen Lernen und einem hohen Maß an Selbstorganisation verknüpft. Allerdings reicht es keineswegs aus, elektronische Lernformen einzuführen, um Lebenslanges Lernen zu verwirklichen. Die neuen Medien entfalten ihre Leistungsfähigkeit am besten, wenn die Lernprozesse eingebettet sind in einen sozialen Kontext, in die Kooperation mit anderen Lernenden oder mit Tutoren. Zugleich wird eine optimale Unterstützung des Lernenden erreicht, wenn sämtliche Lernmethoden und Instrumente zusammenwirken.

Der Einsatz der neuen Medien verstärkt den Subjektwechsel bei der Steuerung des Lernens. Der Lernprozess wird nicht mehr unmittelbar von den Lehrenden organisiert. Die Lernenden greifen aufgrund eigener Entscheidungen auf Lernprogramme, Informationsquellen etc. zu, die ihnen die neuen Medien in unterschiedlicher Weise anbieten. Sie erwerben Wissen durch erkundende und selbstständige Aktivitäten.

Trotz hohen technischen Know-hows und vielfältiger Ansätze mit E-Learning hat sich der Einsatz neuer Medien noch nicht in der Bildung durchgesetzt und sind ihre produktiven Potenziale für Lebenslanges Lernen bisher nicht ausgeschöpft. Es fehlen insbesondere methodisch-didaktisch ausgefeilte Konzepte für die Vermittlung von Medienkompetenz für die in der Bildung tätigen Personen, die auch die Verbindung mit den klassischen Lernmethoden und -instrumenten umfassen und reflektieren (vgl. auch Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur").

Handlungsfelder:

- Vermittlung des Umgangs mit neuen Medien als neue Kulturtechnik in allen Bereichen und auf allen Stufen der Bildung, Sicherung des technischen Zugangs zu neuen Medien für alle sozialen Gruppen;
- interdisziplinäre Grundlagen- und Anwendungsforschung zur Entwicklung von Konzepten für den Einsatz neuer Medien in allen Bildungsbereichen;
- Aus- und Fortbildungsoffensive "Neue Medien" für das in der Bildung tätige Personal;
- Weiterentwicklung von Lernsoftware unter inhaltlichen und methodisch-didaktischen Gesichtspunkten, Steigerung der Benutzerfreundlichkeit;
- Nutzung der Vernetzungsmöglichkeiten des Internets für regionale Weiterbildungsdatenbanken (vgl. Empfehlungen "Qualitätsentwicklung und –sicherung").

VIII. Professionalisierung

Die Professionalisierung der in der Weiterbildung Tätigen ist eine wesentliche Bedingung für die Verwirklichung lebenslangen Lernens. Dabei geht es vor allem darum, mit welchen Methoden lebenslanges Lernen am effizientesten erfolgt und wie seine Ergebnisse wirksam und nachhaltig in den Lebens- und Arbeitsalltag transferiert werden.

Die gegenwärtige Praxis der Professionalisierung in der Weiterbildung wird den neuen und erweiterten Aufgaben, die auf die Lehrenden zukommen, nur unzureichend gerecht. In der Weiterbildung sind meist fachliche Spezialisten tätig, von denen man annimmt, sie seien automatisch befähigt, Inhalte erwachsendgerecht vermitteln zu können. Zielorientiertes und flexibles, sach- und adressatenspezifisches und zugleich effizientes Lehren muss aber gelernt werden. Diese Qualifizierung muss neben didaktisch-methodischer Kompetenz, Sozialkompetenz und persönlicher Kompetenz, insbesondere weitere vier Kompetenzen umfassen:

- Managementkompetenz,
- Planungskompetenz,
- Medienkompetenz,
- Beratungskompetenz.

Insgesamt müssen die in der Weiterbildung tätigen Personen in der Lage sein, klassische Weiterbildungsangebote mit der Unterstützung und Begleitung selbstgesteuerter Lernprozesse zu verbinden.

Fragen der Aus- und Weiterbildung der in anderen Bildungsbereichen tätigen Personen werden in den Empfehlungen "Neue Lern- und Lehrkultur" vertieft.

Handlungsfelder:

- Weiterentwicklung von Konzepten zielorientierten, sach- und adressatengerechten sowie praxisorientierten und effizienten Lehrens in der Weiterbildung;
- Ausbau von Qualifizierungsangeboten für die in der Weiterbildung Tätigen;
- Sicherstellung der fachpraktischen Ausbildung.

IX. Rolle der Hochschulen

Die Hochschulen werden ihrer herausragenden Rolle in der Wissensgesellschaft nur gerecht, wenn sie Weiterbildung als dritte Aufgabe neben Erstausbildung und Forschung konsequent wahrnehmen und zum Gegenstand der Profilbildung machen. Das Studium muss stärker für lebenslanges Lernen motivieren und befähigen.

Obwohl das weiterbildende Studium bereits 1976 durch das Hochschulrahmengesetz zur Hochschulaufgabe erklärt wurde und trotz programmatischer Vorarbeiten von bildungs- und wissenschaftspolitischen Gremien, haben die Hochschulen in der Vergangenheit nur einen geringen Beitrag zur Weiterbildung erbracht. Weiterbildung wird bis heute überwiegend – gegen entsprechende Honorierung – von einzelnen Hochschulangehörigen geleistet. Diese Weiterbildung kann sich meist nicht auf das gesamte Profil der Hochschule stützen.

Die Hochschulen schöpfen insofern ihre Potenziale im Bereich lebenslanges Lernen keineswegs aus. Die Übernahme gesellschaftlicher Servicefunktionen für Weiterbildung findet in den Hochschulen keine breite Akzeptanz. Es mangelt auch an

hochschuldidaktischen Verfahren, die Erstausbildung und Weiterbildung so aufeinander zu beziehen, dass Ausbildungserfolg an Hochschulen zu weiterbildenden Aktivitäten motiviert.

Weiterbildungsangebote der Hochschulen sollten in der Regel durch die Teilnehmer oder die entsendenden Organisationen finanziert werden.

Handlungsfelder:

- Stärkere Motivierung und Befähigung zum lebenslangen Lernen durch das Studium, beispielsweise durch individuelle Studienberatung und intensive Begleitung in den ersten Semestern, Anregungen zur selbstständigen Erarbeitung und auffindendem Lernen; weitere Ausrichtung von Studiengängen auf "Credit Point"-Angebote;
- Erweiterung der Lehre um modularisierte weiterbildende Studiengänge; u.a. integrierte und koordinierte Weiterbildungsangebote mit der Wirtschaft; verstärkter Einsatz von virtuellen Weiterbildungsangeboten;
- Öffnung der Weiterbildungsangebote der Hochschulen für besonders qualifizierte Praktiker ohne Hochschulstudium;
- stärkere Öffnung der Hochschulen für ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Umfeld für regionale Netzwerke und für eine Kooperation mit der Wirtschaft; Verstärkung von Serviceangeboten der Hochschulen auf regionalen Weiterbildungsmärkten;
- Stärkung von Hochschulkapazitäten für Weiterbildung, Setzung von entsprechenden Anreizen; Schaffung von Möglichkeiten zur Vorfinanzierung von Investitionen, die Hochschulen im Weiterbildungsbereich vornehmen müssen;
- kontinuierliche Weiterbildung für das Hochschulpersonal.

5. Neue Lern- und Lehrkultur

Empfehlungen des Forum Bildung

Präambel

Die Veränderungen in nahezu allen Bereichen von Leben und Arbeit beeinflussen nicht nur Bildungs- und Qualifikationsziele (vgl. Leitsätze "Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen"), sondern erfordern auch eine neue Lern- und Lehrkultur. Eine Lern- und Lehrkultur, die den Anforderungen einer Wissensgesellschaft und denen des sozialen und demographischen Wandels gerecht werden will, muss

- die Prozesse des Lernens stärker zum Gegenstand von Bildung machen,
- den Erwerb inhaltlichen Wissens und die Fähigkeit zur Anwendung dieses Wissens sowie fachübergreifende Kompetenzen verknüpfen,
- soziales und demokratisches Handeln erfahrbar machen,
- Lernprozesse der Lebens- und Arbeitswelt einbeziehen.

Es geht heute nicht darum, eine völlig neue Lern- und Lehrkultur zu kreieren, sondern erfolgreiche Ansätze und Erfahrungen einer guten Praxis zu identifizieren, zu bündeln und breit umzusetzen. Dafür ist es erforderlich, Barrieren zu erkennen, die einer breiten Umsetzung guter Praxisbeispiele bisher entgegenstehen. Solche Barrieren haben ihren Ursprung im Verhalten von Menschen, in Situationen in Bildungseinrichtungen und in Rahmenbedingungen. Es müssen Wege zur Überwindung dieser Barrieren gefunden werden, beispielsweise

- muss flexibel mit Vorgaben umgegangen werden können, z. B. mit Zeiteinheiten und Stundenplänen sowie bei der Bildung von Lerngruppen, die auch aus unterschiedlichen Jahrgängen zusammengesetzt sein können;
- müssen Zeit und Rahmenbedingungen zum Lernen stärker den individuellen Voraussetzungen, Interessen und Entwicklungen gerecht werden;
- muss ein Klima in den Bildungseinrichtungen geschaffen werden, das zum Lernen anregt und das Freude am Lernen und am Lehren entstehen lässt;
- setzt eine neue Lern- und Lehrkultur eine entsprechende Reform der Aus- und Weiterbildung der Lehrenden voraus. Lehrende müssen zu Experten des Lernens werden.

Die Verwirklichung einer veränderten Lern- und Lehrkultur kostet auch Geld. Ohne entsprechende Investitionen können die Möglichkeiten für die Verbesserung der Qualität von Bildung nicht voll ausgeschöpft werden.

Die nachfolgenden Empfehlungen stützen sich überwiegend auf Erfahrungen aus dem Schulbereich, gelten jedoch in der Regel auch für die anderen Bildungsbereiche.

I. Individualisierung der Lernprozesse

Eine neue Lern- und Lehrkultur muss die Individualisierung der Lernprozesse ermöglichen. Das erfordert differenzierte Lernangebote, neue Formen des Lehrens und eine zunehmende Selbststeuerung von Lernprozessen durch die Lernenden. Individuelles Lernen muss durch gemeinsames und gegenseitig unterstützendes Lernen in Gruppen ergänzt werden. Wissen und Kompetenzen, die im Lebens- und Arbeitsalltag außerhalb von Bildungseinrichtungen erworben werden, sind stärker einzubeziehen.

Überkommene Lehrstrukturen und -verfahren sind nach folgenden Kriterien neu zu orientieren:

- konsequente Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen, wie z.B. Begabungen, Lernhaltungen, Unterschiedlichkeit der Lernumgebungen im Elternhaus, Vorwissen aus der Lebenswelt;
- gleiche Teilhabe von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern;
- erweitertes Rollenverständnis der Lehrenden als Helfer und Impulsgeber beim Erwerb, der Bewertung und der Weiterverarbeitung von Wissen;
- Förderung von Neugier, Raum für Emotionen und für Entwicklung von Kreativität;
- gemeinsames Festlegen von Zielen für die Lern- und Erziehungsprozesse;
- flexible organisatorische und zeitliche Strukturen des Lernens sowie Materialien, Medien und Räumlichkeiten, die individuelles Lernen allein und im Team fördern.

Zentral für die Verwirklichung individuellen Lernens ist und bleibt das Handeln der Lehrenden. Bei offenen Lehr- und Lernformen – z.B. Freiarbeit, Projektarbeit, Stationenlernen – geben die Lehrenden Impulse zum Lernen und begleiten den Lernprozess. Lernende haben stärkeren inhaltlichen und methodischen Einfluss auf ihren Lernprozess, auf Planung und Akzentsetzung der Lernarbeiten, auf Nutzung von Materialien und auf das angestrebte Produkt und die Lernzeit. Die Begleitung durch Lehrende soll Irrwege bewusst zulassen, aber begrenzen.

Raum und Zeit für individuelles Lernen können durch individuelle Stundentafeln und Stundenpläne geschaffen werden. Die Unterschiedlichkeit der Lernenden erfordert Diagnosekompetenz der Lehrenden und entsprechende Lernarrangements. Gemeinsame Festlegungen von individuellen Zielen zwischen Lehrenden und Lernenden, z.B. durch "Lernverträge", fördern die notwendige Differenzierung von Lern- und Erziehungsprozessen.

Materialien sollten vielfältig sein, Lernschritte mit zunehmendem Alter nicht zu genau vorgeben und kreatives Vorgehen sowie Reflexion des eigenen Lernens ermöglichen. Lernsoftware sollte das selbstständige und kreative Arbeiten mit Computern ermöglichen. Möglichkeiten des Internets zu Recherche und zum Kontakt mit Partnern außerhalb der Bildungseinrichtung sollten gezielt genutzt werden.

Für die Verwirklichung individuellen Lernens ist neben einer veränderten Ausbildung der Lehrenden die Gewinnung der Kollegien der Lehrenden für die erforderlichen

Veränderungsprozesse und die Notwendigkeit einer neuen Rollenfindung sowie der Ergänzung der eigenen Professionalität von zentraler Bedeutung.

Handlungsfelder:

- Weiterentwicklung von Selbstlernmaterialien und Lernsoftware; Budget der einzelnen Bildungseinrichtung zum Erwerb solcher Materialien und für die Fortbildung zum Umgang mit diesen Materialien;
- Schaffung von Zeit und Räumen für offene Lernformen; Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen für die Ausstattung von Räumen;
- verstärkte Einbeziehung der Individualisierung des Lernens in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden (vgl. auch Empfehlungen "Förderung von Chancengleichheit");
- Verpflichtung zur Evaluierung von Lehr- und Lernprozessen z.B. durch Selbstbeurteilung und kollegiale Beobachtung; bessere Nutzung der Erkenntnisse aus Evaluationen zur Verbesserung der pädagogischen Arbeit wie zur Orientierung der Öffentlichkeit (vgl. Empfehlungen "Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung").

II. Lernen, Verantwortung zu übernehmen

Kinder und Jugendliche müssen früh Gelegenheiten erhalten, Aufgaben für die Gemeinschaft zu übernehmen sowie demokratisches Handeln zu erleben und zu reflektieren. Sie sollten dabei auch lernen, die Konsequenzen für ihr Handeln zu tragen. Bildungseinrichtungen müssen altersentsprechende Formen der Mitwirkung, Mitbestimmung und der Selbstorganisation entwickeln, die auch den Lernprozess selbst mit umfassen.

Mit dem Fokus des Lehrens und Lernens auf Kenntnisvermittlung ist in der Vergangenheit das demokratische Handeln in Bildungseinrichtungen oft zu kurz gekommen. Gelegenheiten zum Erleben und Reflektieren von demokratischem Handeln müssen weit über die Möglichkeiten der strukturierten und gesetzlich festgelegten Mitbestimmung hinausgehen. Kinder sollten möglichst früh Gelegenheit erhalten, Aufgaben für die Gemeinschaft zu übernehmen. Die Kindertageseinrichtung und die Schule müssen solche Aufgaben bereithalten und für Schülerinnen und Schüler auffindbar machen. So lernen Kinder und Jugendliche in vielfältigen Bereichen, dass die Übernahme von Verantwortung die Grundlage für die Mitgestaltung der Rahmenbedingungen der eigenen Lebenswirklichkeit ist.

Demokratisches Handeln darf nicht ausschließlich im außerunterrichtlichen Raum stattfinden. Altersentsprechende Formen der Mitwirkung, Mitbestimmung und der Selbstorganisation müssen auch den Unterricht mit umfassen. Dies kann in offenen Lernformen leichter geschehen.

Lernen an anderen Lernorten (vgl. VII. "Öffnung von Bildungseinrichtungen") und Praktika ermöglichen Kindern und Jugendlichen Erfahrungen im Bereich des Sozialen und Begegnungen mit Menschen, denen sie in ihrem Alltagsleben sonst nicht begegnen würden.

Dabei kommt es gleichermaßen auf das soziale Handeln und auf das Nachdenken darüber an, wie und nach welchen Werten man handelt.

Pädagoginnen und Pädagogen müssen in Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet werden, Gelegenheiten für die Übernahme von Verantwortung und das Erfahren von Demokratie zu schaffen.

Die Verwirklichung dieser Ansätze wird durch Ganztageeinrichtungen erleichtert. Sie sollten von vornherein im Konzept von Ganztagschulen verankert werden.

Handlungsfelder:

- Ausschöpfen und Weiterentwickeln aller Möglichkeiten für die Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstorganisation der Lernenden;
- Transfer- und Beratungsstrukturen zur Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei der Verwirklichung von Demokratiekultur und dem Erwerb sozialer Kompetenzen, Bereitstellung der Erfahrungen aus guten Beispielen;
- Weiterentwicklung von Konzepten kooperativer Gruppenarbeit,
- Breite Umsetzung von Projekten zur Förderung von Teamfähigkeit und von sozialem Handeln als Teil von Unterricht und Schulleben, von Berufsausbildung und Studium;
- Projekte zur Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln in Gesellschaft und Wirtschaft.

III. Erwerb von "intelligentem" und anwendungsfähigem Wissen

Der Erwerb von "intelligentem" und anwendungsfähigem Wissen (vgl. Leitsätze "Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen") setzt Lernprozesse voraus, bei denen der Erwerb von fachlichen Kenntnissen und fachübergreifenden Kompetenzen den gleichen Stellenwert hat. Die regelmäßige Reflexion des Lernens muss fester Bestandteil von Unterricht werden. Didaktik und Fachdidaktik müssen in der Aus- und Weiterbildung der Lehrenden einen höheren Stellenwert erhalten.

Herkömmlicher Unterricht lässt die für den gemeinsamen Erwerb von fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen erforderlichen Lernprozesse nur begrenzt zu. Neue Lernformen werden häufig über herkömmlichen Unterricht gestülpt, ohne dass ein Umdenken zum "intelligenten" und anwendungsbezogenen Lernen wirklich stattfindet. Eine Methodik, die auch den Fehler als Ausgangspunkt des Lernens nimmt, muss Bestandteil des Lernens werden.

Pädagoginnen und Pädagogen müssen fachlich wie didaktisch und methodisch gut ausgebildet sein und besser über das Lernen Bescheid wissen. Das setzt an den Hochschulen ein Umdenken in der Lehre voraus. Lehramtsstudiengänge und Fachdidaktiken müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Fortbildung muss nicht nur neue Fachinhalte vermitteln, sondern Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, sich den aktuellen Stand der

Fachdidaktik und -methodik anzueignen und das so Gelernte auch anzuwenden. Die Bedeutung eines solchen Umdenkens zeigt sich beispielhaft an folgenden Themenfeldern:

Anknüpfend an das große Interesse von Kindern sollten naturwissenschaftliche und technische Fragen in Kindertageseinrichtungen und in der Grundschule deutlich besser unterstützt und weiterentwickelt werden und zwar bei Mädchen und Jungen gleichermaßen. Naturwissenschaftliche Inhalte sollten stärker in Heimat- und Sachkundeunterricht einbezogen werden. Dies setzt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Lehrerinnen und Lehrern in Grund- und Hauptschulen voraus. Die Ergebnisse des BLK-Programms "Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts" sollten möglichst bald in den weiterführenden Schulen umgesetzt werden.

Kinder lernen Fremdsprachen besonders leicht. Positive Erfahrungen mit dem Kennenlernen von Fremdsprachen im Kindergarten sollten breit umgesetzt werden. Die beginnende Einführung eines altersgemäßen Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule sollte konsequent fortgesetzt werden. Erforderlich ist eine entsprechende Qualifizierung des Personals sowie eine Koordinierung der unterschiedlichen konzeptionellen Ansätze zwischen den Ländern.

Musisch-ästhetische Erziehung fördert den Erwerb von personalen und sozialen Kompetenzen und hat positive Auswirkungen auf Lernprozesse in der Schule. Voraussetzung ist allerdings auch hier eine Fachdidaktik, die die Kreativität des Individuums entdecken und entwickeln hilft. Kreativität sollte in alle Fächer Eingang finden.

Religiöse, philosophische und ethische Fragen treten schon im frühen Kindesalter auf. Sie brauchen einen festen Platz in Schulen und Bildungseinrichtungen, um Identifikationsangebote für Werthaltungen zu ermöglichen und eine Kultur des toleranten Miteinander in der Gesellschaft zu entwickeln.

Handlungsfelder:

- Aufnahme der regelmäßigen Reflexion von Lernprozessen als fester Bestandteil von Unterricht;
- stärkere Betonung des Wissens über Lernen, Erhöhung des Stellenwertes von (Fach)didaktik und (Fach)methodik in der Lehrerbildung, Ausbau entsprechender Kapazitäten an den Hochschulen unter Einbeziehung von Praktikern; Ausbau der Transferforschung, um wissenschaftliche Erkenntnisse besser in der Praxis zu nutzen; anwendungsbezogene Vermittlung von aktueller Fachdidaktik und Fachmethodik in der Fortbildung;
- breite Umsetzung flexibler Konzepte zum Umgang mit unterschiedlichen Muttersprachen in Kindertageseinrichtungen und Grundschule (vgl. Empfehlungen "Förderung von Chancengleichheit");
- deutlich bessere Nutzung und Förderung der naturwissenschaftlichen und technischen Interessen sowie der Fähigkeiten von Kindern zum Fremdsprachenlernen in Kindertageseinrichtungen und Grundschule, Ausbildung von qualifiziertem Personal hierfür;

- Entwicklung methodischer Konzepte zur Förderung von Kreativität und ihre Umsetzung in alle Fächer.

IV. Bewertung des Erwerbs von fachübergreifenden Kompetenzen

Nur wenn fachübergreifende Kompetenzen genauso anerkannt und bewertet werden wie Fachwissen, werden Bildungseinrichtungen und Individuen den Wert auf den Erwerb von fachübergreifenden Kompetenzen legen, der heute erforderlich ist. Dafür müssen in allen Bildungsbereichen neue Verfahren der Leistungsbewertung und entsprechende Prüfungsverfahren entwickelt und eingeführt werden.

Die traditionelle Leistungsmessung, die sich für die Bewertung des Erwerbs kognitiver Bildungsinhalte entwickelt hat, wird der zunehmenden Notwendigkeit der Verknüpfung von fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen (vgl. Leitsätze "Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen") und offenen und individualisierten Lernformen nicht gerecht. Neben einer konkreten Definition von fachübergreifenden Lernzielen (vgl. Empfehlungen "Qualitätsentwicklung und -sicherung im internationalen Wettbewerb") ist eine Beschreibung und Einstufung unterschiedlicher Kompetenzen und Erfahrungen erforderlich. Dabei spielt die individuelle Selbsteinschätzung eine große Rolle. Sie hilft den Lernenden, Lernverhalten und Können zu reflektieren und einzuordnen, z. B. in Lerntagebüchern und Portfolios. Lehrende müssen die Selbsteinschätzungsprozesse kontinuierlich begleiten. Hier besteht ein großer Bedarf an Lernforschung und Weiterentwicklung von Fachdidaktiken.

Auch an Hochschulen müssen neue innovative Prüfungsverfahren eingeführt werden. Angesichts der Forderungen nach Teamfähigkeit, Kooperation und intelligenter Nutzung weltweiter Informationsmöglichkeiten sind beispielsweise Prüfungen nach dem Multiple-Choice oft kontraproduktiv. Auch Universitäten müssen Prüfungen entwickeln, die Verständnis erfassen und kooperative Problemlösungskompetenzen berücksichtigen.

Handlungsfelder:

- Entwicklung neuer Verfahren zur Leistungsbewertung und entsprechender Prüfungsverfahren, die in stärkerem Maße Verständnis und Problemlösungskompetenzen erfassen und bewerten;
- Steigerung der Anerkennung des Erwerbs fachübergreifender Kompetenzen; Lernforschung und Weiterentwicklung von Fachdidaktiken zur Entwicklung von Mess- und Bewertungsverfahren für den Erwerb fachübergreifender Kompetenzen;
- Ergänzung der klassischen Benotung beispielsweise durch beschreibende Kommentare und Selbsteinschätzungsverfahren der Lernenden, die durch Lehrende begleitet werden.

V. Rolle der neuen Medien

Die Fortschritte der Informations- und Kommunikationstechnologie bieten große Chancen zur Unterstützung von Lernen und Lehren in allen Bildungsbereichen. Um diese Chancen zu nutzen, sind neben der technischen Ausstattung der

Bildungseinrichtungen vor allem neue pädagogische und didaktische Konzepte und eine anwendungsbezogene Personalfortbildung erforderlich.

Zugangsmöglichkeiten zu neuen Medien unterstützen individuelles Lernen, so wird beispielsweise Lernen an unterschiedlichen Orten ermöglicht oder kann unterschiedlichen Zugangsweisen, z.B. von Jungen und Mädchen, entsprochen werden. Daher sollten kurzfristig Computer-Zugänge mit Internet-Anbindung in jedem Klassenraum für das individuelle Lernen und den offenen Unterricht zur Verfügung stehen. Längerfristig wird voraussichtlich der Laptop oder eine entsprechende Technik für jede Schülerin und jeden Schüler von einem bestimmten Alter an zur Selbstverständlichkeit werden. Der Umgang mit Medien sollte früh begonnen und reflektiert werden, bereits stufenweise in der Grundschule. Positive Erfahrungen sollten breit umgesetzt werden. Die technische Wartung der Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit neuen Medien ist sicherzustellen.

Medienkompetenz umfasst neben der technischen Handhabung des Einsatzes neuer Medien (technische Medienkompetenz) insbesondere die Fähigkeit zur Nutzung neuer Medien als soziales Kommunikationsinstrument und das kritische Umgehen mit dem Einsatz neuer Medien (inhaltliche Medienkompetenz). Inhaltliche Medienkompetenz setzt sich im Wesentlichen aus "traditionellen" Kompetenzen des Identifizierens, Bewertens, Strukturierens und Anwendens, aber auch aus Innovationsfähigkeit und Verantwortung zusammen.

Lernen in multimedialen Lernumgebungen muss erlernt werden: hohe Komplexität und große Informationsmengen, die oft nur gering strukturiert sind, sind für die meisten Lernenden ohne professionelle Unterstützung kaum zu bewältigen. Netzbasiertes kooperatives Lernen erfordert besondere kommunikative Fähigkeiten, technische Kompetenzen und besondere Strategien zur Koordinierung und Strukturierung von Gruppenprozessen.

Multimediales Lernen setzt ein anderes Selbstverständnis der Lehrenden voraus. Neben technischem Rüstzeug und innovativen Lernkonzepten sind anwendungsbezogene Weiterbildung sowie direkter und elektronischer Informations- und Erfahrungsaustausch erforderlich. Dies gilt für alle Bildungsbereiche.

Handlungsfelder:

- Vermittlung des Umgangs mit neuen Medien als neue Kulturtechnik; Beginn des stufenweisen Erwerbs einer umfassenden Medienkompetenz in Kindertageseinrichtung und Grundschule; Sicherstellung des Zugangs aller Schülerinnen und Schüler zu neuen Medien und zum Internet;
- Entwicklung und Umsetzung von pädagogischen und didaktischen Konzepten des multimedialen Lernens und zum Erwerb von Medienkompetenz;
- flächendeckende anwendungsbezogene Weiterbildung für die in der Bildung tätigen Personen sowie Sicherstellung von Informations- und Erfahrungsaustausch;
- Budget der einzelnen Bildungseinrichtung für eine Weiterbildung, die an dem Bedarf der Einrichtung orientiert ist ("on demand");

- Weiterentwicklung von Lernsoftware unter inhaltlichen und methodisch-didaktischen Gesichtspunkten, Steigerung der Benutzerfreundlichkeit;
- Sicherstellung der technischen Wartung von neuen Medien in Bildungseinrichtungen.

VI. "Häuser des Lernens" schaffen

Bildungseinrichtungen müssen zu "Häusern des Lernens" werden. Sie umfassen Lern- und Lebensräume, in denen nicht nur die Lernenden, sondern auch die Lehrenden lernen. Unter Einbeziehung der an der Einrichtung Beteiligten – z.B. Lehrer, Schüler, Eltern – muss ein Programm entwickelt werden, das das Profil der Einrichtung deutlich macht und Grundlage für das Lernen und Lehren sowie für Evaluation ist. Kindertageseinrichtungen und Schulen sind bei der Entwicklung von Programm und Profil zu unterstützen. Staatliche Aufsicht muss sich hierfür neu orientieren.

Programme in Bildungseinrichtungen sichern Lernstrukturen. Dort wo man beispielsweise den Findungsprozess an einer Schule gemeinsam durchgestanden hat, um ein Schulprogramm zu formulieren, ist die Chance größer, bei der Umsetzung des Schulprogramms zu abgestimmten Arbeitsprogrammen zu kommen, so dass Schülerinnen und Schüler das Lernen an einer Schule als Ganzes erleben. Auf der Basis eines Schulprogramms können Fachbereiche ihre Arbeit planen und fächerübergreifende Anknüpfungspunkte finden, kann an der Verwirklichung allgemeinen Zusammenlebens in der Schule sowohl im Unterricht wie im außerunterrichtlichen Raum gearbeitet werden. Schulprogramme machen die schulische Arbeit für alle Beteiligten transparent, sie unterstützen die Identifikation aller Beteiligten mit den Zielen der Einrichtung und bieten eine Grundlage für Rechenschaft und Evaluation. Natürlich bedarf auch das Schulprogramm einer ständigen Weiterentwicklung.

Das Wahrnehmen von Verantwortung über das eigene Fach oder die Klasse hinaus ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Bildungseinrichtung zur lernenden Organisation. Dafür ist es erforderlich, dass das Team der Lehrenden gemeinsam lernt und gemeinsame Inhalte und Lernverfahren definiert. Bildungseinrichtungen müssen daher regelmäßige und verbindliche Zeiten gemeinsamen Lernens der Lehrenden einrichten. Ein Fortbildungsplan hat Fortbildung im Team zu ermöglichen. Evaluation muss genutzt werden, um gemeinsam die Verwirklichung des Schulprogramms zu reflektieren.

Handlungsfelder:

- Einräumung von mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen (vgl. Empfehlungen "Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung"), Unterstützung der einzelnen Bildungseinrichtung bei der Entwicklung, Verwirklichung und Fortschreibung von Programm und Profil;
- Aufbau von Evaluationssystemen, in denen Selbst- und Fremdevaluation verbunden werden (vgl. Empfehlungen "Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung");

- Neuorientierung der staatlichen Aufsicht auf Unterstützung der Bildungseinrichtungen bei der Verwirklichung von Eigenverantwortung, auf Verantwortung für Systemsteuerung und Ergebnisverantwortung;
- Ressourcen für die einzelne Bildungseinrichtung, um Zeit, professionelle Beratung und Weiterbildung für die Entwicklung der Einrichtung einsetzen zu können;
- Entwicklung von schulbezogenen Angeboten der Weiterbildung im Team;
- Unterstützung des Lernens der einzelnen Bildungseinrichtung aus den Ergebnissen von interner und externer Evaluation (vgl. Empfehlungen "Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung").

VII. Öffnung von Bildungseinrichtungen

Mit der Öffnung von Bildungseinrichtungen für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld werden Lernprozesse in der Lebenswelt unterstützt und mit der formalen Bildung in Bildungseinrichtungen verknüpft (vgl. Empfehlungen "Lernen, ein Leben lang"). Die Einbeziehung der Lebenswirklichkeit der Lernenden in Unterricht, Berufsausbildung, Studium und Weiterbildung ermöglicht das Lernen in Zusammenhängen, unterstützt die gemeinsame Vermittlung von fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen und fördert die Motivation von Lernenden und Lehrenden.

Die Öffnung von Bildungseinrichtungen trägt dazu bei, dass Lernvorgänge einen für die Lernenden einsehbaren und nachvollziehbaren Sinn und Ernstcharakter erhalten: Durch die Öffnung von Bildungseinrichtungen werden andere Lernorte und Sachverstand von außen einbezogen. Das fördert das Lernen in Zusammenhängen, hilft die Aufsplitterung der Unterrichtsinhalte durch übergreifendes und projektorientiertes Lernen zu überwinden und unterstützt den gemeinsamen Erwerb von fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen. Die Öffnung von Bildungseinrichtungen fördert so auch das Lernen des Lernens und bereitet auf lebensbegleitendes Lernen vor.

In der Berufsausbildung lassen sich Aus- und Weiterbildungsprozesse im Zusammenspiel von Schulen, außerschulischen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen sowie Betrieben optimieren. Wenn Kenntnisse tätigkeitsbezogen vermittelt werden sollen, kann die Schule sich auf den Betrieb verlassen, bei der theoriebezogenen Übung von Tätigkeiten gilt es, Schulen und anderen Institutionen des Lernens ihre Rolle zuzuweisen. Dabei ist es wichtig, zu einer echten Gemeinsamkeit im Interesse der Lernenden zu kommen und Absprachen zu Qualitätsanforderungen und Zielen zu treffen.

Eine Zusammenarbeit vor Ort sollte auf Gegenseitigkeit beruhen: Die Kompetenzen und die Infrastruktur der Bildungseinrichtung sollte auch für ihre Partner nutzbar gemacht werden – dies geschieht bisher am ehesten im berufsbildenden Bereich. Eine selbstständigere Entscheidungsbefugnis von Schulen über die Verwendung der Schulräume außerhalb der Unterrichtszeiten fördert die Rolle der Schule als regionale Begegnungsstätte. Eine aktive Elternarbeit ermöglicht es, Kompetenzen von Eltern für die Schule zu nutzen.

Die Rahmenbedingungen der einzelnen Bildungseinrichtung für eine Öffnung sind in einer Bedingungsanalyse zu beschreiben als Grundlage für das Programm der Einrichtung. Öffnung von Schule setzt eine Reduzierung von Erlassen auf das unbedingt Notwendige und eine extensive Auslegung von Richtlinien und Lehrplänen voraus.

Die in der Bildung tätigen Personen werden bisher für die Öffnung von Bildungseinrichtungen noch nicht hinreichend ausgebildet. Erfahrungen zeigen, dass ein Engagement in diesem Bereich die Berufszufriedenheit der Lehrenden steigert. Die Bereitschaft zum Engagement bei Aktivitäten der Öffnung und entsprechende Kooperationskompetenzen sollten Kriterien für die Einstellung und Beförderung sein.

Handlungsfelder:

- stärkere Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei Aktivitäten der Öffnung, angefangen bei Kindertageseinrichtungen; selbstständigere Entscheidungsbefugnis von Schulen über die Verwendung von Schulräumen außerhalb der Unterrichtszeiten;
- Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen, die Unterricht außerhalb von Schule und den Einsatz von Nicht-Lehrern als Experten in der Schule erleichtern und eine flexiblere Gestaltung der Stundentafel zulassen;
- Stärkung der Bereitschaft von sozialen und kulturellen Organisationen sowie von Betrieben in der Region zu aktiver Kooperation;
- Einbeziehung von Aktivitäten der Öffnung in die Aus- und Weiterbildung der in der Bildung tätigen Personen.

VIII. Stärkung der Führungs- und Managementkompetenz

Die Verwirklichung einer neuen Lern- und Lehrkultur hängt wesentlich von der Leitung der Bildungseinrichtung ab. Barrieren, die einer breiten Umsetzung guter Erfahrungen entgegenstehen, liegen häufig im Leitungsbereich. Mitglieder der Leitung sollten unter Berücksichtigung von Kompetenzen, die für die innovative Entwicklung einer Bildungseinrichtung erforderlich sind, und von Managementkompetenzen ausgewählt werden. Sie sollten auf Zeit bestellt werden und eine spezifische Weiterbildung erhalten.

Mitglieder der Leitung einer Bildungseinrichtung benötigen zusätzlich zu den fachlichen Kompetenzen, nach denen sie zumindest im Schulbereich überwiegend ausgewählt werden, erweiterte Kompetenzen. Sie müssen die innovative Entwicklung der Bildungseinrichtung einleiten, unterstützen und steuern und dabei aktuelle methodische und didaktische Voraussetzungen einer neuen Lern- und Lehrkultur, Grundlagen eines modernen Qualitätsmanagements sowie Voraussetzungen für die Personalführung und -entwicklung einer lernenden Organisation beherrschen. Sie müssen demokratische Prinzipien fördern und Mitbestimmung ernst nehmen. Hierzu kommen spezifische und allgemeine Managementkompetenzen. Mitglieder der Leitung einer Bildungseinrichtung sollten daher in viel stärkerem Maße unter Berücksichtigung solcher Kompetenzen ausgewählt werden. Zusätzlich sollten sie eine spezifische und kontinuierliche Weiterbildung erhalten und beim

Erfahrungsaustausch unterstützt werden. Bildungseinrichtungen sollten hier von Erfahrungen der Unternehmen lernen.

Die Regelung, dass die Schulleiterin oder der Schulleiter Pädagoge sein soll, hat sich bewährt. Eine größere selbstständige Schule kann jedoch nur effektiv verwaltet werden, wenn insbesondere Haushaltsfragen und Gebäudemanagement in der Hand von nicht pädagogischen Fachleuten liegen. Auch kleinere Bildungseinrichtungen – vor allem Grundschulen – brauchen ausreichende Leitungszeit und eine Infrastruktur, die Schulleitung möglich macht.

Handlungsfelder:

- Auswahl von Mitgliedern der Leitung von Bildungseinrichtungen unter Kriterien einer innovativen Entwicklung und des Managements von selbstständigen Bildungseinrichtungen;
- Bestellung auf Zeit mit Verlängerungsmöglichkeiten;
- verpflichtende spezielle und kontinuierliche Weiterbildung für Schulleitungen;
- Einbeziehung von nicht pädagogischen Fachkräften, z. B. für Haushalt und für Gebäudemanagement, in die Leitung großer Bildungseinrichtungen; Sicherstellung ausreichender Zeit für Leitungsaufgaben.

IX. Lernende im Mittelpunkt der Lern- und Lehrkultur

Im Mittelpunkt der neuen Lern- und Lehrkultur in allen Bildungsbereichen steht die möglichst gute individuelle Förderung der Lernenden. Ganztagschulen können bessere zeitliche Bedingungen für eine individuelle Förderung schaffen und so leichter Lernbedingungen für unterschiedliche Begabungen und Lernvoraussetzungen ermöglichen.

Die Lehrenden in Kindergarten, Schule, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung müssen sich an der Realität der Lernenden orientieren. Das bedeutet die Beachtung der familiären und sozialen Situation, die Kenntnis von Lernvoraussetzungen und Begabungen sowie die Einbeziehung des kulturellen und sprachlichen Hintergrunds. Geschieht das nicht, entsteht die Gefahr, dass Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene von Bildung nicht erreicht werden.

Kinder sollten früh in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, um gegenüber den Lehrenden ihre Lerninteressen und -bedürfnisse einzubringen. Die Rahmenbedingungen sollten das Lerninteresse von Kindern deutlich besser nutzen, um Freude am Lernen und an Leistung zu erhalten und weiter zu entwickeln. Selbststeuerung des Lernens vollzieht sich am wirkungsvollsten in Lebenszusammenhängen, bei denen es um die Realisierung selbstgewählter Aufgaben und Ziele, also um persönliche Interessen geht. Kinder und Jugendliche sind zur Realisierung ihrer Interessen zu erheblichen Anstrengungen und zu Kontinuität bereit. Allerdings zeigen sie bei aufgezwungenen Beschäftigungen oder bei Beschäftigungen, die sie sich nicht zu eigen machen, nicht dieselbe Leistung und

Beständigkeit. Anstrengungsbereitschaft zu erhalten und weiterzuentwickeln, gehört mit zu den Aufgaben der Schule.

Ganztagschulen spielen in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland nur eine nachgeordnete Rolle, obwohl sie – zumindest für jüngere Kinder – bessere Bedingungen für eine individuelle Förderung bieten. Ganztagsangebote für alle Schulformen und in zumutbarer Entfernung für alle Kinder können unter methodischen, lerndidaktischen, erzieherischen sowie zeitlich-organisatorischen Aspekten erheblich zur notwendigen Qualitätsverbesserung der schulischen Bildung beitragen. Voraussetzungen sind ein klares pädagogisches Konzept sowie eine entsprechende Qualifizierung der Lehrkräfte und der Schulleitung. Ganztagschulen benötigen zusätzlich zu den Lehrenden kompetentes Personal u.a. zur Förderung von Kreativität und sozialer Arbeit außerhalb von Unterricht. Ganztagschulen sind darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf.

Handlungsfelder:

- bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots an Ganztagschulen, Konzipierung unter den Gesichtspunkten individueller Förderung und Ort des Lernens u.a. von sozialer Verantwortung;
- stärkere und altersgemäße Beteiligung von Lernenden an der Entwicklung der Bildungseinrichtung, z. B. am Schulprogramm (vgl. II.);
- Nutzung der Erkenntnisse der Peer-Forschung, um Freude am Lernen und an Leistung zu erhalten und zu fördern.

X. Veränderte Aufgaben der Lehrenden

Lehrende haben eine zentrale Rolle beim Aufbau einer neuen Lern- und Lehrkultur. Dies muss Teil ihres professionellen Selbstverständnisses werden. Sie müssen mehr Zeit für individuelle Förderung und Beratung erhalten. Die Grundlagen für eine neue Lern- und Lehrkultur sind umgehend in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden aufzunehmen.

Die Entwicklung einer neuen Lern- und Lehrkultur setzt voraus, dass Lehrende ebenso wie Lernende bereit und in der Lage sind, in der Bildungseinrichtung zu lernen. Lehrende, die in einem Haus des Lernens arbeiten, müssen ihr Berufsverständnis und ihr Tätigkeitsbild neu definieren:

- Erst die Vielfalt von Inhalt, Methodik und Didaktik macht das Haus des Lernens aus.
- Aufgaben der pädagogischen Diagnose, des Förderns und Beratens nehmen erheblich an Bedeutung zu.
- Curriculares Planen und das Gestalten und Innovieren der Organisation sind Aufgaben, auf die die Ausbildung bisher nicht ausreichend vorbereitet. Wichtig ist die Motivierung der Lehrenden zu gemeinsamer Weiterentwicklung im Team. Eine Feedback-Kultur muss dazu beitragen, aus den Ergebnissen von Evaluationen für die Weiterentwicklung der Bildungseinrichtung der Bildungsangebote zu lernen.

- Eine lernförderliche Lernkultur ist abhängig von guter Organisation der Bildungseinrichtung. Zum Beispiel können Epochenunterricht, offener Unterricht sowie fächerübergreifendes Arbeiten oder auch jahrgangsübergreifende Projekte nur stattfinden, wenn der Stundenplan entsprechende Zeiträume vorsieht und pädagogische Prinzipien die Organisation von Abläufen bestimmen.
- Die Zusammenarbeit mit Eltern und außerschulischen Partnern braucht eine neue, intensivere Form. Dafür sind verstärkt Begegnungsmöglichkeiten erforderlich.
- Lehrende sollen externe Experten in den Lehrprozess einbeziehen.
- Lehrende sollten auch durch Lernende beurteilt werden. Solche Rückmeldungen sollten sich an gemeinsam formulierten Zielen und Aufgaben einer Bildungseinrichtung orientieren. Beispiele aus dem Hochschulbereich sollten auf andere Bildungsbereiche übertragen werden.

Diese neuen oder veränderten Aufgaben müssen umgehend Gegenstand der Aus- und Weiterbildung von Lehrenden werden. Fachstudium einschließlich methodisch-didaktischer Ausbildung und schulpraktische Erfahrungen müssen in allen Ausbildungsphasen zusammenwirken. Dies hat Auswirkungen auf die Organisation und den Stellenwert der Lehrerbildung an den Hochschulen. Eine konsequente Reform der Lehrerbildung setzt voraus, dass das Ausmaß der an der Hochschule und in der Seminausbildung erworbenen Kompetenzen in die Ausbildungssituation zurückgemeldet wird und dort zu Konsequenzen führt. Weiterbildung muss sich am Bedarf der einzelnen Bildungseinrichtung orientieren und deutlich stärker zur Lösung für konkrete Herausforderungen beitragen. Die Bildungseinrichtung muss Inhalt und Art der Weiterbildung selbst bestimmen und über ein eigenes Budget für Weiterbildung verfügen.

Der Vorschlag der KMK-Kommission, eine vergleichende Evaluation der Standorte von Lehrerfortbildung durchzuführen sowie Zentren der Lehrerbildung und der Schulforschung einzurichten, die sich quer zur herkömmlichen Fakultätsstruktur der Belange der Lehrerbildung annehmen, sollte rasch realisiert werden.

Schulbezogene Einstellungen sollten zur Regel werden, damit auf Dauer eine Schule ihr Personal so rekrutiert, dass es in das Zusammenspiel aller Beteiligten passt und damit z.B. auch Teamarbeit der Lehrenden selbstverständlich wird. Die flächendeckende, qualitativ gute Lehrerversorgung für alle Schulen muss dabei gesichert sein. Neue und veränderte Aufgaben sind neben Unterricht verstärkt in der Arbeitszeit der Lehrenden zu berücksichtigen. Funktionen sollten auf Zeit übernommen werden.

Handlungsfelder:

- Aufnahme der neuen und veränderten Aufgaben für eine neue Lern- und Lehrkultur in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden; stärkere Orientierung der Weiterbildung am Bedarf der einzelnen Bildungseinrichtung;
- Verzahnung von Theorie und Praxis;
- Vergleichende Evaluation der Standorte der Lehrerbildung, Einrichtung von Zentren der Lehrer- und Schulforschung (vgl. Vorschläge der KMK-Kommission);

- stärkere zeitliche Ressourcen für Förderung, Beratung und Schulentwicklung;
- schulbezogene Einstellungen als Regel bei gleichzeitiger Sicherstellung einer gleichmäßigen Lehrerversorgung von Regionen;
- differenzierte Arbeitszeitmodelle, in denen auch die Entwicklungsarbeit für die Bildungseinrichtung berücksichtigt wird;
- Erhöhung des Zeitbudgets für Weiterbildung, Orientierung der Weiterbildung der Lehrenden an dem konkreten individuellen Bedarf und dem Bedarf der einzelnen Bildungseinrichtung;
- Anpassung der materiellen und personellen Ausstattung an die veränderten inhaltlichen und qualitativen Anforderungen.

XI. Mitverantwortung der Eltern

Eltern müssen sich ihrer Verantwortung im Erziehungs- und Lernprozess bewusst sein und stärker bei der Verwirklichung einer neuen Lern- und Lehrkultur in Kindertageseinrichtungen und Schule mitwirken. Dazu gehören die aktive Beteiligung von Eltern an Entwicklung und Umsetzung des Programms der Einrichtung sowie ihre Unterstützung bei der Mitwirkung in der Bildungseinrichtung und bei der Erziehung in der Familie.

Familie ist nach wie vor der wichtigste Lernort außerhalb von Bildungseinrichtungen. Dreiviertel der Kinder leben bis zur Volljährigkeit mit beiden Eltern zusammen. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Veränderungen führen jedoch dazu, dass der Erziehungsauftrag der Familie immer schwerer zu erfüllen ist und die Erwartungen an Erziehung in Kindertageseinrichtungen und Schule gestiegen sind.

Parallel zum Entstehen einer neuen Lern- und Lehrkultur in Kindertageseinrichtungen und Schule vollzieht sich ein deutlicher Wandel in den Erziehungsvorstellungen der Eltern. Die Zustimmung zum Erziehungsziel "Eigenverantwortung und freier Wille" ist von 28 % (1951) auf fast 80 % (1993) angestiegen. Nach den Ergebnissen der 13. Shell-Studie werden Eltern sehr viel häufiger und deutlicher als früher als Vertrauensperson wahrgenommen. Allerdings finden sich hiervon abweichende Verhältnisse, die Bildungsprozesse negativ beeinflussen, beispielsweise bei Familien in schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Lagen (vgl. Expertenbericht "Förderung von Chancengleichheit").

Familie als wichtigster Lernort in der Lebenswelt und steigende Erwartungen an erziehende Funktionen von Kindertageseinrichtungen und Schule machen die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Bildungseinrichtungen noch notwendiger als sie es in der Vergangenheit schon war. Zusammenarbeit und Mitwirkung sind auf beiden Seiten ernst zu nehmen:

- Eltern übernehmen mit der Erziehung ihrer Kinder auch Mitverantwortung für die Lernprozesse;
- Eltern sind wirkliche Mitwirkungsrechte bei der Gestaltung von Lern- und Lehrkultur einzuräumen;

- Eltern und Kindertageseinrichtungen oder Schule müssen stärker in Erziehungsfragen zusammenarbeiten und erforderlichenfalls Hilfe von außen, insbesondere der Jugendhilfe, in Anspruch nehmen;
- Die Kompetenz von Kindertageseinrichtungen und Schulen in Erziehungs- und Bildungsfragen sollte intensiver für Beratung und Unterstützung von Eltern genutzt werden.

Handlungsfelder:

- rechtliche Verankerung der Mitwirkung von Eltern bei Entscheidungen von Kindertageseinrichtungen und Schulen;
- Weiterbildungsangebote für Eltern zur Unterstützung ihrer Erziehungsaufgabe und einer verantwortlichen Mitwirkung;
- Schaffung von Begegnungsorten zwischen Eltern und Kindertageseinrichtungen oder Schulen unter Einbeziehung von Jugendhilfe;
- Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen und Schulen als Kompetenzzentren zur Beratung und Unterstützung von Eltern in Fragen der Erziehung und Bildung.

Arbeitsstab Forum Bildung

in der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission
für Bildungsplanung und Forschungsförderung

D. Anhang: Praxisbeispiele

Eine Bildungsreform kann sich auf viele Erkenntnisse und gute Erfahrungen stützen, die bereits vorliegen. Im Folgenden werden daher Praxisbeispiele aufgeführt, die einen Teil der Empfehlungen des Forum Bildung illustrieren. Diese Beispiele sind nach den zwölf Empfehlungsbereichen des Teils B geordnet.

Neben den hier aufgeführten Beispielen gibt es zahlreiche weitere Praxisbeispiele. Angesichts der Fülle von Praxisbeispielen und des Fehlens einer zentralen Dokumentation von Modellvorhaben und Praxisbeispielen kann das Forum Bildung nur auf einen Ausschnitt erfolgreicher Innovation in der Praxis zurückgreifen.

Praxisbeispiele zu den Empfehlungen des Forum Bildung

I. Frühe Förderung

- Zum Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen
- Das Kinderhaus Leubnitz
- Konsultationskindertagesstätten als Praxisunterstützung im Land Brandenburg
- Pen Green Center for Under Fives and their Families in Corby (Großbritannien)
- Bilinguale Bildung im Kindergarten
- Schulanfang auf neuen Wegen
- „LSR“: Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen
- „Die Schule im Quartier“, Französische Schule in Tübingen
- Lese- und Schreibschwäche, Norwegen

II. Individuelle Förderung

- Gestaltung individueller Lernprozesse zur Begabtenförderung an einer öffentlichen Schule
- Erkennen und Fördern von begabten, besonders befähigten und hoch begabten Vorschulkindern, Schülerinnen und Schülern sowie jungen Erwachsenen zu Beginn ihrer Berufslaufbahn
- Zusatzqualifikationen für leistungsstärkere Auszubildende im Ausbildungsberuf Kaufmann / Kauffrau im Einzelhandel
- Schulversuch Jenaplan-Schule Jena
- BIP-Kreativitäts(grund)schulen
- Hans-Georg-Karg-Schule
- Individuelle Förderung von besonderen sportlichen Begabungen im Land Brandenburg
- Deutsche SchülerAkademie
- "Schulmobil" – Eingliederung und Chancengleichheit für Kinder von beruflich Reisenden
- Sichtung, Bearbeitung und Ergänzung adaptierter Literatur und grammatischer Übungen sowie ihre Bereitstellung im Internet für gehörlose, schwerhörige und andere Schülerinnen und Schüler mit eingeschränkter Sprachkompetenz
- Kasseler Produktionsschule BuntStift

III. Lernen, ein Leben lang

- Schulische Voraussetzungen für selbstverantwortliches Lernen
- Differenzierte Wege zum Nachholen von Berufsabschlüssen
- Gestufte Studiengänge an der Ruhr-Universität Bochum; Reformmodell und Optionalbereich, NRW

- Verbundstudiengang Maschinenbau
- Lehren und Lernen im Netzwerk Weiterbildung – Neue Integrationsansätze für Problemlösungen in der Jugend- und Erwachsenenbildung
- Der Tarifvertrag zur Qualifizierung in Baden-Württemberg für die Metall- und Elektroindustrie
- Entwicklung eines Akkreditierungssystems in Deutschland: Akkreditierung von Studiengängen mit den Abschlüssen Bachelor/Bakkalaureus und Master/Magister
- wbmonitor - Steter Informationsaustausch mit Weiterbildungsanbietern
- Weiterbildungskurse im Internet: Transparenz durch vergleichende Bildungstests
- Qualitätssicherung in der beruflichen Weiterbildung: Zertifizierung nach ISO 9000 ff.

IV. Lernen, Verantwortung zu übernehmen

- COMPASSION - Mensch sein für andere
- STEP 21 – die Jugendinitiative für Toleranz und Verantwortung
- "Sozial Handeln" - sozial tätig sein, sich engagieren
- Teach your Teacher
- SMS – SOZIAL MACHT SCHULE. Das Sozialpraktikum
- Time for peace!
- BLK-Programm „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (221“)

V. Die Lehrenden: Schlüssel für die Bildungsreform

- Abgestimmte Trainingsmaßnahmen für Lehrkräfte, Schüler und Schülerinnen in Grund- und Hauptschulen zur Förderung von grundlegenden Voraussetzungen für lebenslanges Lernen
- Förderung der fachlichen und didaktischen Kompetenz von Lehrerinnen und Lehrern im Bereich sozio-ökonomischer Bildung durch neue internetgestützte Formen der Fortbildung
- Verbesserung der Kooperation zwischen Berufsschullehrern und Ausbildern im dualen System der Berufsausbildung
- Mit Bachelor & Master in die Schule: Das Greifswalder "Modell einer konsekutiven Lehrerbildung"
- Neue Lernwelten in Schule und zweiter Phase der Lehrerausbildung
- SeGeL – Selbstgesteuertes Lernen – Serviceleistungen für die Entwicklung einer neuen Lernkultur in der Weiterbildung

VI. Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip

- Konfliktbewältigung für Mädchen und Jungen

- Mädchen machen Technik
- NetGirls
- Gas-Wasser-Sonne. Ausbildung zu Gas-Wasserinstallateurinnen im Bereich der Jugendberufshilfe
- Berufsfindung und Ausbildung im Verbund – junge Frauen in der Informations-, Kommunikations- und Elektrotechnik

VII. Kompetenzen für die Zukunft: Solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen

- Erwachsenenpädagogisches Lehr-Lernmodell – Zweijährige Vorbereitung auf die Abiturprüfung für Nichtschüler
- Nordverbund - Flexibilisierung der Übergangsphase und Berufswahlpass
- Berufsbegleitende Kontaktstudiengänge im Baukastensystem
- Beratungs- und Organisationsbüro für akademische Studienfachberatung der Ruhr-Universität Bochum (BOA)
- Weiterentwicklung eines innovativen und zukunftsorientierten Wissensmanagementsystems in einem mittelständischen Unternehmen
- Qualipass

VIII. Chancen der neuen Medien nutzen

- "Fortbildungskonzept zur Entwicklung neuer Lernkulturen in der Grundschule unter Einbeziehung neuer Medien im Klassenraum" ForMeL G
- Lehrer-Online
- TeachCom Edutainment gGmbH
- NetzLernKultur & Internet-Datenbank NADS: Fund- und Sammelstelle für berufliche Lernmaterialien
- Internet-Angebot - Studieren im Netz
- Virtuelle Selbstlerngruppen in Deutschland

IX. Ausgrenzung vermeiden und abbauen

- Berufswahlentscheidung als Bestandteil des Lebenskonzeptes
- Jobfux
- SUCCESS; Projekt Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben SWA
- Berufliche Integration von benachteiligten Jugendlichen durch ein Verbundsystem von freien Trägern, Ausbildungsbetrieben und weiteren berufsrelevanten Institutionen
- BATMAN - Betriebliche Ausbildung für benachteiligte Jugendliche
- Jump
- Jugend in Arbeit

- Nachqualifizierung junger Erwachsener
- Lernen im Arbeitsprozess - Qualifizierung un- und angelernter junger Erwachsener mit dem Ziel eines anerkannten Berufsabschlusses
- Organisations- und Personalentwicklung mit leistungsfähigen Mitarbeitern in der zweiten Hälfte ihres Erwerbslebens

X. Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten

- Förderunterricht für Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft
- Multikulturelles Kinderleben in unterschiedlichen regionalen Bezügen
- LIFE – Ein Programm zur Förderung von interkulturellem Lernen
- Koordinierungsstelle Pro Qualifizierung
- Studienergänzung Mechatronik, AKP der Otto Benecke Stiftung

XI. Lernorte öffnen und verknüpfen

- Produktives Lernen an Berliner Schulen (PLEBS)
- Schule des Lebens
- KOMM Darmstadt
- Förderung der Berufswahlreife von Hauptschülerinnen und Hauptschülern, Sonderschülerinnen und Sonderschülern durch kontinuierliche Praxistage in Betrieben
- Öffnung der Schule zum Berufsleben - Regionale Übergangsplanung durch Innovationsdistrikte: Köln und Leipzig
- Netzwerk Lernkultur
- Förderprogramm "Offene Schule 2001"
- Unternehmen#Schule
- Kreativität und Gestaltung – Innovative Wege zur Berufsfindung; Projekt Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben
- KOUS (Kooperation Unternehmen und Schule im Saarland)
- TRANS-JOB
- Förderung der betrieblichen und akademischen Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern
- Workshop Zukunft – Arbeit und Leben aktiv gestalten
- Innovative Lernprojekte in der Lernenden Region Bodensee

XII. Mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen, Lernen aus Evaluationen

- Netzwerk innovativer Schulen in Deutschland (NIS)
- Institutionalisierte Kooperationsformen zwischen Grundschulen einer Region zur Entwicklung und Umsetzung von Schulprogrammen und zur Bewältigung von

Aufgaben, die im Zusammenhang mit einer erweiterten Selbstverwaltung und einer größeren Eigenständigkeit der Einzelschule entstehen

- Unterstützung des schulinternen Qualitätsmanagements durch Kooperation zwischen Schulen und Moderatoren (QuiSS-rp)
- Neue Rolle der Schulaufsicht – das niederländische Modell der Schulaufsicht – Evaluierung und Beratung
- Evaluation von Studium und Lehre im Verbund Norddeutscher Universitäten
- Benchmarking Club Technischer Universitäten (BMC)

I. Frühe Förderung

Projektbezeichnung:

Zum Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen

Projektträger / durchführende Organisation:

INFANS Berlin/Brandenburg – Institut für angewandte Sozialisationsforschung/Frühe Kindheit e.V.

Förderung: BMFSFJ, MBSJ Brandenburg, MSGF Sachsen, MAGS Schleswig-Holstein

Laufzeit: 01.07.1997 bis 30.06.2000

Kurzbeschreibung:

Das Modellprojekt hat in enger Kooperation mit 12 Kindertageseinrichtungen und mit Multiplikatorengruppen einen Vorschlag für die Interpretation des Bildungsbegriffs für den Vorschulbereich erarbeitet. Die Projektarbeit stützte sich sowohl auf die aktuelle Bildungsdiskussion und ihre Vorläufer als auch auf die Arbeitsergebnisse u.a. der neurobiologischen Forschung und der Entwicklungspsychologie. Bildung wird grundsätzlich als Aktivität des Kindes interpretiert, dessen "Aneignung von Welt" im Humboldtschen Sinn mit Argumenten aus der Hirnforschung und der Entwicklungspsychologie konkretisiert und als von Geburt andauernder Prozess der Konstruktion einer zweiten Realitätsebene in Kopf und Körper des Kindes verstanden wird. Erziehung wird als notwendige komplementäre Aktivität von für das Kind relevanten Erwachsenen bestimmt, die, wenn sie auf Bildung zielt, dem autopoietischen Charakter von Bildung entsprechend zwei grundlegende Formen annehmen kann: die der Gestaltung der Umwelt des Kindes und der Gestaltung der Interaktionen mit dem Kind. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Rahmenbedingungen für gelingende – d.h. die Breite der mitgebrachten Anlagen für legitimierbare und zukunftsfähige Themen ausschöpfende – Bildungsprozesse von Beginn an für Kinder den Zugang zu komplexen Sinneswahrnehmungen und damit verbundenen Erfahrungen einerseits und die Entwicklung sicherer Bindungen des Kindes an die relevanten Erwachsenen seiner Umgebung andererseits ermöglichen und fördern sollten.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Aus der Neuformulierung von Bildung im Zusammenhang mit Erziehung folgt für die pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtungen ein grundlegendes Konzept der Kooperation mit dem "sich-bildenden Kind", das auf der überlegten Gestaltung der räumlichen und im weitesten Sinne materiellen Ausstattung der Kindertageseinrichtungen, auf der "Zumutung von Themen" durch die Erzieherinnen einerseits und die "Beantwortung von Themen der Kinder" durch die Erzieherinnen andererseits beruht. Diese Konzeption

erlaubt es, aktuelle pädagogische Projekte wie z. B. den Situationsansatz oder das so genannte Reggio-Konzept als komplementäre, sich ergänzende Ansätze zu begreifen, die pädagogische Praxis weiter zu entwickeln und Qualität unter Bildungsgesichtspunkten zu definieren. Detaillierte Darstellungen der Arbeitsergebnisse des Projekts werden z. Zt. als Beschreibungen eines Fortbildungsprogramms für Fachkräfte aus Pädagogik und Beratung und als exemplarisch ausgewählte Handlungsvorschläge für die pädagogische Praxis publiziert. Ausgewähltes Videomaterial ergänzt die beiden Textbände.

Umsetzung der Ergebnisse:

In allen drei beteiligten Bundesländern existieren vielfältige Initiativen zur Verbreitung und zur Weiterentwicklung der Konzepte. Am weitreichendsten ist vermutlich das vom MBS Brandenburg geförderte Projekt zur Entwicklung eines "Zehn-Stufen-Plans Bildung", in dessen Rahmen z. Zt. Entwürfe für konkrete Schritte erarbeitet werden, durch die Kindertageseinrichtungen auf der Grundlage des beschriebenen Konzepts von Bildung und Erziehung selbstständig ihren Weg zur Stärkung des Bildungsprofils der Einrichtung entwerfen können. Aus anderen Bundesländern wird Interesse signalisiert.

Kontakt:

Infans - Institut für angewandte Sozialisationsforschung/Frühe Kindheit e.V., Hans-Joachim Laewen, Beate Andres
Havelberger Str. 13
10559 Berlin
Telefon 030 396 3008 Telefax 030 398 79 866
E-Mail infans@t-online.de

Projektbezeichnung:

Das Kinderhaus Leubnitz

Projekträger / durchführende Organisation:

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie / Kinderhaus Leubnitz e.V

Förderung: Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie

Laufzeit: 01.07.1997 – 30.06.01/ weiter – 31.12.2001

Kurzbeschreibung:

Im Zentrum des Bildungsauftrages in Kindertageseinrichtungen steht die Anerkennung der Selbstbildungsprozesse des Kindes sowie deren optimale Unterstützung.

Zum Verhältnis von Bildung und Erziehung.

Basis für die Selbstbildungsprozesse sind komplexe Wahrnehmungs- und Erfahrungsmöglichkeiten. Das Kind konstruiert sowohl seine materielle Welt, seine soziale Welt und seine Position (Identität) darin. Die Kindertageseinrichtung als bildungsanregende Umgebung kann die Selbstbildung des Kindes fördern.

Kinder brauchen andere Kinder. Daher ist die Kindertageseinrichtung ein hervorragender Ort, da die Kinder gemeinsam an der Bedeutung ihrer Welt konstruieren können.

Erzieher/innen schaffen für die Kinder eine bildungsanregende und fördernde Umgebung (Räume, Material, Tagesablauf, interessante Erzieherinnen usw.), sie beantworten die Bildungsbewegung der Kinder (Erkennen der Themen, Dokumentieren, Gespräche der Erzieher/innen untereinander, und sie bieten den Kindern vielfältige Themen an, um die Entwicklung der Kinder zu fördern.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Videofilm von Frau Katja Flemming

Handbuch für ErzieherInnen zum Bildungsauftrag – Werkstattbuch aus der Praxis für die Praxis / Erscheinen: März 2002

Internet: www.sachsen-bildung-kita.de

Homepage Kinderhaus Leubnitz

Umsetzung der Ergebnisse:

Drei Ebenen der Umsetzung

1. Wissenschaftliche Begleitung von Kindertageseinrichtungen
2. Etablierung einer Expertengruppe
3. Veröffentlichung und Zugang für eine breite fachpolitische Öffentlichkeit im Land
z.B. Fortbildung von Trägern, Kooperation mit Institutionen und Wirtschaft.

Kontakt:

Kinderhaus Leubnitz e.V., Beate Nobis

Karl-Laux-Str. 1-3

01219 Dresden

Telefon 0351 4708046 Telefax 0351 4701060

E-Mail KinderhausLeubnitz@t-online.de

WWW www.people.freenet.de/KinderhausLeubnitz

Projektbezeichnung:

Konsultationskindertagesstätten als Praxisunterstützung im Land Brandenburg,
Unterstützung der Bildungsarbeit der Kindertagesstätten

Projektträger/durchführende Organisation:

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Kindertagesstätten, Praxisberaterinnen der
örtlichen Jugendämter und Gemeinden

Laufzeit: seit 1997

Kurzbeschreibung:

Konsultationskitas stehen jeweils exemplarisch für einen speziellen inhaltlichen Ansatz. Sie haben den Auftrag, interessierte Mitarbeiterinnen von Kitas, den Trägern und den Jugendämtern ihr pädagogisches Konzept darzustellen. Konsultationskitas bilden - neben den Praxisberaterinnen, der Fortbildung und den Überregionalen Pädagogischen Zentren - eine wichtige Säule der fachlichen Weiterentwicklung und Qualifizierung der Kindertagesstätten. Konsultationskitas sind ein regionales wie auch überregionales Zentrum für den Fachaustausch. Regional haben sie die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den Praxisberaterinnen der örtlichen Jugendämter Netzwerke für Fortbildung und Beratung aufzubauen. In diesem Sinne sind sie Motor und Ideengeber für die Kindertagesstätten in Brandenburg. Konsultationskitas zeichnen sich durch besonders gute pädagogische Arbeit unter Berücksichtigung des besonderen fachlichen Schwerpunkts.

Ergebnisse:

Gegenwärtig bestehen im Land Brandenburg neun Konsultationskitas, die Hospitationsmöglichkeiten bieten, Fachveranstaltungen sowie auch Einzelberatungen realisieren. Diese Form der Praxisunterstützung gilt bundesweit als beispielhaft. Die Einrichtungen werden vom MBS für den zusätzlichen Aufwand mit ¼ Personalstelle und zusätzlichen Sachmitteln gefördert (i.d.R. 20.000 DM/Jahr). Tatsächlich aber engagieren sich die Mitarbeiterinnen in einem deutlich höheren Umfang, der durch den Träger finanziert oder in der Freizeit absolviert wird.

Eine wichtige Rolle spielen die Konsultationskitas bei der Neudefinition des Bildungsauftrages der Kindertagesstätten. In der Vergangenheit hatte sich dieser Bildungsauftrag an schulischen Bildungsprozessen orientiert – entweder durch Anlehnung oder durch Abgrenzung. Aber weder der Versuch, schulische Bildungsprozesse in die Kindertagesstätte hineinzuverlagern noch das Vorhaben, den Kindern einen Schonraum vor den Zumutungen formalisierter Lernprozesse zu bewahren, können heute Bestand haben.

Diese Kritik ist vielfach formuliert (z.B. Donata Elschenbroich „Weltwissen der Siebenjährigen“), die pädagogischen Konzepte sind erst in der Entwicklung. Einen wesentlichen Beitrag hat das vom Bundesjugendministerium und den Ländern Sachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg beauftragte Projekt zum „Bildungsauftrag der Kindertagesstätten“ geleistet. Der Leiter dieses Projektes, Hans-Joachim Laewen hat in seinem Beitrag für das Forum Bildung eine Zusammenfassung vorgelegt.

Umsetzung der Ergebnisse:

Nach der Veröffentlichung dieser Ergebnisse in zwei Büchern und einem Videofilm im Dezember 2001 geht es darum, die Ergebnisse zu popularisieren und die Arbeit fortzusetzen. Im Land Brandenburg erfolgt dies mit dem Verteilen des Praxisbandes (Band 2 der Publikation) an alle Kitas des Landes sowie durch Tagungen und Fortbildungen. Vor allem sollen die unmittelbare Anschauung und das Erleben guter Bildungsarbeit ein Beispiel geben. Eine der Einrichtungen, die in diesem Projekt mitgeforscht hat (denn so wenig wie Kinder erfolgreich belehrt werden können, kann man Erzieherinnen durch Belehren bilden; vielmehr waren diese Erzieherinnen aktive Mitforschende) wurde zur Konsultationskita. Hier können Kolleginnen durch unmittelbare Anschauung gute Bildungsarbeit in der Praxis erleben, können Kinder beim Erforschen ihrer Welt zusehen und können erfahren, wie Erzieherinnen die Kinder hierbei begleiten - ohne sie zu belehren und ohne sie sich selbst zu überlassen. Bei ihren Konsultationen sehen die Fachkräfte wie die drei Aufgaben, die Hans-Joachim Laewen als Kern der Bildungsarbeit der Kita beschreibt, erfüllt werden: Die Gestaltung der Umwelt der Kinder; die Beantwortung und Erweiterung der Themen der Kinder und die Zumutung von anderen und neuen Themen.

Kontakt:

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Referat 52

Detlef Difkowski

Steinstraße 104 – 106

14480 Potsdam

Telefon 0331-866-3878

Mail: poststelle@mbjs.brandenburg.de

WWW www.brandenburg.de/land/mbjs

Projektbezeichnung:

Pen Green Center for Under Fives and their Families in Corby (Großbritannien)

Förderung: Als *Early Excellence Centers* wurden 1997 zunächst acht englische Einrichtungen ausgezeichnet, deren Praxis der Verbindung von Elternbildung, Erziehung und Forschung hohen Ansprüchen genügt. Mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet, sollen sie nun Aufgaben der Verbreitung höherer Qualitätsstandards in ganz England übernehmen. Bis zum Jahr 2000 hat die Regierung Blair die Gründung von insgesamt 25 *Early Excellence Centers*, Innovationszentren für Erziehung in frühen Jahren, vorgesehen. Für den Ausbau dieser vorschulischen Initiativen wurden im Mai 1998 ein Etat von 300 Millionen englischen Pfund bereitgestellt. Zusätzliche Mittel für Erziehung in frühen Jahren fließen aus dem Programm *Education Action Zones*, das Bildungsinitiativen in Problem-Regionen unterstützt.

Laufzeit: seit 1997

Kurzbeschreibung:

In Großbritannien werden Kinder schon mit 5 Jahren eingeschult, dadurch hat die Elementarerziehung insgesamt weniger Terrain. Spielräume für innovative Pädagogik sieht man in England vor allem bei der Altersgruppe der jüngeren Kinder.

In Corby, einer ehemaligen Stahlarbeiterstadt in Mittelengland mit einem besonders hohen Anteil von Arbeitslosen und über Jahren der höchsten Quote von Schulabbrechern in England, ist es gelungen, die Eltern in einen intensiven entwicklungspsychologischen Diskurs einzubinden. Die erste öffentliche Erziehungsinstitution, die sie gern betreten, ist das „Pen Green Center for Under Fives and their Families“: Kinderbetreuungs- und Erziehungszentrum, Ausbildungsstätte, Forschungslabor in einem. Unterstützt von Forschungsprojekten einiger englischer Universitäten, wurden im Zentrum Formen der Beobachtung und Begleitung von kindlichen Entwicklungsfortschritten entwickelt, mit denen die Eltern aller Schichten und ethnischen Minderheiten auf hohem Niveau umgehen können. Es sind verblüffend einfache Beobachtungskategorien, *schemes* genannt, „kognitive Muster der Selbstbildung von Kindern“.

Die dreißig Mitarbeiter unterstellen den Eltern das größte Interesse an der Erziehung ihrer Kinder und wecken dadurch ihren Pioniergeist. Wenn sie die Forscherlust der Kinder im Spiel mit Tagebüchern und Videoaufzeichnungen dokumentieren und in Elterngruppen mit Forschern vorstellen und interpretieren, fassen viele Mut zu einem neuen Einstieg in eine eigene Ausbildung. „Hier habe ich gelernt, meine Kinder nicht zu unterschätzen. Und mich selbst.“ Im Center selbst gibt es Bildungsangebote für Erwachsene, von der Alphabetisierung („family literacy“) über Workshops („Creative Writing“) zum Fernstudium in Entwicklungspsychologie. Aufgegriffen wird von den Eltern bisher vor allem die praxisnahe Ausbildung zum Erzieher, verbunden mit bezahlter Praktikantentätigkeit, ab einem bestimmten Ausbildungsgrad dann auch verbunden mit regulärem Gehalt. Zusätzlich zu den rund dreißig ständigen Mitarbeitern arbeiten im Zentrum stets einige Studenten, Besucher aus anderen Zentren, Bildungsjournalisten und Evaluatoren aus frühpädagogischen Departments der benachbarten Universitäten. Ihr Blick und ihre Fragen bewirken bei den Mitarbeitern und bei den Eltern eine selbstbewusste Stimmung des fortlaufenden

Experimentierens und Dazulernens und beachtliche Fähigkeiten, die eigenen Erfahrungen darzustellen.

Die Hochachtung vor den kognitiven Leistungen jedes Kindes ist ansteckend und – betrachtet man die belasteten Nachbarschaften, in denen die meisten dieser Zentren liegen –für die Erwachsenen vermutlich die einzige Möglichkeit, den Horizont auch für sich selbst noch einmal neu aufzumachen.„Confident Parent/Confident Children“ heißt etwa eine Gruppe. „Voice-of the-Child“ eine andere. „Family literacy group“ oder „Communication skills“ (Experimente mit Schrift und Schriftlichkeit) eine weitere. In „Baby Massage“-Gruppen fällt es manchen Müttern noch immer nicht leicht, ihr Kind gemeinsam vor anderen Müttern auszuziehen, zu berühren, zu streicheln, zu genießen ...

Gesundheitsvorsorge im weitesten Sinn, auch die Lebens-Erwartung der Mütter steigernd. In Corby wurde ein Zugang zum Spiel gewählt, der die Eltern aufmerksam macht für die intensiv forschende Aktivität ihrer Kinder beim alltäglichen Hantieren. Die Eltern lernen, das Tun ihrer Kinder als Forschen und Lernen zu verstehen. Dieser Ansatz der Beobachtung hilft Eltern zu verstehen, warum ein Knäuel Bindfaden manchmal das bessere Geschenk sein kann als ein teurer Puppenwagen.

Kontakt:

Dieser Text wurde dem Beitrag von Donata Elschenbroich: „Strahlende Intelligenz“. Der Kindergarten als basale Bildungseinrichtung entnommen.

Der Beitrag ist vollständig nachzulesen in: Erster Kongress des Forum Bildung am 14. und 15. Juli 2000 in Berlin. Hrsg. v. Arbeitsstab des Forum Bildung in der Geschäftsstelle der BLK (Materialien des Forum Bildung 3), S. 117 – 126.

Projektbezeichnung:

Bilinguale Bildung im Kindergarten

Projekträger / durchführende Organisation:

Pädagogische Hochschule Freiburg
Institut für Erziehungswissenschaft II
Abteilung Sozialpädagogik

Förderung: EU-Programm INTERREG II

Laufzeit: 07/1999 - 12/2001

Kurzbeschreibung:

Das Projekt hat zum Ziel:

1. Die französische Sprache als Bildungsaufgabe in die Kindergärten am Oberrhein einzuführen;
2. zu erproben, nach welchen didaktischen Ansätzen und Modellen sie erfolgreich vermittelt werden kann.

Ergebnisse:

- Träger der teilnehmenden Einrichtungen:
22 Kommunen auf deutscher Seite,
Elterninitiative „ABCM Zweisprachigkeit“ auf französischer Seite
- 80 deutsche Erzieherinnen werden qualifiziert für die bilinguale Bildung – Französisch im Kindergarten.
- 40 Kindergärten auf der deutschen Seite führen inzwischen französische Bildungsangebote durch
- Ca. 1000 Kinder profitieren davon im Fremdsprachenbereich
- 20 deutsche Einrichtungen haben eine Partnerschaft mit einer französischen *école maternelle*

Kontakt:

Pädagogische Hochschule Freiburg
Institut für Erziehungswissenschaft II
Abteilung Sozialpädagogik
Leitung: Prof. Dr. Norbert Huppertz
Wissenschaftliche Mitarbeit: Dipl.-Päd. Stefanie Müller
Kunzenweg 21
79117 Freiburg
Telefon 0761/682-195, Telefax 0761/682-467
E-Mail bilibi@ph-freiburg.de
WWW www.ph-freiburg.de/ew2/bilibi/

Projektbezeichnung:

Schulanfang auf neuen Wegen

Projekträger / durchführende Organisation:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Laufzeit: seit 1996/97

Kurzbeschreibung:

Anlass für das Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“ war die hohe Eingangsselektion bei Schulbeginn. So lag die Zurückstellungsquote z. B. 1993/1994 noch bei 10,2 %. Die bildungspolitische Initiative zielt auf eine Verringerung der Zurückstellquote, Erhöhung der vorzeitigen Einschulung durch Abbau bürokratischer Hürden, Erleichterung der Einschulung, Flexibilisierung der Schuleingangsstufe und Optimierung des Anfangsunterrichts durch pädagogische und didaktisch-methodische Weiterentwicklung. Beim Projekt handelt es sich um eine Erprobung im Rahmen eines Feldversuches. Dieser ist so offen angelegt, dass Erkenntnisse während des Versuches schon in die Schulpraxis eingebracht werden können.

Die Anzahl der am Projekt zur pädagogischen Weiterentwicklung von Einschulung beteiligten Schulen stieg innerhalb von fünf Jahren von 9 auf 500. Die einzelnen Schulen wurden jeweils einem der drei folgenden Modelle zugeordnet.

Modell A ist ein jahrgangsübergreifendes Modell, das die Klassen eins und zwei in der Eingangsstufe mit einer variablen Verweildauer von 1 bis 3 Jahren zusammenfasst. Es besteht die Möglichkeit - dem Lerntempo entsprechend - diese Phase um ein Jahr zu verkürzen oder zu verlängern, ohne das Kind aus dem vertrauten Umfeld zu reißen. Die Einschulung erfolgt ohne Überprüfung der Schulfähigkeit in bereits bestehende Klassen. Erfahrungsberichten nach, gestaltet sich der Eintritt in den Lebensraum Schule auf diese Weise schneller und problemloser. Das Lernen in jahrgangsgemischten Klassen ermöglicht im kognitiven und sozialen Bereich neue Chancen und Perspektiven. Für den Lehrer bedeutet dieses Modell differenzierter Unterricht mit geeignetem Material. In Wochenplan und Freiarbeit fällt diese Arbeit leichter, bietet mehr Freiräume und die Chance zur Einzelförderung.

Im Modell A2 wird ein zusätzlicher Einschulungszeitpunkt im Frühjahr angeboten, um noch individueller auf den Entwicklungsstand des Kindes eingehen zu können.

Ziel des **Modells B** ist die enge Verzahnung von Grundschulförderklassen mit dem 1. Schuljahr zur Prävention von Zurückstellungsmaßnahmen. Ein fließender Übergang ist möglich. Bei diesem Modell in der Variante 1 (B 1) wird eine enge Zusammenarbeit von Eltern und pädagogischem Personal vorausgesetzt. Dabei wird die gemeinsame Verantwortung für den schwierigen Diagnose- und Förderbereich als eine besonders befriedigende Erfahrung angesehen. Die Variante B2 nimmt förderungsbedürftige Kinder bereits ein halbes Jahr vor Schulbeginn in Grundschulförderklassen auf, wo sie auch nach der regulären Einschulung für ein weiteres Halbjahr individuell betreut werden.

Das **Modell C** ermöglicht den Schulen eine große Bandbreite an Einzelmaßnahmen z.B.: flexible Einschulung, Vermeidung von Zurückstellung, vertiefte Kooperation mit dem Kindergarten, Diagnostik und Förderpläne, individualisierendes und differenzierendes Lernen, offene Unterrichtsformen, klassenübergreifende Vorhaben, Auflösung des Zeittaktes / Rhythmisierung des Schultages, Schulberichtsvarianten und flexible Einschulung in Regelklassen. Besonders beliebt sind vor allem alternative Formen zum Schulbericht und die Intensivierung der Kooperation mit Eltern und Kindergärten.

Durchgängige Merkmale aller Modelle sind:

- Schule als Erfahrungsraum mit Öffnung nach außen,
- Flexibilisierung der Einschulung,
- rhythmisierte Schultage,
- Förderung aller Kinder von lernschwach bis hochbegabt,
- Etablierung einer Gesprächskultur durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit Eltern und Kindergärten,
- integrative Schulentwicklungsprojekte sowie
- verstärkte Berücksichtigung individueller Lernvoraussetzungen /-fortschritte und Lebenslagen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Bereits jetzt zeigt sich z.B. im Schuljahr 2000/2001 eine Verringerung der Zurückstellungsquote auf 6,2% und eine Ansteigen der vorzeitigen Einschulung von 1,4% (1993/1994) auf 7,6 %. Nicht unerheblich dazu beigetragen hat sicherlich auch die Stichtagsflexibilisierung; sie ermöglicht, Kinder unbürokratisch einzuschulen, die zwischen dem 1. Juli und dem 30. September das 6. Lebensjahr vollenden.

Die Anzahl der am Projekt zur pädagogischen Weiterentwicklung von Einschulung beteiligten Schulen stieg innerhalb von fünf Jahren von 9 auf 500.

Am Ende des Schuljahres 2001/02 wird der baden-württembergische Ministerrat beschließen, welche Elemente des wissenschaftlich begleiteten Projektes in die Verbindlichkeit überführt werden und welche optional bleiben. Maßgebliche Entscheidungsgrundlage dafür werden die Erfahrungen der Modellschulen und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung sein.

Kontakt:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Projektverantwortung: Christa Engemann

Schlossplatz 4 (Neues Schloss)

70173 Stuttgart

Telefon 0711/279 –2564 und –2566 oder –2800 Telefax 0711/279-2838

E-Mail: poststelle@km.kv.bwl.de oder

Christa.Engemann@km.kv.bwl.de

WWW www.km.bwl.de

Projektbezeichnung:

„LSR“: Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen.

Projektträger/durchführende Organisation:

Stadt Köln – Schuldezernat/Schulverwaltungsamt/Zentrum für Schülerförderung, Bildungsberatung und Schulpsychologie

Förderung: jährlich ca. 1 Million DM

Laufzeit: 1999 – 2002 (1./2. Projektjahr)

Kurzbeschreibung:

Im 1. Projektjahr (zwei Modelle – A und B – für Kinder der Klassenstufe 1., 2. Halbjahr):

1. Modell A:

Teilnahme von 116 der 149 Kölner Grundschulen. Meldung des Förderbedarfs in Sprache und/oder Mathematik mittels Kurzberichte der Klassenlehrer/innen von insgesamt 877 Kindern. Organisation eines 16-wöchigen Förderunterrichts. Ein Lernerfolg wurde nicht evaluiert, denn es wurden keine Eingangs- und vergleichbare Abschlusstests durchgeführt.

2. Modell B:

Teilnahme von jeweils 3 Modellschulen der 5 Kölner Schulaufsichtsbezirke. Ermittlung des Förderbedarfs in Sprache und/oder Mathematik durch den Projektträger bei insgesamt 181 von 907 Kindern (20 %) durch eine erste Erhebung.

Die Erfahrungen des 1. Projektjahres führten dazu, im 2. Projektjahr den Förderunterricht nach dem Modell B zu organisieren, wobei folgende Aspekte im Vordergrund standen:

- Messbarkeit des Lernzuwachses mit wissenschaftlich fundierter Datenbasis,
- komplexe Auswertung durch die detaillierte Fehleranalyse und
- Vermittlung der Ergebnisse an die Schulen

Allerdings wurden die förderbedürftigen Kinder im Gegensatz zum Modell B nicht aus unausgelesenen Klassen, sondern aus der Gruppe der von den Eltern angemeldeten Kindern ermittelt (Ratsbeschluss: schulergänzende Maßnahme).

Organisation des LSR-Projektes

1. Durchführung der Förderung: Projektinformationen für die Eltern, Anmeldung, erste Erhebung, 16-wöchiger Förderunterricht, zweite Erhebung, Auswertung.
2. Wissenschaftliche Begleitung: Durch alle Programmteile. Integration der schulpsychologischen Komponente: Differential-Diagnostik, Elternberatung, schulpsychologische Diagnostik – und
3. Förderlehrer/-innen-Pool: Fortbildung, Entwicklung des Förderkonzeptes.

Im 2. Projektjahr (für Kinder der Klassenstufe 1, 1. Halbjahr):

1. Meldung von 1210 Kindern durch die Eltern; sie kamen aus 127 der 149 Kölner Grundschulen.
2. Ermittlung des Förderbedarfes in Sprache und/oder Mathematik durch den Projektträger bei insgesamt 784 Kindern (aus 113 Schulen) mit der ersten Erhebung (Einschätzung der Förderbedürftigkeit durch die Eltern in fast 70 % der Fälle zutreffend). Daneben konnten durch die erste Erhebung andere Auffälligkeiten ermittelt werden, die nicht durch den LSR-Förderunterricht behoben werden können. Hierzu wurde im 2. Projektjahr die schulpsychologische Differentialdiagnostik in das Förderkonzept integriert.

Ergebnisse:

Im 1. Projektjahr (Modell B für Kinder der Klassenstufe 1, 2. Halbjahr):

Ermittlung des Lernerfolges nach 14-wöchigem Förderzeitraum durch eine vergleichbare zweite Erhebung mit folgendem Ergebnis:

54 von 101 Förderkindern in Mathematik = 53,47 % und 105 von 129 Förderkindern Sprache = 81,39 % waren erfolgreich.

Im 2. Projektjahr (für Kinder der Klassenstufe 1, 1. Halbjahr):

Ermittlung des Lernerfolges nach einem erweiterten 16-wöchigen Förderzeitraum:

317 von 467 Förderkindern in Mathematik = 67,88 % und 287 von 659 Förderkindern in Sprache = 43,55 % waren erfolgreich. Von 784 wurden 392 Schülerinnen und Schüler erfolgreich gefördert.

97 Schulen (90,6 %) haben sich für die Fortsetzung der LSR-Fördermaßnahme im nächsten Schuljahr ausgesprochen.

Umsetzung der Ergebnisse:

Das LSR-Projekt hat Pilotcharakter. Es wurden wertvolle Erfahrungen und Daten gewonnen, die auch für weitere Fördermaßnahmen, die das Zentrum für Schülerförderung, Bildungsberatung und Schulpsychologie durchführt, nützlich sind.

Wichtiges Element ist die enge Kooperation mit den Eltern sowie den Schulen (Schulleitungen und Fachlehrer/-innen), wobei ein möglicher Transfer der Erfahrungen in die Schule diskutiert wird.

Kontakt:

Zentrum für Schülerförderung, Bildungsberatung und Schulpsychologie,
Pädagogische Leitung des Projektes: Annette Krupicka, Grund- und Sonderschullehrerin
Telefon 0221/2 21-2 90 52; Telefax 0221/2 21-2 91 85
E-Mail: Elfriede.Mittag@Stadt-Koeln.de

Projektbezeichnung:

„Die Schule im Quartier“, Französische Schule in Tübingen

Projekträger / durchführende Organisation:

Französische Schule – Grundschule – Tübingen, Förderverein

Laufzeit: seit 1994/95

Kurzbeschreibung:

Zur Entstehung der Französischen Schule – Grundschule -

1991 Abzug der Französischen Garnison aus der Tübinger Südstadt

1991 Festlegung eines städtebaulichen Entwicklungsbereichs durch die Kommune

Auf den freiwerdenden Flächen wird ein urbanes Stadtgebiet entstehen, die ‚Stadt der kurzen Wege‘. Nutzungsmischung und Dichte als Voraussetzung für ein lebendiges Stadtleben. Es wird kleinparzellig gebaut, die erhaltenen Altbauten einbezogen.

1992 Ziel der Stadt Tübingen: Einbeziehen der interessierten Öffentlichkeit in die städtebaulichen Entwicklungsphasen zu verschiedenen Bereichen: Bildung, Kultur, Gesundheit und Alter etc. Arbeitsgruppen bilden sich. Aus der Arbeitsgruppe ‚Schulplanung Südstadt‘ gehen die Arbeitsgruppen ‚Primarschule‘ und ‚Sekundarschule‘ hervor.

Die ‚Primarschulgruppe‘, ein Zusammenschluss von interessierten Lehrerinnen, Lehrern und Eltern entwickelt eine Konzeption für die ‚Schule im Quartier‘.

Der Gemeinderat beschließt 1993 die Umsetzung dieses besonderen Konzepts für die künftige Grundschule in der Südstadt zu unterstützen.

1994 Das ehemalige Schulgebäude der Französischen Garnison wird im Herbst zur selbstständigen öffentlichen Grundschule für die Kinder aus dem Stadtteil. Der Name ‚Französische Schule‘ wird beibehalten.

Pädagogische Leitideen

Aus der Konzeption:

„Die Französische Schule möchte ein Ort sein, an dem Kinder und Erwachsene gerne leben, lehren und lernen. Insofern soll die Französische Schule auch mehr als Unterricht bieten.

Ihre Konzeption ist deshalb überschrieben mit den Stichworten

Lernen – Erfahren – Entdecken.

Damit wollen wir zum Ausdruck bringen, dass der Unterricht an unserer Schule in starkem Maße von den Kindern getragen und gestaltet wird. Sie sind die entscheidenden Mitarchitekten ihres Lern- und Entwicklungsprozesses. Deshalb haben die Formen der Freien Arbeit, des Werkstattunterrichts und des Projektlernens einen hohen Stellenwert. Dies wird in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen umgesetzt.“

Die Chancen der Vielfalt aufgreifen

Dieses Verständnis von Chancengleichheit verlangt, dem wachsenden Anspruch der Kinder auf Autonomie und sozialer Bindung Rechnung zu tragen. So begreift die Schule die Lebensräume des Stadtteils als Lernräume und nimmt die Bewohner immer wieder in Anspruch (z.B. als Handwerker und Künstler). Umgekehrt sucht die Französische Schule

auch im Stadtteil verantwortungsvolle Aufgaben (z.B. Mitwirkung bei der ‚Zukunftswerkstatt Gestaltung des öffentlichen Raums‘). Zusammenarbeit besteht auch mit verschiedenen Initiativen und Einrichtungen (z.B. Vereine, ausländische Kulturarbeit, Gesprächskreise für Eltern zu verschiedenen Themen, Sprachkurse für ausländische Mütter, kommunale Einrichtungen).

Ein besonderer Schwerpunkt ist die theaterpädagogische Arbeit an der Schule, die auch in Zusammenarbeit mit dem im Stadtteil ansässigen Theater erfolgt.

Kurzprofil:

1. Jahrgangsübergreifendes Lernen

Die Kinder arbeiten und lernen in jahrgangsgemischten Lerngruppen, die aus etwa je einem Drittel Kinder der Stufe 1, 2 und 3 zusammengesetzt sind. Die Klassen 4 werden als Jahrgangsklassen geführt.

2. Unterricht oder: Kinder lernen Lernen

Schwerpunkt der Unterrichtsformen und -methoden:

Arbeit mit dem Wochenplan, Projekt- und Werkstattunterricht.

3. Flexible Einschulung

Im Rahmen des baden-württembergischen Modells "Schulanfang auf neuen Wegen" bieten wir eine mögliche Einschulung bis zum Ende des 1. Halbjahres an.

4. Demokratisierung und Selbstorganisation der Kinder

Entwicklung zur Selbstständigkeit beinhaltet Mitbestimmung und Mitverantwortung beim Lernen ebenso wie die Übernahme von Verantwortung in der Klassen- und Schulgemeinschaft. In den einzelnen Lerngruppen und Klassen sind Formen der Selbstverwaltung eingeführt und werden weiterentwickelt. Das Gremium ‚Kinderrat‘ (zwei Kinder jeder Lerngruppe/Klasse) tagt regelmäßig, die dort gefassten Beschlüsse werden dann in die Lerngruppen/Klassen eingebracht. Schulversammlungen finden regelmäßig statt.

5. Integration von Kindern in schwierigen Lebenslagen

Die Lebensprobleme der Kinder, in der Mehrzahl aus sozial benachteiligten Familien, führen häufig zu Lern- und Leistungsproblemen. Differenzierte Angebote und gezielte Hilfen wurden/werden erreicht durch:

weiterentwickelte Unterrichtsmethoden

Kooperation mit der Förderschule

Kooperation mit dem ASD (Allg. Sozialer Dienst, Jugendamt)

- Einrichtung einer Schulstation Jugendhilfe (andere Form der Schulsozialarbeit)

- "freie" Mitarbeiter (finanziert durch Förderverein)

- Lehrbeauftragte an Schulen mit besonderen AG's.

6. Stadtteilschule

- Treff- und Kommunikationsraum

- Zusammenarbeit mit Vereinen/Einrichtungen/Initiativen

Stadtteil als Lernraum entdecken

→ Weiterentwicklung zu einer gemeinsamen Sekundarschule. Im Sommer 2001 wird dem Schulträger und der Schulverwaltung eine ausführliche Konzeption für eine ‚Neue Sekundarschule Tübingen‘ vorgelegt.

7. Volle Halbtagschule

Schule wird für viele berufstätige Eltern und Alleinerziehende zu einer Institution, die Kinder in verlässliche Obhut nimmt. Im Zusammenwirken mit Mitarbeiterinnen der Erweiterten Öffnungszeit (EWÖ) gelingt dieses Angebot

- ab 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr
 - Mittagstisch durch ehrenamtliche Mitarbeit der Eltern
- Erweiterte Betreuung an drei Nachmittagen

→ Weiterentwicklung zur Ganztagschule: Die Französische Schule hat den Antrag zum Ausbau zur Ganztagschule gestellt .

8. Schulhaus

- Einrichtung von Lern-, Arbeits-, Kommunikations- und Spielecken im Treppenhaus und Flurbereich
- wechselnde Ausstellungen
- Veröffentlichung der Unterrichtsarbeit/ Projekte
- Hauspostbriefkasten (betreut durch Kinderrat)
- Info-Brett "Eltern an Eltern"
- Pausenradio

9. Tierhaltung

Mit der Tierhaltung an unserer Schule verfolgen wir unter anderem folgende Ziele: Liebe zum Leben, Begegnung mit der Natur, sinnlicher Kontakt zu Tieren und schonender Umgang mit der Umwelt.

Die Kinder übernehmen bei der Pflege unserer Ziegen die Verantwortung für diese Tiere - jeden Tag, jede Woche, ob Unterrichtszeit, Wochenende oder Ferien sind. Dabei arbeiten sie im Freien und entdecken täglich Neues.

10. Der Förderverein Französische Schule

1995 wurde der Förderverein gegründet. Der Förderverein optimiert die Zusammenarbeit zwischen den außerschulischen Partnern und Sponsoren. Auch Mitglieder des Fördervereins arbeiten mit als Begleiter im Unterricht, als Organisatoren des Mittagstisches und des Schülerkreises, als Experten bei der Mitarbeit in Projekten wie Garten- und Schulhofgestaltung, Chor- und Theaterarbeit, Schulzeitung und Tierpflege.

Im Dialog zwischen den Beteiligten werden die pädagogischen Ziele und die Reformarbeit reflektiert und weiterentwickelt (Evaluation). Gezielte Fortbildungsangebote, Erkundungsreisen, Hospitationen und Präsentationen in Kooperation mit Kollegen, Eltern,

Schülern, außerschulischen Institutionen etc. geben permanente Reformimpulse und sichern auch die Qualitätsentwicklung.

Kontakt:

Französische Schule – Grundschule – Förderverein

Jutta Baitsch, Paul-Gerhard Jud

Galgenbergstraße 86

72072 Tübingen

Telefon 07071/3669710 Telefax: 07071/3669729

E-Mail franzoesische.schule@t-online.de

Projektbezeichnung:

Lese- und Schreibschwäche

Projektträger / durchführende Organisation:

Övre Eiker Kommune, Norwegen

Förderung: Kommunale Förderung

Laufzeit: 4 Jahre

Kurzbeschreibung:

- Vorbeugung von Lese- und Schreibschwäche
- Schulung von Lehrern und Vorschullehrern
- Gezielte Reihentests für alle Grundschüler - 2-Jährige - 4-Jährige + alle Grundschüler.
- Gezielte Fördermaßnahmen
- Elternberatung - Sprachstimulierung im Kindergarten - Intensiv-Kurse für Schüler mit Lese- und Schreibschwäche
- Fortbildung von Eltern mit Neugeborenen
- Etatübergreifende und Fachübergreifende Organisation

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

- 25%
- Senkung der Kosten für Fördermaßnahmen
- Deutliche Verbesserung des Klassenmilieus
- Die Sekundär-Resultate sind noch nicht messbar, weil das Projekt erst jetzt abgeschlossen wurde.

Umsetzung der Ergebnisse:

Die Intensiv-Kurse sind ein fester Bestandteil der pädagogischen Angebote für alle Schüler. Nach dem gleichen Muster werden nun Intensiv-Kurse für Schüler mit Mathematik-Schwierigkeiten ins Leben gerufen.

Kontakt:

Övre Eiker Kommune, Rudolf Becker

Treatrumsgata 13

3611 Kongsberg

Norwegen

Telefon 0047-32733903; 32751299 Telefax 0047-32752970

E-Mail rudbec@frisurf.no

II. Individuelle Förderung

Projektbezeichnung:

Gestaltung individueller Lernprozesse zur Begabtenförderung an einer öffentlichen Schule

Projektträger / durchführende Organisation:

Elsa-Brändström-Gymnasium Oberhausen

Laufzeit: seit 1999

Kurzbeschreibung:

Das Elsa-Brändström-Gymnasium ist ein reformpädagogisch ausgerichtetes Gymnasium mit den Jahrgangsstufen 5 bis 13. Es vergibt alle an nordrhein-westfälischen Gymnasien übliche Abschlüsse, einschl. des Abiturs.

Im Schulprogramm der Schule wird eine Lernkultur beschrieben, die die individuellen Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler besonders berücksichtigt. Damit will die Schule *allen* Kindern und Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchen können, gerecht werden. Seit 1999 gehört dazu, dass im Rahmen von offenen Lernformen auch besonders begabte Kinder mit eigenem („Profi“-)Material eine besondere Förderung erfahren. Eine Gruppe solcher Kinder wird integriert – aber als eigene Gruppe – im Klassenverband einer Klasse je Jahrgang gefördert. Der Sinn einer solchen „Gruppe in der Gruppe“ ist es, dass leichter und schneller lernende Kinder möglichst früh sich in einer Peer-Group aufgehoben fühlen, in der andere ähnlich „strukturiert“ sind und in vergleichbarer Weise lernen wie sie selbst. So soll eine Außenseiterposition vermieden werden.

Hinzu kommen vielfältige auf das einzelne Kind abgestellte Förderungen, die sich nach individuell in Absprache mit dem Kind und den Eltern aufgestellte Förder- und Entwicklungsprogramme richten, z. B. die Teilnahme am Fachunterricht einer höheren Klasse, die Bearbeitung individueller Projekte („Drehtürmodell“), die Kooperation mit außerschulischen Partnern (z. B. mit dem Fraunhofer Institut am Ort), das Überspringen einer Klasse gemeinsam mit Gleichgesinnten, vor allem aber die Integration in die die Schule gestaltenden und Verantwortung tragenden Gremien der Schule (s. Grafik des Konzepts der Begabtenförderung).

Und noch etwas Besonderes an dieser Schule: Die Kinder und Jugendlichen beobachten ihren Lernprozess selbst und dokumentieren ihn in Lerntagebüchern und Portfolios.

Konzept der Begabtenförderung am Elsa-Brändström-Gymnasium Oberhausen

Jg. 13	Schnupper-Uni	Besondere Lernleistung	Individuelle Projekte anstelle von Fachunterricht (mit Individualbetreuung): „Drehtürmodell“	Belegung von Kursen an anderen Institutionen	Ideen-Werkstatt Arbeitsgemeinschaften Einbindung in die Mitwirkung und Mitgestaltung der Schule / Übernahme von Verantwortung im Schulleben Präsentation von Ergebnissen in der (Schul)Öffentlichkeit Mitarbeit in Schul-Netzwerken (z. B. LIBRO*) Teilnahme an Wettbewerben Selbstevaluation: Lerntagebücher, Portfolios, Logbücher
Jg. 12	Facharbeit / Betriebspraktikum	Einsatz bei den Jüngeren in der Projektwoche			
Jg. 11	Unterricht im Ausland	Betriebspraktikum im Land einer Partnerschule		Sprachenzertifikate: APIEL + DELF	
Jg. 10	Projektunterricht, u.a. arbeiten an anderen Lernorten und mit außerschulischen Partnern	Spezialprojekte: Ökologie, Soziales, Kultur		Gruppenspringen von 9.1 ⇒ 10.2	
Jg. 9					
Jg. 8					
Jg. 7		Offener Unterricht:		Fachunterricht teilw. in höheren Klassen	
Jg. 6	Individuell früherer Beginn der 2. Fremdsprache	Freiarbeit (mit besonderem Materialangebot)			
Jg. 5	Einrichtung einer eigenen Lerngruppe (integriert)				

Stand: August 2001

Kursivdruck: ist in der Planung

* Lernnetzwerk zur integrierten Begabtenförderung im Rahmen Offenen Unterrichts (Bertelsmann Stiftung)

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Publikation über das Elsa-Brändström-Gymnasium: Risse u.a. (Hrsg.): Gymnasium heute – . . . und es bewegt sich doch, Neuwied: Luchterhand Verlag 1999

Kontakt:

Elsa-Brändström-Gymnasium Oberhausen

Erika Risse, Schulleiterin; Brigitte Fontein, Abteilungsleiterin

Christian-Steger-Str. 11

46045 Oberhausen

Telefon 0208 / 85 789-0 Telefax 0208 / 85 789-11

E-Mail elsa.sl@cityweb.de

WWW www.gym-elsa-ob.de

Projektbezeichnung:

Erkennen und Fördern von begabten, besonders befähigten und hoch begabten Vorschulkindern, Schülerinnen und Schülern sowie jungen Erwachsenen zu Beginn ihrer Berufslaufbahn

Projekträger / durchführende Organisation:

Erftkreis Der Landrat / Regionale Schulberatungsstelle / Schulpsychologischer Dienst des Heinrich-Meng-Instituts (Amt der Kreisverwaltung des Erftkreises)

Förderung: Land NRW, Erftkreis, Hochbegabtenstiftung der Kreissparkasse Köln

Laufzeit: seit 1997

Kurzbeschreibung:

Einzelhilfe:

päd.-psychologische Diagnostik, Entwicklung individueller Fördermaßnahmen, Beratung der Eltern, Kindergärtnerinnen und Lehrkräfte. Begleitung der Entwicklung

Lehrerfortbildung:

Erkennen und Fördern durch unterschiedliche Ansätze: z.B. im Rahmen der inneren Differenzierung, Arbeitsgemeinschaften, durch Förderunterricht, begleitetes Überspringen oder Bildung von Spezialklassen.

Außerschulische Fördermaßnahmen:

Spezielle Arbeitsgemeinschaften und Sommerakademien.
Einrichtung eines Leistungszentrums für Umweltfragen.

Kooperation mit Universitäten und Arbeitgebern:

z.B. Teilnahme an universitären Veranstaltungen, Teilnahme von Universitätslehrern an Sommerakademien und dem Unterricht im Leistungszentrum für Umweltfragen, Patenschaften von Arbeitgebern für Schülerinnen und Schüler, Schaffung von die Begabung fördernden Arbeitsplätzen.

Entwicklung von Fördermaterialien.

Erforschung einer verbesserten Identifikation begabter Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener.

Evaluation der Maßnahmen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

- Starke Zunahme in der Einzelhilfe: Bedarf an päd.-psychologischer Diagnostik, speziellen Förderangeboten und Beratung von Eltern und Lehrkräften.

Lehrerfortbildungsmaßnahmen (mehrtägige Seminare und Werkstattgespräche) für die Lehrkräfte der 80 Grundschulen, den 3 Gesamtschulen und 14 Gymnasien im Erftkreis.

- Schulentwicklung: Einrichtung von Förderunterricht für begabte Grundschul Kinder. Einrichtung von Spezialklassen an Gymnasien. Elternseminare.
- Außerschulische Fördermaßnahmen: Spezielle Arbeitsgemeinschaften für Grundschul Kinder, Gymnasiasten und Gesamtschulschüler und Sommerakademien für Gymnasial- und Gesamtschulschüler. Evaluation der Arbeitsgemeinschaften, Sommerakademien und Spezialklassen(begonnen).

Kontakt:

Hochbegabtenzentrum

Regionale Schulberatungsstelle

Dipl.-Psych. Dr. Thomas Zech

Kaiserstraße 6

50321 Brühl

Telefon 02232/707 30 Telefax 02232/707 355

E-Mail Hochbegabtenzentrum@erftkreis.de

WWW www.Erftkreis.de

Von A bis Z / Hochbegabtenzentrum

Projektbezeichnung:

Zusatzqualifikationen für leistungsstärkere Auszubildende im Ausbildungsberuf Kaufmann / Kauffrau im Einzelhandel

Projektträger / durchführende Organisation:

Bildungszentrum des Einzelhandels Sachsen-Anhalt

Förderung: Landesförderung, Kultusministerium Sachsen-Anhalt

Laufzeit: 01.09.2000 – 31.08.2003

Kurzbeschreibung:

Im Mittelpunkt des Vorhabens steht die Entwicklung individueller und differenzierter Qualifikationswege in der Berufsschule durch ausbildungsbegleitende und zertifizierbare Zusatzqualifikationen. Die Erprobung und Umsetzung erfolgt modellhaft an zunächst drei Berufsbildenden Schulen des Landes. Angestrebt werden dabei insbesondere folgende Hauptziele:

- Erarbeitung, Einsatz und Auswertung neu gestalteter Lernassessments zur Ermittlung der individuellen Persönlichkeits- und Leistungseigenschaften der Jugendlichen,
- Methodische, inhaltliche und organisatorische Umsetzung der neuen Qualifikationsanforderungen durch entsprechende Angebote an Zusatzqualifikationen,
- Entwicklung von Zertifizierungen beim Erwerb der Zusatzqualifikationen, die am Arbeitsmarkt allgemeine Anerkennung finden.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Das Interesse der Auszubildenden, aber auch der Lehrkräfte an der Mitwirkung in diesem Vorhaben ist groß. Von den 54 Auszubildenden, die freiwillig mit dem Erwerb der Zusatzqualifikationen begonnen haben, hat bisher trotz des hohen zeitlichen Zusatzaufwandes niemand seine Mitarbeit beendet. Schon jetzt zeigt sich, dass die Lernkonzepte, Lernarrangements und Organisationsformen der Zusatzqualifikationen in besonderer Weise zur Effektivität des Lernens beitragen und die Ausbildungsqualität erhöhen. Zugleich wird eine individuelle Förderung leistungsstärkerer Auszubildender ermöglicht.

Umsetzung der Ergebnisse:

Die Ergebnisse werden ihren Transfer auf weitere Berufsbildende Schulen in Sachsen-Anhalt und auf andere Ausbildungsberufe finden. Darüber hinaus ist ein bundesweiter Transfer des Anliegens über die Beantragung auf Förderung eines Einzelvorhabens bei der BLK vorgesehen.

Kontakt:

Bildungszentrum des Einzelhandels Sachsen-Anhalt

Lange Straße 32

06449 Neu Königsau

Telefon 034741/97-0 Telefax 034741/97-299

E-Mail BZE-Sachsen-Anhalt@t-online.de

WWW www.bzeonline.de

Projektbezeichnung:

Schulversuch Jenaplan-Schule Jena

Projekträger / durchführende Organisation:

Kultusministerium des Freistaates Thüringen / LehrerInnenteam der Jenaplan-Schule Jena

Förderung: Kultusministerium des Freistaates Thüringen

Laufzeit: Voraussichtlich bis 2002

Kurzbeschreibung:

Das Konzept unserer Schule beruht auf der Reformpädagogik Peter Petersens. Sein Jenaplan wurde seit 1923 entwickelt und 1927 international bekannt. Nach 1989 wollten einige Lehrer den Unterricht verändern und stießen auf den Jenaplan. Dieses Konzept bietet viele Möglichkeiten, Schule kreativ zu gestalten. So ordnen wir den Stoff, die Unterrichtszeit und die SchülerInnen anders als allgemein üblich: Anstelle der traditionellen inhaltlichen Gliederung durch Fächer und der organisatorischen Gliederung nach Jahrgangsklassen und 45-Minuten-Einheiten werden offene Lernsituationen möglich gemacht. Die folgenden Leitgedanken bestimmen noch heute die pädagogische Arbeit: Eine Schule

- mit Schulstrukturen und Unterrichtsinhalten, die Spielräume für spontanes, individuelles, gesellschaftlich-aktuelles, kritikbezogenes Lernen ermöglichen
- als Ort sozialen Lernens
- mit demokratischen Strukturen
- mit kindgerechtem Unterricht, das heißt projektorientiert und fächerübergreifend
- die Lernen mit "Kopf, Herz und Hand" praktiziert - als Ort der individuellen Förderung von Kindern
- die SchülerInnen bis zum 19. Lebensjahr gemeinsam in jahrgangsgemischten Gruppen lernen lässt.

Die Unterrichtsformen sind der Montagmorgenkreis, die Stammgruppenarbeit, die Kurse und die Feier.

In den Morgenkreisen werden in der Gruppe auftretende Probleme geklärt, und es wird zu Themen diskutiert, die einzelne Schüler vorbereitet haben. Die Feier jeden Freitag mittag wird als Resümee der Wochenarbeit verstanden und findet entweder in der Stammgruppe, im Team mit den parallelen Stammgruppen oder als gemeinsame Schulfeier statt.

Detaillierte Informationen finden Sie unter <http://www.j.shuttle.de/j/jenaplan>

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Jährliche Selbsteinschätzung/ Zwischenberichte an das Kultusministerium des Freistaates Thüringen

Kontakt:

Jenaplan-Schule Jena, Gisela John, Britta Müller

Ziegenhainer Straße 52

07749 Jena

Telefon 03641/394788 Telefax 03641/336968

E-Mail John@jenaplan.j.th.schule.de

WWW www.j.shuttle.de/j/jenaplan

www.jenaplan-schule-jena.de

Projektbezeichnung:

BIP-Kreativitäts(grund)schulen

Projekträger / durchführende Organisation:

BIP-Kreativitätszentrum gGmbH Leipzig

Förderung: Keine bzw. ab 1999 Schulfördermittel

Laufzeit: Modellversuche 1988-1993; Umsetzung ab 1997

Kurzbeschreibung:

Nach einem Modellversuch wurden bereits nach Vorliegen der ersten Ergebnisse Kreativitätsschulen analog Musikschulen gegründet, erste ab März 1992. 1997 erfolgte die Gründung der ersten BIP-Kreativitätsgrundschule in Leipzig, 1998 in Chemnitz, 2000 in Heidenau b. Dresden. 2001 wurde das BIP-Kreativitätsgymnasium gegründet in Leipzig und die Genehmigung durch das Thüringer Kultusministerium zum Beginn einer Grundschule in Gera an 1.8.01 erteilt. Da bis 29.7. der Finanzbescheid nicht vorliegt, ist der Beginn offen. Die Eltern bemühen sich um Sponsoring, um die ca. 850 000 DM vom Land verweigerten Schulkosten (Personal- und Sachkosten) einzuwerben.

Ergebnisse / Zwischenergebnisse:

Erfolgreiche Umsetzung als Freizeitschule und Grundschule, im Modellversuch 80 %, in Grundschule 98 % Gymnasiumsübergang erreicht.
Deutliche Entwicklung des Begabungspotenzials jedes Kindes, keine Vorauswahl.
Deutliche Entwicklung in schulischen Fächern, in Informatik, drei Fremdsprachen ab Klasse 1, Schach, Darstellendes Spiel, Rhythmik, Kunst, Tanz u. Bewegung, kreativer Umgang mit Sprache und Literatur plus ein Jahr Pflicht-Instrumentalunterricht für alle Kinder (erstes Schuljahr).
Hohe Motivation der Kinder schon im Vorschulalter.

Umsetzung der Ergebnisse:

Erarbeitung einer umfassenden Fortbildung für Erzieher, Lehrer, Sozialpädagogen
Direkte Umsetzung in den Schulen.
Übernahme der Ergebnisse durch andere freie Träger, die gleiche Schulen im Freizeitbereich gegründet haben (ab 1993) in Leipzig, Dresden, Berlin, Potsdam, Elsterwerda, Finsterwalde u.a.
Geplante Gründung von Grundschulen durch andere freie Träger in Nauen, Wittenberg, Unstrut-Hainich-Kreis, München, Fulda ab 2002.
Kindergärten nach entspr. Fortbildung in Gera, Rostock u.a. Eigenes Vorschulprogramm in Leipzig, Chemnitz, Heidenau, eigene Neugründungen nach gesetzlichen Möglichkeiten geplant

Kontakt:

BIP-Kreativitätszentrum gGmbH Leipzig

Prof. Dr. Gerlinde Mehlhorn

Sonnenweg 12

04288 Leipzig

Telefon 034297-42100 Telefax 034297-89471

E-Mail mehlhorn@mehlhorschulen.de

WWW <http://www.mehlhorschulen.de>

Projektbezeichnung:

Hans-Georg-Karg-Schule

Projektträger / durchführende Organisation:

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. / Landesgruppe Niedersachsen/Bremen

Förderung: Stiftungen, Sponsoren

Laufzeit: seit 1.8.1999 unbegrenzt

Kurzbeschreibung:

In der Grundschule der CJD Jugenddorf-Christophorusschule Braunschweig wurden die Erfahrungen aus zwei Jahrzehnten Arbeit mit hochbegabten Schülern und Schülerinnen im Gymnasium für die erste schulische Bildungszeit fruchtbar gemacht. Das dafür entwickelte Konzept trägt den Titel: Leben Lernen.

Ganzheitliche Bildung und Werteerziehung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes sind feste Bestandteile des Konzepts der Christophorusschule.

Die Hans-Georg-Karg-Schule ist eine Ganztagschule mit einer Arbeits- bzw. Betreuungszeit zwischen 7.30 und 16.00 Uhr. Die Grundschule arbeitet mit einem integrativen Konzept der Förderung von Kindern, die ihrer Altersgruppe weit voraus sind. Die unterrichtliche Arbeit basiert auf dem Prinzip weitgehender individueller Förderung und Forderung in einem stabilen sozialen Raum. Förderung emotionaler und sozialer Reife sowie praktischer Fähigkeiten sind im Unterricht und im Schulleben fest verankert.

Flexible Einschulung zwischen dem (Beginn des) 5. und dem 7. Lebensjahr ist möglich, die Entscheidung darüber wird nach individueller Beratung getroffen. Gearbeitet wird mit den Prinzipien der Montessoripädagogik, ergänzt durch weitere Materialien zur intellektuellen Förderung. Fremdsprachenunterricht ist ab Klasse 2 verbindlich. Im (fakultativen) Nachmittagsbereich werden für 8 Klassen am 5 Wochentagen ca. 20 so genannte Werkstattangebote durchgeführt. Diese erlauben die Entdeckung und Vertiefung vorhandener Begabung (z. B. Mathe für helle Köpfe, Computer, Fremdsprachen), bieten die Möglichkeit zu Ausgleich und Kompensation (z. B. sportliche Angebote, künstlerische Angebote) oder können auch zur gezielten Förderung bei Defiziten bedarfsabhängig eingeplant werden. Ein „lebenspraktischer Tag“ für jede Klasse in jeder Woche trainiert von Anfang an die Verknüpfung verschiedenster Fähigkeiten durch Projektarbeit in und außerhalb der Schule.

Im unterrichtlichen Bereich arbeiten Grundschullehrkräfte, begleitet pro Jahrgang von einer Erzieherin. Im Mittags- und Nachmittagsbereich führen die Erzieherinnen den Ganztagesbetrieb, in dem zusätzlich Kursleiter und -leiterinnen die Werkstattangebote durchführen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Evaluation, bitte Kontaktadresse anfragen

Umsetzung der Ergebnisse:

Evaluation, Schulentwicklung, Veröffentlichungen

Kontakt:

CJD Jugenddorf-Christophorusschule Braunschweig, Ursula Hellert

Georg-Westermann-Allee 76

38118 Braunschweig

Telefon 0531/7078-0 Telefax 0531/7078155

E-Mail schule@cid-braunschweig.de

WWW www.cid-braunschweig.de

Projektbezeichnung:

Individuelle Förderung von besonderen sportlichen Begabungen im Land Brandenburg (Spezialschulen Sport)

Projektträger / durchführende Organisation:

Olympiastützpunkte in Kooperation mit Spezialschulen Sport in Potsdam, Frankfurt (Oder), Cottbus und Luckenwalde

Laufzeit: seit 1991

Kurzbeschreibung:

Die Einrichtung von Schulen mit besonderem sportlichen Profil an den Standorten des Leistungssports im Land Brandenburg war eine bildungs- und sportpolitisch wichtige Entscheidung. Spezialschulen sind nach § 8 des Brandenburgischen Schulgesetzes Schulen mit besonderer Prägung. Spezialschulen Sport sind allgemeinbildende, ganztägige Schulen mit gymnasialer Oberstufe und mit speziellen sportlichen Profilen in den jeweils genehmigten Schwerpunktsportarten. Sie bieten geeignete Voraussetzungen von schulischer Bildung bei gleichzeitiger Förderung besonderer sportlicher Begabung. Wohnheime (Internate) sind Teil einer Spezialechule Sport.

Ergebnisse / Zwischenergebnisse:

Der Sport soll bei allen Kindern und Jugendlichen die Freude an der Bewegung und am gemeinschaftlichen Sporttreiben wecken und die Einsicht vermitteln, dass kontinuierliches Sporttreiben, verbunden mit einer gesunden Lebensführung, sich positiv auf ihre körperliche, soziale und geistige Entwicklung auswirkt. Gleichzeitig soll Sport in der Schule Fähigkeiten wie Fairness, Toleranz, Teamgeist und Leistungsbereitschaft fördern und festigen. Die Schule trägt als Stätte des Lernens, des Lebens und der Tätigkeit von Schülerinnen und Schülern zur Verwirklichung der Wertordnungen bei, fördert die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung Heranwachsender und achtet das Recht und die Pflicht der Eltern. Gemäß Artikel 29 und 35 erfolgt im Land Brandenburg seit 1991 eine Begabungsförderung im Sport an den Standorten Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Luckenwalde. In diesen Schule-Leistungssport-Verbundsystemen sind Voraussetzungen vorhanden, dass sportliche Talente leistungssportlich entwickelt werden können. An den Spezialschulen Sport im Land Brandenburg betrifft dies insgesamt 1900 Schülerinnen und Schüler, die neben der schulischen Ausbildung eine gezielte sportliche Ausbildung erhalten, damit sie an nationalen und internationalen Wettbewerben teilnehmen können.

Ziel der im Schule-Leistungssport-Verbundsystem kooperierenden Partner ist es,

- die Möglichkeiten der Schule und des Schulsports für eine systematische Talentsichtung und Talentförderung voll auszuschöpfen,
- die Zusammenarbeit zwischen Schule und Sportverein/-verband zu systematisieren,

- einen Weg zu finden, auf dem die Heranwachsenden unter Berücksichtigung pädagogischer Grundsätze sowie der Anforderungen der jeweiligen Sportart systematisch zum Leistungssport geführt werden,
- die im Rahmen einer optimalen Talentförderung definierten Anforderungen aus Schule, Training, Wohnen und wissenschaftliche Trainingsbegleitung zu bündeln.

Die Schule-Leistungssport-Verbundsysteme entsprechen folgenden *Standortkriterien*:

- in ihre Zuordnung zur spezifischen Trainingsetappe des langjährigen Leistungsaufbaus im Rahmen der durchgängigen Talentförderung,
- in ihre Struktur und Aufbauorganisation,
- in ihre Koordination und Leitung.

Die Entwicklung eines *Schulprofils* ist zunächst eine Angelegenheit der Schule. Die Schulen legen pädagogische Ziele und Schwerpunkte ihrer Arbeit mit dem Ziel fest, diese in einem Schulprogramm für die Sicherung und Entwicklung der Qualität schulischer Bildung und Erziehung zusammenzuführen:

- eine bewusstere Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern, Elternvertretern, Lehrerinnen und Lehren in die Gestaltung von Schulleben und damit eine stärkere Identifikation mit der Schule und erhöhtes Verantwortungsgefühl erreichen,
- das von gegenseitiger Akzeptanz, Toleranz und Offenheit geprägte Miteinander ist damit motivierend auf die individuelle Leistungsbereitschaft,
- die Mitwirkung in den demokratisch gewählten Gremien effektiver gestalten,
- über die Schule hinaus wirken und damit die eigene Sicht erweitern, um das gesellschaftliche Umfeld aktiv mitgestalten zu können.

An den Spezialschulen Sport bilden der Unterricht nach der Stundentafel und die ganztagspezifischen Angebote eine pädagogische Einheit. Die Qualitätsmerkmale für Ganztagschulen in gebundener Form im Land Brandenburg sind Gradmesser für das Schulprofil der Spezialschulen Sport. Sportunterricht, Wahlpflichtunterricht-I, AG-Stunden, Basis-, Profil- und Leistungskurs Sport sowie sportartspezifisches Training in den Vereinen sind methodisch und organisatorisch so aufeinander abgestimmt, dass die Nutzung der zur Verfügung stehenden Trainingszeiten aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler und der Sport- und Trainingshallen optimal erfolgen kann. Der obligatorische Sportunterricht in der Sekundarstufe I ist mit 3 Stunden pro Woche im Stundenplan enthalten. Die Spezialsportart wird im Wahlpflichtunterricht I mit 4 Stunden in der Jahrgangsstufe 7 bzw. 3 Stunden in den Jahrgangsstufen 8 bis 10 betrieben. Dabei können die 7. und 8. Jahrgangsstufe zusammen sowie 9. und 10. Jahrgangsstufe jeweils getrennt voneinander aber auch jahrgangsstufenübergreifend unterrichtet und trainiert werden. Dazu kommen noch weitere 2 bis 6 AG-Stunden in der Sportart, wobei hier die Jahrgangsstufen 7/8 und 9/10 in der Regel zusammen trainieren.

Wahlpflichtunterricht-I, AG-Stunden und Sportunterricht sind aufeinander abgestimmt. Sie werden von Sportlehrern/Trainern abgesichert, die zugleich auch in den jeweiligen Vereinen diese und weitere Kader trainieren. Die Sportschülerinnen und -schüler der Abiturstufe (aktiv trainierende Leistungskader) belegen in der Regel den Profilkurs (Jahrgangsstufe 11) bzw.

Leistungskurs Sport (12/13). Dabei haben sie in den meisten ihrer Spezialsportarten die Möglichkeit, eine sportpraktische Prüfung innerhalb der Abiturprüfung entsprechend der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz abzulegen.

In der Abiturstufe ist ein Sportband über die gesamte Woche geschaffen worden, wo die Sportler entweder den Leistungskurs Sport belegen oder unterrichtsfrei für entsprechendes Training haben. In Abstimmung mit dem jeweiligen Sportlehrer kann vor nationalen und internationalen Höhepunkten dieser Leistungskursunterricht auch für die unmittelbare Wettkampfvorbereitung mit genutzt werden. Die Abstimmung zwischen der Schule und dem Sport ermöglicht auch, dass Trainingsblöcke homogen in den Tagesablauf eingebunden werden können.

Individuelle *Fördermaßnahmen*, insbesondere in der Sekundarstufe II, sind eine unverzichtbare Hilfe. In der alltäglichen Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern haben sich folgende Maßnahmen bewährt:

- Erteilung konkreter Lehrgangsaufgaben vor Abwesenheit,
- Förderunterricht wird über das gesamte Schuljahr geplant und erteilt,
- Förderstunden können auch am Wochenende sein,
- Abstimmung von schulischen Terminen mit dem Wettkampfkalender.

Die Verantwortung für die Organisation der Fördermaßnahmen liegt bei der Schulleitung und dem Sportkoordinator.

Schwerpunktsportarten nach Standorten

Cottbus	Frankfurt(Oder)	Luckenwalde	Potsdam
Boxen	Boxen	Ringens	Fechten
Fußball (m)	Gewichtheben		Fußball (w)
Gerätturnen(m)	Judo		Kanu- Rennsport
Handball(m)	Handball (w)		Leichtathletik
Leichtathletik	Radsport		Rudern
Radsport	Ringens		Schwimmen
	Sportschießen		
	Fußball(m)Vereinsprojekt ^x		Handball (m)Vereinsprojekt ^x

Kontakt:

Olympiastützpunkt Cottbus/Frankfurt (Oder)

Standort Cottbus, Herr Heine

Dresdener Str. 18

03050 Cottbus

Telefon 0355/ 486 220

E-Mail: OSP.CB.FF@t-online.de

Standort Frankfurt (Oder), Herr Lausch
Stendaler Str. 26
15234 Frankfurt (Oder)
Telefon 0335/ 683 73 14
E-Mail: OSP.CB.FF@t-online.de

Olympiastützpunkt Potsdam
Standort Potsdam, Dr. Hoepfner
Am Luftschiffhafen 2
14471 Potsdam
Telefon 0331/ 971 600
E-Mail: OSP.Potsdam@t-online.de
Standort Luckenwalde, Dr. Hoepfner
Sportkomplex Mozartstraße
14943 Luckenwalde
Telefon 03371/ 610 596

Projektbezeichnung:

Deutsche SchülerAkademie

Projektträger / durchführende Organisation:

Bildung und Begabung e.V.

Förderung: BMBF, Stifterverband, Stiftungen, Spenden

Laufzeit: unbefristet

Kurzbeschreibung:

Durchführung von 16-tägigen Akademieprogrammen für hochbegabte Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe (10. und 11. bzw. 11. und 12. Jahrgangsstufe) in den Sommerferien.

Eine Akademie besteht aus sechs Kursen mit bis zu 15 Teilnehmenden; jede(r) Teilnehmende besucht einen Kurs mit ca. 50 Stunden. Themen der Kurse sind exemplarische Fragestellungen aus der Mathematik, den Naturwissenschaften, den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, der Wirtschaft, den Fremdsprachen, der Musik, Medizin u.s.w. Neben der fachlichen Auseinandersetzung mit dem Lerngegenstand ist die Vermittlung und Einübung wissenschaftlichen Arbeitens wesentlicher Bestandteil. Durch ergänzende Veranstaltungen wird das interdisziplinäre Interesse und Verständnis gefördert. Neben der Kursarbeit wird ein vielfältiges Rahmenprogramm mit Musik, Sport, Exkursionen u.a. angeboten.

Im Jahr 2001 fanden 7 Akademien in verschiedenen Internaten mit insgesamt 650 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Zugang haben Schüler, die sich durch besondere Leistungsfähigkeit und Motivation auszeichnen (Erfolgreiche aus Schülerwettbewerben, Empfehlungen von Schulen).

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Seit 1988 wurden (bis einschließlich Sommer 2001) 62 Akademien mit 5.450 Teilnehmenden veranstaltet.

Durch die Akademierteilnahme werden vor allem motivationale und soziale Persönlichkeitsmerkmale wie Interessen, Selbstsicherheit, Kooperationsbereitschaft und Kontaktfähigkeit förderlich beeinflusst

Umsetzung der Ergebnisse:

Das Programm hat inzwischen Nachahmung in verschiedenen Bundesländern und in Österreich gefunden.

Kontakt:

Bildung und Begabung e.V., Deutsche SchülerAkademie, Volker Brandt

Postfach 20 02 01, 53132 Bonn

Telefon 0228-95915-40 Telefax 0228-95915-19

E-Mail info@deutsche-schuelerakademie.de

WWW www.bubev.de

Projektbezeichnung:

"Schulmobil" – Eingliederung und Chancengleichheit für Kinder von beruflich Reisenden

Projekträger / durchführende Organisation:

Verein Selbstständiger Gewerbetreibender Markt- und Messereisender e. V.

Förderung: Landesförderung, Kultusministerium Sachsen-Anhalt und Eigenbeteiligung des Vereins Selbstständiger Gewerbetreibender Markt- und Messereisender e. V.

Laufzeit: 01.02.1997 – 31.07.2002

Kurzbeschreibung:

Während ihres Schullebens wechseln Kinder von beruflich Reisenden bis zu 300 Mal den Schulstandort. Wurde in der ehemaligen DDR der Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler auf der Grundlage einheitlicher Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien durchgeführt, werden Schaustellerkinder heute an jedem Schulstandort mit anderen Unterrichtsmaterialien und über die Landesgrenzen hinaus auch mit verschiedenen Lehrplänen konfrontiert. Das hat zur Folge, dass eine erhebliche Anzahl dieser Kinder keinen Schulabschluss erreicht und nur in Ausnahmefällen ein beruflicher Abschluss erworben werden kann. Durch den häufigen Schulwechsel können Grundlagenkenntnisse nicht erfolgreich entwickelt werden, so bewältigt bspw. ein großer Teil der Kinder den Alphabetisierungsprozess nicht erfolgreich. Um die schulische Situation dieser Kinder zu verbessern, wurde in Zusammenarbeit des Kultusministeriums mit den Schaustellerverbänden des Landes ein Modellprojekt entwickelt, das die besonderen Lernbedingungen und Lernerfordernisse berücksichtigen soll. Es wurde in einem Wohnwagen ein "Schulmobil" eingerichtet, das die Schausteller auf ihre Messeplätze begleitet. Im "Schulmobil" ist eine Lehrkraft eingesetzt, die zusätzliche Fördermaßnahmen für die Schaustellerkinder durchführt. Zugleich steht sie im engen Kontakt mit den Stamm- bzw. Stützpunktschulen der Kinder und gewährleistet auf diese Weise die Kontinuität der Beobachtung und die individuelle zusätzliche Begleitung der Kinder. An den Reisetagen, an denen die Kinder keine Schule besuchen können, erhalten sie eine schulische Betreuung im Schulmobil auf Grundlage der gültigen Stundentafel. Daneben werden schulische Eingliederungshilfen in Form von individuellen pädagogischen Fördermaßnahmen gewährt.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Durch das Vorhaben wurde ein regelmäßiger Schulbesuch der Kinder kontrolliert und abgesichert. Sowohl die Vorbereitung auf und Begleitung der Kinder während der wiederkehrenden Schulwechsel als auch die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften an den Stamm- und Stützpunktschulen zeigten gute Ergebnisse. Aufgrund der individuellen Förderung konnten Wissenslücken aufgearbeitet und einzelne Schülerinnen und Schüler zu Schulabschlüssen geführt werden.

Umsetzung der Ergebnisse:

Fortführung, Übertragbarkeit auf andere Länder möglich

Kontakt:

Hendrik Boos
Kümmelsberg 5
39110 Magdeburg

Verein Selbstständiger Gewerbetreibender Markt- und Messereisender e. V.
Neuer Sülzweg 17
39128 Magdeburg
Telefon 0391/2526214 Telefax: 0391/2526224

Projektbezeichnung:

Sichtung, Bearbeitung und Ergänzung adaptierter Literatur und grammatischer Übungen sowie ihre Bereitstellung im Internet für gehörlose, schwerhörige und andere Schülerinnen und Schüler mit eingeschränkter Sprachkompetenz

Projekträger / durchführende Organisation:

Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt

Förderung: Landesförderung, Kultusministerium Sachsen-Anhalt

Laufzeit: 01.09.2000 – 31.12.2002

Kurzbeschreibung:

Im Mittelpunkt des Vorhabens steht die Entwicklung adäquater Lehr- und Lernmittel für hörgeschädigte Schülerinnen und Schüler. Dabei erfolgt eine Adaption von Texten aus den während der Jahre 1972 bis 1990 in der damaligen DDR entstandenen Deutschbüchern für Gehörlose "Wir lesen" (Schuljahrgänge 1 bis 10). Diese Literatur soll allen Lehrkräften, die mit den genannten Zielgruppen arbeiten, in geeigneter Form zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus sollen alle interessierten Schülerinnen und Schüler über das Internet Zugang zu diesen Texten erhalten. Das Angebot adaptierter Texte im Internet für den Unterricht und für die Freizeit zielt auf eine spezifische und sinnvolle Nutzung moderner Kommunikationstechnik für hör-, sprach- und lernbehinderte Kinder und Jugendliche und stellt eine wichtige Hilfe für den differenzierten Unterricht in Sonder- und Regelschulen dar. Bemerkenswert ist das Anliegen, die betroffenen Schülerinnen und Schüler direkt in die Erstellung der Texte einzubeziehen. Damit wird zugleich ein spezifischer Beitrag zur sonderpädagogischen Förderung und zur Integration geleistet.

Ergebnisse / Zwischenergebnisse:

Die Sichtung, Bearbeitung und Ergänzung begann mit den Themen Märchen, Sagen, Fabeln und Schwänke. Es erfolgte eine pädagogische Aufbereitung jedes Genres (allgemeine Einführung, Ordnung nach leichten und anspruchsvollen Texten, ...). Um das Material möglichst schnell zur Verfügung zu stellen, wurden die Texte am 1. April 2001 ins Internet gegeben. In der Monatsschrift "Das bunte Blatt" erfolgte eine Vorstellung des Vorhabens. Damit besteht bereits jetzt die Möglichkeit, diese Texte bundesweit zu nutzen.

Umsetzung der Ergebnisse:

Unter der Adresse www.Hoerbehinderte-lbz-hbs.de sind die adaptierten Texte für alle Interessenten abrufbar.

Kontakt:

Landbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt

Westerhäuser Straße 40

38820 Halberstadt

Telefon 03941/678-6 Telefax 03941/678-725

www.Hoerbehinderte-lbz-hbs.de

Projektbezeichnung:

Kasseler Produktionsschule BuntStift

Projekträger / durchführende Organisation:

BuntStift e.V. Kassel

Förderung: AA, Stadt Kassel, ESF, EFRE, BMSFJ, Land Hessen,

Laufzeit: seit 1992

Kurzbeschreibung:

Die Kasseler Produktionsschule BuntStift arbeitet als innovative Einrichtung auf dem Gebiet vorberuflicher Bildung. Neben allgemeinbildenden Angeboten gibt es sechs Arbeitsfelder: Holz-, Metall- und Recyclingwerkstatt, Büro, EDV/Neue Medien und Hauswirtschaft. Die Dauer variiert zwischen zwei Wochen und zwei Jahren. Adressaten sind Jugendliche und junge Erwachsene, die

- im herkömmlichen Schulsystem keinen Abschluss erlangt haben
- erhebliche Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten
- mit einer sofortigen klassischen Ausbildung überfordert wären
- längere Zeit arbeitslos sind
- oder im Hinblick auf Erwerbsarbeit noch völlig orientierungslos sind.

Durch die produktions- und arbeitsmarktorientierte Mitarbeit in den genannten Arbeitsbereichen und durch externe Betriebspraktika erwerben die Jugendlichen wichtige Berufserfahrungen und fachliche Grundfertigkeiten. Indem die Produktionsschüler/innen kontinuierlich in den Arbeitsprozess integriert sind, können sie sich qualifizieren, beruflich orientieren und notwendige Fähigkeiten wie Regelmäßigkeit, Ausdauer und Zuverlässigkeit erwerben. In den Fächern Deutsch, Mathematik, Gesellschaftslehre, Polytechnik und Biologie bereiten sich die Produktionsschüler/innen auf die externe Hauptschulabschlussprüfung vor. Die individuelle Förderplanung begleitet die genannten Prozesse.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Das Angebot hat sich als Ausbildungs- und Arbeitsvorbereitung bewährt. Eine individuelle Förderung ist gegeben und unterstützt die berufliche und soziale Integration. Die Arbeitsmarktchancen sind erheblich verbessert. Eine arbeitsmarktfähige Teilqualifikation, gemeinsam mit der IHK Kassel entwickelt, kann zu einem Zertifikat im Recyclingbereich führen, das anrechenbar ist. Für die anderen Arbeitsbereiche sind Zertifikate in Arbeit.

Kontakt:

BuntStift e.V., Martin Mertens
Holländische Str. 208, 34127 Kassel
Telefon 0561/983530 Telefax 0561/890352
E-Mail info@buntstift-kassel.de
WWW www.buntstift-kassel.de

III. Lernen, ein Leben lang

Projektbezeichnung:

Schulische Voraussetzungen für selbstverantwortliches Lernen

Projektträger / durchführende Organisation:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Schleswig-Holstein /
Integrierte Gesamtschule Flensburg

Förderung: Bund, Land (BLK Modellversuchsprogramm)

Laufzeit: 01.04.1999 – 31.03.2004

Kurzbeschreibung:

Im Rahmen des Vorhabens sollen in enger Zusammenarbeit mit Lehrkräften Konzepte für den Einsatz anwendungs-, problem- und schülerorientierter Methoden, Arbeitsformen und Strategien im fachgebundenen Unterricht entwickelt und erprobt werden, die auf den Aufbau grundlegender fachlicher und persönlicher Kompetenzen sowie die Fähigkeit und Bereitschaft zu lebenslangem Lernen abzielen. Bereits vorliegende Erfahrungen mit Formen anwendungs-, problem- und schülerorientierten Unterrichts werden theoriegeleitet und in ihrer Bedeutung für die angesprochenen Ziele analysiert. Dabei sollen zentrale Elemente solchen Unterrichts identifiziert und so didaktisch aufbereitet werden, dass sie auch im fachgebundenen alltäglichen Unterricht oder von z.B. in Projektarbeit unerfahrenen Lehrkräften genutzt werden können.

Kontakt:

Integrierte Gesamtschule Flensburg
Realschulkonrektorin Renate Buschmann
Elbestraße 20
24943 Flensburg
Telefon 0461/851694 Telefax 0461/851660
E-Mail buschmann@foni.net

Projektbezeichnung:

Differenzierte Wege zum Nachholen von Berufsabschlüssen

Projekträger / durchführende Organisation:

BBJ SERVIS gGmbH für Jugendhilfe / BBJ SERVIS gGmbH für Jugendhilfe Programm 501/301

Förderung: Bundesministerium für Bildung und Forschung; Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen, Berlin und Europäischer Sozialfonds

Laufzeit: 1. Januar 1995 bis 30. Juni 2001

Kurzbeschreibung:

Mit dem Modellversuch "Differenzierte Wege zum Nachholen von Berufsabschlüssen" hat BBJ SERVIS gGmbH im Rahmen des Programms 501/301 ein Qualifizierungsmodell entwickelt, das den nachträglichen Erwerb eines anerkannten Berufsabschlusses durch Qualifizierung in Modulen und schrittweise Zertifizierung der erworbenen beruflichen Kompetenzen in einem Qualifizierungspass vorsieht.

Im Unterschied zu herkömmlichen Angeboten in der Weiterbildung stellt das modulare Nachqualifizierungsmodell den Arbeitsplatz und die individuellen Voraussetzung jedes einzelnen in den Mittelpunkt des beruflichen Lernens und richtet sich an un- und angelernte Beschäftigte, die tätigkeitsbegleitend einen Berufsabschluss nachholen wollen.

Der Qualifizierungspass ermöglicht Personen, die aus unterschiedlichen Gründen ungewöhnliche Bildungsverläufe haben, erstmals ihre erworbenen Teilqualifikationen zu dokumentieren. Der Qualifizierungspass ist ein Instrument zur Sicherung von Qualität und Transparenz für abschlussbezogene modulare Qualifizierung.

Der Qualifizierungspass ist:

- Nachweis für berufsspezifische Qualifikationen, berufsübergreifende Zusatzqualifikationen, berufliche Vorerfahrungen, Schulabschlüsse sowie sonstige Fähigkeiten und Kenntnisse, die für die berufliche Tätigkeit verwertbar sind,
- Strukturierungshilfe bereits während des Qualifizierungsprozesses, die auch einen Wiedereinstieg oder Wechsel während des Qualifizierungsprozesses ermöglicht,
- Nachweis, dass die im Qualifizierungsplan festgelegten Module erfolgreich durchlaufen und damit die Zulassungsbedingungen zur Externenprüfung nach § 40.2 BBiG erfüllt sind.

Der Qualifizierungspass ist in der vorliegenden Form von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin als Nachweisinstrument für die Zulassung zur Abschlussprüfung nach BBiG § 40.2 anerkannt

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Stand: 8/2001

Weit über 150 Teilnehmer haben bisher im Programm 501/301 an der Nachqualifizierung teilgenommen.

Gegenwärtig ist der 13. Durchgang in Vorbereitung (halbjährlicher Neubeginn mit durchschnittlich 12 TN).

8 Durchgänge sind bereits mit der Abschlussprüfung beendet worden. Im Durchschnitt erreicht ein Drittel der Teilnehmer Teilqualifikationen und scheidet von der Abschlussprüfung aus. Von den Teilnehmern, die die Abschlussprüfung absolvieren, bestehen etwa 80%.

Umsetzung der Ergebnisse:

Das modulare Nachqualifizierungskonzept ist als ständiges Angebot in das Programm 501/301 übernommen worden und war die Grundlage für die Übertragung des Konzepts auf weitere Berufsbilder und Zielgruppen in den BBJ ADAPT-Projekten "Organisation modularer beruflicher Weiterbildung durch regionale Kooperation" und "Netzwerk Modularisierung".

Kontakt:

BBJ SERVIS gGmbH für Jugendhilfe Programm 501/301, Joachim Dellbrück

Alt-Moabit 73

10555 Berlin

Telefon 030/399 98-234 (-0) Telefax 030/399 98-260

E-Mail dellbrueck@bbj.de

WWW www.bbj.de

Projektbezeichnung:

Gestufte Studiengänge an der Ruhr-Universität Bochum; Reformmodell zur Neustrukturierung des Magisterstudiums an der Ruhr-Universität Bochum; Reformmodell und Optionalbereich, NRW

Projekträger / durchführende Organisation:

Ruhr-Universität Bochum / M.A.-Reformmodell

Förderung: Land Nordrhein-Westfalen und Ruhr-Universität Bochum

Laufzeit : 1993-2002

Kurzbeschreibung:

Zum Beginn des Wintersemesters 1993/94 startete an der Ruhr-Universität Bochum ein Reformmodell, das sich zum Ziel gesetzt hatte, den Anfang der 90er Jahre intensiv diskutierten Missständen in den geisteswissenschaftlichen Fächern entgegenzuwirken. Das Bochumer M.A.-Reformmodell setzte daher genau bei diesen Defiziten an, indem es den Studierenden einerseits mit dem B.A.-Examen einen frühzeitigeren Abschluss ihres Studiums ermöglichte und ihnen ein intensives Beratungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung stellte. Andererseits hatten die Studierenden im Rahmen ihres B.A.-Studiums eine Reihe von Zusatzqualifikationen zu erwerben, die ihnen den Einstieg in das Erwerbsleben erleichtern sollte. Finanziert wurde dieses ambitionierte Projekt vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig mit der Einführung gestufter Studiengänge in den Geistes- und Sozialwissenschaften zum Wintersemester 2001/2002 wurde an der Ruhr-Universität Bochum der so genannte Optionalbereich institutionalisiert, der im B.A.-Studium zusätzlich zu den beiden Fächern absolviert wird. In diesem Optionalbereich erhalten die Studierenden die Möglichkeit, über die fachwissenschaftliche Ausbildung hinaus weitere berufsqualifizierende Schlüsselqualifikationen zu erwerben sowie interdisziplinäre Veranstaltungsangebote aus den unterschiedlichsten Fachbereichen wahrzunehmen

Dem Reformmodell ist es gelungen, einen B.A.-Abschluss in den Geisteswissenschaften zu installieren, der Studierende in einer überschaubaren Zeit zum Examen führt, ihnen einen qualifizierten Ausstieg ermöglicht und gleichzeitig ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöht. Dabei gelang es, die Abbrecherquote und tendenziell auch die Studiendauer zu senken. Zugleich wurde eine Beratungs-Infrastruktur entwickelt, erprobt und ständig verbessert, die sich durch hohe Qualifikation der Beraterinnen und Berater, ausgedehnte Verfügbarkeit und vor allem Interdisziplinarität auszeichnet

Ergebnisse/ Zwischenergebnisse:

Im September 2000 erschien der vorläufige Endbericht des Reformmodells zur Neustrukturierung des Magisterstudiums an der Ruhr-Universität Bochum

Kontakt:

Ruhr-Universität Bochum

Astrid Steger, M.A., Barbara Kaminski, M.A.

Universitätsstr. 150

44780 Bochum

Telefon 0234-3228090/0234-3224765 Telefax 0234-3214372

E-Mail astrid.steger@ruhr-uni-bochum.de

WWW <http://www.ruhr-uni-bochum.de>

Projektbezeichnung:

Verbundstudiengang Maschinenbau

Projektträger / durchführende Organisation:

Märkische Fachhochschule in Iserlohn

Förderung: Arbeitgeberverband Ruhr/Lenne e.V., Märkische FH; SIHK zu Hagen, Märkischer Arbeitgeberverband

Laufzeit: 5 Jahre, Beginn WS 2000/2001

Kurzbeschreibung:

Die rückläufigen Absolventenzahlen der ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten und das tendenziell sinkende Qualifikationsniveau der Bewerber für gewerblich-technische Ausbildungsgänge führte zu diesem berufsbegleitenden Verbundstudiengang. Das Modell wurde in enger Kooperation zwischen Hochschule, lokalen Arbeitgeberverbänden, überwiegend mittelständischen Industrieunternehmen und der Südwestfälischen IHK zu Hagen entwickelt.

Ziel des Studiengangs ist die Vermittlung anwendungsbezogener ingenieurwissenschaftlicher Inhalte aus dem Bereich des Maschinenbaus/Fertigungstechnik. In einer Kombination von Berufsausbildung und Studium beginnt parallel zu dem 10-semesterigen Studium eine technische Ausbildung, z. B. als Industriemechaniker/in oder Mechatroniker/in in einem Unternehmen. Anschließend werden die Teilnehmenden als Facharbeiter in dem Unternehmen eingesetzt, mit welchem sie einen Ausbildungsvertrag für dieses Modell abgeschlossen haben. Theorie und Praxis werden so konsequent miteinander verbunden. Es wird eine Ausbildungsvergütung gezahlt und es werden zwei anerkannte Abschlüsse, der IHK-Berufsabschluss und das Hochschuldiplom erreicht.

Die Studieninhalte werden zum überwiegenden Teil mittels Selbststudienmaterialien vermittelt. Zusätzlich finden Präsenzveranstaltungen statt. Fachhochschulreife wird vorausgesetzt.

Kontakt:

Berufsausbildung:

Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen, Alexandra Lemler

Bahnhofstraße 18

58095 Hagen

Telefon 02331/ 390-251 Telefax 02331/ 390-343

E-Mail: lemler@hagen.ihk.de

Studium:

Märkische Fachhochschule, Andrea Goßmann

Frauenstuhweg 31, 58644 Iserlohn

Telefon 02371/ 566-103/129 Telefax 02371/ 566-253

E-Mail: gossmann@mfh-iserlohn.de

Projektbezeichnung:

Lehren und Lernen im Netzwerk Weiterbildung – Neue Integrationsansätze für Problemlösungen in der Jugend- und Erwachsenenbildung

Projektträger:

Volkshochschulverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Laufzeit: 01.04.2000 – 31.03.2005

Kurzbeschreibung:

Mit kommunalen und freien Trägern der Jugend- und Erwachsenenbildung wird ein offenes Lernnetzwerk aufgebaut, in das sich die beteiligten Partner mit Einzelprojekten zur Entwicklung von Voraussetzungen und Bedingungen für problembezogenes, selbstständiges Lernen einbringen.

Das Netzwerk dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch, auch über elektronische Medien, dem Transfer neuer Forschungs- und Erfahrungserkenntnisse, der Bereitstellung und Nutzung jeweiliger Beratungs- und Unterstützungspotenziale, der projektbezogenen Zusammenarbeit und der gemeinsamen Entwicklung von Projekten, der Öffentlichkeitsarbeit für Bildungskonzepte im Sinne lebenslangen Lernens in Kooperation mit Medien.

Das Modellprojekt geht vom notwendigen Paradigmenwechsel in der Bildung aus, dass

1. die Weiterbildung nicht die bloße Fortsetzung des Lernens nach der Erstausbildung sein kann, sondern sich im Prozess der Entwicklung des Menschen vollzieht,
2. Bildung und Weiterbildung zum lebenslangen Lernen befähigen und dazu
3. die Weiterbildung inhaltlich, organisatorisch, didaktisch-methodisch neue Ansätze benötigt, die den veränderten Lernanforderungen sowohl an die Lernenden als auch die Lehrenden entspricht.

Im Prozess des Lehrens und Lernens werden die Einflussfaktoren für entwicklungsfördernde und -hemmende Elemente bei der Gestaltung individueller Lernprozesse kritisch analysiert und im Netzwerk verallgemeinert.

Es werden kooperativ Konzepte und Curricula erarbeitet und erprobt, die die verschiedenen Lernfelder in der Interaktion von Lernenden und ihren spezifischen Biografien erschließen und zu aufgaben- und problembezogenem Lernen führen.

Auf diese Weise wird die Sozial- und Handlungskompetenz der Lernenden sowie der Lehrenden befördert.

Das Modellprojekt untersucht, wie selbstgesteuerte Lernprozesse in Gang gesetzt werden können und welche Entwicklungen und Ergebnisse sich dabei abzeichnen

- wie Lernortkooperationen von schulischer und beruflicher Erstausbildung und Weiterbildung inhaltlich und organisatorisch gestaltet werden können
- welche Veränderungen in der Herangehensweise an Bildungs- und Weiterbildungsprozesse notwendig sind, um Problemlösungsstrategien und Umsetzungsmöglichkeiten zu entwickeln
- welche Bedeutung dabei projektbezogenes und in pluralen Lernumgebungen erprobtes Lernen haben.

Der Modellcharakter dieses Projektes kommt insbesondere dadurch zum Tragen, dass die Evaluation des Lernens in unterschiedlichen Tätigkeits- Lebens- und Handlungszusammenhängen nicht nur veränderte Lehr- und Lernformen zur Verallgemeinerung bringt, sondern auch Konsequenzen für strukturelle und organisatorische Entwicklungen der institutionellen Weiterbildung aufzeigt.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

www.netzwerk-mv.com

Kontakt:

VHS-Verband Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Brigitte Winger – Verbandsdirektorin

Marion Wartumjan – Projektleiterin

Bertha-von-Suttner-Str. 05

19061 Schwerin

Telefon 0385/ 30 31 550 Telefax 0385/ 30 31 555

E-Mail: vhs-verband-mv@mvnet.de

WWW www.netzwerk-mv.com

Projektbezeichnung:

Der Tarifvertrag zur Qualifizierung in Baden-Württemberg für die Metall- und Elektroindustrie

Laufzeit: Tarifvertrag tritt am 1.09.01 in Kraft, ab 01.01.02 Anspruch auf das regelmäßige Qualifizierungsgespräch.

Kurzbeschreibung:

Der Tarifvertrag zur Qualifizierung unterscheidet zwischen betrieblicher und persönlicher Weiterbildung. Während bei der betrieblichen Weiterbildung die Kostenübernahme durch den Arbeitgeber erfolgt und die Maßnahmen im Rahmen der bezahlten Arbeitszeit stattfinden, erfolgt bei der persönlichen Weiterbildung ein Freistellungsanspruch und die Kostenübernahme durch die Beschäftigten.

Betriebliche Weiterbildung im Sinne dieses Tarifvertrages ist:

- Anpassungsqualifizierung mit dem Ziel, veränderte Anforderungen im eigenen Aufgabengebiet erfüllen zu können.
- Erhaltungsqualifizierung mit dem Ziel, die ständige Fortentwicklung des fachlichen, methodischen und sozialen Wissens im Rahmen des eigenen Aufgabengebietes nachvollziehen zu können. Dazu gehört auch das berufliche Basiswissen. Während die Anpassungsqualifizierung einen deutlichen Anforderungsbezug hat, nimmt Erhaltungsqualifizierung zusätzlich die jeweils individuelle Qualifikation in den Blick und ist etwas grundsätzlicher als Anpassungsqualifizierung.
- Qualifizierung zur beruflichen Entwicklung mit dem Ziel, eine andere gleich- oder höherwertige Arbeitsaufgabe für zu besetzende Arbeitsplätze übernehmen zu können. Dies gilt insbesondere beim Wegfall von Arbeitsaufgaben.

Kernpunkt des Tarifvertrags ist der Anspruch jedes Beschäftigten auf ein regelmäßiges (i.d.R. jährliches) Gespräch mit dem Arbeitgeber, in dem gemeinsam festgestellt wird, ob und welcher Qualifizierungsbedarf besteht und in dem die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen vereinbart werden. Wird zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern kein Einvernehmen über die Qualifizierungsbedarfe oder die daraus resultierenden notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen erzielt, wird diese Einigung in einem betrieblichen Konfliktlösungsverfahren gefunden.

Im Rahmen der Gespräche wird bei älteren Beschäftigten besonders auf deren Basiswissen im eigenen Aufgabengebiet eingegangen.

Für an- und ungelernte Beschäftigte sollen spezielle Programme vereinbart werden.

Die Tarifvertragsparteien schaffen eine gemeinsame Agentur zur Förderung der beruflichen Weiterbildung. Aufgabe dieser Agentur ist es z.B.

- in Konfliktfällen zur Weiterbildung zur Entscheidung beizutragen.
- bei Betrieben und Beschäftigten das Bewusstsein zu stärken, dass ständige berufliche Qualifizierung notwendig ist, in dem Bemühen, Qualifikationspotenziale der Beschäftigten zu nutzen.

- Weiterbildungsmaßnahmen für un- und angelernte Beschäftigte, ältere Beschäftigte und Beschäftigte nach Arbeitsunterbrechungszeiten (z.B. Kindererziehung) zu entwickeln.
- den Wandel der Qualifikationsanforderungen durch den Strukturwandel in der Metall- und Elektroindustrie zu beobachten und rechtzeitig Maßnahmen vorzuschlagen, die die Beschäftigungschancen der Beschäftigten nachhaltig fördern und Qualifikationsengpässen gegensteuern.
- Information und Transparenz bei den außerbetrieblichen beruflichen Qualifizierungsangeboten zu verbessern,
- Unternehmen und Betriebsräte über das Angebot, Durchführung und Methoden von Qualifizierungsmaßnahmen zu beraten. Dies gilt im Besonderen für eine Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen. Hierzu gehört auch die Beratung bei der Inanspruchnahme von Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik.
-

Beschäftigte haben unter Wahrung tarifvertraglich festgelegter Ankündigungsfristen nach 5 Jahren Betriebszugehörigkeit Anspruch auf eine, bis zu dreijährige Freistellung mit gleichzeitiger Wiedereinstellungszusage zur *persönlichen* beruflichen Entwicklung.

Besonderes Augenmerk wurde auf die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten für Beschäftigte in restriktiven Arbeitsbedingungen gelegt, die sich aufgrund einförmiger, monotoner, sich ständig wiederholender Arbeitsaufgaben mit geringen Anreizen und ohne Möglichkeit zu sozialen Kontakten nicht weiterentwickeln können. Sie sind bei der Besetzung von anderen gleich- oder höherwertigen Arbeitsaufgaben bei gleicher Eignung vorrangig zu berücksichtigen. Eine entsprechende Qualifizierung hat zu erfolgen.

Kontakt:

IG Metall, Bezirksleitung Baden-Württemberg, Dr. Martin Allespach

Hölzelweg 2

70191 Stuttgart

Telefon (0711) 16 58 142 Telefax (0711) 16 58 130

E-Mail martin.allespach@igmetall.de

WWW www.igm.de

Projektbezeichnung:

Entwicklung eines Akkreditierungssystems in Deutschland: Akkreditierung von Studiengängen mit den Abschlüssen Bachelor/Bakkalaureus und Master/Magister

Projektträger / durchführende Organisation:

Kultusministerkonferenz / Hochschulrektorenkonferenz als Träger des zentralen Akkreditierungsrates

Förderung: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (für die Probephase)

Laufzeit: zunächst Probephase 1999 bis 2002 (Grundsatzbeschluss der KMK zur Weiterführung der Akkreditierung liegt bereits vor)

Kurzbeschreibung:

Das neue Hochschulrahmengesetz (HRG) von 1998 ermöglicht deutschen Hochschulen, zunächst probeweise die international anerkannten Hochschulgrade Bachelor/Bakkalaureus und Master/Magister (BA/MA) einzuführen. Um die Qualität der neuen Studiengänge zu garantieren und um Hochschulen, Studierenden und Arbeitgebern eine verlässliche Orientierung bei verbesserter Transparenz zu bieten, beschlossen KMK und HRK die Einführung eines Akkreditierungsverfahrens für diese Studiengänge.

Der von KMK und HRK eingerichtete länderübergreifende Akkreditierungsrat hat die Grundlagen für ein System der Akkreditierung geschaffen: Dazu hat er einen Referenzrahmen für BA-/MA-Studiengänge sowie Mindeststandards und Kriterien für die Akkreditierung von Agenturen und von Studiengängen entwickelt.

Der Akkreditierungsrat hat die Aufgabe, Agenturen zu akkreditieren, die ihrerseits die Akkreditierung von Studiengängen vornehmen. Er nimmt zudem die Funktion eines Koordinators und kritischen Beobachters der von den Akkreditierungsagenturen durchzuführenden Verfahren wahr und fungiert als zentrale Dokumentationsstelle, die Transparenz hinsichtlich Kompatibilität und Gleichwertigkeit der neuen Studienangebote gewährleistet.

Die Akkreditierung steht unter den Prämissen, Qualität zu sichern, Studierbarkeit nachzuweisen, Vielfalt zu ermöglichen sowie Transparenz zu schaffen. Die Begutachtung auf der Grundlage fachlich-inhaltlicher Kriterien zielt auf die Frage ab, ob der Studiengang ein schlüssiges und kohärentes Bild im Hinblick auf gesetzte und zu erreichende Ziele ergibt. Die Akkreditierungsverfahren setzen eine Selbstdarstellung der beantragenden Institution voraus. Diese ist Grundlage eines Peer-reviewing, an dem bei der Akkreditierung von Studiengängen ausgewiesene Gutachter/innen der scientific community, im beruflichen Alltag erfahrene Praktiker/innen und Studierende mitwirken. Das Ergebnis ist entweder eine Akkreditierung oder eine Akkreditierung mit Auflagen oder eine Versagung der Akkreditierung.

Bisher sind folgende Agenturen berechtigt, das Qualitätssiegel des Akkreditierungsrates an von ihnen akkreditierte Studiengänge zu vergeben:

Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEVA)
Foundation for International Business Administration Accreditation (FIBAA)
Akkreditierungsagentur für Studiengänge der Ingenieurwissenschaften und der Informatik (ASII)
Akkreditierungsagentur für die Studiengänge Chemie, Biochemie und Chemieingenieurwesen an Universitäten und Fachhochschulen (A-CBC)
Akkreditierungs-, Zertifizierungs- und Qualitätssicherungs-Institut (ACQUIN)

Eine Liste der akkreditierten Agenturen und deren Tätigkeitsprofil ebenso wie die „Zentrale Liste aller akkreditierten Studiengänge“ findet sich auf der Homepage des Akkreditierungsrates: <http://www.akkreditierungsrat.de>

Darüber hinaus nimmt der Akkreditierungsrat wichtige Vernetzungsaufgaben im internationalen Bereich wahr. Er stimmt sich mit vergleichbaren Einrichtungen wie z.B. dem Österreichischen Akkreditierungsrat, dem Schweizerischen Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung, dem Ungarischen Akkreditierungskomitee (HAC) und dem Council for Higher Education Accreditation (CHEA) in den USA ab. Der Akkreditierungsrat ist u.a. Mitglied im International Network for Quality Assurance in Higher Education (INQAAHE) und im European Network for Quality Assurance in Higher Education (ENQA).

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Arbeitsberichte 1999/2000 und Juli 2001:
<http://www.akkreditierungsrat.de/arbeitsberichte.htm>

Bericht der Gutachtergruppe "Evaluation des Akkreditierungsrates"
(Das Dokument ist bei KMK und HRK erhältlich.)

Kontakt:

Geschäftsstelle des Akkreditierungsrates
Postfach 20 14 48
53144 Bonn

Hausadresse:

Kennedyallee 60
53175 Bonn

Telefon +49 (0) 228 302-283 Telefax +49 (0) 228 302-278

E-Mail: sekr@akkreditierungsrat.de

WWW www.akkreditierungsrat.de

Projektbezeichnung:

wbmonitor - Steter Informationsaustausch mit Weiterbildungsanbietern

Projekträger / durchführende Organisation:

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB); Feldarbeit der Initialphase: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES)

Förderung: Bundesministerium für Bildung und Forschung (bmb+f); Unterstützung auch durch die Bundesanstalt für Arbeit (BA)

Laufzeit: Initialphase 7'2001 bis 6'2002; danach fortlaufend

Kurzbeschreibung:

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) will die wachsende Bedeutung der Weiterbildung für den wirtschaftlichen Fortschritt unterstreichen und den Weiterbildungsmarkt stärken. Mit diesem Ziel wird ein Informationsaustausch mit Bildungsanbietern eingeleitet, der den Namen Weiterbildungsmonitor, kurz **wbmonitor**, tragen soll. Denn neue Entwicklungen werden in der Weiterbildung frühzeitig aufgegriffen. Die Veränderungen zum Beispiel hinsichtlich des Bedarfs an Qualifikationen, der interessierten Zielgruppen, der verfügbaren Medien oder neuer Zertifizierungssysteme sollen möglichst zeitnah erfasst und Analysen zugänglich gemacht werden. Auf diese Weise wird mehr Transparenz auf dem Weiterbildungsmarkt geschaffen.

In regelmäßigen repräsentativen Umfragen, etwa zweimal pro Jahr, können Weiterbildungsanbieter zu aktuellen Fragen ihre Erfahrungen und Meinungen abgeben. Damit tragen sie dazu bei, dass innovative Entwicklungen sichtbar und Fakten der interessierten Öffentlichkeit zugänglich werden, die politische Entscheidungsprozesse begründen können.

Die Initiative **wbmonitor** steht in enger Verbindung mit dem BIBB-Vorhaben „Qualitätsentwicklung in der Weiterbildung“ (QEWB). Vorgegangen sind eine Explorationsstudie für ein fachbereichsspezifisches Informationssystem „Qualifikationsentwicklung in den Humandienstleistungen“ und eine Machbarkeitsstudie zur regionalen Analyse von durch Kammern geregelten Weiterbildungsangeboten.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Initialerhebung begann im September 2001 bei rund 11.000 Anbietern beruflicher Weiterbildung, die mit ihrem Angebot in der Datenbank KURS der BA (Ausgabe 5'2001) vertreten waren. Bis Ende Oktober 2001 beteiligten sich rund 1.800 Weiterbildungsanbieter, die den Weiterbildungsmarkt über alle Bundesländer, für verschiedene Größenklassen und für verschiedene Bildungsziele (berufliche Weiterbildung allgemein; Weiterbildung zu Betriebs- oder Fachwirten, Fachkaufleuten; Weiterbildung zu Meistern; Weiterbildung zu Technikern oder zugehörigen Sonderfachkräften) bereits gut repräsentieren. Mit einer Erinnerungsaktion wurde im November 2001 begonnen. Inzwischen konnte dadurch die Zahl der Teilnehmer/innen am **wbmonitor** auf mehr als 3.000 gesteigert werden - eine solide Basis für den Start regelmäßiger Befragungen ab 2002.

Umsetzung der Ergebnisse:

Ergebnisse der Initialerhebung und späterer Befragungen werden den TeilnehmerInnen direkt zurück gemeldet und im Berufsbildungsbericht des bmb+f, in der Zeitschrift Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP) und über das Internet öffentlich verfügbar gemacht.

Die von den Befragten in der Initialerhebung am häufigsten benannten Trends in der Weiterbildung und Probleme von Einrichtungen sollen in folgenden **wbmonitor**-Erhebungen aufgegriffen und differenzierter behandelt werden.

Eine Erweiterung auf andere Anbieterkreise von Weiterbildung ist geplant. InteressentInnen können sich bereits jetzt beteiligen und über www.bibb.de, die BIBB Homepage im Internet, den Fragebogen ausdrucken, ausfüllen und einsenden.

Kontakt:

wbmonitor

Bundesinstitut für Berufsbildung

Dr. Gisela Feller und Hans-Joachim Schade

Hermann-Ehlers-Str. 10

53113 Bonn

Telefon: 0228/107 - 0, -1124, -1117 Telefax: 0228/107 - 2955, -2977

E-Mail: feller@bibb.de; schade@bibb.de

WWW www.bibb.de

Projektbezeichnung:

Weiterbildungskurse im Internet: Transparenz durch vergleichende Bildungstests

Projekträger/durchführende Organisation:

Stiftung Warentest

Kurzbeschreibung:

Für die Nutzer von Bildungsangeboten und die Kunden von Bildungsanbietern gehören Informationen über die Qualität der Weiterbildung zu den wichtigsten Grundlagen bei Bildungsentscheidungen. Pluralität und Wettbewerb in der Weiterbildung erstrecken sich auch auf die Qualitätsvorstellungen und -ansprüche. Die Qualität von Angeboten muss deshalb von den Anbietern nicht nur laufend entwickelt, sondern auch gesichert und dokumentiert werden.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, dass die Anbieter die Qualität ihrer Angebote verständlich definieren und damit das eigene „Soll“ erkennbar und überprüfbar machen. Dies gilt insbesondere dort, wo Einzelne – außerhalb der betrieblichen oder von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Weiterbildung – auf dem Weiterbildungsmarkt als Nachfrager auftreten.

Mit Hilfe von vergleichenden Untersuchungen von Bildungsangeboten und -anbietern auf regionalen Weiterbildungsmärkten kann der Verbraucher- und Teilnehmerschutz sowie die Qualitätsentwicklung der Anbieter gefördert werden. Daher haben sich Bundesregierung und Sozialpartner bereits im Rahmen des "Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" darauf verständigt zu "prüfen, ob und wie Bildungstests durch unabhängige Einrichtungen geeignet sein können, die Qualität beruflicher Weiterbildung voran zu bringen." (Beschluss der Bündnis-Arbeitsgruppe "Aus- und Weiterbildung" vom Februar 2000)

Ein Beispiel für solche vergleichenden Bildungstests ist die jüngste Untersuchung der Stiftung Warentest zu Weiterbildungsangeboten im Internet, deren Ergebnisse im Heft 11/2001 der Zeitschrift "test" veröffentlicht wurden.

Ergebnisse:

Ergebnisse des aktuellen Weiterbildungs-Tests in "test" Nr. 11/2001

Kontakt:

Stiftung Warentest

Lützowplatz 11-13

10785 Berlin

Telefon (030) 26 31-0 Telefax (030) 26 31-27 27

E-Mail email@stiftung-warentest.de

WWW www.warentest.de

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Dr. Uwe Bentrup, Referat 227

Dienstsitz Berlin

Hannoversche Str. 28-30

10115 Berlin

Telefon (01888) 57-5227

E-Mail: uwe.bentrup@bmbf.bund.de

Projektbezeichnung:

Qualitätssicherung in der beruflichen Weiterbildung: Zertifizierung nach ISO 9000 ff.

Projekträger/durchführende Organisation:

CERTQUA – Gesellschaft der Deutschen Wirtschaft zur Förderung und Zertifizierung von Qualitätssicherungssystemen in der Beruflichen Bildung mbH

Kurzbeschreibung:

Die CERTQUA ist eine Einrichtung der Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft (BDA, DIHK, ZDH und dem Wuppertaler Kreis) und akkreditierter Spezialdienstleister für den Bildungsbereich. Sie wurde am 29.4.1994 in Bonn gegründet und am 02.08.1994 in das Handelsregister Bonn unter der Nr. HRB 6652 eingetragen.

CERTQUA bietet Bildungseinrichtungen die Möglichkeit, ihr Qualitätsmanagementsystem nach der internationalen Normenreihe DIN EN ISO 9000 ff. zu zertifizieren. CERTQUA ist die einzige akkreditierte Zertifizierungsstelle in Europa, die schwerpunktmäßig im Bildungsbereich tätig ist. Hier ist die CERTQUA mittlerweile Marktführer.

Die zentrale Aufgabe von CERTQUA besteht in der Zertifizierung von Bildungsunternehmen auf Basis von internationalen Qualitätsstandards. Die Zertifizierung erfolgt überwiegend nach ISO 9000, auf Wunsch aber auch nach von Anbietern oder Verbänden selbst definierten Normen.

Ein zusätzlicher Aufgabenbereich besteht in Schulungsangeboten zu Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung für die Bildungswirtschaft. Hier werden Mitarbeiter von Bildungsorganisationen auf die Einführung eines professionellen Qualitätsmanagementsystems vorbereitet.

Ihre Kunden unterstützt die CERTQUA durch professionelle Management-Audits. Dazu führt sie Prüfungen schwerpunktmäßig in Deutschland, aber auch im Ausland durch. Die Auditoren der CERTQUA analysieren Prozesse in allen Funktionsbereichen, ermitteln Risiken und Optimierungspotenziale und empfehlen Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität und Effizienz.

Ergebnisse:

Bisher wurden über 500 Bildungsanbieter in Deutschland erfolgreich zertifiziert. Hinzu kommen in zunehmender Zahl internationaler Projekte. Das Umsatzvolumen der zertifizierten Bildungsanbieter beträgt etwa 1,5 Mrd. DM. Qualifizierungsmaßnahmen des Qualitäts- und Bildungsmanagements wurden ebenfalls national und international (Osteuropa, Naher Osten, Südamerika) erfolgreich durchgeführt.

Kontakt:

CERTQUA GmbH, Andreas Orru

Adenauerallee 8a

53113 Bonn

Tel.: 02 28/1 04 43 11

Fax: 02 28/1 04 43 13

E-Mail andreas.orrु@certqua.de

WWW www.certqua.de

IV. Lernen, Verantwortung zu übernehmen

Projektbezeichnung:

COMPASSION - Mensch sein für andere

Projektträger /durchführende Organisation:

Zentralstelle Bildung der deutschen Bischofskonferenz / Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg

Förderung: Als Modellversuch mit Mitteln der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Bildungsförderung, des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, Stuttgart, und der Erzdiözese Freiburg

Laufzeit: **Laufzeit:** Erste Praxisphase 1994-1996 an den Kath. Freien Schulen im Bereich der Erzdiözese Freiburg. Dann Pilotphase mit wissenschaftlicher Begleitung in den Schuljahren 1996/97 und 1997/98 an neun Schulen unterschiedlicher Schularten (Hauptsch., Fördersch., Realsch., Gymnasien verschiedenen Typs), inzwischen an Schulen der Schulstiftung und darüber hinaus fest installiert.

Kurzbeschreibung:

- a) Besonderheit: Verbindung der Elemente Praxis und Unterricht in allen Fächern
- b) Ziel: Entwicklung und Stärkung sozialverpflichteter Haltungen unter Jugendlichen
- c) Ausgangspunkt: Wahrnehmung eines sozialmoralischen Defizits
- d) Projektablauf: Die Schülerinnen und Schüler der 11. Klasse bzw. 9. Klasse gehen in der Regel für 2 Wochen in Altenheime, Krankenhäuser, Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen, Kindergärten, Sozialstationen, Einrichtungen für Obdachlose, Flüchtlinge usw. Die Lehrerinnen und Lehrer besuchen die Schülerinnen und Schüler am Praktikumsort, halten Kontakt und erarbeiten im Unterricht mit den Praktikanten verknüpfbare Themen. Compassion-Unterricht bedeutet besonders aber die Aufnahme relevanter Themen und Unterrichtsformen in den Ablauf des Fachunterrichts.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

- Die Ansprechbarkeit der Jugendlichen ist abhängig von ihrer sozialen Perspektive, vom Grad ihrer sozialen Integration, von der Qualität der Elternbeziehung, von geschlechtsspezifischen Sozialisationserfahrungen, von den Lehrerinnen und Lehrern, von der Qualität des Unterrichts.
- Während bloße Praktikumseindrücke sich rasch verflüchtigen, bringt die Verbindung mit Unterricht nachhaltige Wirkungen und führt zu Haltungen und Verhaltensänderungen.

- Darüber hinaus verändern die beiden Elemente des Projekts signifikant das Verhalten der Jugendlichen in Unterricht und Schule und auch im Zuhause.
- Literatur:
 1. Johann Baptist Metz, Lothar Kuld, Adolf Weisbrod:
„Compassion – Weltprogramm des Christentums“
168 Seiten, Herder-Verlag
 2. Lothar Kuld/Stefan Gönneheimer:
„Compassion – Sozialverpflichtetes Lernen und Handeln“
220 Seiten, Kohlhammer-Verlag
Engagement - Zeitschrift für Erziehung und Schule 2/2000 „Compassion“.
(Dokumentation der Fachtagung zu diesem Thema)
Herausgegeben vom Arbeitskreis katholischer Schulen in freier Trägerschaft,
145 Seiten, Aschendorff Verlag
 3. Compassion – Soziales Handeln lernen – Materialien für den Fachunterricht
91 Seiten, Herausgegeben von der Zentralstelle Bildung der Deutschen Bischofskonferenz,
Kaiserstraße 163, 53113 Bonn, Tel.: 0228/103250, E-Mail: ZSBildung@dbk.de
 4. Ergänzende Literatur:
Leonard Boff: Prinzip Mitgefühl, Texte für eine bessere Zukunft, Herder-Spektrum 1999

Umsetzung der Ergebnisse:

- a) Zertifikate über die Teilnahme, Schülerberichte, Publikationen
- b) Übernahme des Projekts an Kath./Ev. Freien Schulen, ministerielle Empfehlung für die staatlichen Schulen des Landes Baden-Württemberg

Kontakt:

Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg, Stiftungsdirektor Dietfried Scherer
Münzstrasse 1
79098 Freiburg
Telefon 0761/2188-216 Telefax 0761/2188-556
E-Mail schulstiftung@ordinariat-freiburg.de
WWW www.schulstiftung-freiburg.de

Projektbezeichnung:

STEP 21 – die Jugendinitiative für Toleranz und Verantwortung

Projekträger / durchführende Organisation:

Jugend fordert! gemeinnützige GmbH, Gesellschafter: Bertelsmann, DaimlerChrysler, Siemens und Sonja Lahnstein (geschäftsführend)

Förderung: Die Finanzierung erfolgt über Spendeneinlagen durch Bertelsmann, Daimler-Chrysler und Siemens in die gemeinnützige GmbH sowie viele Sachleistungen und projektbezogene Unterstützung durch Unternehmen, Stiftungen, Personen und andere Institutionen

Laufzeit: Juli 1998: Projektstart (abgesichert zunächst bis 2004)

Juli bis Dezember 1998: Konzeptentwicklung und Aufbau der Geschäftsstelle

Januar bis Oktober 1999: Erprobungsphase für die STEP 21-Box, das interaktive und multimediale Lernpaket

Oktober 1999 bis April 2000: Implementierung und Überarbeitung der STEP 21-Box

Seit April 2000:

- STEP 21-Box in über 2000 Schulen und Jugendeinrichtungen in allen Bundesländern im Einsatz
- Mehr als 100 Fortbildungs- und Einführungsveranstaltungen mit Pädagogen
- Aufbau von Medienkooperationen (mit Süddeutsche Zeitung, Radio Bremen, Hamburger Morgenpost, AOL, usw.)
- interaktive ausführliche Website
- Bustouren: Deutschland / Sachsen-Anhalt / Brandenburg / Baden-Württemberg
- Projekte und Wettbewerbe: Best of Hamburg, Best of Bremen, Best of Berlin, Fremd-Vertraut deutschlandweit, Tagebuch der Toleranz, Toleranztour bei der Expo 2000, E-Card-Wettbewerb, etc.
- Präventions-Workshops in Kerpen, Meinerzhagen, Halle, Magdeburg, Potsdam, Dresden, Hamburg, Gütersloh und vielen anderen Orten

April 2001 bis Ende 2001:

Neuaufgabe der STEP 21-Box, Fairlink (Kampagne für Toleranz und Fairplay im Internet) mit 15 originellen neuen Jugendprojekten und der Arbeit an der Netiquette for Toleranz, STEP 21-Book of Friendship

Pläne für 2002:

Verbreitung und Implementation der STEP 21-Box in Israel, Österreich und der Schweiz, Entwicklung einer II. STEP 21-Box, Jugendkongress, Werbe- und PR-Kampagne mit jugendlicher Zielgruppe, Ausbau der Website zum community-orientierten Portal für Jugendliche zu Themen und Inhalten von STEP 21, regionale Zeitungs-Jugendprojekte im deutsch-polnischen Raum und in Sachsen, weitere Medienkooperationen.

Kurzbeschreibung:

Ziel:

STEP 21 will im Dialog mit und unter Jugendlichen demokratische Werte wie Toleranz und Verantwortung fördern. Niemand aber kann Toleranz und Zivilcourage erzwingen. Demokratie muss konkret erfahren werden. Jugendliches Engagement und pädagogische Arbeit brauchen Unterstützung.

STEP 21 bietet ein Forum für Jugendliche und ihre Ideen sowie Konzepte für die pädagogische Praxis, die an den jeweiligen Bedingungen vor Ort konkretisiert werden.

Wertefragen werden anhand alltäglicher Lebenssituationen Jugendlicher thematisiert. Realitätsnahe Situationen fordern heraus, die eigene Position zu klären und zu stärken. Sozialkompetenz und Orientierungsfähigkeit stehen im Vordergrund.

STEP 21 nimmt die mediale Neugier der Jugendlichen auf. Comic, Soap, Video und Internet sind Bestandteile ihres Lebens; konsequenterweise finden sie sich auch in der STEP 21-Box. Dieses interaktive Medienpaket bietet Inhalte für den Computer- und Interneteinsatz in Schule und Jugendarbeit: projektorientiert und fächerübergreifend. So wird auch Medienkompetenz inhaltsbezogen gefördert.

Die handlungsorientierte Ausrichtung der Materialien und der Aktionen eignet sich zur Umsetzung in allen Schulformen (einschließlich der berufsbildenden Schulen) und im außerschulischen Jugendbereich.

STEP 21 bietet ergänzend eine virtuelle Bühne für die Produkte von Jugendlichen.

STEP 21 baut Brücken zwischen Freizeit und Schule, zwischen realer und virtueller Welt, zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, zwischen Laien und Profis. Neben Jugendlichen werden Pädagogen angesprochen und durch methodische Bausteine, Arbeitsblätter, Vernetzung und reale wie virtuelle Austauschmöglichkeiten unterstützt.

Jugendliche und Pädagogen gestalten über das STEP 21-Netzwerk die Initiative mit und füllen sie mit Leben. Mit dem STEP 21-Netzwerk kommen Jugendliche aber auch direkt miteinander ins Gespräch. Hier werden ihre Ideen betreut und bundesweit verknüpft und sie erfahren eine Öffentlichkeit, die ihnen sonst oft verwehrt bleibt.

Ansporn für Jugendliche sind kleine Auszeichnungen, eigene Sendeformate für engagierte Projekte von Jugendlichen, projektgebundene Förderungen und der Kontakt zu jugendlichen Promis. Außerdem wirkt z.B. Regisseur Steven Spielberg als Kuratoriumsmitglied mit, viele Prominente engagieren sich persönlich, Bundespräsident Johannes Rau ist Schirmherr.

STEP 21 kooperiert bei der Entwicklung und Umsetzung von Ideen mit Partnern aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur, Soziales.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Pilotphase wurde umfassend evaluiert: durch eine begleitende Magisterarbeit, eine umfangreiche Befragung der beteiligten Pädagogen, die 1. STEP 21-Tagung des Pädagogennetzwerks und nicht zuletzt durch Schülerbefragungen. Ein begleitendes wissenschaftlicher Evaluationsvorhaben (Dissertation) wurde seitens der Universitäten Münster und Hamburg initiiert. Die wichtigsten Ergebnisse zum Konzept „Box und Netz“ waren bislang:

- Der medienpädagogische Ansatz über die STEP 21-Box erreicht Jugendliche (je nach Medium leicht unterschiedliche Altersgruppen).
- Geeignete Umsetzungsmöglichkeiten bieten sich aufgrund der handlungsorientierten Ausrichtung für alle Schulformen und die außerschulische Jugendarbeit.
- Die Motivation durch die ergänzenden Wettbewerbe und vor allem durch die Öffentlichkeit (Webauftritt, Radiosendung) steigt enorm.
- Der Ansatz führt zu einem hohen Maß an Eigenständigkeit und Verantwortungsübernahme durch die Jugendlichen.
- Die Einbindung von Software-Komponenten wirkt sehr motivierend und ermöglicht das Erstellen professioneller Medienprodukte.
- Es besteht ein deutliches Interesse bei lokalen Medien über derartige Aktivitäten zu berichten.

Umsetzung der Ergebnisse:

Je nach Anfrage und Möglichkeiten werden die Konzeptelemente von STEP 21 zielgerichtet konkretisiert. Formate gibt es unter anderem zu folgenden Bereichen:

- Schulungen von Pädagogen in der Arbeit mit der Box
- Workshops mit Jugendlichen zu Elementen der Box, z.B. Comic- und Musikworkshops
- Ausstellungen der Erfahrungen und Produkte von Jugendlichen sowohl im Internet als auch real
- Mobile Aktivitäten mit dem STEP 21-Bus
- Sendeformate für ein Jugendradio, zur Zeit bei Radio Bremen
- Jugendkongresse
- Unterstützung eigener Projekte der Jugendlichen
- Medienkooperationen für Toleranz-Aktionen und Wettbewerbe

Kontakt:

Jugend fordert! gemeinnützige GmbH

Jochen Bauer (Projektleitung Pädagogik),
Baumwall 7
20459 Hamburg
Telefon 040 / 378 596-15 Telefax 040 / 378 596-13
E-Mail bauer.jochen@step21.de
WWW www.step21.de

Projektbezeichnung:

"Sozial Handeln" - sozial tätig sein - sich engagieren (PSH)

Projektträger / durchführende Organisation:

Sächsisches Staatsministerium für Kultus / Sächsische Arbeitsstelle für Schule und Jugendhilfe e.V.

Förderung: Vollfinanzierung im Rahmen des „Schule - Wirtschaft/Arbeitsleben“ des BMBF; Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds

Laufzeit: 2000 – 2002

Kurzbeschreibung:

Das Sächsische Projekt "Sozial Handeln - sozial tätig sein - sich engagieren" ist ein spezifisches Projekt im Rahmen schulischer Berufsorientierung. Die Besonderheit besteht zum einen in einem weiten Verständnis von Berufsorientierung und zum anderen in der Ausrichtung auf ein spezifisches Feld der Arbeitswelt, nämlich der sozialen Arbeit. Alle Projektaktivitäten haben das Anliegen, Persönlichkeitseigenschaften und Kompetenzen zu fördern, die am Übergang von der Schule zur Arbeitswelt und darüber hinaus wichtig und bedeutsam sind. Hierzu gehören neben allgemeinen Wissensbeständen vor allem stabile Selbstkonzepte, soziale Kompetenzen, Fähigkeiten zu selbst- und mitverantwortlichem Handeln, Kreativität sowie affektive Eigenschaften. Durch eine Reihe langfristiger unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Aktivitäten, die durch Kooperationen mit verschiedenen sozialen Dienstleistern möglich werden, machen die beteiligten Schülerinnen und Schüler Erfahrungen aus erster Hand. Solche Erfahrungen zu reflektieren und eigene Erwartungen, Neigungen und Interessen zu verbalisieren sind wichtige Prozesse innerhalb des Projektes „Sozial Handeln“. Neben dem exemplarischen Bezug auf ein spezielles Segment der Arbeitswelt für die praxisnahe Ausgestaltung von Maßnahmen der Berufsorientierung, geht es mit dem Bezug auf die soziale Arbeit aber auch um die Motivierung zu ehrenamtlichem Engagement. So ist es auch ein Anspruch des Projektes, Gemeinsinn und Eigeninteresse zu verbinden und einen Beitrag für zivilgesellschaftliches Handeln zu leisten.

Am Projekt sind sieben sächsische Schulen beteiligt, die teilweise vertraglich mit insgesamt 20 sozialen Einrichtungen kooperieren. Die Kooperationspartner bringen sich z.B. durch arbeitsweltbezogene Bildungs- und Informationsangebote, durch die Bereitstellung und Betreuung von Praktikumsstellen und durch die Vermittlung und Organisation gemeinsinnfördernder Aktivitäten ein. Dabei ist eine Verbindung von unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Aktivitäten an den Projektschulen kennzeichnend für die Komplexität des Projektes. In jeder der am Projekt beteiligten Schulen existieren eine Reihe unterschiedlicher Projektbausteine.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Alle sieben sächsischen projektbeteiligten Schulen haben seit dem Projektstart im Herbst 2000 eine Projektkonzeption mit unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Projektbausteinen

erarbeitet. Die Umsetzung der einzelnen Projektbausteine ist permanent Gegenstand der schulischen Aktivitäten.

Unterrichtliche Projektmodule sind z.B.

- „Fit für einen sozialen Beruf“, bei dem es fächerübergreifend u.a. um Themen wie Struktur, Organisation und Finanzierung sozialer Dienste geht,
- Projekttag zum Thema „ Sozial Handeln - Miteinander leben“,
- Wissenschaftlich-empirische Projekte im Rahmen der Studienwoche Klasse 11,
- Sozial- bzw. Diakoniepraktika der 10. Klassen.

Im außerunterrichtlichen Bereich existieren eine Reihe von differenzierten Projekten unter den Überschriften:

- „Schulsanitäter“
- „Schüler für Schüler“
- Schüleragentur zur beruflichen Frühorientierung
- Schüler als Jugendleiter
- „Schüler für Senioren, Behinderte, Benachteiligte und Kranke“
- „Betreuungsservice für Senioren und Behinderte“
- Schüler engagieren sich für Benachteiligte

Kontakt:

Sächsische Arbeitsstelle für Schule und Jugendhilfe e.V.; Andreas Wiere, Evelyn Scholz
Alaunstraße 11
01099 Dresden
Telefon 0351 / 4906867 Telefax 0351 / 4906874
E-Mail schule.und.jugendhilfe@t-online.de

Projektbezeichnung:

Teach your Teacher

Projektträger / durchführende Organisation:

Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises

Förderung: Gesamtkostenträger Main-Taunus-Kreis

Laufzeit: Seit Februar 2001 bis vorläufig 31.12.2001

Kurzbeschreibung:

Schülerinnen und Schüler von gymnasialen Oberstufen des Main-Taunus-Kreises vermitteln Informatikkenntnisse an Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer.

Darüber hinaus werden im Bedarfsfall auch Oberstufenschülerinnen und -schüler zur Einweisung von Grundschulern in die EDV eingesetzt.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Maßnahme wurde an bisher an sieben Grundschule bei hoher Akzeptanz der Lehrerschaft durchgeführt.

Umsetzung der Ergebnisse:

Die Umsetzung der Ergebnisse erfolgt im Unterrichtsbereich. Die Lehrerinnen und Lehrer werden in die Lage versetzt, die vom Schulträger beschaffte Informationstechnik sachgemäß zu bedienen und im Unterricht einzusetzen.

Kontakt:

Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises, Klaus Eckert

Am Kreishaus 1 – 5

65719 Hofheim am Taunus

Telefon 06192 2011513 Telefax 06192 2011915

E-Mail: Klaus.Eckert@mtk.org

WWW www.mtk.org

Projektbezeichnung:

SMS – SOZIAL MACHT SCHULE. Das Sozialpraktikum

Projektträger / durchführende Organisation:

ASB Hamburg in Kooperation mit der BSJB HH / Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg in Kooperation mit der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung

Förderung: Bis Ende 2001 durch BSJB

Laufzeit: Seit 1998

Kurzbeschreibung:

Das Projekt richtet sich an Schüler, Lehrer, Eltern und andere Interessierte. Es unterstützt Lehrerinnen und Lehrer bei der Vor- und Nachbereitung sowie bei der Durchführung eines Sozialpraktikums. Es bietet fachliche Beratung und Begleitung und stellt Hintergrundinformationen zur Auswertung bereit. Es informiert über grundlegende Zusammenhänge der Sozialstaatlichkeit und lässt nachhaltige persönliche Bindungen zu Menschen und Institutionen entstehen. Es ist als ein Scharnier zwischen Sozialerziehung, Berufsorientierung und Freiwilligentätigkeit zu sehen und trägt somit zum Verstehen des Gemeinwesens und der Gesellschaft bei.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Schriftliche Berichte und Aufzeichnungen von Schülerinnen und Schülern

Interaktive CD-ROM mit Unterrichtsmaterialien, Informationen und Berichten, Eigenverlag, Hamburg 2001

Handreichungen zum Sozialpraktikum, FHH - BSJB und ASB, Hamburg, 1998

Berufsorientierung in Hamburg, - Projekte, Beispiele und Ideen zum neuen Lernen in der Berufsorientierung -, S. 35, BSJB, Hamburg, 2001

Kontakt:

Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg, Rainer Micha

Lupinenweg 12

22549 Hamburg

Telefon 040-83398-121 Telefax 040-83398-123

E-Mail Rmicha@asb-hamburg.de

WWW www.sozialpraktikum.de

Projektbezeichnung:

Time for peace!

Projektträger / durchführende Organisation:

Hubertus-Schwartz-Berufskolleg

Kurzbeschreibung:

Bereits seit 1995 besteht die Partnerschaft zwischen dem Hubertus-Schwartz-Berufskolleg Soest und der Srednja Strucna Trgovinska Skola in Sarajevo. Im April 2000 treffen sich Schülerinnen und Schüler beider Schulen in Soest, um gemeinsam die Projektwoche "Time for peace" durchzuführen. Die Schülerinnen und Schüler aus Soest entwerfen das Rahmenprogramm der Projektwoche und führen verschiedene Aktionen zur Finanzierung durch. Ebenso bemühen sie sich um Gastfamilien, bei denen die Gäste aus Sarajevo untergebracht werden können.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Projektwoche sind die Vereinigung beider deutscher Staaten 1990 und die Aufarbeitung der Kriegserfahrungen aus dem Bosnienkrieg 1991 bis 1995. Die Arbeit zu den Themen wird in beiden Schulen, zum Teil integriert in den Unterricht, vorbereitet. Die deutschen Teilnehmer beschäftigen sich mit der Situation bosnischer Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland sowie dem zunehmenden Rechtsextremismus. Die Themen werden in deutsch-bosnischen Kleingruppen bearbeitet. Am Ende entwerfen die Jugendlichen einen Forderungs- und Maßnahmenkatalog für eine gewaltfreie Gesellschaft und gestalten eine Zukunftswerkstatt und eine öffentliche Präsentation der Arbeitsergebnisse.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Im Rahmen der Schulpartnerschaft zwischen dem Hubertus-Schwartz-Berufskolleg in Soest und der Srednja Strucna Trgovinska Skola (Kaufmännische Schule) in Sarajevo führen bosnische und deutsche Jugendliche gemeinsam eine Projektwoche mit dem Titel "Time for peace" durch.

Umsetzung der Ergebnisse:

Die Schulpartnerschaft ermöglicht persönliche Kontakte zwischen Jugendlichen verschiedener Religionen und Nationalitäten und trägt so zu gegenseitigem Verständnis und Toleranz bei.

Schulpartnerschaft ist hier weit mehr als persönliche Begegnung. Es ist gemeinsame Arbeit an einem Thema mit jeweils großer Erfahrungsdifferenz.

Das Projekt ist ein besonderer Beleg für die Möglichkeit, Gewalt in der Politik in der Schule als Lernanlass aufzugreifen.

Dafür, dass die Schule vorbildlich das Klima und die Infrastruktur für das demokratische Engagement junger Menschen geschaffen hat, erhielt sie den Robert-Jungk-Preises 2001 „Bündnis für Zivilcourage“.

Zur Zeit führen die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit den Schülern der Srednja Strucna Trgovinska Skola das Projekt „Demokratie life – transparent und bürgernah?“ durch.

Kontakt:

Hubertus-Schwartz-Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung, Herr Tiemann

Hattroper Weg 16

59494 Soest

Telefon 02921 - 36640 Telefax 02921 - 2963

E-Mail info@hubertus-schwartz-soest.de

WWW www.Hubertus-Schwartz-Soest.de

Programmbezeichnung:

BLK-Programm „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung („21““

Programmträger / durchführende Organisation:

Freie Universität Berlin, Arbeitsbereich Umweltbildung, Prof. de Haan

Förderung: Bund, Länder (Modellversuchsprogramm BLK)

Laufzeit: bis 2004

Kurzbeschreibung:

In unmittelbarer Folge des Orientierungsrahmens der BLK "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" entstand in inhaltlicher Abstimmung mit dem Bund und den Ländern ein BLK-Modellversuchsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Kurzbezeichnung „21“), an dem sich 15 Länder beteiligen. Mit dem Programm sollen bis zum Jahr 2004 neue Ansätze für eine schulische Bildung für eine nachhaltige Entwicklung erprobt und die Ergebnisse möglichst weitgehend in die schulische Regelpraxis integriert werden.

Das Programm „21“ bezieht sich konzeptionell in erster Linie auf den Partizipationsgedanken der Agenda 21: Wenn man möglichst viele Menschen und möglichst verschiedene Bevölkerungsschichten erreichen möchte, müssen die Modelle nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens in der Gesellschaft entwickelt und gestaltet werden.

Die für das Programmkonzept entscheidende Grundstruktur ist das Schulnetz. Die Schulen in den beteiligten Ländern arbeiten in „Schulsets“ zusammen. Ein Set besteht aus ca. sechs bis acht Schulen, die eines der Themenfelder aus den Unterrichts- oder Organisationsprinzipien der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ gemeinsam bearbeiten; pro Land gibt es ein bis drei Sets. Dazu kommen Kooperationen mit bundesweit agierenden Netzwerken und Kampagnen, in erster Linie "Umweltschule in Europa" und „GLOBE GERMANY – Programm“. Anders als bei Entwürfen, die als Ausgangspunkt die isolierte Einzelschule in den Blick nehmen, kann man sich von der Idee des Netzwerks eine gegenseitige Bereicherung und zugleich Verringerung der Störungsanfälligkeit der Arbeit versprechen. Das schließt insbesondere auch die Ansätze zur Öffnung der Schulen mit außerschulischen Partnern, z. B. Kooperation mit den Einrichtungen der Jugendhilfe mit ein. Der Programmträger ist im Arbeitsbereich Umweltbildung der Freien Universität Berlin angesiedelt. Er unterstützt die Länder bei der jeweils landesspezifischen Koordinierung der eigenen Programmsets sowie bei der Umsetzung des Programms, leistet thematische und strukturelle Entwicklungsarbeit; ist zuständig für die Durchführung der Evaluation, gibt Materialien für den Unterricht heraus, bietet länderübergreifende Fortbildungen zu inhaltlichen Themen wie zum Projektmanagement an und gewährleistet die länderübergreifende Kooperation und Vernetzung. Der regionale und überregionale Austausch wird zum einen durch das Internet (www.blk21.de), einen monatlich erscheinendem Rundbrief, die Zeitschrift "21" und Handreichungen gewährleistet (auch als CD-ROM). Gleichwertig daneben stehen Formen direkter Kommunikation in länderübergreifenden Arbeitsgruppen, bei Fortbildungsveranstaltungen und Tagungen. Neben einer relativ stabilen generellen Vernetzung durch thematisch gebündelte

Arbeitsgruppen gibt es die flexible Möglichkeit, nachfrageorientierte „Kooperationen auf Zeit“ bei Fortbildungsveranstaltungen u.ä. anzubahnen.

Über die in allen BLK- Programmen etablierten Strukturen (Programmträger, Programmkoordinator, Lenkungsausschuss) hinaus verfügt das Programm "21" über einen Beirat und eine Arbeitsgruppe Evaluation.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Entwicklung des Gesamtprogramms und der Teilprojekte wurde bisher zu zwei Terminen (März und August 2000) erfasst und dokumentiert. Danach wurden im ersten Laufjahr des Programms in Kooperation mit den Ländern die Programmstruktur sowie das Vernetzungs- und Unterstützungssystem etabliert und nach erster Erprobung an einigen Punkten modifiziert.

Im August 2000 waren 167 Schulen an der Realisierung des BLK-Programms "21" beteiligt. Eine Reihe von Sets arbeitet noch in der Phase der Konzeptentwicklung und -fertigstellung. Eine große Zahl meldet allerdings schon Umsetzungsergebnisse, vor allem dann wenn die Ziele des Programms mit landeseigenen Förderprogrammen und Umsetzungsstrategien verknüpft werden konnten.

Insgesamt hat das BLK-Programm „21“ die Anfangsphase hinter sich gelassen.

Leistungsstrukturen bis zur Schulebene sind fest eingerichtet; die Schulen sind bis auf wenige Einzelfälle benannt und in das Programm eingebunden. Konzepte zu den einzelnen thematischen Schwerpunkten und zum Methodenrepertoire für die Vermittlung von Gestaltungskompetenz werden gemeinsam von den Ländern in Kooperation mit der Koordinierungsstelle erarbeitet und umgesetzt, eine Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern ist etabliert und es wurden Maßnahmen zur Sicherung von Kommunikation und Verbindlichkeit in den Sets ergriffen.

Der BLK-Kongress „Zukunft lernen und gestalten – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ fand am 12./13. Juni 2001 in Osnabrück statt. Er wurde im Auftrag der BLK unter Federführung des Landes Niedersachsen gemeinsam mit den Ländern, dem Bund und Wissenschaftlern vorbereitet und durchgeführt und vom BMBF finanziell gefördert. An dem Kongress haben ca. 550 Fachleute aus allen Bundesländern und aus dem benachbarten Ausland sowie aus Brasilien teilgenommen, darunter Vertreterinnen und Vertreter von 66 Praxisprojekten.

Zu allen Bildungsbereichen und wichtigen Handlungsfeldern wurden „Expertisen“ erstellt, die wesentliche Entwicklungen der letzten Jahre, zentrale Umsetzungsfragen sowie den besonderen Entwicklungs- und Förderungsbedarf behandeln. Die Expertisen können auf der Internetseite des Kongresses www.blk-kongress.de, die beteiligten 66 Projekte auf der CD-ROM „66 gute Praxisbeispiele zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ eingesehen werden.

Kontakt:

Freie Universität Berlin

Koordinierungsstelle für das BLK-Programm „21“, Frau Harenberg

Arnimallee 9, 14195 Berlin

Tel.: 030/838-52515/52729; Fax: 030/838-75494

E-Mail: info@blk21.de

V. Die Lehrenden: Schlüssel für die Bildungsreform

Projektbezeichnung:

Abgestimmte Trainingsmaßnahmen für Lehrkräfte, Schüler und Schülerinnen in Grund- und Hauptschulen zur Förderung von grundlegenden Voraussetzungen für lebenslanges Lernen

Projektträger / durchführende Organisation:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein / Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) an der Universität Kiel

Förderung: Bund, Land (BLK Modellversuchsprogramm), Europäischer Sozialfonds

Laufzeit: 1.4.2000 bis 31.3.2005

Kurzbeschreibung :

Grundlegende motivationale und kognitive Voraussetzungen für lebenslanges Lernen sollen durch Trainingsmaßnahmen gefördert werden, die bei Schülern der Grund- und Hauptschulen und deren Lehrkräften ansetzen und systematisch abgestimmt sind. Da sich die Probleme und Zielstellungen der Grund- und der Hauptschule unterscheiden, erfolgt die Arbeit in zwei getrennten Schulsets. Bei gemeinsamen Problemlagen und Arbeitsphasen wird über die Setzgrenzen hinweg eng kooperiert. Bereits im Grundschulalter muss lebenslanges Lernen pädagogisch gezielt vorbereitet werden. Wesentliche Aufgaben der Grundschulen bestehen darin, grundlegende Strategien des Lernens und der Regulation von Lernmotivation aufzubauen. Eine ausschlaggebende Rolle spielt dabei die Lehrkraft, die als Vorbild und Coach fungiert und die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von selbstbestimmtem und selbstgesteuertem Lernen schaffen kann. Aus diesem Grund erfolgt eine Vorbereitung der Lehrkräfte auf diese Aufgaben durch Fortbildungsmaßnahmen und durch die kooperative Erarbeitung von Prinzipien für die Unterrichtsgestaltung und von speziellen Unterrichts- und Trainingseinheiten für die Schüler. Im Hauptschulbereich lassen sich gravierende Defizite in der Lernkompetenz und der Lernbereitschaft erkennen. Als besonders alarmierend muss die äußerst geringe Lernmotivation und Anstrengungsbereitschaft gelten. Ziel des Vorhabens in diesem Bereich ist es deshalb, kompensatorische Maßnahmen zur Steuerung von Lernmotivation entwickeln und zu erproben. In Zusammenarbeit mit den Lehrkräften werden Grundmuster der Unterrichtsführung ausgearbeitet, die die Entwicklung der motivationalen Selbstregulierung unterstützen. Es werden spezielle Unterrichts- und Trainingseinheiten ausgearbeitet, die bedeutungsvolle und positive Lernerfahrungen, Kompetenzerlebnisse und die Reflexion von Lernzugängen und Einstellungen ermöglichen. Eine besondere Rolle spielen dabei Bezüge zu beruflichen Tätigkeitsfeldern und zu außerschulischen Lebensbereichen bzw. Interessen.

Kontakt:

Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) an der Universität Kiel, Klaudia
Kramer (Grundschulset), Brigitte Döring (Hauptschulset), Prof. Dr. Manfred Prenzel

Olshausenstraße 62

24098 Kiel

Telefon: 0431 / 880-3093 Telefax 0431 / 880-5211

E-Mail kramer@ipn.uni-kiel.de, doering@ipn.uni-kiel.de

WWW www.die-frankfurt.de/LLL

Projektbezeichnung:

Förderung der fachlichen und didaktischen Kompetenz von Lehrerinnen und Lehrern im Bereich sozio-ökonomischer Bildung durch neue internetgestützte Formen der Fortbildung

Projektträger / durchführende Organisation:

Hessisches Kultusministerium / Hessisches Landesinstitut für Pädagogik

Förderung: 68,75 %ige Finanzierung im Rahmen des „Schule - Wirtschaft/Arbeitsleben“ des BMBF; Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds; Land Hessen

Laufzeit: 1999-2002

Kurzbeschreibung:

Ziel des Projekts ist die fachliche und methodisch didaktische Lehrerfortbildung im Bereich sozioökonomischer Bildung mit der Intention, Schüler/innen im Hinblick auf ihre Berufswahlentscheidungen besser fördern und unterstützen zu können. Zugleich versteht sich das Projekt als Pilotprojekt für die Erprobung und Etablierung eines Internet gestützten Fortbildungsangebots für hessische Lehrer und Lehrerinnen. Um die Zielsetzungen zu erreichen, wird die Ebene der medialen - methodischen Kompetenz mit der Ebene der fachlich - didaktischen Kompetenz verbunden.

Auf der fachlich - didaktischen Ebene geht es um die Erschließung bzw. Auffrischung eines Wissensgebietes: Zu den inhaltlichen Schwerpunkten "Regionale Wirtschaftsstruktur" und "Der Betrieb im Wirtschaftssystem" wurden / werden Fortbildungsangebote entwickelt. Sie gliedern sich in Phasen der Sachinformation, Phasen der Produktion / Erarbeitung, Phasen der Publikation und der Auswertung.

Auf der medialen - methodischen Ebene geht es um "klassische" Fähigkeiten in der Nutzung neuer Medien (Kommunikation und Recherche im Netz, Selektion, Bewertung und Aufbereitung von Information, Bereitstellung von Information im Netz) aber auch um die Vermittlung von neuen Lernkompetenzen für E-Learning Prozesse ("virtuelle" Teamarbeit und Kommunikation, selbstorganisiertes, selbstverantwortliches Lernen). Die Teilnehmenden sollen damit befähigt werden, Schüler/innen besser fördern zu können, wenn es darum geht, lebenslanges Lernen als selbstverständlichen Eigenlernprozess zu begreifen, zu akzeptieren und durchzuführen.

Das Hessische Kultusministerium unterstützt das Projekt personell und mit 31,25% der Kosten.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Zu Beginn des Projekts lag der inhaltliche Schwerpunkt auf der kooperativen Bereitstellung von Materialien zur Unterrichtsentwicklung und dem Umgang mit dem Internet. Es zeigte sich jedoch, dass auch bei Nutzung des Internets das Interesse an einem Materialaustausch nicht längerfristig trägt. Lehrer und Lehrerinnen erwarten von einer Fortbildung eine deutlich Komponente der Eigenqualifikation.

Diese Erwartungen wurde als Zwischenergebnis festgehalten. Konsequenter Weise wurde ein verändertes Konzept entwickelt, das den Aspekt der sowohl fachlich - didaktischen wie

auch der medialen - methodischen Eigenqualifikation der Teilnehmenden in den Vordergrund stellt. Derzeit läuft zum Schwerpunktbereich "Regionale Wirtschaftsstruktur" eine Fortbildung zum Thema "e-commerce".

Umsetzung der Ergebnisse:

Für den ersten Durchgang der neu konzipierte Fortbildung wurden die Teilnehmer/innen durch Ausschreibung im Amtsblatt des Hessischen Kultusministers gewonnen. Mit einer Präsenzphase im Mai startete das Projekt mit 29 hessischen Lehrerinnen und Lehrern. Bis zur Abschlussphase dezimierte sich die Teilnehmerzahl auf 25. Ein zweiter Durchgang Anfang November begann mit 30 Lehrkräften. Durch klare zeitliche Taktung und den Wechsel von Präsenzphasen mit häuslichen e-learning Phasen gelingt es bisher, die Teilnehmerzahl relativ konstant zu halten.

Kontakt:

Hessisches Landesinstitut für Pädagogik, StDin B. Heuser-Kempf; Dr. R. Schnause
Rothwestener Str. 2-14
34233 Fuldata
Telefon 0561/8101117 Telefax 0561/810130
E-Mail b.heuser@rws.pi-nord.help.hessen.de
WWW www.Telelearning-hessen.de

Projektbezeichnung:

Verbesserung der Kooperation zwischen Berufsschullehrern und Ausbildern im dualen System der Berufsausbildung

Projektträger / durchführende Organisation:

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus / Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung

Förderung: Bund, Land (Modellversuchsprogramm BLK)

Laufzeit: 01.09.1996 bis 29.02.2000

Kurzbeschreibung:

Zielsetzung des Modellversuchs ist es, bestehende Kooperationen von Berufsschullehrern und Ausbildern aufzugreifen, hinsichtlich ihrer Bestimmungsfaktoren zu analysieren und damit ein Instrumentarium zu schaffen, welches geeignet ist, Kooperationen zwischen den genannten Partnern der dualen Ausbildung zu motivieren, anzubahnen und ihnen Kontinuität zu verschaffen. Dabei konzentriert sich der Modellversuch auf die Ebene der Akteure, die in vorderster Linie in die Ausbildung bzw. den Unterricht eingebunden sind: Lehrer und Ausbilder. Insbesondere ist es ein Ziel, ihre Zusammenarbeit auf dem Feld der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung der Ausbildung zu stärken. Dabei ist ein wesentlicher Aspekt, dass die Akteure ihre Kooperationsfelder und Kooperationsthemen selbstständig gestalten. In einer zweiten Phase des Modellversuchs wird die Transferproblematik derartiger Kooperationen untersucht, indem ihre strukturprägenden Aspekte systematisiert und hinsichtlich ihrer Transfertauglichkeit analysiert und erprobt werden. Der Modellversuch wird in einer ersten Phase an 6 bis 8 Berufsschulstandorten in verschiedenen Berufsfeldern und Berufen sowie mit unterschiedlich strukturierten Ausbildungsbetrieben durchgeführt werden. In einer zweiten Phase (Transferbeginn) wird die Arbeit auf ca. 15 Standorte ausgeweitet. Charakteristisch ist weiterhin, dass zeitgleich ein inhaltlich abgestimmter Modellversuch von betrieblicher Seite durchgeführt wird.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Erfahrungen der Kooperationsstellen wurden in sieben Fallstudien beschrieben und von der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchs unter dem Aspekt Verfestigung von Lernortkooperation interpretiert. In mehreren Informationsbroschüren sind die jeweiligen Zwischenergebnisse dokumentiert. Der Abschlussbericht der schulischen Seite liegt vor.

Siehe dazu: www.isb.bayern.de/bes/modell/kobas

Informationen zum abgestimmten Wirtschaftsmodellversuch siehe: www.bf.bfz.de

Kontakt:

Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung,
OStD Arnulf Zöllner

Arabellastr. 1
81925 München
Telefon 089/9214-2180
Telefax 089/9214-3602
E-Mail Arnulf.zoeller@isb.bayern.de
WWW www.isb.bayern.de

Projektbezeichnung:

Mit Bachelor & Master in die Schule: Das Greifswalder "Modell einer konsekutiven Lehrerbildung"

Projekträger / durchführende Organisation:

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Laufzeit: WS 2001/02 – WS 2003/04 (Einschreibung in den B.A.-Studiengang)

Kurzbeschreibung:

Drei Abschlüsse in zehn Semestern: das leistet das Programm der konsekutiven Lehrerbildung an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Die Universität Greifswald schafft mit neuen Studiengangskonzepten für die grundständige Lehrerbildung eine zeitgemäße Alternative, die Teil des europaweiten Studienreformprozesses (Bologna-Prozess) ist. Das Bachelorstudium (Bachelor of Arts; B.A.) bildet den Einstieg. Dieses mündet in einen Masterstudiengang, der für das Lehramt qualifiziert (Master of Education; M.Ed.). Da die Studierenden alternativ auch ein Masterprogramm absolvieren können, in dem sie sich wissenschaftlich nur in einem Fach konzentriert vertiefen (Master Of Arts; M.A.) und damit einen zweiten Ausgang wählen können, spricht die Universität Greifswald von einem Y-Modell: einem Eingang (dem B.A.) stehen mindestens zwei Ausgänge gegenüber (M.A. und M.Ed). Die Masterprüfung im M.Ed.-Studiengang kann mit dem ersten Staatsexamen für Lehrer verknüpft werden. Im Herbst 2002/2003 sollen entsprechende Masterstudiengänge anlaufen.

Mit B.A. und M.Ed. in die Schule: Studierende starten zunächst mit dem B.A.-Studium, in dem solide fachliche und methodische Grundlagen in zwei Fächern vermittelt werden. Sie erwerben wichtige Schlüsselqualifikationen. Neben Englisch, Rhetorik/Präsentationstechniken und Schreibpraxis gehören dazu erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Kompetenzen. Deshalb studieren sie im zweiten Studienabschnitt des Moduls „General Studies“ den Schwerpunkt „Erziehungswissenschaft“. Zum B.A.-Studium gehört überdies ein Praktikum. Studierende haben neun Wochen Zeit, um verschiedene Berufsfelder zu erkunden. Künftige Lehrer sollen in die Schulen, um den Alltag an Gymnasien, Haupt- und Realschulen oder an anderen sozialen Einrichtungen „neu“ kennenzulernen.

Der mittlerweile akkreditierte B.A.-Studiengang wurde im Rahmen eines von der Bund-Länder-Kommission geförderten Verbundprojektes Modularisierung in den Geistes- und Sozialwissenschaften entwickelt und eingeführt.

Mit dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss können die B.A.-Absolventen – damit ist die Greifswalder Universität deutschlandweit Vorreiter – ein Masterstudium absolvieren, das für den Lehrerberuf qualifiziert.

Der künftige Lehrmaster studiert zwei weitere Jahre. In einem M.Ed.-Studiengang vertieft und erweitert er die Kenntnisse in den beiden Fächern, die er in seinem B.A.-Studium gewählt hat. Das Zwei-Fach-Studium wird ergänzt um fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Ausbildungsanteile für den Lehrerberuf (an Gymnasien oder an Haupt- und Realschulen). Nach erfolgreichem Studium erhalten die Absolventen den Mastergrad und legen – in der Regel, aber nicht zwingend – das Staatsexamen ab.

Im Studium können Sie folgende fünf (Unterrichts-)Fächer frei miteinander kombinieren:

- Deutsch (Germanistik)

- Englisch (Anglistik/Amerikanistik)
- Französisch (Französische Philologie)
- Geschichte
- Sport (Sportwissenschaft).

Weitere Fächer, etwa aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, sollen folgen.

Kontakt:

Dr. Hans Enter
Zentrum für Lehrerbildung
Institut für Anglistik-Amerikanistik
Steinbeckerstraße 15
17487 Greifswald
Tel. 03834-86-3360
Email enter@mail.uni-greifswald.de

Dr. Stefanie Hofmann
Rektorat der Universität Greifswald
Hochschulentwicklung: Studium & Lehre
Domstraße 11
17487 Greifswald
Tel. 03834-86-1206
Email modulhof@uni-greifswald.de

Projektbezeichnung:

Neue Lernwelten in Schule und zweiter Phase der Lehrerausbildung

Projekträger / durchführende Organisation:

Hessisches Kultusministerium / Hessischen Landesinstitut für Pädagogik, Frankfurt a. M.

Förderung: Bund, Land (BLK Modellversuchsprogramm)

Laufzeit: 01.09. 1998 bis 31.08. 2003

Kurzbeschreibung:

Die Referendare sollen das innovative Potenzial der neuen Medien für Schulentwicklung in der Ausbildung kennen lernen und die Umsetzung in Lehr-/Lernprozesse einüben. Dies setzt eine veränderte Ausbildungs-, Lern- und Arbeitskulturen an den Studienseminaren und den Ausbildungsschulen voraus. Auf 3 Ebenen sollen diese Voraussetzungen verbessert und für eine zukunftsgerichtete Professionalisierung von Lehrerausbildung genutzt werden:

- Mit Hilfe von innerschulischen Wissenszentren sollen in den Schulen Lernarrangements für mehr eigenverantwortliche und selbstgesteuerte Lernprozesse geschaffen werden.
- Für Referendare, Mentoren und Ausbilder soll mit medial unterstützten Netzwerken die Zusammenarbeit, insbesondere bei Kommunikations- und Kooperationsprozessen verbessert werden.
- Die Studienseminare sollen durch Zusammenarbeit mit Medienkompetenzzentren des Landes moderne Ausbildungsszenarien einbeziehen.

Das Vorhaben strebt schrittweise die Einbindung von Studienseminaren für die Grundschulen, Mittel- und Oberstufen an. Mit Hilfe des Hessischen Bildungsservers sollen Plattformen für Information, Kommunikation und Kooperation geschaffen werden, die ein Einbeziehen aller hessischen Studienseminare in Arbeitsweisen, Unterrichtsmaterialien und Ausbildungshilfen ermöglichen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Kurzbeschreibung des Vorhabens

Sachbericht 1999

Sachbericht 2000

„Neue Lernwelten“ (Handreichung für die Lehrerausbildung)

„Aufbruch in neue Lernwelten“ (Projekte der Schulen)

„Ansprechpartner und Adressen“ (Flyer)

Umsetzung der Ergebnisse:

Seit Beginn des Schuljahres 2001/2002 werden die Projekte des BLK-Modellvorhabens „Neue Lernwelten“ an 7 Studienseminaren und 15 Versuchsschulen umgesetzt.

Kontakt:

Hessisches Landesinstitut für Pädagogik, Dipl.-Päd. Manfred König

Gutleutstraße 8 - 12
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069/242658-15 Telefax 069/2568-320
E-Mail mkoenig@help-pi.f.shuttle.de
WWW www.bildung.hessen.de/anbieter/km/index.htm

Projektbezeichnung:

SeGeL - Selbstgesteuertes Lernen - Serviceleistungen für die Entwicklung einer neuen Lernkultur in der Weiterbildung

Projektträger / durchführende Organisation:

BMBF, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung / Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

Förderung: BMBF

Laufzeit: 1.6.1998 bis 31.12.2000

Kurzbeschreibung:

Die neue Lernkultur "Selbstgesteuertes Lernen" stellt nicht nur die lernenden Individuen, sondern auch die Institutionen der Erwachsenenbildung vor Herausforderungen. Auf den Ebenen Institution, Lehrende und Lernende sind gravierende Veränderungen erforderlich. Bislang wurde diese Lernkultur deshalb erst in Ansätzen umgesetzt.

Ziel des Projekts war, durch die Begleitung von unterschiedlichen Institutionen der Erwachsenenbildung Erkenntnisse zu gewinnen, welche Faktoren für eine Veränderung der Lernkultur von Bedeutung und welche Rahmenbedingungen erforderlich sind. Dazu wurde umfangreicher Support, u.a. durch Organisationsberatung, Personalentwicklung und Entwicklungsunterstützung geleistet. Die Ergebnisse wurden wissenschaftlich ausgewertet.

Ergebnisse/ Zwischenergebnisse:

Die Einführung der neuen Lernkultur ist sehr voraussetzungsreich, aber durchaus möglich und dann für alle Beteiligten außerordentlich gewinnbringend.

Auf institutioneller Ebene gibt es eine Vielzahl hinderlicher Rahmenbedingungen, die zu berücksichtigen und zu verändern sind. Dies ist vermutlich nicht in allen Einrichtungen denkbar.

Es liegen eine Reihe Erfahrungsberichte vor.

Umsetzung der Ergebnisse:

In den begleiteten Einrichtungen wurden konkrete Vorhaben entwickelt und umgesetzt. Die Ergebnisse sind durch die Projekt-Publikationen zugänglich.

In den Einrichtungen wurden Prozesse angestoßen, die nach Beendigung der Projektlaufzeit fortgeführt wurden

Kontakt:

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Stephan Dietrich

Hansaallee 150

60320 Frankfurt am Main

Telefon 069/95626-0, Telefax 069/95626-174

E-Mail dietrich@die-frankfurt.de

WWW <http://www.die-frankfurt.de/segel>

VI. Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip

Projektbezeichnung:

Konfliktbewältigung für Mädchen und Jungen

Projektträger / durchführende Organisation:

Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport / Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung

Förderung: Bund, Land (BLK Modellversuchsprogramm)

Laufzeit: 01.10. 1994 bis 30.09. 1997

Kurzbeschreibung:

Ziel war die Entwicklung und Erprobung eines Konzepts, das geeignet ist, durch Förderung einer positiven Geschlechtsrollenidentität der herkömmlichen geschlechtsspezifischen Klischees in der Erziehung von Mädchen und Jungen entgegenzuwirken und ihre Fähigkeiten zu partnerschaftlichem Verhalten zu stärken. Dabei wurden Formen erprobt, die sozialen Kompetenzen weiter zu entwickeln, Konflikte gewaltfrei zu bewältigen und bei den Mädchen und Jungen die Fähigkeit zu partnerschaftlichem Verhalten verstärkt wird.

Zu den Zielen gehören:

- Verbesserung des Schulklimas, insbesondere der Interaktionsstrukturen und der Beziehungen zwischen Mädchen und Jungen. Vor allem sollte das häufig dominante und aggressive Verhalten von Jungen gegen Jungen aber auch gegen Mädchen thematisiert und abgebaut werden;
- Mädchen und Jungen sollten sich mit den traditionellen Geschlechterstereotypen und -rollen auseinandersetzen und eine positive Geschlechterrollenidentität aufbauen;
- nicht nur Fertigkeiten zu vermitteln und Verhaltensmodifikationen zu erreichen, sondern auch Einsichten, Motive und Einstellungen zu verändern;

um Breitenwirkung zu erzielen, lernen Lehrkräfte in Fortbildungsmaßnahmen, Interaktionsprobleme zwischen Jungen und Mädchen wahr- und ernst zu nehmen und ihre Ursachen zu erkennen und positiv zu verändern. Sie wurden durch die Teilnahme an dem Projekt befähigt, die in den Kursen für Mädchen und Jungen gewonnenen Erkenntnisse situationsbezogen in ihre Unterrichtsarbeit einzubeziehen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

- Curriculum (24 Std.) zur Förderung von sozialen Kompetenzen in der Grundschule (Kl. 3-6)

- Dokumentation in zwei Bänden: „Mädchen sind besser - Jungen auch“
Konfliktbewältigung für Mädchen und Jungen - Ein Beitrag zur Förderung sozialer Kompetenzen in der Grundschule
Band I : Dokumentation eines Modellversuchs. ISBN 3-89517-1
Band II: Curriculum, Spiele und Übungen . ISBN 3-89517-808-X
- Der SFB hat die Materialien zur Erstellung eines Beitrages im Bildungfernsehen „Wer stark ist, braucht keine Gewalt“ genutzt. Der Film wird im Dezember 2001 erstmalig gesendet.

Umsetzung der Ergebnisse:

- Sie werden Berlin weit insbesondere in den Grundschulen genutzt.
- Sie sind Anregung für die spezifische Aufbereitung für die Arbeit in den Sekundarstufen I und II.
- Die Materialien sollen für die Kindertagesstätten überarbeitet werden
- Die Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport fördert auf der Grundlage der o.a. Materialien, durch entsprechende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Erzieher/innen, Sozialpädagogen/innen und Eltern die Entwicklung der sozialen Kompetenzen in der Grundschule.

Kontakt:

Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Dr. Ulla Dussa
Beuthstraße 6 – 8
10117 Berlin
Telefon 030/9026-5714 Telefax 030/9026-5012
E-Mail Ulla.Dussa@SenSJS.Verwalt-Berlin.de

Projektbezeichnung:

Mädchen machen Technik

Projekträger / durchführende Organisation:

1998-2001 Frauenbeauftragte der TU München; seit 1.9.2001 Agentur Mädchen in Wissenschaft und Technik, eine Einrichtung der Frauenbeauftragten der TU München

Förderung: durch TU München; Landeshauptstadt München, Referat Arbeit und Wirtschaft (seit 9/2001); Hochschulsonderprogramm III; Sponsoren

Laufzeit: „Mädchen machen Technik“ seit 1998; Agentur Mädchen in Wissenschaft und Technik seit 1.9.2001 (die Tätigkeit der Agentur ist für drei Jahre gesichert)

Kurzbeschreibung:

„Mädchen machen Technik“ ist ein Ferienprogramm, das seit vier Jahren in den Sommer- und Herbstferien im Münchner Raum durchgeführt wird.

10 – 14-jährige Mädchen mischen Beton und bauen Brücken, lassen Bäume im Computer wachsen, konstruieren und löten einen Wechselschalter, gestalten eine eigene Seite im Internet, programmieren Roboter...

Sie werden spielerisch an technische und mathematisch-naturwissenschaftliche Fragestellungen heran geführt. Sie entwickeln Neugierde und Interesse und lernen auch kompliziertere Zusammenhängen und Hintergründen verstehen.

Die Projekte werden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der beteiligten Hochschulen und Forschungseinrichtungen geleitet und dauern je nach Projekt zwei bis fünf Tage.

„Mädchen machen Technik“ ist eine Initiative der Frauenbeauftragten der TU München. In den ersten Jahren wurde das Ferienprogramm von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der TU München, koordiniert von der Frauenbeauftragten der TU München, durchgeführt. Seit zwei Jahren beteiligen sich auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der LMU München, der Fachhochschulen München und Weihenstephan und mehrerer Forschungseinrichtungen (Fraunhofer IVV und IZM, Max-Planck-Institut IPP und Max-Planck-Institut für Neurobiologie, DRL und Bayerische Staatssammlung für Geologie) an dem Ferienprogramm. Die Koordination liegt seit dem 1.9.2001 bei der AGENTUR Mädchen in Wissenschaft und Technik, einer Einrichtung der Frauenbeauftragten der TU München. Die AGENTUR arbeitet neben den genannten Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch mit der Stadt München, mit Schulen sowie pädagogischen und sozialpädagogischen Hochschulen und Einrichtungen zusammen.

Mit „Mädchen machen Technik“ wird ein Gegengewicht geschaffen zur geschlechtsspezifischen Förderung von Interessen, Fähigkeiten und Verhaltensweisen in Erziehungs- und Sozialisationsprozessen. Es werden Mädchen bereits im Alter von zehn bis zwölf Jahren angesprochen, weil in diesem Alter die Orientierung an herrschenden Geschlechterrollen noch nicht so stark ist wie nach Beginn der Pubertät.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Das Programm wird sehr erfolgreich durchgeführt. Die Anzahl der angebotenen und durchgeführten Kurse wächst von Jahr zu Jahr. 2001 sind 26 Kurse durchgeführt worden, 184 Mädchen haben daran teilgenommen.

Umsetzung der Ergebnisse:

1. Die AGENTUR Mädchen in Wissenschaft und Technik wird dieses erfolgreiche Ferienprogramm ausbauen und weiterentwickeln. Dabei werden die folgenden Ziele verfolgt:

- Erhebliche Ausweitung des Angebots
- Konsolidierung des pädagogischen Konzepts
- Langfristige personelle und finanzielle Absicherung.

2. Die AGENTUR Mädchen in Wissenschaft und Technik wird weitere Programme entwickeln, mit denen sie Mädchen und jungen Frauen während der gesamten schulischen Laufbahn (ab den fünften Klassen) bis zur Studienwahl eine verlässliche Begleitung anbietet. Sie will Neugierde und Interesse an Technik und Naturwissenschaft wecken und fördern sowie zu einer vertieften Beschäftigung damit motivieren.

Kontakt:

Rosa Maria Kronseder, Leiterin der Agentur Mädchen in Wissenschaft und Technik
Arcisstr. 19
80290 München
Telefon 089/289-22276 Telefax 089/289-23389
E-Mail Frauenbuero@tum.de
WWW www.fb.ze.tu-muenchen.de/maed.htm

Projektbezeichnung:

NetGirls – Projektmodul von MentoNet (Mentorensystem als Netzwerk von Schule, Wirtschaft, Hochschule zur Förderung der Berufswahlorientierung)

Projektträger / durchführende Organisation:

Otto-von-Guericke Universität Magdeburg, Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Berufs- und Betriebspädagogik

Förderung: 75 %ige Finanzierung im Rahmen des „Schule - Wirtschaft/Arbeitsleben“ des BMBF; Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds; Land Sachsen-Anhalt

Laufzeit: NetGirls 01.01.2000 – 31.12.2002

Kurzbeschreibung:

MentoNet: Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II sollen im Projekt ein realistisches Bild der Berufs- und Arbeitswelt entwickeln und ihre Chancen und Möglichkeiten sowohl in Ausbildungsberufen als auch in akademischen Berufen und Lebenswelten erkennen. Sie sollen für eine qualifizierte Berufsausbildung oder für ein Studium durch persönlichen Kontakt zu Mentorinnen und Mentoren motiviert werden und notwendige Hilfen für die Wahl des Ausbildungsweges und das spätere Einmünden in das Beschäftigungssystem erhalten.

Projektmodul NetGirls: In innovativen Wirtschaftsbereichen, z. B. im IT-Bereich, ist die Nachfrage an qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hoch. Deshalb ist die Berufsorientierung auf diese Bereiche ein wichtiges Element in Bezug auf die Berufswegplanung vor allem auch für Schülerinnen. Mädchen sollen motiviert werden, einen Beruf in einem informatikorientierten Bereich aufzunehmen. In dem Projekt NetGirls sollen die Schülerinnen besondere Kompetenzen am Computer entwickeln, damit das Selbstvertrauen, eine Berufsausbildung in diesem Bereich aufzunehmen, gestärkt wird. An der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg werden hierfür entsprechende Kurse angeboten. Sie beinhalten:

- Einführung in die Computervisualistik
- Komponieren und Musizieren mit dem Computer.

Die Kurse werden von erfahrenen Lehrerinnen und Lehrern sowie von Dozentinnen und Dozenten der Hochschule konzipiert und durchgeführt.

Ergebnisse / Zwischenergebnisse:

NetGirls wurde mit großem Erfolg im September und Oktober 2001 durchgeführt. Dabei wurde das Projektteam durch das Kultusministerium des Landes und das Staatliche Schulamt Magdeburg unterstützt.

Umsetzung der Ergebnisse:

Fortführung, Übertragbarkeit auf andere Länder möglich

Kontakt:

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Institut für Berufs- und Betriebspädagogik

Virchowstraße 24

39104 Magdeburg

Telefon 0391/67-16622 Telefax 0391/67-16550

E-Mail mentoren@mentonet.de

WWW www.mentoren@mentonet.de

Projektbezeichnung:

Gas-Wasser-Sonne. Ausbildung zu Gas-Wasserinstallateurinnen im Bereich der Jugendberufshilfe

Projektträger / durchführende Organisation:

Life e.V., Berlin

Förderung: Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin

Laufzeit: ab 1.12.1988

Kurzbeschreibung:

Gas-Wasser-Sonne bildet seit 1988 Mädchen und junge Frauen zu Gas-Wasserinstallateurinnen aus. In die Ausbildung integriert ist eine Qualifikation in Solartechnik und Umweltschutz.

Durch die handwerkliche Ausbildung will das Ausbildungsprojekt junge Frauen aus schwierigen Lebenslagen ermutigen, auf oft noch unbekanntem Terrain mit neuen Werkstoffen und Werkzeugen etwas Neues zu schaffen und damit ihr Leben "in die eigenen Hände" zu nehmen. Darum ist der Erwerb fachlicher Kenntnisse eng verbunden mit dem Erlernen von sozialen Kompetenzen wie Verantwortung, Selbstständigkeit, Teamfähigkeit und Toleranz.

Innerhalb einer Lerngruppe von 12 Mädchen ist angstfreies Lernen möglich, ohne gleich unter Konkurrenzdruck zu stehen. Weibliches Anleitungspersonal unterstützt die Identifikation mit dem Berufsbild der Gas-Wasserinstallateurin.

LIFE e.V., der Träger von Gas-Wasser-Sonne, engagiert sich seit mehr als 10 Jahren dafür, den Zugang von Mädchen und jungen Frauen zu Handwerk und Technik zu verbessern. Hierfür organisiert der Verein innovative Angebote, die sich an Mädchen mit Interesse an diesen Berufsbereichen richten, aber auch an Personen und Institutionen aus dem relevanten Umfeld wie Schulen, Berufsberatungen, Betrieben...

Auf dem Gebiet der beruflichen Erstausbildung gibt es neben der Ausbildung zur Gas-Wasserinstallateurin auch eine Ausbildung zur Elektroinstallateurin (StrOHMerinnen).

An der sog. ersten Schwelle bietet LIFE e.V. an:

- Ausbildung auf Probe
- Berufsvorbereitung FEHM
- Netzwerk Chancengleichheit
- Entwicklung eines Assessment-Verfahrens

Kontakt:

Gas-Wasser-Sonne, LIFE e.V.

Beate Haensel

Dircksenstr. 47, 10178 Berlin

Telefon 030/308798-28 Telefax 030/308798-20

E-Mail gas-wasser-sonne@life-online.de

WWW www.life-online.de

Projektbezeichnung:

Berufsfindung und Ausbildung im Verbund – junge Frauen in der Informations-, Kommunikations- und Elektrotechnik

Projektträger / durchführende Organisation:

Jugendgemeinschaftswerk Hamm im ev. Kirchenkreis Hamm

Förderung: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen; Landesprogramm zur Erschließung neuer Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk

Laufzeit: 4 Jahre, 2 Förderphasen

Kurzbeschreibung:

Mädchen und junge Frauen sollen an neue, innovative und zukunftssträchtige Berufe in Industrie und Handwerk herangeführt werden. Als Weg dient der Ausbau eines Netzwerkes, Multiplikatorinnenschulungen und konzeptionelle Weiterentwicklung, die Akquise von zusätzlichen Ausbildungsplätzen und die Ausbildungsbegleitung der Auszubildenden

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Nach vierjähriger Laufzeit 8/97 – 8/01

- ca. 1000 Schülerinnen / 400 Lehrerinnen und Multiplikatorinnen waren am Projekt beteiligt
- Ein Netzwerk wurde aufgebaut
- Zehn Hammer Ausbildungsbetriebe haben sich am Projekt beteiligt
- Betriebliche Praktika werden von den Betreibern gewünscht und von den Schülerinnen nachgefragt und wahrgenommen
- Zwölf junge Frauen begannen im Herbst '99 eine Ausbildung im gewerblich-technischen Bereich
- Projekt hat sein Selbstläufer Ziel an den Schulen erreicht

Abschlussbericht der 1. Projektphase: 15.08.1997 – 14.08.1999

Abschlussbericht der 2. Projektphase: 15.08.1999 – 14.08.2001

Umsetzung der Ergebnisse:

- Vier Ordner mit Unterrichtsmaterialien sind entwickelt worden
- Aktiver Austausch über Mädchenförderung im Netzwerk
- Transparent machen der Ergebnisse und in die Öffentlichkeit transportieren

Kontakt:

Jugendgemeinschaftswerk Hamm im ev. Kirchenkreis Hamm
Karin Klein-Nebeling (Geschäftsführerin)

Nicole Brüssow (Projektleiterin)
Hohe Str. 10
59065 Hamm
Telefon 02381/29033 Telefax 02381/20697
E-Mail JGW-Hamm@t-online.de

VII. Kompetenzen für die Zukunft: Solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen

Projektbezeichnung:

Erwachsenenpädagogisches Lehr-Lernmodell – Zweijährige Vorbereitung auf die Abiturprüfung für Nichtschüler

Projekträger / durchführende Organisation:

BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bereich Innovationen im Bildungswesen / VHS Hildesheim

Förderung: Bund, Land (BLK Modellversuchsprogramm)

Laufzeit: 01.02.1993 – 31.01.1997 Förderzeitraum

Kurzbeschreibung:

Umstrukturierung und Reform der traditionellen dreijährigen Abendoberschule zu einem zweijährigen Vorbereitungskurs auf die Abiturprüfung für (junge) Erwachsene, der adressatengerecht, zeitgemäß und leistungsfähig ist. Der Modellversuch hat sich dabei die folgenden Aufgaben gestellt:

- Entwicklung, Durchführung und Evaluation eines innovativen und praktikablen Unterrichtsmodells für zweijährige Abiturse mit erwachsenen Lernern als Integration von fachbezogenem Unterricht und der Vermittlung von fachübergreifendem Orientierungs- und Strukturierungswissen mit der Förderung personaler und sozialer Kompetenzen im Interaktionsprozess der Beteiligten.
- Erhöhung von Effizienz und Effektivität der Lehre und des Lernens durch eine koordiniert strukturierte Unterrichtsplanung und durch kooperative unterrichtliche Erarbeitung von komplexen Lerngegenständen;
- Förderung des strukturellen und selbstständigen Lernens der Kursteilnehmer, Vermittlung von Studierfähigkeit durch wissenschaftspropädeutisches Arbeiten, Vermittlung von Schlüsselqualifikationen;
- Erprobung dieser Curriculuminnovationen in einem um ein Jahr verkürzten Vorbereitungskurs, der durch quantitative und qualitative Verdichtung die Funktionsverluste und Defizite der alten dreijährigen Abendoberschule überwinden soll;
- Mit dem als Handlungsforschungsprojekt durchgeführten Modellversuch mit integrierter wissenschaftlicher Begleitung sollen die Bereiche Praxis und Wissenschaft in einem konkreten reformbedürftigen schulischen Handlungsfeld wirkungsvoll in eine konstruktive und reflexive Beziehung gebracht werden.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse

Rahmencurriculum und interdisziplinär erarbeitete fächerübergreifende Unterrichtseinheiten für eine zweijährige Vorbereitung von erwachsenen Lernern auf die Nichtschüler-Abiturprüfung; Verbesserung der Partizipations- und Reflexionsfähigkeit der Kursteilnehmer; Positive qualitative Veränderungen in den Lehrgangs- und Prüfungsleistungen der Kursteilnehmer; Positive Entwicklung der Kooperations- und Teamfähigkeit der Lehrenden, konstruktive Zusammenarbeit von Vertretern der einzelnen Fachdisziplinen.

Umsetzung der Ergebnisse:

Der reformierte zweijährige Abiturskurs konnte wirkungsvoll und dauerhaft in den Zweiten Bildungsweg der VHS Hildesheim implementiert werden. Er wird von den Adressaten dieses Bildungsangebots gut nachgefragt und erfährt von den Lehrenden nach Überwindung anfänglicher Umstellungsschwierigkeiten eine gute Akzeptanz, die sich in der konstruktiven Zusammenarbeit und in deren Ergebnissen zeigt. Die Lernleistungen der Kursteilnehmer haben sich in der intendierten Richtung verbessert, ebenso die Prüfungsergebnisse in den Abiturprüfungen. Das Rahmencurriculum, die fächerübergreifenden Unterrichtseinheiten und die Angebote zur Methodenkompetenz sowie zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen werden von den Projektmitarbeitern ständig weiter entwickelt in einem Prozess der kontinuierlichen Qualitätsverbesserung. Zur Zeit liegt ein Schwerpunkt in der Beratung und Unterstützung des sog. LERNAKTS, ein Element des selbstgesteuerten und selbstorganisierten Lernens der Kursteilnehmer.

Der Modellversuch der VHS Hildesheim und seine Ergebnisse haben viel positive Resonanz erfahren und die Umstrukturierung und das neue Curriculum für zweijährige Abiturskurse mit erwachsenen Lernern wurden bereits von mehreren Bildungseinrichtungen erfolgreich übernommen.

Veröffentlichungen:

- Birgit Waldhoff-Blum: Lernen und Innovation. Die Reform der Abendoberschule der VHS Hildesheim. Lax Verlag: Hildesheim, 1998. VHS Hildesheim und Landesverband der Volkshochschulen in Niedersachsen (Hrsg.).
- Birgit Waldhoff-Blum (Zusammenstellung und Redaktion): Was ist Lernen? "Lernen ist eine mentale Erweiterung des Seins". Tradition und Innovation. 50 Jahre Abendoberschule Hildesheim 1949 - 1999. Jubiläumsschrift. Herausgeber: VHS Hildesheim

Kontakt:

VHS Hildesheim, Birgit Waldhoff-Blum
Pfaffenstieg 4-5
31134 Hildesheim
Telefon 05121/936137 Telefax 05121/936166
E-Mail waldhoff-blum@vhs-hildesheim.de
WWW www.vhs-hildesheim.de

Projektbezeichnung:

Nordverbund - Flexibilisierung der Übergangsphase und Berufswahlpass

Projekträger / durchführende Organisation:

Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Hamburg

Förderung: Vollfinanzierung im Rahmen des „Schule - Wirtschaft/Arbeitsleben“ des BMBF; Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds

Laufzeit: Oktober 1999 - Oktober 2002

Kurzbeschreibung:

Innerhalb des Nordverbundes (Hamburg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein) wird der Berufswahlpass entwickelt und sein Einsatz an Projektschulen der Länder erprobt.

Mit dem **Berufswahlpass**, mit dem die Schülerinnen und Schülern ab Jahrgang 7 arbeiten, wird die berufliche Orientierung systematisiert und die Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler gefördert. Mit dem Berufswahlpass werden sie bei der individuellen Lernplanung und der Planung und Steuerung des Orientierungsprozesses unterstützt sowie deren Bereitschaft und Fähigkeit zum lebenslangen Lernen gefördert. Die Schule erhält mit dem Berufswahlpass die Möglichkeit, ihr schulspezifisches Curriculum zur Berufsorientierung zu präsentieren.

Der Berufswahlpasses ist in die drei Teile gegliedert:

- Information-
- Mein Weg zur Berufswahl
- Dokumentation

Der Teil **Information** richtet sich an die Schule, die den Berufswahlpass einsetzt. Die Schule stellt darin ihr Berufsorientierungscurriculum transparent dar und dokumentiert ihr Konzept der Berufsorientierung für die Partner innerhalb und außerhalb der Schule. Sie schafft damit die Voraussetzung, dass Schülerinnen und Schüler eigeninitiativ und selbstverantwortlich ihren Orientierungsprozess gestalten können.

Der Teil **Mein Weg zur Berufswahl** fördert als Kernbereich des Berufswahlpasses die Selbstverantwortung und die individuelle Lernplanung der Schülerinnen und Schüler und unterstützt sie, das eigene Lernen erfolgreich zu organisieren. Mit Vorlagen zur Klärung des Selbstbildes und Bestimmung der Stärken und Potenziale, mit Übersichten, Planungsrastern, Checklisten und Hinweisen zur Organisation des Orientierungsprozesses werden selbstgesteuertes Lernen und eigenverantwortliche Klärung der Interessen, Stärken und Ziele gefördert.

Im dritten Teil **Dokumentation** ordnen und dokumentieren die Schülerinnen und Schüler ihre Lernergebnisse. Sie werden aufgefordert, ihre schulisch und außerschulisch erworbenen Kompetenzen zur beruflichen Orientierung darzustellen bzw. sich bescheinigen zu lassen. Neben der Teilnahme an Sprachkursen, Betriebspraktika und Programmen zur Berufswahl sollen auch Bescheinigungen aufgenommen werden, die besondere Kompetenzen und verstärktes Engagement (z. B. ehrenamtliches Engagement) dokumentieren.

Ergebnisse / Zwischenergebnisse:

- 38 Schulen des Nordverbundes erproben den Berufswahlpass seit 2000, weitere interessierte Schulen, auch aus anderen Bundesländern, erproben den Berufswahlpass seit August 2001
- Druckfassung mit festem Ordner (DIN A 4) steht seit Februar 2001 zur Verfügung
- Hohe Akzeptanz bei Schülerinnen und Schülern, Betrieben, Schulen und Eltern

Umsetzung der Ergebnisse:

- Inhaltliche Weiterentwicklung unter Federführung Hamburgs
- Vorlage einer überarbeiteten Version ab Sommer 2002
- Ausweitung des Einsatzes auf andere Bundesländer

Kontakt:

Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Hamburg

Dr. Alfred Lumpe

Hamburger Straße 31

Telefon (040) 42863 2121 Telefax: (040) 42863 3509

E-Mail: Alfred.Lumpe@bsjb.Hamburg.de

www.berufswahlpass.de

Projektbezeichnung:

Berufsbegleitende Kontaktstudiengänge im Baukastensystem

Projekträger / durchführende Organisation:

Institut für Weiterbildung an der HWP - Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik e.V.

Förderung: Behörde für Wissenschaft und Forschung

Laufzeit: Seit 1989

Kurzbeschreibung:

Die berufsbegleitenden Kontaktstudiengänge vom Institut für Weiterbildung an der HWP - Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik e.V. bieten Berufstätigen die Möglichkeit, Arbeit und Studium miteinander zu verbinden.

Die Studieninhalte werden in abgeschlossenen Themenblöcken in Form von Abendkursen, Wochenendveranstaltungen oder als Bildungsurlaub angeboten, so dass die Studierenden sich aus dem "Baukasten" ihr inhaltlich und zeitlich individuell gestaltbares Weiterbildungsprogramm zusammenstellen können.

Jeder Baustein wird mit einem Zertifikat abgeschlossen, das Inhalte und Umfang der jeweiligen Veranstaltung dokumentiert. Die Teilnehmer/innen können einzelne Bausteine belegen oder innerhalb eines Zeitraumes von zwei bis vier Jahren den Gesamtabschluss anstreben. Dafür müssen sie mindestens 600 Stunden, Klausuren, Hausarbeiten, eine mündliche Prüfung und eine Abschlussarbeit absolvieren.

Die HWP bietet drei Kontaktstudiengänge an: "Sozial- und Gesundheitsmanagement", "Kultur- und Bildungsmanagement" sowie „Medienmanagement“. Darüber hinaus werden Bausteine im EDV-Bereich und studiengangübergreifende Bausteine beispielsweise zu Organisationsentwicklung, Projektmanagement, persönliche Leitungskompetenz oder Controlling für Nicht-Ökonomen angeboten. Insgesamt studieren derzeit ungefähr 600 Personen in den Weiterbildungsstudiengängen der HWP – Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Ein solches Studiensystem wird in der Erwachsenenbildung immer wieder gefordert, es wird jedoch bisher nur an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik in dieser komplexen Form angeboten. Im Kontaktstudiengang "Sozial- und Gesundheitsmanagement" beispielsweise können die Studierenden aus einem Gesamtangebot von 1700 Stunden im Jahr wählen.

Dem umfangreichen Angebot und den erbrachten Studienleistungen entsprechend strebt die HWP - Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik an, für den Gesamtabschluss ein Weiterbildungsdiplom zu verleihen.

Kontakt:

Institut für Weiterbildung an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik e.V.,

Peter Wismann

Rentzelstraße 7

20146 Hamburg

Telefon 040/42838-2191 Telefax 040/42838-6479

E-Mail WismannP@hwp-hamburg.de

WWW www.hwp-hamburg.de

Projektbezeichnung:

Beratungs- und Organisationsbüro für akademische Studienfachberatung der Ruhr-Universität Bochum (BOA)

Projektträger / durchführende Organisation:

Ruhr-Universität Bochum (BOA) / BOA

Förderung: Europäische Kommission (Programm Leonardo da Vinci) und Ruhr-Universität Bochum

Laufzeit: 2000 - 2001

Kurzbeschreibung:

BOA (Beratungs- und Organisationsbüro für akademische Studienfachberatung) ist ein europäisches Projekt. Basierend auf langjährigen Erfahrungen des Reformmodells zur Neustrukturierung des Magisterstudiums der Ruhr-Universität Bochum mit einer intensiven und vor allem interdisziplinären Studienberatung, die auch in der Planung und Konzeption der neuen gestuften Studiengänge eine entscheidende Rolle einnahmen, nahm BOA seine Arbeit auf: Ziel des Projektes ist es, die Studienfachberater/innen für die neuen Aufgaben zu qualifizieren und den dafür erforderlichen Informationsfluss sicherzustellen. Die Ziele des Beratungs- und Organisationsbüros für akademische Studienfachberatung sind im Einzelnen:

- Verbesserung des Informationsflusses innerhalb der Ruhr-Universität Bochum - u.a. durch informelle Treffen, offizielle Veranstaltungen sowie der Nutzung und Aktualisierung des bestehenden Verteilers des Studienbüros für die Fachberater/innen.
- Stärkung der Position der Studienfachberater/innen, indem diese z.B. institutionell in die Fachbereiche und Fakultäten eingebunden werden. Beabsichtigt ist z.B., dass ihre zu evaluierende Arbeit und die von ihnen zu erstellenden Tätigkeitsberichte zu einem entscheidenden Kriterium der leistungsbezogenen Mittelvergabe werden.
- Weiterqualifizierungsangebote zu konzipieren, die von Gesprächstechniken über Problemlokalisierung und Handlungskompetenz bis hin zur kontinuierlichen Karriereberatung reichen.

Zur Umsetzung der oben genannten Ziele arbeitet BOA eng mit anderen Einrichtungen der Ruhr-Universität Bochum zusammen (M.A.-Reformmodell, Optionalbereich, Hochschulteam des Arbeitsamtes, Uni-Kompass, Weiterbildungszentrum etc.). Auch das Leitungsgremium von BOA steht für die bereits vom Reformmodell immer wieder angestrebte Vernetzung an der Ruhr-Universität. Es setzt sich zusammen aus einem Vertreter der Hochschule, der Leiterin des Studienbüros, der Leiterin von KoBra, der Projektmanagerin des M.A.-Reformmodells/Einführung gestufter Studiengänge/Optionalbereich sowie dem Leiter des Hochschulteams des Arbeitsamtes Bochum.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Neben bislang zwei Veranstaltungen zur Weiterqualifizierung für Studienfachberater/innen, führte BOA eine Befragung der Studienfachberater/innen in Form eines persönlichen Interviews anhand eines Gesprächsleitfadens durch. Die befragte Gruppe setzte sich in erster Linie aus Fachberater/inne/n der zehn Fakultäten zusammen, die gestufte Studiengänge einführen bzw. über das Reformmodell bereits erste Erfahrungen sammeln konnten. Die Befragung wurde im März 2001 abgeschlossen. Sie diente vor allem dazu, den Beratungsalltag und Informationsstand der Befragten sowie ihren Fortbildungs- bzw. Informationsbedarf zu ermitteln. Im Rahmen der Erhebung wurde deutlich, dass bei den Studienfachberater/inne/n nicht selten erhebliche Defizite - insbesondere in Hinblick auf weitere Beratungsangebote an der Ruhr-Universität Bochum, die Handhabung individueller Studienprobleme sowie die berufliche Ausrichtung ihrer Studierenden - bestehen, auch wenn sie nur selten den eigenen Informationsbedarf definieren konnten. Auf der Basis der ersten Ergebnisse wurde eine Diskussionsvorlage für eine neu strukturierte Studienfachberatung an der Ruhr-Universität Bochum entwickelt und der Entwurf eines Weiterqualifizierungsprogramm für Studienfachberater/innen vorgelegt. Die Ruhr-Universität Bochum hat bezüglich der Umsetzung den Punkt Studienberatung mit die kürzlich mit dem Ministerium abgeschlossenen Zielvereinbarungen aufgenommen. Diese sehen u.a. eine Weiterqualifizierung des Beratungspersonals vor.

Kontakt:

Beratungs- und Organisationsbüro für akademische Studienfachberatung der Ruhr-Universität Bochum (BOA), Barbara Kaminski, M.A.

Universitätsstr. 150

44780 Bochum

Telefon 0234-3224765 Telefax 0234-3214372

E-Mail boa@ruhr-uni-bochum.de; barbara.kaminski@ruhr-uni-bochum.de

WWW www.ruhr-uni-bochum.de/kobra/Boa/boa.htm

Projektbezeichnung:

Weiterentwicklung eines innovativen und zukunftsorientierten Wissensmanagementsystems in einem mittelständischen Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der Kompetenzentwicklung der Mitarbeiter.

Projekträger / durchführende Organisation:

ABWF (AG Betriebliche Weiterbildungsforschung e.V.) Berlin / Bischof+Klein GmbH & Co. KG

Förderung: Ja

Laufzeit: 01. Januar 2001 bis 31. Dezember 2003

Kurzbeschreibung:

Zielgruppenorientierte, aktuelle und umfassende Informationsbereitstellung ist für die Kompetenzentwicklung eine unabdingbare Voraussetzung. Bei der Unternehmensgröße von Bischof + Klein - am Standort Lengerich arbeiten nahezu 1.500 Mitarbeiter - kann dies die konventionelle papiergebundene Form nicht leisten. Wie in allen Unternehmen ist auch bei Bischof + Klein zudem ein nicht abschätzbare WissensPotenzial ausschließlich in den Köpfen der Mitarbeiter quer durch alle Hierarchiestufen vorhanden und kann nur situativ, nicht aber systematisch genutzt werden.

Bischof + Klein hat ein Mitarbeiterinformationssystem konzipiert, das folgenden Anforderungen genügt:

a) technisch

- Einfache Benutzeroberfläche, um jedem Mitarbeiter den Zugriff zu ermöglichen
- Datenbanksystem mit der Möglichkeit, über Menüs, Volltextsuche und Hyperlinks innerhalb und zwischen den Datenbanken zu recherchieren
- Aufbau und Update können mit der üblichen Bürokommunikationssoftware erledigt werden
- Prozessproduzierte Daten, z.B. aus dem SAP-System, können integriert werden
- Zielgruppenorientierte Bereitstellung der Datenbanken, um Sicherheitsaspekten zu genügen, aber auch um einem Informations-Overflow vorzubeugen

b) inhaltlich

- Texte, numerische Daten, Grafiken, Fotos und Screen-Shows zu unterschiedlichsten Themen werden z. Z. in 12 Datenbanken angeboten

Im anstehenden Projekt sollen u.a. folgende Fragen geklärt werden:

- Welchen Wissensbedarf haben die Mitarbeiter auf verschiedenen Hierarchieebenen?
- Mit welchen Instrumenten kann dieser Bedarf ermittelt werden?
- Wie werden die Informationen zielgruppenspezifisch bereitgestellt?
- Wie sind die Informationen aufzubereiten, um möglichst viele Mitarbeiter zu erreichen?

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Das Projekt verfolgt das Ziel, bisherige Aktivitäten zur Kompetenzentwicklung zu vertiefen.

- Einführung teilautonomer Gruppenarbeit
- B+K-Kolleg (das betriebliche Weiterbildungssystem mit internen und externen Referenten)
- Info-Pool: Das Wissensmanagementsystem wird z.Z. – zielgruppenspezifisch/ aufgabenorientiert – weiter ausgebaut.
Verkauf: „Competitive Intelligence“, Konzeption der Datenbank ist abgeschlossen
Technische Führungskräfte: „Technologie-Datenbank“, Konzeptionsphase
Maschinenpersonal: Bedarfsermittlung in einem Pilotbereich
- Ideenmanagement

Umsetzung der Ergebnisse:

Der "Info-Pool" ist über alle PCs am Standort ständig zugänglich. Mit rd. 15.000 Zugriffen im Monat ist er ein voll akzeptiertes Informationsmedium.

Kontakt:

Bischof+Klein GmbH & Co. KG, Oswald Schöberl, Personalleiter
Rahestr. 47
49525 Lengerich
Telefon 05481/920 596 Telefax 05481/920 673
E-Mail oswald.schoeberl@bischof-und-klein.de
WWW <http://www.bischof-und-klein.de>

Projektbezeichnung:

Qualipass

Projekträger / durchführende Organisationen

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg; Freudenberg Stiftung, seit dem Schuljahr 2001/2002: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg / Jugendagenturen in Zusammenarbeit mit Berufsberatungen und staatlichen Schulämtern

Förderung: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Freudenberg Stiftung, Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

Laufzeit:

- Pilotphase April 2000 bis Mai 2001
- Landesweiter Start: November 2001 mit begleiteter Einführung in ca. 10 Regionen

Kurzbeschreibung:

Der Qualipass dokumentiert Praxiserfahrungen und Kompetenzgewinne, die Jugendliche durch Praktika, Vereinsmitarbeit, Schülerinitiativen, Auslandsaufenthalte, Nachbarschaftshilfe oder vergleichbare Tätigkeiten erworben haben. Als zusätzliche Orientierungshilfe für Jugendliche selbst, für Betriebe und andere Institutionen gibt der Qualipass einen vertieften Einblick in das Erfahrungsspektrum und Kompetenzprofil und zeigt Weiterentwicklungen an unterschiedlichen Lernorten auf. Der Qualipass versteht sich als Beitrag zu einer Kultur der Anerkennung vielfältiger Praxisleistungen von Jugendlichen und als Instrument zur Stärkung der Engagementbereitschaft junger Menschen. Träger des Projektes sind das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, die Freudenberg Stiftung und das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg. Dem landesweiten Start des Qualipasses im November 2001 vorausgegangen ist eine einjährige Pilotphase in den drei Modellregionen Karlsruhe, Mannheim und Weinheim. Ziel der Ende Mai 2001 abgeschlossenen Pilotphase war, herauszufinden, ob und wie sich dieses Instrument der Darstellung fortlaufend erworbener Fähigkeiten und Kenntnisse als Mittel zur Anerkennung des vielfältigen Engagements von Jugendlichen sowie zur Erweiterung der Vermittlungschancen in eine passende Ausbildung, Arbeit, Existenzgründung oder Weiterbildung für Jugendliche eignet.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Pilotphase hat gezeigt:

- a) Der Qualipass trifft nach umfassender Information über die Einsatzmöglichkeiten auf breite Zustimmung bei Jugendlichen, Betrieben und bei Wegbegleiter/innen der Jugendlichen in Schule, Jugendhilfe und Vereinen. Die positive Resonanz macht deutlich, dass der Qualipass mehrfache Funktionslücken füllen kann: als eine Hilfe für das berufsbezogene Coaching durch fortlaufende Dokumentation und Auswertung der Praxiserfahrungen, als Begleitinstrument zum Aufbau systematisch abgestimmter Lernstationen für Jugendliche, als Motivationsquelle für Jugendliche, sich frühzeitig mit Berufswegen auseinander zu setzen und Praxiserfahrungen sammeln sowie

als Instrument einer Kultur der Anerkennung und Rückmeldung vorhandener Stärken von Jugendlichen. Betriebe und Institutionen profitieren vom Qualipass, indem sie einerseits Praxiserfahrungen von Jugendlichen selbst besser dokumentieren können und zugleich bei der Suche nach geeigneten Auszubildenden Einblicke in das breite Erfahrungsspektrum von Bewerber/innen erhalten.

- b) Der Qualipass bedarf einer intensiven Begleitung durch die Coaches und kann erst dadurch als Instrument der Qualifizierung des Begleitprozesses von Jugendlichen seine Wirkung entfalten. Zentrale Erkenntnis der Pilotphase ist, dass die Dokumentation alternativer Qualifizierungswege von Jugendlichen erst durch qualifiziertes Intensivcoaching zum innovativen Plus wird. Der entscheidende Nutzen für Jugendliche entsteht durch das frühzeitige und langfristige Sammeln von Nachweisen in Verbindung mit einer permanenten Reflexion, einem Bilanzziehen, einer Bewertung und Verarbeitung der verschiedenen Praxiserfahrungen. Erst dadurch wird der Qualipass zum Instrument der Persönlichkeitsentwicklung und ermöglicht einen ganzheitlichen Zugang zum persönlichen Kompetenzprofil junger Menschen.
- c) Der Qualipass benötigt die Zusammenarbeit, Jugendhilfe, Arbeitsverwaltung und außerschulischen Praxisorten: je intensiver die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten ist, je besser gelingt es, den Qualipass einzuführen und einzusetzen. Ein intensiver Dialog zwischen den Partnern ist nötig, um zu einer Neubewertung der Stärken und Leistungen, aber auch der betrieblichen Anforderungen zu gelangen.
- d) Der Qualipass erfordert und stärkt die Verantwortungsgemeinschaft zwischen Coaches und Jugendlichen, die auf die Persönlichkeitsentwicklung und Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen ausgerichtet ist. Erwachsene WegbegleiterInnen in Familie, Schule, Vereinen, Betrieben, Arbeitsverwaltung und Jugendhilfe haben die Verantwortung, Jugendlichen systematisch Gelegenheiten zu schaffen, bedeutsame Praxiserfahrungen zu machen und sind verantwortlich für die Wertschätzung, Vorbereitung, Begleitung und Auswertung dieser Erfahrungen. Denn Erlebtes wird für Jugendliche erst dann zur verwertbaren Erfahrung, wenn deren Bedeutung für die eigene Weiterentwicklung kommuniziert und verstanden worden ist. Jugendliche haben die Verantwortung, diese Gelegenheitsstrukturen für vielfältige Praxiserfahrungen und Persönlichkeitsentfaltung zu ergreifen und zu nutzen.

Umsetzung der Ergebnisse:

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, die Freudenberg Stiftung und das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg bereiten für das laufende Schuljahr die landesweite Einführung der neu gestalteten Nachweismappe vor. Ab sofort wird der veränderte Pass (DIN A 4-Format) zunächst an ca. 10 Standorten in Baden-Württemberg eingeführt, wobei die Regionalen Jugendagenturen in Zusammenarbeit mit den Netzwerken von Berufsberatung und Schule die Ausgabe und Begleitung sicherstellen werden. Zur Verbreitung und Verankerung des Qualipasses werden einerseits durch die Freudenberg Stiftung in ihrer Funktion als Koordinationsstelle im Laufe des Schuljahres 2001/2002

Trainingsangebote entwickelt, die Coaches für die nutzbringende Anwendung des Qualipasses bei ihren Zielgruppen qualifizieren. Bei der Entwicklung geeigneter Fortbildungsmodule werden neben der Auswertung regionaler Erfahrungen auch Trainingskonzepte aus anderen europäischen Nachbarländern – vor allem Dänemark und Niederlande – einbezogen. Zugleich wird eine beim Jugendnetz Baden-Württemberg angesiedelte Servicestelle internetgestützte Informationen und Vordrucke unter www.qualipass.de bereit halten. Damit soll langfristig der landesweite Zugang für alle Interessierten in Schulen, Verbänden, Vereinen, Betrieben, Projekten und anderen Institutionen sicher gestellt werden, die in ihren Regionen den Qualipass einführen möchten.

Kontakt:

Freudenberg Stiftung, Pia Gerber
Freudenbergstr. 2
69469 Weinheim
Telefon 06201-17498 Telefax 06201-13262
E-Mail info@freudenbergstiftung.de
WWW www.freudenbergstiftung.de

Service Stelle der Jugendstiftung
Birgit Schiffers
Jugendstiftung Baden-Württemberg
Schloßstr. 23
74372 Sersheim
Telefon 07042-8317-0 Telefax 07042-8317-40
E-Mail info@jugendstiftung.de

VIII. Chancen der neuen Medien nutzen

Projektbezeichnung:

"Fortbildungskonzept zur Entwicklung neuer Lernkulturen in der Grundschule unter Einbeziehung neuer Medien im Klassenraum" ForMeL G

Projektträger / durchführende Organisation:

BLK / Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)

Förderung: BMBF / Land Berlin

Laufzeit: 4 Jahre

Kurzbeschreibung:

Das Projekt der Bund-Länder-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, 12.650 Grundschulkräfte in Berlin auf die systematische Einbeziehung von Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien in den Lehr- und Lernprozess vorzubereiten. Mit dem Netzwerkgedanken soll dieses Ziel erreicht werden.

Fünf Säulen zeichnen die Methode aus: die Selbstorganisation, die Selbsthilfe, gegenseitige Unterstützung, Kooperation sowie das Prinzip "voneinander und miteinander lernen". Dabei wird der Wille zur Fortbildung vorausgesetzt. Am Ende gilt es ein Fortbildungskonzept zu entwickeln, umzusetzen, zu evaluieren und zu dokumentieren, das geeignet ist, nachhaltig neue Lernkulturen unter Einbeziehung Neuer Medien in den Grundschulen zu etablieren. Grundlegende Struktur des ComputerFortbildungsNetzwerkes bilden die 1998 aufgeteilten sechs Berliner Regionen. Jeder dieser Region wurde eine Fortbildungsschule zugeordnet. Jeweils eine Lehrkraft dieser Schule fungiert dabei als Multiplikator. Sie nimmt an Fortbildungen teil, evaluiert die Computerkenntnisse und Fortbildungswünsche an der eigenen Schule, berät und unterstützt Kollegen beim Computereinsatz im Unterricht. Für angrenzende Schulen bieten die Multiplikatoren ebenfalls Fortbildungskurse an und versuchen, weitere Kollegen für das Netzwerk zu gewinnen. Ziel ist es, einen Schneeballeffekt in Gang zu setzen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Fortbildungskonzept zur Entwicklung neuer Lernkulturen in der Grundschule unter Einbeziehung neuer Medien im Klassenraum"

Informationen zu Zwischenergebnissen:

<http://www.dagmarwilde.de/semik/formelg/formelgergebn/zwischenergebnjuli2001intro.html>

Kontakt:

LISUM, Dagmar Wilde

Alte Jakobstr. 12

10969 Berlin

Telefon 030-90 172 242 Telefax 030-90 172 232

E-Mail SEMIK@dagmarwilde.de

WWW www.dagmarwilde.de/neuemdien.html

www.bebis.cidsnet.de/faecher/stufe/grundschule/blkformelg/formelg/index.html

Projektbezeichnung:

Lehrer-Online

Projektträger / durchführende Organisation:

BMBF / Schulen ans Netz e.V.

Förderung: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Laufzeit: 1998 – Ende offen

Kurzbeschreibung:

Lehrer-Online (<http://www.lehrer-online.de>) ist ein aktueller Online-Dienst für Lehrende. Mit dem Internetportal Lehrer-Online unterstützt Schulen ans Netz e.V. Lehrerinnen und Lehrer darin, das Internet in die fachbezogene und fächerübergreifende Unterrichtsvorbereitung und -durchführung zu integrieren. Es gilt dabei, den Mehrwert, den das Medium für Lehr- und Lernprozesse bieten kann, für die tägliche Arbeit fruchtbar zu machen. Ein wesentlicher Aspekt besteht dabei in der Nutzung virtueller Arbeitsumgebungen, welche es erlauben, sich ortsunabhängig mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen und mit Schülerinnen und Schülern projektorientiert an Unterrichtsinhalten zu arbeiten.

Der integrierte Arbeitsbereich **lo-net** (<http://www.lo-net.de>), unterteilt in Privat-, Gruppen- und Klassenräume, ist eine interaktive Arbeitsplattform zur Kooperation und mediengestützten Realisierung von Projekten. Alle zur Kommunikation, Koordination und internetspezifischen Umsetzung nötigen Instrumente stehen hier kostenfrei zur Verfügung. Über den Homepage-Generator können Arbeitsergebnisse ohne Programmierkenntnisse veröffentlicht werden.

Anfang November 2001 wurde die Plattform **Primolo** (<http://www.primolo.de>) veröffentlicht, eine kindgerechte Arbeitsumgebung, die in allen Bereichen speziell auf die Zielgruppe der GrundschülerInnen abgestimmt ist. Im Unterricht der Primarstufe können mit Hilfe von **Primolo** „kinderleicht“ ansprechende Webseiten erstellt und veröffentlicht werden.

Ergebnisse / Zwischenergebnisse:

- weiterer Bedarf an inhaltlich ausgerichteten Angeboten
- Bedarf an rechtlichen Informationen zum Einsatz neuer Medien im schulischen Kontext
- stetig wachsende Nutzerzahlen, sehr positive Rückmeldungen aus der bundesweiten Lehrerschaft

Umsetzung der Ergebnisse:

- Ausweitung der inhaltlichen Angebote

- Integration eines Bereiches „Recht“ (ab 02.2002)

Kontakt:

Schulen ans Netz e.V., Peter Welskop (Projektleitung)

Max-Haberman-Str. 3

53123 Bonn

Telefon 0228/ 910 48-0 Telefax 0228/ 910 48-67

E-Mail buero@schulen-ans-netz.de

WWW www.schulen-ans-netz.de

Projektbezeichnung:

TeachCom Edutainment gGmbH

Projektträger / durchführende Organisation:

TeachCom Edutainment gGmbH

Förderung: ca. 40.000,- DM durch die Siemens AG, 1997

Laufzeit: Seit 1997 unbegrenzt im Sinne der Nachhaltigkeit; kein Sponsorprojekt

Kurzbeschreibung:

TeachCom Edutainment gGmbH ist eine studentische Existenzgründung, die aus der Kritik an der Lehrerausbildung im Bereich der neuen Medien entstanden ist. Das Unternehmen hat es sich zum Ziel gesetzt, verschiedenste Zielgruppen an die neuen Medien heranzuführen. Lehramtsstudierende der unterschiedlichsten Fachrichtungen erproben neue Unterrichtskonzepte sowohl an öffentlichen Schulen als auch in der Berufsbildung und der Weiterbildung und erwerben so die notwendige technische und inhaltliche Medienkompetenz.

TeachCom Edutainment gGmbH ist 1997 aus der Initiative WerkStadt Zukunft: Berlin 2020[®] der Siemens AG als gemeinnütziges Bildungsunternehmen entstanden und in diesem Zusammenhang als Leitprojekt im Fachkreis Stadt des Wissens der Initiative des Berliner Senats Projekt Zukunft: "Der Berliner Weg in die Informationsgesellschaft" integriert. TeachCom Edutainment gGmbH agiert seit 2000 bundesweit.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

- div. Seminarscheine, Studien- und Diplomarbeiten in Kooperation mit Berlin-Brandenburgischen und bayrischen Universitäten.
- Entwicklung diverser multimedialer vernetzter Unterrichtskonzepte

Umsetzung der Ergebnisse:

- "Berlin go and click!" im Rahmen der Netd@ys '99 mit Internetevents im Zoologischen Garten Berlin, dem Deutschen Technikmuseum, der Amerika Gedenkbibliothek und der Wilhelm-Förster Sternwarte
- TheoPrax Berlin-Brandenburg - Kooperationsprojekt mit der TU Berlin zur Ingenieurausbildung
- Teach Multimedia - Bundesweites Lehrerfortbildungsprogramm im Rahmen des Programms Jugend und Wissen im Auftrag der Siemens AG
- Meet Multimedia Bundesweite interaktive Multimedia Roadshow im Auftrag der Siemens AG im Rahmen des Programms Jugend und Wissen
- CidSI-Lehrerfortbildung - Schulungspartner im Rahmen der Lehrerfortbildung der IT Landesinitiative des Berliner Senats "Computer in die Schulen!"
- Jugend IT-Projektkurse mit Unterstützung der Microsoft GmbH dezentralen fachübergreifende, themenzentrierte IT-Projektkurse in Zusammenarbeit mit verschiedenen öffentlichen Schulen zur Talentförderung

- Unterrichtskonzepte für den Berufschuleinsatz im Berufsbild Fachinformatiker für Systemintegration
- Demonstrationsunterricht für verschiedenste Fächer, Alters- und Schulstufen im Rahmen des *Mobilen Vernetzten Klassenzimmers* der Siemens AG; Hannover; Bamberg; Berlin; Saarbrücken; Augsburg; Bruchsal; Bonn
- Lehrerfortbildung im Rahmen der Sommerakademie der IGS Flensburg
- Durchführung eines Seminars an der Universität Augsburg zum Einsatz der neuen Medien im Fachunterricht in Zusammenarbeit mit Professor Wiater (November 2001)

Kontakt:

TeachCom Edutainment gGmbH, René Mühlroth

Nonnendammallee 101

13629 Berlin

Telefon (030) 386 27 419 Telefax (030) 386 33 406

E-Mail info@teachcom-edutainment.de

WWW www.teachcom-edutainment.de

Projektbezeichnung:

NetzLernKultur (NLK) & Internet-Datenbank NADS: Fund- und Sammelstelle für berufliche Lernmaterialien

Projektträger / durchführende Organisation:

EU-Geschäftsstelle Wirtschaft u. Berufsbildung Detmold (GWB)

Förderung: Bund, Land (BLK-Modellversuchsprogramm „Neue Lernkonzepte in der dualen Berufsausbildung“)

Laufzeit: 1.8.1999 - 31.7.2002

Kurzbeschreibung:

"Aufbau eines Regionalen Berufsbildungsnetzwerkes zur Entwicklung eines effizienten Wissensmanagements im Rahmen einer NetzLernKultur - lernende Region Ostwestfalen-Lippe"

Lernen im Internet ist eine Herausforderung, die derzeit in vielen Projekten erforscht und umgesetzt wird. Aber: das Lernen im Internet stellt dabei oft eine Lernform dar, die schwerpunktmäßig Informationserfassung auf der Basis von Recherchen mit in der Regel textorientierten Ergebnissen umfasst.

Der Modellversuch "NetzLernKultur" erweitert diesen Ansatz informationsorientierten Lernens auf eine berufsorientierte kompetenzfördernde NetzLernKultur, die auch den Aspekt der Entwicklung der Fähigkeit des lebensbegleitenden Lernens umfasst. Dazu werden insbesondere in der Region Ostwestfalen-Lippe durch die beteiligten Berufskollegs und Dualpartner unter Einsatz der zentralen Meta-Datenbank NADS mit ihren dezentralen Zugriffsrechten Methoden des Wissensmanagements entwickelt und erprobt, die den "Lost in Hyper-Space"-Erfahrungen entgegen wirken. Darüber hinaus werden Lernformen entwickelt, die sowohl innerhalb der Lernorte via Intranet als auch durch Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Lernorten via moderne Netzkommunikation neue Lernerfahrungen zulassen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

- Entwicklung von Basis-Materialien zu „Copyright im Netz“
- Abschluss der empirischen Untersuchung (Fragebogen) zu Netz-Lern-Aktivitäten der Berufskollegs in Ostwestfalen-Lippe:
„Zur Situation und Problematik vernetzten Lernens an beruflichen Schulen“
- Fertigstellung einer „Interaktiven Einführung für Lizenzinhaber von MMTOOLS“ zur Unterstützung von Multimedia-Lernarrangements
- „Didaktische Aspekte des e-learning in der beruflichen Bildung - Von der vernetzten Euphorie zur netzbasierten Pragmatik“
Prof. Dr. Antonius Lipsmeier, Institut für Berufspädagogik Universität Karlsruhe,
Wissenschaftliche Begleitung NLK
- Entwicklung des Basiskonzeptes:
„Pragmatischer Lernweg des e-learning mit aktiver Lernweg-Begleitung“

- Fertigstellung der Entwicklung der Internet-Datenbank NADS (Net Aided Document System): die persönliche Internet-Tauschbörse für berufliche Lernmaterialien mit Meta-Daten & Material - ZIP-Dateien und personenbezogener Eingabe- und Löschroutine

Die Datenbank NADS und alle genannten NLK-Materialien etc. sind über die Netzadresse von Netzlernkultur direkt zugänglich bzw. downloadbar: www.netzlernkultur.de

Umsetzung der Ergebnisse:

Die Koordinatoren der 8 beteiligten Berufskollegs nutzen die (Zwischen-)Ergebnisse für Lernerfahrungen in den beteiligten Berufskollegs und koordinieren den regelmäßigen Transfer an alle 31 Berufskollegs der Region Ostwestfalen-Lippe.

Kontakt:

EU-Geschäftsstelle Wirtschaft u. Berufsbildung
bei der Bezirksregierung Detmold
Reinhard Geffert (Geschäftsführer NLK)
Waldweg 20
32754 Detmold
Telefon 05231/7145-15 Telefax 05231/7145-70
E-Mail gfm-brdt-lip@t-online.de
WWW www.netzlernkultur.de

Projektbezeichnung:

Internet-Angebot - Studieren im Netz www.studieren-im-netz.de

Projektträger / durchführende Organisation:

BLK-Geschäftsstelle, Bonn

Förderung: BMBF und Einnahmen aus Werbung

Laufzeit: ab 2000

Kurzbeschreibung :

"Studieren im Netz" informiert umfassend über an deutschen Hochschulen angebotenen Online-Studienmöglichkeiten. Es ist derzeit das einzige fächer- und länderübergreifende Informationssystem seiner Art in Deutschland. „Studieren im Netz“ ist somit ein wichtiges Instrument, einen Überblick über das Angebot deutscher Hochschulen an netzgestützten Studienangeboten zu erhalten. Damit ist auch eine Präsentation der Internet-Studienmöglichkeiten deutscher Hochschulen auf dem internationalen Bildungsmarkt möglich. Derzeit sind rd. 1.600 Studienangebote in der Datenbank enthalten. Ihre Zahl wächst ständig.

Spitzenreiter sind die rechnernahen Fächer Mathematik, Informatik und Ingenieurwissenschaften (579 Angebote), Platz 2 nehmen die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (253) ein, dicht gefolgt von Medizin und Naturwissenschaften (243 Angebote) auf Platz 3.

Der Nutzer kann über eine Eingabemaske eine Suchanfrage starten, die seinem Interessenprofil entspricht. Wer möchte kann sich auf dem elektronischen Marktplatz von Studieren im Netz in einem elektronischen Forum mit Fachleuten über Stolpersteine auf dem weg zur Virtuellen Hochschule austauschen. Aktuelle Meldungen über neue online-Angebote und Fördermöglichkeiten runden das Angebot ab. Ein Newsletter "Studieren im Netz" kann unter www.studieren-im-netz.de abonniert werden.

Kontakt:

Dr. Angela Degand
BLK-Geschäftsstelle
53113 Bonn
Hermann-Ehlers- Str. 10
Degand@blk-bonn.de

Projektbezeichnung:

Virtuelle Selbstlerngruppen in Deutschland: Räumlich und zeitlich entkoppeltes "Forschendes Lernen" als Motor einer neuen Lernkultur

Projektträger / durchführende Organisation:

Universität Ulm (ZAWiW) / Zentrum f. Allg. Wiss. Weiterbildung der Uni Ulm (ZAWiW)

Laufzeit: 01.04.2000 - 31.03.2005

Kurzbeschreibung:

In dem Projekt werden selbstorganisierte „virtuelle“ Lerngruppen initiiert und begleitet. Die Gruppen befassen sich über einen begrenzten Zeitraum mit selbstgewählten Themen, dokumentieren ihre Ergebnisse auf der Webplattform des Projekts im Netz (www.gemeinsamlernen.de) und reflektieren ihre Erfahrungen insbesondere in Hinblick auf die Besonderheiten des gemeinsamen Lernens über das Internet. Im Rahmen eines intergenerationellen Ansatzes werden verschiedene Altersgruppen einbezogen, besonders aber ältere Erwachsene, die an allgemeiner Weiterbildung interessiert sind. Teilnehmen können interessierte Einzellernende und lokale Gruppen, die zum Teil von lokalen Einrichtungen der allgemeinen Weiterbildung unterstützt werden. Neben der Zusammenarbeit über das Internet werden auch reale Treffen durchgeführt.

Das Projekt knüpft an das Konzept „Forschenden Lernens“ an und baut auf Erfahrungen auf, die mit sich „real“ treffenden Gruppen „Forschenden Lernens“ an der Universität Ulm und anderen Einrichtungen im Netzwerk „Learning in Later Life“ (LiLL) gewonnen wurden (www.uni-ulm.de/LiLL). „**Forschendes Lernen**“ ist ein didaktisches Prinzip, das einen auf Selbstständigkeit und Autonomie der Lernenden ausgerichteten Arbeits- und Lernprozess beschreibt. Dabei wird den Teilnehmenden die Entscheidung über die Wahl von Problemen und Themen wie auch die Entwicklung von Problemlösungs- und Lernstrategien freigestellt. Die Lernergebnisse werden anderen verfügbar gemacht. Die Ergebnisse leisten oft einen besonderen Beitrag zur wissenschaftlichen und fachöffentlichen Debatte, gerade bei Forschungsfragen, die die Lebenswelt der Beteiligten direkt betreffen.

Ziel des Projekts ist es, unterschiedliche Formen virtueller Zusammenarbeit in Selbstlerngruppen zu erproben und Prozesse zur Erschließung und Vernetzung von Informations- und Bildungsressourcen durch die virtuellen Lerngruppen zu beobachten.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Selbstorganisation der Lerngruppen

Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die initiierten virtuellen Lerngruppen innerhalb des entwickelten Rahmens ein beachtliches Maß an Selbstorganisation entwickeln, was sich u.a. an den folgenden Erfolgskriterien festmachen ließ:

- Aktive Entwicklung gemeinsamer Interessen und Ziele
- Kooperative Nutzung und aktive Erschließung wichtiger Ressourcen für das Lernprojekt

- Abstimmung von Verantwortlichkeiten
- Wechselseitige solidarische Unterstützung z.B. bei technischen Problemen
- Entwicklung persönlichen Interesses untereinander, Entwicklung von Mustern wechselseitiger Zuwendung und Stützung im persönlichen Bereich
- Reflexion der Zusammenarbeit und des Prozessverlaufs in den Gruppen
- Reflexion des Projektrahmens (reflektieren Zusammenhang zum Gesamtprojekt)

Deutlich sichtbar (und exemplarisch dokumentiert) wurde die Bedeutung der Unterstützungsleistungen seitens des Projektträgers (ZAWiW), u.a.

- intensive Moderation
- Konfliktmanagement
- vielgestaltige technische Infrastruktur mit breitem "Kommunikationsmix"
- technischer Supportweitere

Wichtige Aspekte:

- Ergebnisorientierung und Produktivität des Lernens
- Kompetenzorientierung (Anknüpfen an vorhandene Kompetenzen)
- Aktive Nutzung und Erprobung der Potenziale der neuen Techniken
- Mischung verschiedener Kommunikationssituationen (E-Mail, Foren, Chat usw. und reale Treffen)
- Erschließung und Vernetzung regionaler Ressourcen

Umsetzung der Ergebnisse:

Die geplanten Maßnahmen konnten im Wesentlichen zeitgerecht realisiert werden. In einzelnen Bereichen gab es Abweichungen bezüglich des erwarteten Aufwands, die angesichts der sehr knappen Ressourcen des Projekts nur mit Mühe und unbezahltem Engagement aufgefangen werden konnten.

Die geplanten Arbeitsschritte lauteten:

- Gewinnung örtlicher Partner zur Unterstützung des Vorhabens.
Dieser Punkt erwies sich als besonders schwierige Aufgabe. Trotz der intensiven Werbung für das Projekt bei zahlreichen Anlässen (siehe Auflistung oben) war es zu Projektbeginn nicht leicht, Weiterbildungseinrichtungen zu einer aktiven Unterstützung des Projekts zu bewegen.
- Unterstützende Maßnahmen zur Verfügbarmachung von NKT-Zugängen für alle, die in den Selbstlerngruppen mitmachen wollen.
Dieser Bereich konnte sehr gut verwirklicht werden. Dazu hat nicht zuletzt die Bereitstellung der CD-ROM "Internet sinnvoll nutzen" beigetragen.
- Initiierung und Ausweitung von Selbstlerngruppen ("Gruppen forschenden Lernens"): Im ersten Jahr wurden vier erfolgreiche Lerngruppen initiiert. Bei den Gruppen zeigte sich die Tendenz, tiefer in die Themen einzusteigen, als dies bei der Konzepterstellung erwartet worden war. Der Aufwand für Moderation und Support der

einzelnen Gruppen ist so deutlich höher als zunächst angenommen. Die Intensität der Arbeit und die schnellen Fortschritte der Gruppen erschweren es zugleich, neue Interessierte in bestehende Lerngruppen zu integrieren.

Kontakt:

Zentrum f. Allg. Wiss. Weiterbildung der Uni Ulm (ZAWiW), Christian Carls, wiss. Mitarbeiter
Oberer Eselsberg M24/226

89069 Ulm

Telefon 0731/50-23195 Telefax 0731/50-23197

E-Mail christian.carls@zawiw.uni-ulm.de

WWW www.gemeinsamlernen.de

IX. Ausgrenzung vermeiden und abbauen

Projektbezeichnung:

Berufswahlentscheidung als Bestandteil des Lebenskonzeptes

Projektträger / durchführende Organisation:

Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft e.V. / Landesarbeitsgemeinschaft SCHULE
WIRTSCHAFT Thüringen

Förderung: 56%ige Finanzierung im Rahmen des Programms "Schule-
Wirtschaft/Arbeitsleben" BMBF, Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds

Laufzeit: 4 Jahre

Kurzbeschreibung:

Ziel des Projektes "Berufswahlentscheidung als Bestandteil des Lebenskonzeptes" ist es, den Übergang der Jugendlichen von der Schule in den Beruf zu erleichtern, zu helfen, ihr Berufswahlverhalten und ihre Arbeits- und Berufsfähigkeit zu verbessern und sie bei ihrer Entscheidungsfindung und Entscheidungsumsetzung zu unterstützen. Dabei wird die Berufswahlkompetenz (Lern-, Sach-, Methoden, Sozial- und Selbstkompetenz) der Schülerinnen und Schüler durch intensive Auseinandersetzung mit den Anforderungen der Arbeits- und Berufswelt "vor Ort", d. h. in den Betrieben, verbessert.

Durchführung folgender Module:

- Modul 1: (Info-)Plattform online, Infobörse
- Modul 2: Berufswahl leicht gemacht (durch ein Assessmentcenter-Verfahren)
- Modul 3: Berufswahl entsprechend der Wirtschaftsstruktur
- Modul 4: Typisch Mädchen

Ergebnisse / Zwischenergebnisse:

Eine erste Auswertung der Ergebnisse der Durchführung der Module im 1. Schuljahr an den Schulen erfolgte während der Monate Juli/August 2001. Als Zwischenergebnis hat sich bereits gezeigt, dass für die Umsetzung der jeweiligen Module an den Schulen sehr unterschiedliche Wege beschritten werden. Die Schüler schätzten die Maßnahmen im Rahmen der Module als sehr positiv und unterstützend im Prozess der Berufswahlvorbereitung. Die Internetplattform www.schule-wirtschaft-thueringen.de wird bereits vielfältig genutzt und hat bereits an Schulen und in der Wirtschaft Anerkennung gefunden.

Umsetzung der Ergebnisse:

Die im 1. Schuljahr durchgeführten Maßnahmen im Rahmen der Module werden aufgearbeitet und anderen Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Kontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT Thüringen, Elke Seidler

Konrad-Zuse-Straße 5

99099 Erfurt

Telefon (03 61) 42 62 703

Telefax (03 61) 42 62 777

E-Mail schule-wirtschaft@bwtw.de

WWW www.schule-wirtschaft-thueringen.de

Projektbezeichnung:

Jobfux

Projektträger / durchführende Organisation:

Stadt Mainz / Förderband Mainz e.V.

Förderung: Land Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit; Stadt Mainz, Ausbildungsplatzinitiative

Laufzeit: 01.05. 2000 - 30.04.2002

Kurzbeschreibung:

Jobfux wurde von der Stadt Mainz entwickelt. Die Ergebnisse der Sozialraumanalyse, der Bedarfsanalyse an Schulen sowie einer Studie des Instituts für sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ISM) zeigen einen Handlungsbedarf beim Übergang Schule - Ausbildung/ Beruf auf, insbesondere bei Hauptschülern. Die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit von Hauptschülern ist schwierig, besonders, wenn sie die Schule ohne Abschluss verlassen. Das neue Praxismodell Jobfux wird zunächst an drei Mainzer Hauptschulen umgesetzt. Die Zusammenarbeit ist in einer Kooperationsvereinbarung geregelt. Ziel des Projekts Jobfux ist es, die Grenzen zwischen Schulsystem, Jugendhilfe und Berufswelt zu überwinden.

Die Jobfüxe sind Ansprechpartner für Jugendliche, Eltern, Schulen und Betriebe und bieten eine breite Palette an Unterstützung an. Sie nutzen das Angebot der Ausbildungsmarktpartner. Die Jobfüxe haben in den Schulen ein Büro mit festem Arbeitsplatz und festen Öffnungszeiten. Die Schulen stellen einen Raum zur Verfügung und garantieren, dass das Beratungsangebot auch während der Unterrichtszeit genutzt werden kann. Zielgruppen sind insbesondere ausländische Jugendliche. Ein regelmäßiger Informationsaustausch mit den Ausbildungsmarktpartnern wird von der Koordinierungsstelle "Pro Ausbildung" organisiert und betreut. Die Arbeit der Jobfüxe erfolgt nach einem System von Bausteinen, das für einzelne Schüler oder einen Klassenverband individuell und bedarfsorientiert zusammengestellt werden kann: Die Jobfüxe motivieren zum Schulbesuch, führen Elternarbeit durch, beraten gezielt in Fragen der Ausbildung, des Berufs, erarbeiten Ausbildungspläne, führen Bewerbungstrainings durch, unterstützen die Jugendlichen bei der Lehrstellensuche, vermitteln in Praktika und betreuen die Jugendlichen in Praktika und während der Ausbildung.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Berichte können über die Ansprechpartner bezogen werden.

Kontakt:

Förderband Mainz e.V., Christoph Fehr
Weißliliegasse 7, 55116 Mainz
Telefon 06131 / 221499;Telefax 06131 / 232671
E-Mail Foerderband@mainz-online.de

Projektbezeichnung:

SUCCESS

Projektträger / durchführende Organisation:

Bundesministerium für Bildung und Forschung / Staatliches Schulamt

Förderung: Vollfinanzierung im Rahmen des Programms "Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben" des BMBF; Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds

Laufzeit: 3 Jahre

Kurzbeschreibung:

Förderung von benachteiligten und demotivierten Schülern und Jugendlichen zur Erlangung des Hauptschulabschlusses und Hinführung zur Berufsreife und Ausbildungsbereitschaft durch

1. veränderte Unterrichtsformen in Kleinklassen geführt durch ein Lehrertandem,
2. Hinführung zur Berufswelt durch wöchentlichen Praxistag in Betrieben nach eigener Wahl,
3. Persönlichkeitsstärkung durch sozial-pädagogische Betreuung und Integration in Vereinen, Institutionen, kirchlichen Gruppen sowie Ableistung eines Sozialpraktikums.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

1. Hohe Akzeptanz bei allen Beteiligten: Schüler, Eltern, Lehrer, Sozialpädagogen, Ausbilder in Betrieben
2. Steigerung der Motivation der Schüler und signifikante Verbesserung der Leistungen
3. Deutliche Steigerung der IT-Kompetenzen durch Einrichtung von Computer-Lerninseln
4. Kein Abbruch des Schulbesuches (bei vielen Schülern besteht keine Schulpflicht mehr)
5. Versetzung aller Schüler in Klasse 9 und Wunsch der Schüler, den Schulabschluss mit Abschlussprüfung zu erreichen
6. Regelmäßiger Schulbesuch der Schüler
7. Höhere Bestehensquote des Hauptschulabschlusses (96%) als bei normalen Hauptschülern
8. Sehr hohe Quote der Aufnahme einer dualen Ausbildung (48%) sowie besonders hohe Quote der Weiterqualifikation (Berufsfachschulen, etc.)
9. Abnahme der Delikte von Straffälligkeiten (lt. Aussagen der Polizei)
10. Unterstützung des Projekts bei Schulträgern, Landkreis, Jugendämter, Handwerkskammern, IHK, Polizei, Kirchen

Umsetzung der Ergebnisse:

- Einrichtung von Schulsozialarbeit an weiteren Schulen
- Unterrichtliche Förderung von benachteiligten Jugendlichen durch Binnendifferenzierung in Klassen mit einzelnen schwierigen Schülern
- Einrichtung von Praxistagen für einzelne Klassen, wie auch für einzelne Schulen
- Bildung von Praxisklassen nach VS-Vorbild bzw. Konzeption in mehreren Schulamtsbereichen Baden-Württembergs

Kontakt:

Staatliches Schulamt,

Klemens Auberle

Kronengasse 14

78050 Villingen-Schwenningen

Telefon 07721 - 8426 - 0 Telefax 07721 - 8426 – 11

E-Mail Poststelle@SSA-VS.KV.BWL.DE

Projektbezeichnung:

Berufliche Integration von benachteiligten Jugendlichen durch ein Verbundsystem von freien Trägern, Ausbildungsbetrieben und weiteren berufsrelevanten Institutionen

Projektträger / durchführende Organisation:

Arbeitskreis soziale Minderheiten e.V. (AKSM e.V.)

Förderung: D 0164.00

Laufzeit: 1.09.1983 - 30.06.1989

Kurzbeschreibung:

Die Jugendberatung steht Mädchen und Jungen, jungen Frauen und jungen Männern im Alter zwischen 15 und 27 Jahren, die sich im Übergang von der Schule in den Beruf befinden, zur freiwilligen, vertraulichen und kostenlosen Beratung offen.

Die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit der Jugendberatungsstelle leiten sich aus dem § 13 des KJHG ab

Schwerpunkte der Arbeit sind:

- Einzelberatungen
- Kooperation mit Schulen
- Geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und Jungen im Übergang Schule – Beruf
- Arbeit mit Migrantinnen im Übergang Schule – Beruf

Zielsetzung

Die Beratung dient der beruflichen und sozialen Integration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen, die aufgrund sozialer, bildungsbedingter, individueller und geschlechtsspezifischer Benachteiligung bei der Berufswahl und der Arbeitsplatzsuche besondere Probleme haben.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Aufbau und Einrichtung einer Jugendberatungsstelle neuen Typs mit 2 (heute 3) Berater/innen-Stellen.

Entwicklung einer besonderen Konzeption: Entwicklungsbegleitende Beratung mit ganzheitlichem Ansatz zur beruflichen und sozialen Integration von benachteiligten Jugendlichen im Übergang Schule-Beruf

Die Jugendberatungsstelle nimmt innerhalb der Jugendberufshilfemaßnahmen einen zentralen Stellenwert ein und verfügt über ein weitreichendes Netz von Kooperationsbeziehungen zu den umliegenden Institutionen und den dort beschäftigten Fachkräften.

Es wurde ein Angebot installiert und etabliert, das von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Übergangsprozess Schule - Beruf angenommen wird.

Der Andrang von ratsuchenden Jugendlichen ist sehr groß. Im Verlauf eines Jahres werden ca. 300 Jugendliche aufgenommen und beraten.

Die Nachfrage übersteigt die Kapazitäten der Beratungsstelle.

Kontakt:

Arbeitskreis soziale Minderheiten e.V. (AKSM e.V.)

(am 30.09.98 erloschen. Die Jugendberatung steht seitdem unter Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V.)

Roberto Dassum, Bärbel Hauske

Bensbergerstr. 133

51469 Bergisch Gladbach

Telefon 02202/38559 Telefax 02202/246488

E-Mail jube@netcologne.de

Projektbezeichnung:

BATMAN - Betriebliche Ausbildung für benachteiligte Jugendliche

Projektträger / durchführende Organisation:

BBJ Servis GmbH Potsdam

Förderung:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Jugendamt der Stadt Potsdam

Arbeitsamt Potsdam

Sozialamt der Stadt Potsdam

Leonardo-Mittel

Laufzeit:

01.01.1998 bis 31.12.2001 (weitergeführt nach der Modellphase ab 01.01.2002)

Kurzbeschreibung:

BATMAN ist eine Serviceagentur in Potsdam zur Integration von benachteiligten Jugendlichen in betriebliche Ausbildung.

Unser Anspruch: Wir geben Jugendlichen, die sonst aufgrund sozialer Benachteiligungen oder individueller Beeinträchtigungen im Wettbewerb um die betrieblichen Ausbildungsplätze leer ausgehen, eine Chance, **dort** ausgebildet zu werden, wo sie sich mit ihren praktischen Fertigkeiten einbringen, höchstmögliche "Normalität" erfahren und sich Perspektiven auf eine dauerhafte Beschäftigung schaffen können.

Bei der Vermittlung benachteiligter Jugendlicher in betriebliche Ausbildungsverhältnisse setzt BATMAN auf ein soziales Umfeld in den ausgewählten Betrieben, in dem die Jugendlichen mit allen Problemen und Konflikten der Arbeitswelt konfrontiert werden, in dem sie aber auch Unterstützung und Anerkennung finden, sich selbst unter Beweis zu stellen. BATMAN berücksichtigt in besonderer Weise die Stärken und die Berufswünsche der Jugendlichen und setzt auf Eigeninitiative und Mitverantwortung.

BATMAN bietet Unternehmen Dienstleistungen der Jugendberufshilfe aus einer Hand:

Ein komplexes Vorbereitungsszenario ermöglicht eine passgenaue Vermittlung in kleine und mittlere Unternehmen. Eine durchgängige Ausbildungsbegleitung (sozialpädagogische und Lernunterstützung) stärkt die Auszubildenden und verhindert Ausbildungabbrüche.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Im Projekt BATMAN werden derzeit 31 Jugendliche im allen Lehrjahren und unterschiedlichsten Berufen erfolgreich ausgebildet. Das Modellprojekt aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes wird ab dem 01.01.2002 in ein Regelangebot im Form eines poolfinanzierten begleiteten Ausbildungsprojektes für junge Sozialhilfeempfänger überführt und am Standort Potsdam weiterentwickelt. Auch an anderen Standorten (u.a. Berlin) wird an BATMAN- Übertragungen bereits gearbeitet.

Die Projektergebnisse wurden durch das Deutsche Jugendinstitut (Wissenschaftliche Begleitung) und die FU Berlin (Evaluation) veröffentlicht.

Das "Handwerkszeug des Projektes BATMAN" ist auf einer CD-ROM ab 01.01.2002 beim Projektträger erhältlich und soll weitere Übertragungsmodelle anregen und unterstützen.

Kontakt:

BBJ Servis GmbH Potsdam, Rita Müller

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Telefon 0331/7477139 Telefax 0331/7477140

E-Mail rita.mueller@bbj.de

WWW www.bbj.de/potsdam/index.htm

Projektbezeichnung:

JumP

Projekträger:

Hamburger Kinder und Jugendhilfe e.V.

Förderung: Durch die Bundesregierung, die Europäische Kommission und das Arbeitsamt Hamburg, Gem. Art. 2 des Sofortprogramms z. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Laufzeit: seit Februar 1999, wird 2002 fortgesetzt

Kurzbeschreibung:

Akquise zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche in Hamburg mit Schwerpunkt im Bezirk Wandsbek.

Der Verein arbeitet seit 40 Jahren in der Jugendsozialarbeit und verfügt daher über Erfahrungen bei der Betreuung von Jugendlichen zur Eingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Diese Erfahrungen sollen bei der Akquisition von Ausbildungsplätzen speziell für benachteiligte Jugendliche helfen und die Hemmschwelle bei Betrieben in Bezug auf solche Bewerber senken.

Den Betrieben wird angeboten, bei administrativen Aufgaben bezüglich der Ausbildung Hilfestellung zu geben. In diesem Fall schließt das auch die Organisation von Zuschüssen ein, da seitens der Stadt für die Einstellung Benachteiligter ein Zuschuss gewährt wird. Wichtiger als die organisatorische Hilfe erscheint jedoch bei dieser Maßnahme die sozialpädagogische Betreuung der Jugendlichen. Bei benachteiligten Jugendlichen ist die Abbruchwahrscheinlichkeit besonders hoch. Solche Abbrüche belasten den Ausbildungsstellenmarkt, da der betroffene Betrieb diese Stelle nicht unbedingt nachbesetzt. Die Betreuung soll das Risiko eines Abbruchs, aber auch das Auftreten anderer Probleme während der Ausbildung mindern und somit die Bereitschaft der Betriebe zur Einstellung arbeitsmarktferner Bewerber erhöhen. Die Betriebe und Auszubildenden werden regelmäßig kontaktiert, bei Bedarf wird eine Krisenintervention eingeleitet.

Bei der Bewerberauswahl wird auf eine hohe Passgenauigkeit geachtet. Nach Möglichkeit wird der Ausbildung ein Praktikum vorgeschaltet. Insbesondere bei eher praxisbezogenen Berufen kann so der Jugendliche seine Eignung zeigen und sich über sein Engagement dem Unternehmer empfehlen, auch wenn er über schlechte Schulnoten oder einen schlechten bzw. keinen Schulabschluss verfügt.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Akquirierte Plätze seit 1999: insgesamt 136

Umsetzung der Ergebnisse:

Ca. 50% dieser Ausbildungsplätze konnten mit benachteiligten Jugendlichen besetzt werden. Die Abbruchquote bei betreuten Jugendlichen und Betrieben liegt bei ca. 10%.

Kontakt:

Hamburger Kinder und Jugendhilfe e.V.

Frau Dubinski / Herr Erkan / Frau Hafermann

Wandsbeker Chaussee 286

22089 Hamburg

Telefon: 040/689489 –21/22/23 Telefax: 040/689489 – 29

E-Mail jump@jugendhilfe.de

WWW www.jugendhilfe.de

Projektbezeichnung:

Jugend in Arbeit

Projekträger / durchführende Organisation:

AWO Kreisverband Neumünster / „Jugend in Arbeit“

Förderung: Kombinierte Förderung Stadt Neumünster, Sozialamt (Leistungsvereinbarung) und Arbeitsamt Neumünster (Sofortprogramm der Bundesregierung, Artikel 11)

Laufzeit: 01.01.1999 bis 31.12.2004

Kurzbeschreibung:

Projektziel ist die Vermittlung aller SozialhilfeempfängerInnen in Neumünster zwischen 16 und 21 Jahren in Ausbildung oder Arbeit. Hierzu existieren unterschiedliche Beratungs-, Betreuungs- und Vermittlungswege. Herauszuheben ist hier der Einsatz des Assessment-Verfahrens zur allgemeinen Potenzialanalyse.

Das Assessment als prozess- und beteiligungsorientiertes Instrument in der Berufsorientierung ermittelt und untersucht systematisch berufsrelevante Qualitäten bzw. Persönlichkeitsmerkmale. Prozessziel ist die Selbsteinschätzung der Teilnehmer, in welchen Arbeitssituationen sie zu den besten Ergebnissen gelangen und welche ihrer Persönlichkeitsmerkmale ihnen bei der Bewältigung von Aufgaben besonders behilflich sind.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Änderung der Selbsteinschätzung des Jugendlichen bezüglich der eigenen Möglichkeiten und der Realisierung der eigenen Ziele ist festzustellen. Verweigerungshaltungen und Abbrüche werden vermieden.

Umsetzung der Ergebnisse:

Teilnehmerbezogen werden die Ergebnisse umgesetzt, indem die Jugendlichen sich mit den von ihnen unterschriebenen, evaluierten Assessmentberichten bewerben können. Projektbezogen versuchen wir den präventiven Charakter des Assessment durch Kooperation z.B. mit Förderschulen weiterzuentwickeln. Damit sollen die Ergebnisse fruchtbarer für die weitere Entwicklung des Jugendlichen - noch in der Schule - gemacht werden.

Kontakt:

„Jugend in Arbeit“, Thoralf Niss

Am Teich 16

24534 Neumünster

Telefon 04321/707610 Telefax 04321/707620

E-Mail jugend-in-arbeit@awo-neumuenster.de

Projektbezeichnung

Nachqualifizierung junger Erwachsener

Projekträger / durchführende Organisation:

MBZ Bildungs- und Innovationszentrum Meuselwitz

Förderung: LAA SA/Thüringen - Freistaat Thüringen - ESF

Laufzeit 3 Jahre

Kurzbeschreibung:

Jugendliche in sozial schwieriger Problemlage und/oder defizitärer Lernsituation im Alter von 18 bis 25 Jahren ohne oder mit nicht mehr verwertbaren Berufsabschluss werden unter Anwendung der Methodik "Lernen im Arbeitsprozess" in mit den zuständigen Stellen abgestimmter modularer Ausbildung in einer Förderkette (bestehend aus ABM/ASS - Umschulung - betriebliches Praktikum - Kammerprüfung) zu einem anerkannten Berufsabschluss geführt.

Ergebnisse/ Zwischenergebnisse:

Seit 1996 wurden 160 Jugendliche betreut und in 6 Berufen ausgebildet

Umsetzung der Ergebnisse:

Transfer des BiBB-Modellversuches Lernen im Arbeitsprozess (Thüringer Modell)

Kontakt:

MBZ Bildungs- und Innovationszentrum Meuselwitz, Dr. Ehrfried Starke

Am Lehrbetrieb 02

04610 Meuselwitz

Telefon 03448 440112

Telefax 03448440128

Mobil 0172 7917406

E-Mail Dr.starke@mbz-meuselwitz.de

WWW www.Mbz-meuselwitz.de

Projektbezeichnung:

Lernen im Arbeitsprozess - Qualifizierung un- und angelernter junger Erwachsener mit dem Ziel eines anerkannten Berufsabschlusses

Projektträger / durchführende Organisation:

Starthilfe Sondershausen e.V.

Förderung: BiBB, BA, ESF, TMSFG, TMWAI

Laufzeit :1996 bis 2000

Kurzbeschreibung :

Durch die Modularisierung des Berufsbildes und einen innovativen methodisch/didaktischen Lernansatz wird jungen Erwachsenen ohne anerkannten Berufsabschluss über eine Kombination von ABM und Umschulung verbunden mit einer Förderung durch den Europäischen Sozialfond der Erwerb eines anerkannten Berufsabschlusses ermöglicht. Dabei erfolgt eine differenzierte Zusammenarbeit mit Betrieben der Region. Durch das System des "Lernens im Arbeitsprozess" ist es möglich, in den laufenden Ausbildungsprozess ständig berufliche Vorerfahrungen einzubeziehen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Unter: www.inbas.com

Im Freistaat Thüringen arbeiten 5 Träger nach der vom Modellversuch entwickelten Methode. In jedem Arbeitsamtsbezirk ein Träger.

Es wurde festgestellt, dass das Konzept, durch seine flexible Einsatzmöglichkeit in allen Beschäftigungs- und Bildungsmaßnahmen nach SGB III einsetzbar ist.

Umsetzung der Ergebnisse:

Der Modellversuch ist dabei, die Systematik der Modularisierung der Berufsbilder gemeinsam im Thüringer Netzwerk, aber auch mit Trägern aus NRW bzw. dem Saarland auf andere Berufe zu übertragen und arbeitet an einem Konzept, wie Träger oder Institutionen, die diese Modul- und Methodenstruktur nutzen wollen, selbst in kürzester Zeit diese Modulstruktur entwickeln können.

Kontakt:

Starthilfe Sondershausen e.V., Jürgen Rauschenbach

Gartenstraße 13d

99706 Sondershausen

Telefon 03632/66980 Telefax 03632/669826

E-Mail Starthilfe-sondershausen@t-online.de

WWW <http://home.t-online.de/home/Starthilfe-Sondershausen>

Projektbezeichnung:

Organisations- und Personalentwicklung mit leistungsfähigen Mitarbeitern in der zweiten Hälfte ihres Erwerbslebens

Projektträger / durchführende Organisation:

Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), Bonn / Winkler-Ausbildungs-GmbH,
Bildungszentrum Turmgasse

Förderung: BMBF, LAA Baden-Württemberg

Laufzeit: November 1997 - Oktober 2001

Kurzbeschreibung:

In der betrieblichen Praxis kann man nicht davon ausgehen, dass ein Wissensaustausch zwischen den Generationen automatisch erfolgt. Häufig wird der Austausch durch betriebliche Gegebenheiten wie: Schichtarbeit, großer räumlicher Entfernung, hohem Termindruck oder starren Abteilungsgrenzen, erschwert. Das führt häufig dazu, dass isoliertes Wissen entsteht und durch Fluktuation oder altersbedingte Abgänge den Unternehmen verloren geht. Weil aber notwendige Wissensbestandteile und Erfahrungen durch die "Jungen" neu erlernt werden müssen, entstehen damit vermeidbare Kosten. Insbesondere die Kosten für "Erfahrungen" können sehr hoch sein, da diese in der Regel im Zusammenhang mit Fehlern und Pannen entstehen. Deshalb sind Vorgehensweisen in diesem Modellversuch erprobt worden, die Wissensaustausche von Alt nach Jung und umgekehrt entstehen lassen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Es sind konkrete Fallbeispiele für den gezielten Austausch zwischen den Generationen als Modellversuchsergebnisse dokumentiert und verallgemeinernde, begleitende Handreichungen entwickelt worden

Kontakt:

Winkler-Ausbildungs-GmbH,
Bildungszentrum Turmgasse
Wolfgang Schätzler
Turmgasse 1-3
78050 Ort Villingen-Schwenningen
Telefon 07721 / 9198-10
Telefax 07721 / 9198-28
Mobil 0177 222 9198
E-Mail Wolfgang.Schaetzler@bzt.org
WWW www.bzt.org

X. Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten

Projektbezeichnung:

Förderunterricht für Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft

Projektträger / durchführende Organisation:

Universität Essen; Schulverwaltungsamt Essen /
Universität Essen: Institut für Migrationsforschung, Interkulturelle Pädagogik und
Zweitsprachendidaktik (IMAZ)

Förderung: Kooperationsvertrag Universität und Schulverwaltungsamt; zusätzlich diverse
Stiftungen

Laufzeit: unbefristet, seit 26 Jahren

Kurzbeschreibung:

Im Förderunterricht werden ca. 480 ausländische Jugendliche betreut. Sie erhalten ein zum Regelunterricht zusätzliches Förderangebot der Hochschule, das ihnen Hilfen in ihrer Schullaufbahn und beim Erreichen qualifizierter Bildungsabschlüsse gibt. Die Schüler werden in möglichst homogenen Kleingruppen gefördert, die nach Leistungsstand, Sprachkenntnissen, Klasse, Schulform und Schulfach zusammengestellt werden. Den Unterricht erteilen Studierende, zumeist aus Lehramtsstudiengängen. Ihnen werden Supervision, wissenschaftliche Begleitung und spezifische Fortbildungsmaßnahmen angeboten, wodurch gewährleistet ist, dass der erteilte Unterricht sinnvoll geplant und Praxiserfahrungen aufgearbeitet werden.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

- deutliche Verbesserung der Schulabschlüsse der geförderten Schüler;
- verbesserte Vorbereitung der Lehramtsstudierenden auf den Lehrberuf;
- Optimierung der Lehrerausbildung und -fortbildung

Umsetzung der Ergebnisse:

Transfer auf andere Hochschulen ist geplant.
Anfragen aus Duisburg und Bielefeld liegen bereits vor.

Kontakt:

Universität Essen: Institut für Migrationsforschung, Interkulturelle Pädagogik und
Zweitsprachendidaktik (IMAZ)

Dr. Claudia Benholz, Marlies Steinhaus

Universitätsstr. 12

45117 Essen

Telefon 0201/183-3576, -3248 Telefax 0201/183-3755

E-Mail marlies.steinhaus@uni-essen.de

WWW www.uni-essen.de/daz-daf

Projektbezeichnung:

Multikulturelles Kinderleben in unterschiedlichen regionalen Bezügen

Durchführende Organisation:

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Förderung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Laufzeit: 01/1997 – 12/2000

Kurzbeschreibung:

Kinder aus Migrantenfamilien gestalten ihren Alltag im multikulturellen Umfeld nach ihren individuellen Situationsinterpretationen. Dabei bieten ihnen die institutionellen, familiären wie regionalen Bedingungen den Rahmen ihrer entstehenden interkulturellen Kompetenz. Sie führen weniger ein Leben *zwischen* den Kulturen, sondern fügen verschiedene kulturelle Elemente zu ihrer eigenen Kinderkultur *zusammen*. Diese Schlussfolgerung lassen sich aus den Ergebnissen einer standardisierten Haushaltsbefragung ziehen, in der die Perspektive der Kinder selbst eingefangen wurde. In je einem als multikulturell zu charakterisierenden Stadtteil dreier westdeutscher Großstädte beantworteten insgesamt 1.200 5 bis 11-jährige Kinder ohne deutschen Pass Fragen zu ihren sozialen Kontakten mit Gleichaltrigen, zu ihren Aufenthaltsorten und Freizeitaktivitäten, zum Umgang mit Mehrsprachigkeit sowie den kulturellen Stilen in ihren Familien und der sozialen Umgebung – jeweils orientiert an konkreten Handlungsabläufen des kindlichen Alltags. Ergänzend wurden qualitative Einzel- und Gruppeninterviews geführt. Die relativ hohe Ausschöpfungsrate von 66 % der als regionale Vollerhebung konzipierten Studie spiegelt auch das große Interesse und die hohe Bereitschaft von ausländischen Familien wider.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Antworten der Kinder erlauben differenzierte Einblicke in ihre spezifische Sichtweise und die Bandbreite der gelebten kulturellen Vielfalt im kindlichen Alltag. Die befragten Kinder widersprechen in ihren alltäglichen Handlungskonzepten manchen Ansichten und Zuschreibungen, die in Forschung und Praxis über Migrantenkinder vorliegen. Zum Beispiel sind in den Freundschaftskontakten der Kinder nach ihrer eigenen Einschätzung multikulturelle Beziehungen überwiegend so selbstverständlich, dass ein Teil der Kinder die Frage nach dem Herkunftsland ihrer Freunde nicht beantworten kann. Ihre Freizeit mit Freunden verbringen die Kinder meist auf Spielplätzen und Schulhöfen, in Parks oder auch Hinterhöfen. Von den organisierten Spiel- und Lernangeboten in Vereinen und Freizeiteinrichtungen wird jedoch im Unterschied zu deutschen Kindern ein großer Teil der Kinder aus Migrantenfamilien nicht erreicht. Nur 44 % der Kinder besuchen einen Kurs oder Verein. Mit ihrer Mehrsprachigkeit, in der 97 % der Kinder aufwachsen, gehen sie flexibel und kreativ um. Sie setzen ihre zwei oder mehr Sprachen je nach Situation und Gesprächspartner gezielt ein.

Die Ergebnisse der Kinderbefragung sind in einem Projektheft veröffentlicht und können kostenlos bestellt werden:

DJI-Projekt "Multikulturelles Kinderleben" (Hrsg.): Wie Kinder multikulturellen Alltag erleben. Ergebnisse einer Kinderbefragung. Projektheft 4/2000. München.

Umsetzung der Ergebnisse:

Die mit dem Projekt eröffnete Perspektive der Kinder bietet sowohl für die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit als auch für die pädagogische Weiterentwicklung von interkulturellen Konzepten in der Praxis wichtige Anregungen und Impulse. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen insbesondere, dass eine erfolversprechende interkulturelle Erziehung noch stärker differenzieren muss zwischen den unterschiedlichen Lebenswelten, die gängigerweise mit dem Etikett "ausländisches Kind" verbunden sind. Für zukünftige Forschung und Praxis können Kinder aus Migrantenfamilien nicht länger als Gruppe behandelt und global den deutschen Kindern gegenübergestellt werden. Sie sind grundsätzlich in die Forschung über Kinder und Kindheit einzubeziehen, indem ihre individuellen Lebenssituationen erfasst werden. In den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen müssen die gelebten kulturellen und familiären Besonderheiten *aller* Kinder Einzug finden. Der Perspektivenwechsel befreit das "ausländische Kind" aus der eindimensionalen Defizitbeschreibung und schafft Raum für eine differenzierte Wahrnehmung sowohl von Kompetenzen bei den Kindern als auch von statusabhängigen Problemlagen und Diskriminierungen.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut, Ulrike Berg

Nockherstr. 2

81541 München

Telefon 089 / 62306-151 Telefax 089 / 62306-162

berg@dji.de

www.dji.de

Projektbezeichnung:

LIFE – Ein Programm zur Förderung von interkulturellem Lernen

Projektträger / durchführende Organisation:

BMW Group und Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung München

Förderung: BMW Group

Laufzeit: unbegrenzt

Kurzbeschreibung:

Entwicklung von Materialien zur Förderung von interkulturellem Lernen

BMW Award für interkulturelle Projekte

BMW Award für Forschung

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

LIFE

1. Grundwerk: Ideen und Materialien für interkulturelles Lernen
2. Ergänzungslieferungen
 - Verstehen und Verständigung
 - Sprachen der Kulturen
 - Bilder der Kulturen
3. Materialien für handelndes Lernen
 - Spiel: Dil Dominosu
4. Video: REE! Aspekte interkulturellen Lernens
5. Ende Februar 2002 erscheinen CD ROMs zum Erlernen der deutschen Sprache auf der Basis von interkulturellem Austausch

Umsetzung der Ergebnisse:

Kostenloser Versand weltweit

Kontakt:

Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung München, Petra Hölscher

Arabellastr. 1

81925 München

Telefon 089/9214-2394 Telefax 089/9214-2555

E-Mail Petra.hoelscher@isb.bayern.de

WWW www.isb.bayern.de

Projektbezeichnung:

Koordinierungsstelle Pro Qualifizierung

Projekträger / durchführende Organisation:

Gesellschaft für berufliche Förderung in der Wirtschaft e.V. (GBFW)

Förderung: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Laufzeit: 01.03.2000 bis 28.02.2003

Kurzbeschreibung:

Förderung der Weiterbildungsbereitschaft ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Regionales Projekt "Pro Qualifizierung" lief im Kammerbezirk Köln von 1997 bis 2000: Entwicklung der Aktion "Information durch Kooperation"

Umsetzung der Ergebnisse:

Informationsfeste für - jeweils - griechische, italienische und türkische Familien; Einrichtung von zweisprachigen Weiterbildungsberatungsstellen im griechischen, italienischen und türkischen Generalkonsulat; Durchführung von Fachtagungen, u.a. "Qualifizierung in Großbetrieben - international und interkulturell"

Kontakt:

Gesellschaft für berufliche Förderung in der Wirtschaft e.V. (GBFW), Wolfgang Fehl,
Unter Sachsenhausen 10-26
50667 Köln
Telefon 0221/1640-667 Telefax 0221/1640-669
E-Mail Info@proqua.de
WWW www.Proqua.de

Projektbezeichnung:

Studienergänzung Mechatronik

Projekträger / durchführende Organisation:

Akademikerprogramm (AKP) der Otto Benecke Stiftung e.V. / Fachhochschule Merseburg

Förderung: Akademikerprogramm mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Laufzeit: jährlich neuer Start 14 Monate

Kurzbeschreibung:

Ziel des Akademikerprogramms der Otto Benecke Stiftung e.V. ist die rasche berufliche Eingliederung von Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen, die bereits in den Herkunftsländern eine Hochschulausbildung absolviert haben. Das Akademikerprogramm arbeitet seit rund 15 Jahren im Auftrag und mit finanziellen Mitteln des BMBF. Zuwanderer haben besondere Schwierigkeiten, in ihrem erlernten Beruf auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt unmittelbar Fuß zu fassen (angespannte Arbeitsmarktsituation / nicht angepasster Stand der Ausbildung). Das Akademikerprogramm entwickelt berufsbildende Maßnahmen, die zugewanderte Akademiker in die Lage versetzen, eine ihren Qualifikationen und Fähigkeiten entsprechende qualifizierte Stelle in Deutschland zu besetzen. In bundesweiter Zusammenarbeit mit ausgewählten Hochschulen werden Studienergänzungen für unterschiedliche Berufsgruppen angeboten (z.B. Ingenieure, Ärzte, Ökonomen) Die Angebote werden fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Stipendiaten und Hochschulen modifiziert und optimiert. Die Erfordernisse des Arbeitsmarktes berücksichtigt das AKP unmittelbar, um die Erfolgchancen der Absolventen zu erhöhen. Regelmäßig durchgeführte Nachbefragungen bestätigen dieses dynamische Vorgehen: Fast 90 % der Stipendiaten findet innerhalb eines Jahres nach Beendigung der Maßnahme eine qualifizierte Stelle.

Die Studienergänzung Mechatronik ist eine der „jüngeren“ AKP-Maßnahmen, die beispielhaft verdeutlicht, wie erfolgreiche berufliche Integration zugewanderter Akademiker funktioniert. Für die aufnehmende Wirtschaft bieten diese Stipendiaten - neben ihren Fachkenntnissen - auch die Chance, sich Märkte in Osteuropa zu eröffnen. Sie richtet sich an Akademiker mit ingenieurwissenschaftlichem Abschluss oder Informatik

Zielgruppe: Spätaussiedler / Kontingentflüchtlinge unter 50 Jahren

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Die Studienergänzung Mechatronik wurde 1998 neu in das Angebot aufgenommen, weil ein entsprechender Bedarf (Nachfrage und Angebot) analysiert wurde. Im Zeitalter der Automatisierung werden zunehmend intelligente, lernfähige Systeme in allen Bereichen bis hin zum schweren Maschinenbau eingesetzt. Die hohe Vernetzung der Fachgebiete in der Mechatronik erfordert Fachleute mit innovativem System-Denken. Die vom Akademikerprogramm für diese Maßnahme ausgewählten Stipendiaten meistern diese Anforderungen mit Erfolg. Rund 20 Personen pro Maßnahme studieren an der

Fachhochschule Merseburg in einem eigens eingerichteten Kurs. Die Teilnehmer werden anhand eines dreistufigen Verfahrens aus der Bewerberschar ausgewählt (Sprachtest, Fachklausur, Interview). Dies ist unbedingt notwendig, um die geeigneten Kandidaten herauszufiltern.

Die Studieninhalte sind auf die spezifischen Bedürfnisse der teilnehmenden Klientel ausgerichtet:

- erwachsene Menschen, die bereits einen Studienabschluss, Berufspraxis und Lebenserfahrung mitbringen
- die aber dennoch ergänzende Kenntnisse benötigen.

Dieses noch zu erwerbende Wissen betrifft nicht nur die so genannten hard-skills, sondern im besonderen Umfang auch softs-skills. In allen berufsbildenden Angeboten des AKP sind so genannte Verhaltenstrainings integriert, die Zuwanderer befähigen, sich in einem Team zurechtzufinden und angemessenes Marketing der eigenen Person zu betreiben. Eine Anforderung, die zahlreichen Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen äußerst unangenehm ist, weil dieses „Herausragen“ in den Herkunftsländern nicht erwünscht war. Weiter wird in hohem Maße die Eigeninitiative der Stipendiaten gefördert. In die Fortbildung integrierte längere Praktika müssen selbst gefunden werden - es ist für viele z.B. nicht selbstverständlich, dass mehrere Bewerbungen geschrieben werden müssen, um eine Stelle zu erhalten. Innerhalb der Studienergänzung sind deshalb auch derartige Anforderungen eingebaut.

Der Studienplan:

- I Fachsprache Deutsch und Englisch
- II Fachspezifische Ausbildung
 - Technische Elektronik
 - Konstruktionslehre / CAD
 - Automatisierungstechnik
 - Angewandte Informatik
 - Mechatronische Systeme
 - Meßtechnik / Sensorik
 - Aktorik
 - Produktionssysteme
 - Projekt Mechatronik
 - Robotik und Handhabungstechnik
- III Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
- IV Kommunikations- und Bewerbungstraining
- V 2 Betriebspraktika

Umsetzung der Ergebnisse:

Das Konzept des AKP, berufliche Integration ganzheitlich zu betreiben, ist erfolgreich, wird aber dennoch fortlaufend ergänzt und verändert, um den sich wandelnden Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Auch das dreistufige Auswahlverfahren ist eine unverzichtbare Säule, um die Abbrecherquote niedrig zu halten.

Bewährt hat sich die Zusammenarbeit mit Hochschulen, die ihren Standort in mittleren und kleinen Städten haben. Der Kontakt ist unmittelbarer und das Einfinden in den neuen Studienort fällt den Stipendiaten leichter.

Kontakt:

Akademikerprogramm der Otto Benecke Stiftung e.V., Dagmar Maur

Kennedyallee 105-107

53175 Bonn

Telefon 0228 / 8183-234 Telefax 0228 / 8163-200

E-Mail obs.akp@t-online.de

www.obs-ev.de

XI. Lernorte öffnen und verknüpfen

Projektbezeichnung:

Produktives Lernen an Berliner Schulen (PLEBS)

Projekträger / durchführende Organisation:

Institut für Produktives Lernen in Europa (IPLE)

Förderung: ESF, Senat von Berlin

Laufzeit: voraussichtlich bis Ende Schuljahr 2001/2002,

Überleitung der Schulversuche an den Hauptschulen in die Regelschule zum Schuljahr 2002/03

Kurzbeschreibung:

Seit dem Schuljahr 1996/97 führt die Berliner Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport in Zusammenarbeit mit dem Institut für Produktives Lernen in Europa (IPLE) Schulversuche durch, die im Projekt „Produktives Lernen an Berliner Schulen (PLEBS)“ kooperieren. Das Projekt wird durch außerschulische Jugendbildungsprojekte ergänzt. Das Projekt wird durch den Europäischen Sozialfonds gefördert.

Schüler/innen im 9. und 10. Schuljahr an sieben Hauptschulen und fünf Sonderpädagogischen Förderzentren sowie Jugendliche in drei Jugendbildungsprojekten erhalten durch Produktives Lernen die Chance, in „gesellschaftlichen Ernstsituationen“ tätig zu werden. Insbesondere so genannten „schulabstinenten“, durch traditionellen Unterricht demotivierten Jugendlichen bietet diese Lernform nach zweijähriger Teilnahme die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss oder den erweiterten Hauptschulabschluss und, seit Schuljahr 2000/01, auch den Realschulabschluss zu erreichen.

Im Produktiven Lernen wird der herkömmliche Stundenplan durch ein völlig anderes Bildungsangebot ersetzt. Die Schüler/innen in den Schulversuchen an Hauptschulen werden während wöchentlich 17 Stunden „in der Stadt“ tätig, und zwar in selbst gewählten Betrieben oder anderen Einrichtungen, während 13 Stunden lernen sie mit Bezug zu ihren Tätigkeitserfahrungen in der Schule. Die Lehrer/innen werden zu „Pädagog/inn/en des Produktiven Lernens“, indem ihre Unterrichtsaufgaben weitgehend durch Aufgaben der Beratung, Gruppenmoderation, Bildungsbegleitung und Bildungsevaluation abgelöst werden. In der „Kommunikationsgruppe“ wird die produktive Tätigkeit vorbereitet, begleitet und ausgewertet. In den Bildungsbereichen Deutsch, Englisch und Mathematik, sowie „Gesellschaft und Wirtschaft“, „Natur und Technik“ und „Mensch und Kultur“ werden Themen und Fragestellungen bearbeitet, die sich hauptsächlich aus den Tätigkeiten der Schüler/innen an ihren Praxisplätzen ergeben. Dabei verfolgt jede/r Schüler/in einen eigenen „individuellen Bildungsplan“. Ein entsprechender Rahmen für die Entwicklung individueller Curricula, der das Niveau des jeweils angestrebten Schulabschlusses berücksichtigt, ist im Schulversuchszeitraum erarbeitet worden.

Das Institut für Produktives Lernen in Europa (IPLE) ist verantwortlich für die wissenschaftliche Beratung, Begleitung und Weiterbildung der Schulversuche und Jugendbildungsprojekte sowie der Pädagog/inn/en bei der Konzeptentwicklung, pädagogischen Umsetzung und Evaluation des Produktiven Lernens. Ein Internationales Weiterbildendes Studium, das als „Briefstudium“ in mehreren Sprachen entwickelt wurde, bildet die Grundlage für die projektbegleitende Weiterbildung der Pädagog/inn/en. Internationale Seminare und Kongresse schaffen ein Forum zum länderübergreifenden Diskurs über die zentralen Fragestellungen des Produktiven Lernens. Die internationale Vernetzung der Berliner Projekte im Internationalen Netzwerk Produktiver Schulen (INEPS) bildet darüber hinaus die Basis für Auslandsaufenthalte von Schüler/inne/n aus den Bildungsprojekten bei Partnerprojekten in anderen Ländern. Dort werden sie in Fortsetzung ihrer Bildungsprozesse produktiv tätig. Ihre Bildung erhält auf diese Weise eine europäische Dimension.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Evaluation der einzelnen Projekte für jedes Schuljahr
Projektentwicklungsberichte der einzelnen Schuljahre

Kontakt:

Institut für Produktives Lernen in Europa (IPLE), Heike Borkenhagen
Karl-Schrader-Straße 6
10871 Berlin
Telefon 030-21792-0, App. 120 Telefax 030-21792-179
E-Mail: iple@sonett.asfh-berlin.de
WWW: <http://www.iple.de>

Projektbezeichnung:

Schule des Lebens

Projektträger / durchführende Organisation:

WIBB gGmbH

Laufzeit: unbegrenzt

Kurzbeschreibung:

Die Schule des Lebens betreut maximal 13 Schulverweigerer im 9. Und 10. Schuljahr, die die 8. und 9. Klasse im Projekt absolvieren. Ziele: Psychosoziale Stabilisierung, berufliche Orientierung und Förderung, Erfüllung der Schulpflicht, Schulabschluss im Haus, Verhinderung von Delinquenz und Vermeidung von Heimunterbringung. Dabei werden folgende konzeptionelle Schwerpunkte gesetzt: Aufnahme für 2 Jahre; Unterricht nach Rahmenplan mit teilnehmerzentrierten Inhalten, methodisch-didaktischer Variantenreichtum, sozialpädagogische Betreuung von 8.00-15.00 Uhr sowie intensive sozialpädagogische Arbeit gemäß Einzelfall-Anforderungen, räumliche Trennung zur Regelschule, keine Reintegration in die Regelschule, vielfältige praktische Arbeiten in der Werkstatt und an den außerschulischen Lernorten sowie erlebnisorientierte Sequenzen. Im Projekt arbeiten vier pädagogische Mitarbeiterinnen, zwei Lehrkräfte sowie zwei Sozialpädagogen (Erlebnispädagoge und Werkpädagoge)

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

In der Zeit von August 1994 bis Juli 2000 wurden mit einer durchschnittlichen Betreuungszeit von 1 bis 2 Jahren 40 Jugendliche betreut und 20 Schulabschlüsse (Hauptschulabschluss) vergeben.

Kontakt:

WIBB gGmbH, Dr. Susann Zschieschang, Ulrich Seemann

Gutenbergstr. 18

15562 Rüdersdorf

Telefon 033638/64153 Telefax 033638/64153

E-Mail Sdl@wibb-wibo.de

WWW www.wibb-wibo.de

Projektbezeichnung:

KOMM Darmstadt

Projektträger / durchführende Organisation:

Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Stadt Darmstadt und das CJD Rhein-Main (Christliches Jugenddorfwerk)

Förderung: 460.000 DM

Laufzeit: 2 Jahre (12/2000 - 12/2002)

Kurzbeschreibung:

Das Projekt "KOMM Darmstadt" versucht, Schulverweigerung präventiv entgegenzuwirken und somit "Straßenkarrieren" zu verhindern. Zwei SozialpädagogInnen betreuen Schüler und Schülerinnen der 4. bis 7. Schuljahre an drei Darmstädter Schulen in der Darmstädter Region Südwest. Die Projektmitarbeiter/innen sind in der Schule, in einer Beratungsstelle im Stadtteil und auch mobil im Stadtteil als Kontaktpersonen für die Kinder und Eltern und Lehrer/innen präsent. Es finden Klassen- und Pausenangebote in der Schule, Einzelberatungen, aber auch Besuche bei den Kindern und Jugendlichen zu Hause statt.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Schon während der ersten Monate wurde das Angebot in den Schulen und auch im Stadtteil sehr gut angenommen und für die unterschiedlichen Anliegen genutzt. Kinder und Jugendliche kamen zu den ProjektmitarbeiterInnen mit Fragen und Problemen bezüglich Prüfungsangst, Hausaufgaben, Drogen, Sexualität und Gewalt in der Familie. Lehrkräfte suchten das Gespräch aufgrund von auffälligem Verhalten von Kindern im Unterricht, Schulabsentismus, Gruppenkonflikten sowie familiären Problemen wie Trennungsproblematik, Mangelversorgung und Gewalt. Bemerkenswert ist, dass viele Eltern das Beratungsangebot wahrgenommen haben.

Kontakt:

CJD Rhein-Main, Monika Hintz
Eschersheimer Landstrasse 599
60433 Frankfurt am Main
Telefon 069/ 95 29 67 0 Telefax 069/ 95 29 67 50
E-Mail CJD.RHEIN-MAIN@T-ONLINE.de
WWW www.cjd.de

Projektbezeichnung:

Förderung der Berufswahlreife von Hauptschülerinnen und Hauptschülern, Sonderschülerinnen und Sonderschüler durch kontinuierliche Praxistage in Betrieben

Projektträger / durchführende Organisation:

Hessisches Kultusministerium / Hessisches Landesinstitut für Pädagogik

Förderung: Vollfinanzierung im Rahmen des Programms "Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben" des BMBF; Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds

Laufzeit: 1999-2002

Kurzbeschreibung:

Das Projekt greift die Praxis einzelner hessischer Haupt- und Sonderschulen auf, durch neue Wege in der Berufswahlvorbereitung die Chancen ihrer Schüler/innen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu verbessern. Ziel des Projekts ist die individuellen Versuche einzelner Schulen, Praxistage durchzuführen, zusammenzufassen, auf Generalisierbarkeit zu überprüfen und zu einem Standardangebot zu entwickeln. Unter dem Gesichtspunkt der Förderung besonders benachteiligter Schülerinnen und Schüler wird die Reduzierung der Schüler/innenzahl von schwer/nicht vermittelbaren Haupt- und Sonderschüler/innen angestrebt.

Neben der curricularen Beratung erfolgt einer Vernetzung der beteiligten Schulen und die Gewinnung weiterer Schulen zur Durchführung der kontinuierlichen Praxistage in Betrieben.

Praxistage bieten ergänzend zum herkömmlichen Betriebspraktikum der Schüler/innen die Möglichkeit, Arbeitsprozesse länger und intensiver zu beobachten und sie individuell zu erfahren. Praxistage erfolgen, indem Schulen mit Betrieben in ihrem Umfeld kooperieren. Der Betrieb, und hier wieder insbesondere der Arbeitsplatz, wird zum Lernort. Schülerinnen und Schüler arbeiten über einen längeren Zeitraum einen Tag pro Woche in den Betrieben, sammeln dort Erfahrungen und Informationen, die anschließend im Unterricht ausgewertet und bearbeitet werden, d.h. informelles Lernen in Betrieben wird pädagogisch arrangiert und organisiert.

Das bedeutet eine veränderte Lehr- und Lernkultur sowohl auf der schulischen (Lehrkräfte und Schüler/innen) wie auch auf der betrieblichen Seite (Ausbilder, Betreuer), die im Rahmen des Projekts gemeinsam weiter entwickelt werden wird.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Zu Beginn des Projektes meldeten sich 18 Schulen zur Teilnahme an. Es wurden bisher 5 Arbeitstagungen durchgeführt, in deren Mittelpunkt ein intensiver Erfahrungsaustausch und die Einführung in die Nutzung elektr. Medien zur Kommunikation untereinander stand. Ein weiterer Schwerpunkt war die Gewinnung neuer Schulen. Dazu wurde ein Flyer und eine Informationsschrift erarbeitet.

Ende Oktober 2001 sind 41 Schulen mit 973 Schülerinnen und Schüler am Projekt beteiligt.

Von den 20 „ersten“ Schulen haben 16 Schulen eine Beratungsfunktion übernommen, d.h. die bereits gewonnenen Erfahrungen werden an die neu hinzu gekommenen Schulen der Region weitergegeben, die Einführungsarbeit der neuen Schulen wird unterstützt und begleitet.

Eine Synopse wurde erstellt, auf deren Basis Kernelemente zur Adaption und Transfer erarbeitet und erprobt werden

Umsetzung der Ergebnisse:

Zur Weiterentwicklung des Projekts und Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse haben sich Arbeitsgruppen gebildet. Sie setzen sich aus Lehrerinnen und Lehrer beteiligter Schulen und aus Mitarbeitern des HeLP zusammen. Schwerpunkte deren Arbeit sind: Entwicklung der Kernelemente, Erarbeitung von Richtlinien zur Kooperation mit den Betrieben, Gestaltung gemeinsamer Fortbildungsveranstaltungen.

Kontakt:

Hessisches Landesinstitut für Pädagogik,
StDin B. Heuser-Kempf;
Dr. R. Schnause
Rothwestener Str. 2-14
34233 Fulda
Telefon 0561/8101117 Telefax 0561/810130
E-Mail b.heuser@rws.pi-nord.help.hessen.de
WWW www.Telelearning-hessen.de

Projektbezeichnung:

Öffnung der Schule zum Berufsleben - Regionale Übergangsplanung durch Innovationsdistrikte: Köln und Leipzig

Projektträger / durchführende Organisation:

Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen / Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA)

Förderung: Bund, Land (BLK Modellversuchsprogramm)

Laufzeit: 01.02.1996 bis 31.12.1998

Kurzbeschreibung:

Das Vorhaben entwickelt Instrumente zur Institutionalisierung eines regionalen Verbundsystems im Bereich des Übergangs von der Schule in den Beruf. Besonders angesprochen werden Jugendliche, die mit herkömmlichen Methoden bzw. in herkömmlichen Einrichtungen des Bildungswesens nicht ohne weiteres den Übergang in Berufsausbildungen schaffen. Die Kooperation außerschulischer Institutionen und Betriebe mit Schulen im Sinne der Öffnung von Schule soll durch die Entwicklung geeigneter Multiplikatorenschulungen sowie Zielgruppen genauer Methoden des schulischen und außerschulischen Lernens von der Sprachförderung bis hin zu konkreten Maßnahmen zur Berufsausbildungsvorbereitung durchgeführt werden. Das Projekt ist europäisch vernetzt.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Fortbildungscurricula für Lehrer, Sozialarbeiter, Berufsberater und andere Multiplikatoren.
Institutionalisierte Formen der Kooperation
Neue Formen des Ressourcenmanagement
Kooperative schulische Projekttypen im Übergang Schule/Beruf:

- Jahrespraktikum
- Wegeplaner Handwerkslernen/Schulwerkstatt
- Kooperationskontrakt Betrieb/Schule
- Formen des Projekttransfers

Umsetzung der Ergebnisse:

Nach der Projektphase wurden die Ergebnisse in den Regelbetrieb überführt und dabei die Zahl der beteiligten Schulen von 6 auf 19 ausgeweitet. Ziel bleibt eine flächendeckende Kooperationsstruktur für ganz Köln. Dieses Ziel wird im Schuljahr 2000/2001 angegangen durch die Einrichtung einer Arbeitsstelle „Übergangsmanagement“ beim Schulamt für die Stadt Köln und ab 2002 über die Nutzung von Mitteln der EU aus dem Programm EQUAL. Der Schwerpunkt wird sich dabei entsprechend den Programmrichtlinien auf den Bereich der unmittelbaren Kooperation von Betrieben mit Schulen und Bildungseinrichtungen verlagern. Schon in der Steuergruppe werden daher in Zukunft die Arbeitsmarktakteure eine gewichtige Rolle spielen.

Kontakt:

Schulamt für die Stadt Köln, Arbeitsstelle Übergangsmanagement, Ludger Reiberg

Stadthaus-Ostgebäude/Willy Brandt Platz 3

50679 Köln

Telefon 0221/2212-9294 Telefax 0221/2212-9114

E-Mail Ludger.Reiberg@STADT-KOELN.de

WWW www.stadt-koeln.de

Projektbezeichnung:

Netzwerk Lernkultur

Projekträger / durchführende Organisation:

Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung Hamburg / Amt für Schule, S13/1

Laufzeit: 1.4.2000 - 31.12.2005

Kurzbeschreibung:

Im Rahmen des Förderprogramms "Lebenslanges Lernen" beteiligt sich Hamburg mit einem Programm zur "Förderung selbstgesteuerten Lernens durch Vernetzung verschiedener Lernorte zu einem [NETZWERK LERNKULTUR \(NW-LK\)](#)".

In diesem Zusammenhang soll ein regionales Netzwerk aus verschiedenen Institutionen (regionales Lernzentrum) aufgebaut werden, in dem zwei Gymnasien, eine Gesamtschule, eine Haupt- und Realschule, eine Berufsschule, das Naturwissenschaftliche Zentrum, eine Volkshochschule, ein Naturschutzhaus, das "Haus im Park" ("Senioren-BegegnungsCentrum" der Körber-Stiftung), die Hamburger Sternwarte sowie die Telekom AG mitarbeiten. Die beteiligten Institutionen entwickeln in Kooperation mit den Schulen verschiedene Lernarrangements, in denen sowohl feste Lerngruppen, als auch Lerngruppen mit wechselnden Mitgliedern unter Einbeziehung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien arbeiten. Insbesondere für die Gruppe der Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen werden Konzepte zur Unterstützung des eigenverantwortlichen und selbstgesteuerten Lernens entwickelt. Mit dem Modellvorhaben soll die Eigendynamik des Lernens gestärkt, und es sollen strukturelle Rahmenbedingungen für selbstgesteuertes und eigenverantwortliches Lernen erprobt werden.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Bezogen auf die einzelnen Teilvorhaben des Netzwerkes:

- [Kollektives Gedächtnis](#)
Schülerinnen und Schüler des [Gymnasiums Lohbrügge](#) und Senioren vom BegegnungsCentrum "Haus im Park" in Hamburg/Bergedorf haben in bisher zwei Durchgängen über 80 Beiträge erarbeitet, die von einem Redaktionsteam, bestehend aus 8 Schülerinnen und Schülern und 8 Senioren, für das Internet aufbereitet und auf einer [Homepage](#) veröffentlicht worden sind.
- [Lernen durch Lehren](#)
Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Lohbrügge haben bisher drei Multimedia-CD-Roms im Rahmen des Geschichtsunterrichtes produziert.
Weitere Informationen im Internet:
www.gyloh.de/klassen/8d/docs/produkte.htm
www.gyloh.de/klassen/8d/docs/projekterstellung.htm

- [Projekt "Peer-Education"](#) der Haupt- und Realschule Ernst-Henning-Straße in Hamburg/Bergedorf. Weitere Informationen im Internet:
<http://www.netzwerk-lernkultur.de/seiten/netz1-5.htm>
- [Projekt: : Philosophisches Café](#)
Schülerinnen und Schüler diskutieren mit Personen aus dem Stadtteil über philosophische Fragen.
Weitere Informationen:
www.netzwerk-lernkultur.de/seiten/philcafe.htm
- Projekt: Netthelp
Schülerinnen und Schüler gründen eine Firma für „Computerdienste“ im Rahmen der JUNIOR-Konzeptes.
Homepage der Firma Netthelp: <http://www.netthelp.de/>
Weitere Informationen:
<http://www.netzwerk-lernkultur.de/seiten/netz1-2.htm>

Kontakt:

Amt für Schule Hamburg
BLK-Lebenslanges Lernen
Hamburger Straße 31
22060 Hamburg

Manfred Schulz (Koordinator)
Priv.: Schmiedeweg 8
21483 Krüzen
Telefon 04153-53299 Telefax 04153- 582 850
E-Mail schulz@hbs.hh.schule.de
WWW <http://www.netzwerk-lernkultur.de>

Projektbezeichnung:

Förderprogramm "Offene Schule 2001"

Projekträger / durchführende Organisation:

Initiative Praktisches Lernen Bayern e.V., Feucht

Förderung: durch Projektpartner (ca. 8 Millionen DM) und durch Auszeichnung herausragender Projekte (insgesamt 50.000 DM)

Laufzeit: 2001/2002

Kurzbeschreibung:

Schulen sollen gemeinsam mit ihren Partner aus der Wirtschaft Ideen der sinnvollen, lebensnahen Nutzung der Neuen Medien entwickeln und gemeinsam umsetzen. Das gemeinsame Projektvorhaben soll öffentlich gemacht werden, die beteiligten Wirtschaftspartnern sollen die Schulen bewusst auch finanziell unterstützen. Projekte werden, die die Vorgaben beispielgebend umsetzen, werden als Schulen der Woche veröffentlicht. 10 Projekte werden am Ende besonders ausgezeichnet (bis zu 25.000 DM).

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

über die Förderprogrammseiten bei Microsoft und die Internetseiten der pädagogischen Hotline bei der Initiative Prakt. Lernen www.iplbayern.de werden während der Projektphase "Schulen" der Woche ausgezeichnet.

Besondere Projekte werden währen des Durchgangs auf verschiedenen Veranstaltungen und Tagungen präsentiert.

Kontakt:

Initiative Praktisches Lernen Bayern e.V., Feucht, Rainer Rupprecht

Ungelstetter Str. 14

90537 Feucht

Telefon 09128-7756 Telefax 09128-7757

E-Mail ipl@iplbayern.de

WWW www.iplbayern.de

Projektbezeichnung:

Unternehmen#Schule

Projektträger / durchführende Organisation:

ENO, Stadt Oberhausen, UV.G, IHK, ELSA

Förderung: Eine Initiative der Schulen und Unternehmen

Laufzeit: Zeitlich nicht befristet

Kurzbeschreibung:

Das Modelprojekt "Unternehmen#Schule" wurde in Oberhausen initiiert, um im beidseitigen Interesse Kontakte zwischen Schulen und Unternehmen zu forcieren. Zwischenzeitlich bieten 40 Unternehmen den Schulen unterschiedlichste Angebote an, aus den die Schulen bedarfsorientiert auswählen können. Schulen lernen nicht nur ein Unternehmen oder eine Branche kennen, sondern die gesamte wirtschaftliche Vielfalt.

Projektträger sind

- die Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO,
- die Stadt Oberhausen,
- die Unternehmerversbands Gruppe und
- die Industrie- und Handelskammer.

Sprecherin der Schulen ist Frau Erika Risse - Schulleiterin des Elsa-Brändström-Gymnasiums

und Sprecher der Wirtschaft ist Herr Michael Bassier - Bassier, Bergmann und Kindler Agentur für Kommunikation GmbH.

Ziel des Projektes ist, unternehmerisches Denken zu vermitteln. Unternehmen bieten einzelne Module an, aus denen Schulen auswählen. Schüler und Lehrer lernen so verschiedene Unternehmen, verschiedene Branchen und verschiedene Unternehmenskulturen kennen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

19 beteiligte Schule und über 30 Unternehmen in Oberhausen. Die Angebote werden verstärkt nachgefragt.

Unternehmensvertreter schildern den betrieblichen Alltag. Es finden Informationsveranstaltungen statt. Schülerfirmen werden von unterschiedlichen Firmen zu unterschiedlichen Themen (z.B. Marketing/Controlling) betreut.

Es werden für interessierte Schüler spezielle Betriebsbesichtigungen vereinbart - kleine Gruppe, spezielle Informationen über konkrete berufliche Anforderungen.

Kontakt:

ENO, Stadt Oberhausen, Herr Löhr

Gewerkschaftsstr. 76 –78

46042 Oberhausen

Telefon 0208 / 825 2006 Telefax 0208 / 825 5401

E-Mail

WWW www.unternehmen-schule.net

Projektbezeichnung:

Kreativität und Gestaltung - Innovative Wege zur Berufsfindung

Projektträger / durchführende Organisation:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW / Akademie für Gestaltung im Handwerk der Handwerkskammer Ulm

Förderung: Vollfinanzierung im Rahmen des Programms "Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben" des BMBF; Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds

Laufzeit: 01.10.2000 - 31.12.2002

Kurzbeschreibung:

SchülerInnen aus Haupt- und Realschulen, die sich in der Phase der Berufsorientierung befinden, lernen mittels kreativ-gestalterischer Projektelemente ihr persönliches und berufliches Potenzial sachgerecht einzuschätzen. Ihnen wird die Bedeutung kreativ-gestalterischer Qualifikationsmerkmale neben den fachlich-kognitiven und sozialen Kompetenzen für die Ausübung einer qualifizierten Berufstätigkeit bewusst (interdisziplinär). Konkrete Themenfelder für die einzelnen Projekte sind dabei Textildesign, Wohnraumgestaltung, Produktentwicklung u.a.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Bisher wurde das Projekt an 5 Schulen mit insgesamt ca. 200 SchülerInnen durchgeführt. Es nahmen 2 Haupt- und 3 Realschulen teil.

Umsetzung der Ergebnisse:

Analyse der Ergebnisse aus den Projektwochen bezogen auf die einzelnen Schüler/Innen
Erarbeiten von Modulen für Lehrerfortbildung. Über die gewonnenen Erfahrungen und Ergebnisse werden Berichte - Aufbereitung in Modulform - erstellt, die auch von nicht unmittelbar am Projekt beteiligten Schulen genutzt werden können.

Kontakte zu Unternehmen

Kontakt:

Akademie für Gestaltung im Handwerk der Handwerkskammer Ulm, Elftraud Reißig
Olgastr. 72

89073 Ulm

Telefon 0731/1425-310 Telefax 0731/1425-530

E-Mail e.reissig@hk-ulm.de

WWW www.swa-programm.de

Projektbezeichnung:

KOUS (Kooperation Unternehmen und Schule im Saarland)

Projektträger / durchführende Organisation:

Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Zentralstelle Schule, Wirtschaft und Arbeitswelt

Förderung: 74%ige Finanzierung im Rahmen des Programms "Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben" des BMBF; Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds

Laufzeit: 4 Jahre

Kurzbeschreibung:

An 6 Modellschulen werden Schulprogramme zur Verbesserung der Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen entwickelt.

Schwerpunkte können sein:

- Förderung ökonomischer Bildung und unternehmerischen Denkens
- Optimierung der Berufswahlentscheidung und Ausbildungsreife
- Vermittlung von Erfahrungen mit der Berufs- und Arbeitswelt
- Übertragung von Eigenverantwortung im Rahmen von Kooperationsprojekten
- Stärkung der Idee der Existenzgründung
- Bildung dauerhafter Partnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Auswahl von 6 Modellschulen (Gymnasien, Erweiterte Realschulen und Gesamtschulen). Es wurden an allen Schulen Projektteams gebildet, die Ausgangssituation analysiert und Schulprogrammziele formuliert.

Gleichzeitig wurden die ersten Maßnahmen zur inhaltlichen Gestaltung des Schulprofils durchgeführt und im Sinne der Zielerreichung evaluiert.

U. a. wurden folgende Aktivitäten bisher durchgeführt, bzw. wurde mit deren Durchführung begonnen:

- Aktionstage mit Unternehmen
- Fachforen und Expertenrunden
- Eltern als Mentoren
- Einsatz von Planspielen im Unterricht
- Junge Unternehmer unterrichten in der Schule
- Betriebserkundungen bzw. Unterricht in den Betrieben
- Gründung von Schülerfirmen
- Aufbau von Firmennetzwerken, auch grenzüberschreitend
- Bewerbungstrainings durch Firmenvertreter
- Lehrplangestaltung mit wirtschaftsbezogenen Themen
- Einführung von Wirtschaftsenglisch und Wirtschaftslehre in allgemein bildenden Gymnasien
- Lehrerfortbildungsmaßnahmen

- Projekttag in Schulen
- Anlegen eines Firmenregisters
- Fachtagungen
- Betriebspraktika

Im Prozess der Schulprogrammentwicklung werden die Schwerpunkte sowie deren Umsetzung im zweiten Jahr deutlicher.

Umsetzung der Ergebnisse:

Der Prozess der Schulprofilbildung ist nicht abgeschlossen, sondern befindet sich in der Erprobung.

Kontakt:

Zentralstelle Schule, Wirtschaft und Arbeitswelt,

Marianne Brittnacher

Beethovenstraße 26

66125 Saarbrücken

Telefon 06897-790897

Telefax 06897-7908-22

E-Mail Mbrittnacher@pegasus.lpm.uni-sb.de

WWW www.lpm.uni-sb.de/wirtschaft/Projekte/KOUS/default.htm

Projektbezeichnung:

TRANS-JOB

Projektträger / durchführende Organisation:

Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw)

Förderung: Vollfinanzierung im Rahmen des Programms "Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben" des BMBF; Stiftung der deutschen Wirtschaft

Laufzeit: Voraussichtlich vier Jahre

Kurzbeschreibung:

Ziel von TRANS-JOB ist es, durch die direkte Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen am Beispiel der ökonomischen Bildung Schüler/innen bessere Voraussetzungen für den Übergang von der Schule zum Beruf / Studium zu schaffen. Das Projekt wird in allen Bundesländern an 94 allgemeinbildenden Schulen in Kooperation mit rund 150 Unternehmen durchgeführt.

Durch halbjährlich stattfindende Workshops wird die Qualifizierung und der Erfahrungsaustausch der am Projekt beteiligten Lehrkräfte gefördert. Auf regionaler Ebene wird die Projektgruppe durch eine Steuergruppe begleitet und unterstützt, die sich aus Vertretern der Kultusministerien / Schulaufsicht und den Verbänden / Landesarbeitsgemeinschaften SCHULE WIRTSCHAFT zusammensetzen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

- Unterzeichnung von Kooperationsvereinbarungen zwischen beteiligten Schulen und Unternehmen zur Gewährleistung der systematischen Zusammenarbeit
- Entwicklung von Schulprogrammen zur ökonomischen Bildung / systematischen Berufsorientierung
- Verbesserung der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler durch ein Maßnahmenbündel wie:
 - Schüler-Azubi-Projekte
 - Ökonomische Früherziehung ab Kl. 5
 - Schülerfirmen
 - Praxisorientierte Unterrichtsbausteine zur ökonomischen Bildung
 - fachübergreifende Projekte und Kurse

Umsetzung der Ergebnisse:

Die Ergebnisse und Erfahrungen aus TRANS-JOB fließen in das bundesweite SCHULE WIRTSCHAFT-Netzwerk ein. Vor Ort übernehmen die Landesarbeitsgemeinschaften / Studienkreise SCHULE WIRTSCHAFT die erfolgreich erprobten TRANS-JOB-Maßnahmen in ihre Arbeit. Durch standardisierte Handreichungen und Checklisten sollen konkrete Handlungsanweisungen gegeben werden. Diese Vorgehensweise sichert die Ergebnisse von TRANS-JOB und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Verstetigung

der Projektarbeit. Die Kultusministerien und Lehrerfortbildungseinrichtungen lassen die Ergebnisse in die curriculare Arbeit einfließen bzw. bieten Lehrerqualifizierungen zur Verbreitung der Erfahrungen an.

Kontakt:

Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw),

Gerrit Witschaß

Breite Straße 29

10178 Berlin

Telefon 030 / 2033-1559

Telefax 030 / 2033-1555

E-Mail SCHULEWIRTSCHAFT.sdw@bda-online.de

WWW www.sdw.org

Projektbezeichnung:

Förderung der betrieblichen und akademischen Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern im regionalen Verbund von Hochschulen, Schulen, Unternehmen, Arbeitsämtern und Verbänden - Kooperationsprojekt mit Sachsen-Anhalt

Projekträger / durchführende Organisation:

Uni Bielefeld, Fak. f. Pädagogik, Gildenhaus Inst. Bielefeld

Förderung:

Vollfinanzierung im Rahmen des Programms "Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben" des BMBF

Laufzeit: 01. März 2000 bis 31. August 2002

Kurzbeschreibung:

Ziel des Projektes ist es, die betriebliche und akademische Berufsorientierung von Jugendlichen differenziert zu fördern. Dabei werden vorrangig Konzepte für Schülerbetriebspraktika entwickelt und erprobt: Vor- und Nachbereitung von Praktika für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, Hospitationen in Studium und Beruf (duale Informations- und Orientierungsangebote) für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II sowie flankierend hierzu Lehrerfortbildungen.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

- Durchführung von ein- bis zweitägigen Vor- und Nachbereitungsseminaren für Schülerbetriebspraktika mit ca. 1250 Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I
- Durchführung von zweiwöchigen dualen Informations- und Orientierungsangeboten zur Förderung der akademischen Berufsorientierung mit 47 Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II
- Durchführung von vier Lehrerfortbildungen zum Thema "Schülerbetriebspraktika" mit 60 Lehrerinnen und Lehrern aus 34 verschiedenen Schulen sowie Vertreterinnen und Vertreter aus 8 unterschiedlichen Unternehmen

Umsetzung der Ergebnisse:

1. Einrichtung einer Geschäftsstelle an der Universität Bielefeld;
2. kontinuierlicher Aufbau eines regionalen Netzwerkes;
3. Gründung einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung, Erprobung und Auswertung der Maßnahmen zur Vor- und Nachbereitung der Schülerbetriebspraktika;
4. aktive Zusammenarbeit mit allen an Berufsorientierungsprozessen beteiligten Akteuren in der Region
5. systematische Reflexion der Ergebnisse zur ständigen Verbesserung und Weiterentwicklung der Konzepte;
6. überregionaler Austausch im Projektverbund NRW

Kontakt:

Uni Bielefeld, Fak. f. Pädagogik,

Barbara Koch

Universitätsstraße 25

33615 Bielefeld

Telefon 0521 - 106 - 3134

Telefax 0521 - 106 - 8021

E-Mail barbara.koch@uni-bielefeld.de

WWW www.bielefeld.swa-programm.de

Projektbezeichnung:

Workshop Zukunft – Arbeit und Leben aktiv gestalten

Projektträger / durchführende Organisation:

DGB Bundesvorstand, Abteilung Bildung

Förderung: 73 %ige Finanzierung im Rahmen des Programms "Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben" des BMBF; DGB

Laufzeit: Januar 2000 - Juli 2002

Kurzbeschreibung:

"Workshop Zukunft" ist ein bundesweites Bildungsprojekt des Deutschen Gewerkschaftsbunds. Ziel des Projektes ist es, die Berufswahl- und Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern an allgemein bildenden Schulen zu verbessern sowie den Kontakt zwischen Schule und Wirtschaft zu intensivieren.

Das Projekt will vermitteln, dass die Zukunft von Arbeitswelt und Gesellschaftsleben durch die aktive Teilnahme jedes Einzelnen wandelbar und gestaltbar ist.

Schwerpunkt des Projektes ist die virtuelle Lernwelt www.workshop-zukunft.de. Diese Internet-Plattform bietet aktuelle Informationen, Unterrichtsmaterialien und -hinweise zur Berufswahl und zur Arbeitswelt der Zukunft. Im Zentrum stehen interaktive Planspiele, mit deren Hilfe die Schülerinnen und Schüler aktiv und anschaulich Bewerbungen trainieren, Arbeits- und Mitbestimmungsprozesse simulieren und intensiv miteinander kommunizieren. Die Planspiele werden ergänzt durch Themenhefte, die Lehrerinnen und Lehrer bei der Gestaltung des Unterrichts mit didaktischen Hinweisen, Hintergrundinformationen und Arbeitsblättern unterstützen.

Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert von dem Zentrum für Lehrerbildung der Universität Bielefeld.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

"Erfolgreich bewerben im Internet" war das erste interaktive Planspiel, das im Rahmen von "Workshop Zukunft" im Juli durchgeführt wurde. Vier Schulen aus Bayern und Nordrhein-Westfalen nahmen am ersten Durchlauf des Planspiels teil. Ihr Auftrag: In der ersten Spielphase ein virtuelles Unternehmen gründen und eine Stellenanzeige ins Internet stellen. In der zweiten Phase bewarben sich die Schülerinnen und Schüler auf eine der Anzeigen im Online-Stellenmarkt des Planspiels. Schließlich prüften sie die eingehenden Bewerbungen und trafen eine Auswahl. So erlebten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Simulation jeden Schritt eines Bewerbungsverfahrens aus der Perspektive des Unternehmens und aus derjenigen des Bewerbers. Ganz nebenbei lernten die Spielgruppen die technischen Möglichkeiten des Internets kennen und gezielt einsetzen.

Die Schüler nahmen mit Engagement am Planspiel teil und einige beteiligte Lehrer haben sich bereits wieder für das nächste Planspiel mit ihren Klassen angemeldet.

Aufgrund der großen Nachfrage wird das erste Planspiel mit einer zweiten Gruppe noch einmal durchgeführt: Ab 1. September können Schülerinnen und Schüler an acht allgemein

bildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen erneut lernen, wie sie das Internet für Berufswahl und Stellensuche nutzen können.

Parallel startet am 1. September das zweite Online-Projekt "Arbeit geteilt - geteilte Arbeit" auf der DGB-Internetplattform "Workshop Zukunft". Zehn Schulen aus Hessen diskutieren online mit Firmenchefs und Gewerkschaftsvertretern das Thema Arbeitszeit.

Umsetzung der Ergebnisse:

Die Internetplattform steht mit allen Materialien und Zusatzinformationen interessierten Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern zur Verfügung. Hier werden die Ergebnisse der Planspiele dokumentiert. Außerdem wird eine Kontaktbörse mit Ansprechpartnern aufgebaut, die sich mit den Themen des Projekts auskennen: Rechte von Arbeitnehmern, Mitbestimmung, Arbeitsmarkt, Chancen von Berufsstartern, Tarifpolitik/-auseinandersetzungen u.v.m.

Kontakt:

DGB Bundesvorstand, Abteilung Bildung, Hans Ulrich Nordhaus
Burgstraße 29-30
10178 Berlin
Telefon 030 - 24060 - 576 Telefax 030 - 24060 - 410
E-Mail Ulrich.Nordhaus@Bundesvorstand.DGB.de
WWW www.workshop-zukunft.de

Projektbezeichnung:

Innovative Lernprojekte in der Lernenden Region Bodensee

1. Lernagentur Bodensee
2. Lernende Verwaltungen in der Lernenden Region Bodensee
3. i-Projekt
4. Weiterbildungsoffensive für KMU
5. Netzwerk "Lernende Region Bodensee".

Projektträger / durchführende Organisation:

1. Lernagentur Bodensee
ABWF/QUEM, Berlin, Impuls GmbH Konstanz
2. Lernende Verwaltungen in der Lernenden Region Bodensee
Impuls GmbH, Stadtverwaltung Konstanz
3. i-Projekt
Gewerbe-Akademie Konstanz in Kooperation mit vhs, Fachhochschule und
Gewerbeschule
4. Weiterbildungsoffensive für KMU
Volkshochschule Konstanz-Singen
5. Netzwerk „Lernende Region Bodensee“.
Volkshochschule Konstanz-Singen

Förderung:

1. Lernagentur Bodensee
Bundesministerium für Bildung und Forschung
2. Lernende Verwaltungen in der Lernenden Region Bodensee
EU, Intereg 2
3. i-Projekt
Arbeitsamt Konstanz
4. Weiterbildungsoffensive für KMU
EU, adapt
5. Netzwerk "Lernende Region Bodensee".
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Laufzeit:

1. Lernagentur Bodensee
2001 - 2004
2. Lernende Verwaltungen in der Lernenden Region Bodensee
1998 - 2004
3. i-Projekt
1998 - 2002
4. Weiterbildungsoffensive für KMU
1999 - 2000
5. Netzwerk "Lernende Region Bodensee".

2001 -2002

Kurzbeschreibung:

1. Lernagentur Bodensee:
Ihre Aufgabe sind „innovatorische und intermediäre Leistungen“, die zur Entwicklung einer regionalen Lernkultur Kompetenzentwicklung beitragen. Dazu werden interdisziplinäre Kontakte zu allen regionalen Akteuren aufgebaut, Lern- und Veränderungsprozesse analysiert, handlungsforschend begleitet, moderiert und Innovationen angestoßen. Ausgangspunkt für den Handlungsrahmen ist die Erkenntnis, dass der Zugang zu lernförderlichen Strukturen für das Lebensbegleitende Lernen (LLL) ein entscheidender Schlüssel für die Lösung der sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts darstellt. Das Projekt wird durch die Universität Münster wissenschaftlich begleitet.

2. Lernende Verwaltungen in der Lernenden Region Bodensee
7 Bodenseestädte (ab 2002: 11 Städte) aus Bayern, Baden-Württemberg, Österreich und der Schweiz haben sich zusammengeschlossen, um die Verwaltungsmodernisierung gemeinsam anzugehen und miteinander und voneinander zu lernen. Dazu fanden Schulungen, die paritätisch aus den 7 Städten besetzt waren u.a. zu den Themen Führungskräfte-Training, Kundenorientierung für Gemeindevollzugsbedienstete und Bürgerorientierung statt. Ausgehend von einer Großkonferenz "fit für die Zukunft" mit der Open Space Methode wurden interkommunale Projektgruppen gebildet, die zu fünf Themen je ein Weißbuch und eine Präsentation erarbeiteten (Themen waren: Personalentwicklung, Lehrlingsausbildung, Bürgerbefragungen, Internetauftritt der Städte, Szenarien für die Verwaltung von morgen)
Entstanden ist ein personenzentriertes Netzwerk, in dem flexibel Informationen und Praxis-Knowhow sowohl persönlich, als auch über Telefon, eMail und eine Datenbank im Internet ausgetauscht werden. Zukünftig soll es zu einem organisierten Expertenaustausch zwischen den Städten und zu einer festgeschriebenen transnationalen Lehrlingsausbildung kommen.

3. i-Projekt
Vier Bildungsträger (vhs, Fachhochschule, Gewerbeschule und Handwerkskammer) haben gemeinsam mit Unterstützung der Arbeitsverwaltung ein modulares Programm für individuelle Bildung entwickelt, bei dem Arbeitslose ihre Weiterbildung ausgehend von ihren besonderen Vorerfahrungen und Berufswünschen realisieren können. Durch hohe Flexibilität konnten individuelle Bildungswege erarbeitet und bei verschiedenen Bildungsträgern realisiert werden. Diese stellen ihre unterschiedlichen Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung. Für das Projektmanagement wurde gemeinsames Personal eingestellt. Seit 1998 wurde dieses Modell mit jeweils verbesserten Designs durchgeführt.

4. Weiterbildungsoffensive für KMU (ADAPT)

Bei mehr als 200 Unternehmen wurde maßgeschneiderte Bildung realisiert. Dabei wurden für jeden Betrieb der aktuelle und mittelfristige Bedarf im Dialog entwickelt und flexibel realisiert. Ein Beirat der regionalen Akteure unterstützte das Projekt.

5. Netzwerk "Lernende Region Bodensee".

Ein Projekt für die Landkreise Konstanz, Bodenseekreis und Lindau. Ziel der einjährigen Planungsphase ist die Entwicklung von nachhaltigen Strukturen für die Popularisierung des Lernens an allen Orten entlang der Lebenskette (vom Kindergarten bis zum generationsübergreifenden Studium). Gedacht wird an Strukturen, welche die Bildung eher zu den Menschen bringen soll: Lernservicezentren u.a. auch in kleineren Gemeinden, besondere Dienstleistungen für lernbenachteiligte und lernbehinderte Personen, dialogorientierte Zusammenarbeit zwischen Schule, Ausbildung und Wirtschaft.

Kontakt:

1. Lernagentur Bodensee

Impuls GmbH
Wolfgang Himmel
Hermann-Hesse-Weg 2
78464 Konstanz
Telefon 07531 5801-53
E-Mail wolfgang.himmel@impuls-bodensee.de

2. Lernende Verwaltungen in der Lernenden Region Bodensee

Stadtverwaltung Konstanz
Roland Bunten, Hauptamtsleiter der Stadt Konstanz
Telefon 07531 900-220 und
Impuls GmbH
Wolfgang Himmel
Hermann-Hesse-Weg 2
78467 Konstanz
Telefon 07531 5801-53
E-Mail wolfgang.himmel@impuls-bodensee.de

3. i-Projekt

Gewerbe-Akademie der Handwerkskammer Konstanz
Rolf Weißner
Opelstr. 6
78467 Konstanz
Telefon 07531 587-228
E-Mail I-Projekt@Hwk-Konstanz.de

4. Weiterbildungsoffensive für KMU

Volkshochschule Konstanz-Singen e.V.

Lothar Obser
Katzgasse 7
78462 Konstanz
Telefon 07531 5981-24
E-Mail obser@konstanz.vhs.de

5. Netzwerk „Lernende Region Bodensee“.
Volkshochschule Konstanz-Singen e.V.
Dr. Jochen Schmidt-Liebich
Theodor-Hannloser 19
78224 Singen
Telefon 07731 9581-31
E-Mail jsl@vhs-konstanz-singen.de

XII. Mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen, Lernen aus Evaluationen

Projektbezeichnung:

Netzwerk innovativer Schulen in Deutschland (NIS)

Projektträger /durchführende Organisation:

Bertelsmann Stiftung

Förderung: Präsentationsmöglichkeit für beispielhaft arbeitende Schulen; finanzielle Förderung nur sehr bedingt im Rahmen der „Lernnetzwerke“ möglich

Laufzeit: 1998 - 2003, Verlängerung geplant

Kurzbeschreibung:

Als eine der Folgeinitiativen zum Carl Bertelsmann-Preis von 1996 ist es das Ziel des Netzwerks innovativer Schulen in Deutschland, Schulentwicklung „von unten“ zu forcieren. Es hat eine transparente Plattform für gute Beispiele aus Schulorganisation und Unterrichtspraxis in Deutschland geschaffen (Schul-Datenbank), es hat die Schulentwicklungsarbeit in kleinen Sub-Netzwerken („Lernnetzwerke“) initiiert und erprobt, und es erarbeitet mit den innovativen Schulen tragfähige Praxislösungen zu fünf zentralen Themen der Schulentwicklung:

- Förderung von Lernkompetenz für lebenslanges Lernen
- Erziehung zur Gemeinschaftsfähigkeit im Schulalltag
- Motivationsförderung von „Schulaussteigern“
- Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler
- Personal- und Teamentwicklung im Kollegium.

Von der Grundschule bis zum Gymnasium arbeiten heute über 400 Schulen im Netzwerk und setzen Maßstäbe: Sie haben ein pädagogisches Konzept, das sie in Unterricht und Schulleben umsetzen; sie beteiligen Kollegium, Schüler und Eltern am Schulleben und fördern systematisch Motivation und Leistungsfähigkeit des Kollegiums; sie kooperieren mit Schulverwaltung, Schulpolitik und außerschulischen Partnern, evaluieren ihre Arbeit und ziehen Konsequenzen für die weitere Entwicklung. All diese Merkmale bilden die Kriterien für die Auswahl innovativer Schulen, die sich fortlaufend um die Aufnahme in das Netzwerk bewerben können.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Um das „Voneinander Lernen“ dieser Schulen zu ermöglichen, bündelt das Netzwerk die Innovationserfahrungen der Schulen:

- Ihre Ansätze werden in der Netzwerk-Datenbank im Internet unter www.bertelsmann-stiftung.de/nis.htm, in der Loseblattsammlung "Schule neu gestalten" und in der Projektzeitung „Podium Schule" veröffentlicht.
- In mehreren „Lernnetzwerken" lernen Schulen von und mit Schulen: Jeweils vier bis fünf Schulen arbeiten meist bundesland- und schulformübergreifend daran, ihre beispielhaften Ansätze zu den fünf oben genannten Themen der Netzwerkarbeit weiterzuentwickeln.
- Instrumente der Schulentwicklung, die an den Netzwerkschulen erfolgreich erprobt worden sind, werden als Schulentwicklungsbausteine ("Tools") im Internet zur Verfügung gestellt.

Der Know-how-Transfer zwischen den Netzwerkschulen macht nicht an den Grenzen der Republik Halt. Neue Impulse bekommen die Schulen des deutschen Netzwerks auch aus dem Internationalen Netzwerk Innovativer Schulsysteme (INIS). In diesem Netzwerk tauschen Pädagogen, Verwaltungsexperten, Wissenschaftler und Bildungspolitiker aus Kanada, der Schweiz, den Niederlanden, Neuseeland, Schottland, Ungarn und Deutschland ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus. Dabei haben sich die drei internationalen Sommerakademien „Innovation in Learning and Teaching" (1999), „Leadership and Change" (2000) und „School Inspectors - Learning from one Another" (2001) unter der Leitung von Norm Green als besonders ertragreiche Quellen für neue Anregungen erwiesen. Die Übersetzung des schottischen Ansatzes zur Selbstevaluation „How good is our school?" bietet deutschen Schulen einen hilfreichen Leitfaden für den Prozess der systematischen Selbstreflexion. Die Frage nach Rechenschaftslegung und Verantwortung im Schulsystem wird unter dem Thema „Accountability" verfolgt. Seit 2001 ist der internationale Qualitätsvergleich von Schulen ein Schwerpunkt der Arbeit.

Kontakt:

Bertelsmann Stiftung, Dr. Annette Czerwanski
Postfach 103
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241/81-81413 Telefax 05241/81-81992
E-Mail annette.czerwanski@bertelsmann.de
WWW <http://www.bertelsmann-stiftung.de/nis.htm>

Projektbezeichnung:

Institutionalisierte Kooperationsformen zwischen Grundschulen einer Region zur Entwicklung und Umsetzung von Schulprogrammen und zur Bewältigung von Aufgaben, die im Zusammenhang mit einer erweiterten Selbstverwaltung und einer größeren Eigenständigkeit der Einzelschule entstehen

Projektträger / durchführende Organisation:

Hessisches Kultusministerium / Referat V A 6

Förderung: Bund, Land (BLK Modellversuchsprogramm)

Laufzeit: 01.10.1996 bis 30.09.1999

Kurzbeschreibung:

Schulen benötigen zur optimalen Erfüllung ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages eine größere Eigenständigkeit. Sie sollen daher ihre Aufgaben mit mehr Selbstverantwortung, Selbstverwaltung und größerer Selbstständigkeit wahrnehmen. Voraussetzung hierfür ist die Erstellung und Entwicklung eines Schulprogramms und betrifft damit konsequenterweise auch die Bereiche Organisation, Personal, Budgetierung und Evaluation. Die zentrale Frage, wie Grundschulen zugleich funktional autonom und koordiniert gedacht und organisiert werden können, macht es erforderlich, feststehende Formen und Verfahren zur Lösung bestimmter Aufgaben zu entwickeln, d. h. Kooperationsformen zu institutionalisieren, damit Kooperation nicht unverbindlich bleibt und auf die Initiative Einzelner angewiesen ist. Diese Zielvorstellungen werden im Modellversuch mit Hilfe folgender übergeordneter Fragestellungen erprobt:

1. Welche institutionalisierten Kooperationsformen verbessern die Möglichkeiten von Grundschulen, eine höhere Selbstverantwortung und Selbstverwaltung bei der Entwicklung und Evaluation von Schulprogrammen sowie in den Bereichen Organisation, Personal und Budgetierung zu übernehmen?
2. Welche Auswirkungen haben Kooperationsformen und veränderte Organisationsstrukturen auf die Aufgabenverteilung sowie Rolle und Funktion der beteiligten Personen (Schulleitung, Lehrkräfte, schulisches Personal, Schulaufsicht und Unterstützungssysteme)?
3. Welche personellen und sächlichen Voraussetzungen sind erforderlich, um veränderte Kooperationsformen und Organisationsstrukturen möglichst kostenneutral umsetzen zu können?

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Im Spannungsfeld zwischen der Einzelschule und den vernetzten Schulen in der Region wurden Schulprogramme entwickelt, es wurde Fortbildung für die betroffenen Kollegien organisiert, die Schulverwaltung wurde abgestimmt und vereinfacht. In der Projektgruppe arbeiteten Schulaufsicht und Schulträger regelmäßig mit. Die beteiligten Schulen haben die Erfahrung gemacht, dass vieles im Verbund einfacher, schneller, reibungsloser und effektiver funktionieren kann. (vgl. K. Burk, B. Roediger, T. Traub (Hrsg.): Kooperierende

Grundschulen, Ein Beitrag zur Qualitätsentwicklung, Grundschulverband – AK Grundschule e.V., Frankfurt 2000, Sonderband S. 61)

Umsetzung der Ergebnisse:

Nach Beendigung des Modellversuches haben die beteiligten Schulen in den jeweiligen Regionen und Nachbarregionen Vereinbarungen zur weiteren Kooperation mit folgenden Inhalten beschlossen:

- effizienteres Schulmanagement (Arbeitsteilung, Austausch von Kompetenzen, Nutzen von Synergien),
- Qualitätssicherung und Verbesserung der pädagogischen Arbeit,
- Definition der „kooperierenden Grundschulen“ als Ansprechpartner für Schulträger, Unterstützungssysteme und weiterführende Schulen,
- Gestaltung der regionalen Grundschulentwicklungen (auch durch gemeinsame Fortbildungen)
- Abstimmung der Schulprogramme in der Region.

Kontakt:

Hessisches Kultusministerium, Referat V A 6
Brita Roediger, Hessisches Landesinstitut für Pädagogik (HeLP)
Gutleutstr. 8 – 12
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069/2568-388 Telefax 069/2568-288
E-Mail broediger@help-pi.f.shuttle.de

Projektbezeichnung:

Unterstützung des schulinternen Qualitätsmanagements durch Kooperation zwischen Schulen und Moderatoren (QuiSS-rp)

Projektträger / durchführende Organisation:

BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung / Inst. f. schul. Fortbildung und schulpsychologische Beratung (IFB)

Förderung: Bund, Land (BLK Modellversuchsprogramm)

Laufzeit: 1.8.1999-31.7.2002

Kurzbeschreibung:

Ziel des Modellversuchs ist die Entwicklung und Erprobung eines Moderatorenmodells, mit dem Schulen bei ihrer schulinternen Qualitätssicherung und -entwicklung durch Fortbildung, Beratung und Begleitung unterstützt werden können. In diesem Arbeitszusammenhang geht es zugleich um die Entwicklung und Erprobung von Fortbildungsmaterialien zum schulinternen Qualitätsmanagement, die sich an Fachkonferenzen, Steuergruppen oder ganze Kollegien richten. Im Zentrum steht der Qualitätsbereich von Unterricht und Erziehung.

Ergebnisse/Zwischenergebnisse:

Standards und Kriterien zur Qualifizierung der "QuiSS-Moderatoren" werden auf die Qualifizierung weiterer Moderatorengruppen übertragen (z.B. Fachmoderatoren Mathematik).

Umsetzung der Ergebnisse:

Aufbau eines nachfrageorientierten Moderatorensystems zur Unterstützung der Schulen in Rheinland-Pfalz

Kontakt:

Inst. f. schul. Fortbildung und schulpsychologische Beratung (IFB)

Kerstin Goldstein, Dr. Birgit Pikowsky

Mainzer Str. 46

56154 Boppard

Telefon 06742/871022 Telefax 06742/871099

E-Mail Goldstein@ifb.bildung-rp.de

Pikowsky@ifb.bildung-rp.de

WWW www.quiss.bildung-rp.de

Projektbezeichnung:

Das niederländische Modell der Schulaufsicht – Evaluation und Beratung

Projekträger/durchführende Organisation:

Inspectie van het Onderwijs (Niederländische Schulaufsichtsbehörde)

Kurzbeschreibung:

Im Zusammenhang mit Forderungen nach größerer Eigenverantwortung der Einzelschulen und ihrer gleichzeitigen Verpflichtung zu Evaluation und öffentlicher Rechenschaft wird häufig auch ein neues Rollenverständnis der Schulaufsicht angemahnt. Als vorbildhaft in diesem Sinne wird immer wieder die niederländische Schulaufsicht genannt, die traditionell weniger ein Instrument der Kontrolle und Einzelsteuerung ist und sich statt dessen eher als beratender und unterstützender Partner der eigenverantwortlich agierenden Schulen versteht.

Das niederländische Schulsystem ist im Vergleich zum deutschen durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- 70 % der Schulen befinden sich in freier Trägerschaft (Kirchen, Vereine, Stiftungen), werden jedoch zu 100 % öffentlich finanziert.
- Die Schulen (bzw. ihre Träger) verfügen über weitgehende Autonomie hinsichtlich pädagogisch-didaktischer Konzeption, Personalauswahl, Mittelverteilung, interne Organisation.
- Es gibt keine regionalen Aufsichtsbehörden; die Schulträger operieren frei am Markt, der von der Nachfrage der Eltern bestimmt wird (Schulwahlfreiheit).
- In den letzten Jahren sind für die Grundschule und die ersten Jahre der Sekundarstufe sog. "Kernziele" auf nationaler Ebene formuliert worden, die jedoch relativ global formuliert sind und in den Schulprogrammen weiter konkretisiert werden müssen.

In diesem Umfeld kommt der nationalen Schulaufsichtsbehörde (Inspectie van het Onderwijs) die Aufgabe zu, durch landesweit einheitliche Evaluationsverfahren die Einhaltung der formulierten allgemeinen Standards und "Kernziele" zu überprüfen und ggf. Sanktionen gegen einzelne Schulen einzuleiten. Zugleich stellt die Behörde den Einzelschulen zahlreiche Hilfen bei der Formulierung und Überprüfung der eigenen Ziele sowie der Vorbereitung und Nachbereitung der Evaluationen zur Verfügung.

Literatur:

- Johan C. Bruggen: Zentrale Tests und Qualitätsentwicklung im semi-regulierten Bildungssystem der Niederlande, in: Empirische Schulleistungsvergleiche – Nutzen,

Risiken, Interessen. Fachtagung am 14./15. März 2000 in Königswinter
(Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz – Tagungsbeiträge), Bonn 2001

- Diversity and a guarantee. Proposals for the development of the supervision of education, 1999: www.minocw.nl/english/guaran/index.htm
- Theo Liket: Freiheit und Verantwortung. Das niederländische Modell des Bildungswesens, Gütersloh 1995

Kontakt:

Inspectie van het Onderwijs
Park Voorn 6
Postbus 2707
3500 GS Utrecht
Tel. + 31 30 666 98 00
Fax. + 31 30 666 64 05
www.onderwijsinspectie.nl

Ministerie van Onderwijs, Cultuur en Wetenschappen
Europaweg 4
Postbus 25000
2700 LZ Zoetermeer
Tel: + 31 79 323 23 23
Fax: + 31 79 323 23 20
www.onderwijs.nl

Projektbezeichnung:

Evaluation von Studium und Lehre im Verbund Norddeutscher Universitäten

Projekträger / durchführende Organisation:

Universitäten Bremen, Greifswald, Hamburg, Kiel, Oldenburg und Rostock

Laufzeit: 1.4.1994 - 31.03.2005

Kurzbeschreibung:

Der Verbund Norddeutscher Universitäten führt seit 1994 Evaluationen von Studium und Lehre durch, um die Qualität des Lehrangebotes, der Studien- und Prüfungspraxis sowie der Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden zu erhöhen. Neuerdings wird zusätzlich die Evaluation institutioneller Strategien erprobt: zunächst die der Internationalisierungsstrategien (2001/2002), darauf folgend der Service für Studierende (ab Oktober 2002).

Qualität wird nicht als statische sondern als dynamische Größe verstanden, die innerhalb der Fächer - je nach Stand des beteiligten Faches – weiterentwickelt werden. Eine Evaluation soll so vor allem den Beteiligten im Fach einen Anstoß geben, die Qualitätsentwicklung weiter voranzutreiben.

Vorgegeben - d. h. zwischen den Hochschulen vereinbart - ist lediglich ein Rahmen für die Evaluationsverfahren: Den Fächern wird eine Gliederung und eine Checkliste für die Bearbeitung der einzelnen Gliederungspunkte, die in den Selbstbeschreibungen (Stärken-Schwächen-Analyse) der Fächer berücksichtigt werden sollen, vorgeschlagen. In der Checkliste sind die Fragen zusammengetragen, die in der gegenwärtigen hochschulpolitischen Debatte aktuell und bedeutsam sind.

Der empfohlene Ablauf und Zeitplan des Evaluationsverfahrens stellt sich folgendermaßen dar: Im jeweiligen Sommersemester wird die Stärken-Schwächen-Analyse (Selbstbeschreibung) durch die Fächer erarbeitet. Im Laufe des Sommersemesters treffen sich Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Universitäten, um die Konzeptionen für die Selbstanalyse auszutauschen, die Themen der Checkliste zu konkretisieren und um sich auf potenzielle Gutachtende zu einigen. Im jeweiligen Wintersemester besuchen externe Gutachtende die Fächer und geben Empfehlungen. Auf einer Auswertenden Konferenz am Ende des Wintersemesters werden diese Empfehlungen ebenso wie diejenigen Vorhaben und Maßnahmen diskutiert, die das jeweilige Fach einleiten möchte. Im darauf folgenden Sommersemester werden diese Maßnahmen in jeder einzelnen Universität in einer Zielvereinbarung festgeschrieben und verwirklicht. Die Ergebnisse der Evaluation werden veröffentlicht.

Mit den Maßnahmen werden diejenigen Themen innerhalb des Aufgabenbereiches in Lehre und Studium bearbeitet, die die Beteiligten im Fach als problematisch und veränderungsbedürftig betrachten. Die Themen können im Bereich der Kommunikation

zwischen Lehrenden und Lernenden liegen, in der Organisation des Lehrangebotes, im Aufbau des Studienplanes, in der Arbeitsteilung unter den Lehrenden, im Auseinanderklaffen von Studienplan und Wirklichkeit der Studienverläufe, in Veränderungen der Studiennachfrage oder des Arbeitsmarktes, in mangelnder Übereinstimmung von Zielen und Inhalten des Curriculums, in der Ausstattung u. v. m.

Bisher evaluierte Fächer:

- Biologie und Germanistik (1994/95)
- Informatik und Wirtschaftswissenschaften (1995/96),
- Chemie und Geschichte (1996/97),
- Anglistik, Geowissenschaften und Mathematik (1997/98),
- Erziehungswissenschaften, Physik und Romanistik (1998/99),
- Jura, Psychologie und Sportwissenschaft (1999/2000),
- Soziologie/ Politologie, Philosophie und Geographie (2000/2001)

Die großen an allen sechs Universitäten vertretenen Fächer sind damit evaluiert. 83 Fachbereiche bzw. Institute, und somit fast 80% aller Lehrenden und Studierenden haben sich an einer Evaluation beteiligt.

Zwischenergebnisse:

- Publikationen zum Thema Evaluation
<http://www.uni-nordverbund.de/html/3pub/publi.html>
- Schriftenreihe: Verbund Norddeutscher Universitäten, Verbund-Materialien: 1 - 11

Kontakt:

Verbund Norddeutscher Universitäten
Geschäftsstelle
Dr. Karin Fischer-Bluhm
Universität Hamburg
Edmund-Siemers-Allee 1
20146 Hamburg
Telefon 040-42838-6317 Telefax 040-42838-5363
E-Mail fischer-bluhm@uni-hamburg.de
WWW www.uni-nordverbund.de

Projektbezeichnung:

Benchmarking Club Technischer Universitäten (BMC)

Projekträger/durchführende Organisation:

RWTH Aachen; TU Berlin; TU Darmstadt; TU Dresden; Universität Dortmund; TU Hamburg-Harburg; Universität Kaiserslautern; Universität Stuttgart; Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)

Laufzeit: Seit Juli 1996 verschiedene Arbeitszyklen zu ausgewählten Themen, derzeit 12/2000 - 11/2001

Kurzbeschreibung:

Zielsetzung

- Den Präsidenten/Rektoren der Mitgliedshochschulen durch systematische Vergleiche von Praktiken und Leistungen in verschiedenen Bereichen Anhaltspunkte für die gezielte Verbesserung der eigenen Praktiken/Leistungen geben
- Entdeckung von jeweils "best practices" (=Benchmarks) und von Leistungslücken

Projektansatz

- Bildung eines geschlossenen Clubs zum vertraulichen Austausch von Daten und Informationen (mit Vetorechten der einzelnen Mitglieder)
- Konsensuale Auswahl von Untersuchungsgegenständen
- Datenerhebung und vergleichende Darstellung der ausgewählten Praktiken, Prozesse und Bereiche an den verschiedenen Mitgliedshochschulen durch eine Arbeitsgruppe (Planer, Controller, Präsidialamtsleiter)
- Diskussion der Ergebnisse im BMC
- Beschluss über evtl. Veröffentlichung der Ergebnisse
- Umsetzung liegt bei einzelnen Hochschulen

Themenbeispiele

- Untersuchung hochschulinterner Mittelverteilungsverfahren, Darstellung und Bewertung wesentlicher Modellparameter
- Vergleichende Daten und Kennzahlen zu 12 Fächern (Studienbereichen) an den BMC-Hochschulen
- Katalog von Grunddaten und Kennzahlen für Leistungsvergleiche im Hochschulbereich
- Strategische Zielsetzungen und deren Instrumentierung an den BMC-Hochschulen
- Controllingkonzepte und ausgewählte Controllinginstrumente an den BMC-Hochschulen
- Internationalisierungsstrategien der einzelnen BMC-Hochschulen

Kontakt:

CHE Centrum für Hochschulentwicklung

Dr. Ulrich Schreiterer (Projektleiter)

Postfach 105

Carl-Bertelsmann-Str. 256

33311 Gütersloh

Telefon 05241 / 97 61-37 Telefax 05241 / 97 61-40

E-Mail ulrich.schreiterer@che.de

WWW <http://www.che.de/projekte/html/benchmarking.htm>